

ARMUTS SOZIALISATION

Anja Kerle,
Fabian Kessl,
Alban Knecht (Hg.)

**Perspektiven aus
Medien, Politik
und Sozialer Arbeit**

[transcript] Gesellschaft der Unterschiede

Anja Kerle, Fabian Kessl, Alban Knecht (Hg.)
Armutsdiskurse

Anja Kerle (Prof. Dr.) lehrt im Fachbereich Sozialwesen an der Hochschule Rhein-Main mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit.

Fabian Kessl (Prof. Dr.) lehrt am Institut für Erziehungswissenschaft der Bergischen Universität Wuppertal Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt sozialpolitische Grundlagen.

Alban Knecht (Dr. phil.) lehrt und forscht zu Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Armutsforschung, Beschäftigungsförderung Jugendlicher und Ressourcenorientierung in der Sozialen Arbeit.

Anja Kerle, Fabian Kessl, Alban Knecht (Hg.)

Armutsdiskurse

Perspektiven aus Medien, Politik und Sozialer Arbeit

[transcript]

Veröffentlicht mit Unterstützung der Fakultät für Kultur- und Bildungswissenschaften der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, der Fachhochschule Vorarlberg und des Publikationsfonds der Bergischen Universität Wuppertal.



FHV
Vorarlberg University
of Applied Sciences



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Non-Commercial 4.0 Lizenz (BY-NC). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium ausschließlich für nicht-kommerzielle Zwecke.

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/>

Um Genehmigungen für die Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2025 im transcript Verlag, Bielefeld

© Anja Kerle, Fabian Kessl, Alban Knecht (Hg.)

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839471180>

Print-ISBN: 978-3-8376-7118-6

PDF-ISBN: 978-3-8394-7118-0

Buchreihen-ISSN: 2702-9271

Buchreihen-eISSN: 2702-928X

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Einleitung

Armutsdiskurse – eine Hinführung <i>Anja Kerle, Fabian Kessl und Alban Knecht</i>	11
Politik der Armut – Politiken der Armut	
Armutsbegriffe und Diskursmechanismen des sozialwissenschaftlichen Armutsdiskurses in Deutschland 1950–2005 <i>Franka Schäfer</i>	31
Kinderarmutsverständnisse in der deutschen Politik und daraus resultierende Impulse an die Kinder- und Jugendhilfe <i>Maksim Hüenthal</i>	43
Sozialpolitik von rechts als nationale Erneuerung? <i>Roland Atzmüller</i>	55
Diskurse zum Missbrauch von Sozialleistungen und Sozialstaatskritik Von der ›sozialen Hängematte‹ zum ›Sozialtourismus‹ und den ›Totalverweigerern‹ <i>Alban Knecht</i>	67

Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung der Armutsbekämpfung

Institutionalisierte Armutsbekämpfung und institutionelle Armuts(re)produktion

Reflexionen zu Armutsdiskursen in den Feldern von Bildung und Erziehung

Fabian Kessl 83

›Das Kind‹ positioniert in diskursiven Familien- und Elternarmutskonstruktionen

Ambivalenzen im Sprechen über die Handlungs(un)fähigkeit armutserfahrener
Kinder in Kindertageseinrichtungen

Anja Kerle, Jessica Prigge und Stephanie Simon 97

Die ›schlechten Mütter‹

Vergeschlechtlichte Thematisierungen von Kinderarmut

Alexandra Klein und Bettina Ritter 109

Gerechtigkeit für ›die Fleißigen‹ und ›Nicht-Zugewanderten‹

Armutsdiskurse der populistisch-radikalen Rechten am Beispiel
der Mindestsicherungsdebatte 2017–2019 in Österreich

Markus Griesser 123

Blicke (wider) gesellschaftlicher Verachtung

Perspektiven Sozialer Arbeit auf ›die Armen‹ zwischen Abwertung
und Wertschätzung

Jana Kavermann 135

Mediale Inszenierungen von Armut

›Sie arbeiten nicht, sie waschen sich nicht, sie tun überhaupt nichts‹

Die Gammel-Debatte in Westdeutschland 1965–1968

Sebastian Friedrich 147

Wie der mediale Diskurs über Armut von den Betroffenen wahrgenommen wird	
Affektpolitik auf dem Rücken der Armen?	
<i>Andreas Hirseland und Stefan Röhrer</i>	159
Widerstände gegen Armutsmythen	
Beispiel »Lebensskizzen« und der »Journalismuspreis von unten«	
<i>Martin Schenk</i>	171
#IchBinArmutsbetroffen	
Stimmen von Betroffenen im Diskurs um Armut	
<i>Helen Dambach und Holger Schoneville</i>	177
Fiktionale Belletristik und Autosozиographien als Gegendiskurse zu Narrativen über Armutsbetroffene	
Klassenreisende erzählen vom Aufwachsen in Armut	
<i>Anja Kerle und Alban Knecht</i>	187
Textauszug aus dem Roman »Der Sandler«	
<i>Markus Ostermair</i>	197
Anhang	
Autor*innen-Informationen	205

Einleitung

Armutsdiskurse – eine Hinführung

Anja Kerle, Fabian Kessl und Alban Knecht

Mit dem Begriff der Armutsdiskurse lassen sich historische »Armutsdebatten[n]« (Hradil 2010: 3) fassen. Hervorgehoben werden dann spezifische, historisch-kulturell situierte Äußerungsinhalte respektive damit verbundene inhaltliche Positionen. Armutsdebatten verweisen beispielsweise darauf, dass das Phänomen der Armut immer wieder neu verhandelt wird: »Ist Armut relativ oder nur absolut bestimmt?«, »Wird Armut der individuellen Leistungsfähigkeit oder strukturellen Teilhabebedingungen zugeschrieben?«, »Ist Armut nur ökonomisch definiert oder auch sozial-kulturell?« Plädoyers für die eine, die andere oder weitere Positionen symbolisieren die inhaltlichen Möglichkeiten, die innerhalb von Armutsdebatten in Bezug auf eine Bestimmung von Armut eingenommen werden. Der Begriff der Armutsdiskurse geht in diesem Fall im Begriff der Armutsdebatte auf.

Diskurstheoretisch nehmen sich vor allem wissenssoziologische Zugänge (vgl. Keller 2005: 175ff.) der diskursiven Logik von Debatten an. Sie interessiert, wie diese strategisch oder taktisch von sozialen Akteuren formiert werden, welche Interessen, Motive, Bedürfnisse und Zwecke sich also in der Art und Weise, wie etwas gedacht, geäußert und gewusst wird, einschreiben (vgl. ebd.: 217). Korrespondierend dazu, aber aus einer anderen theoretischen Deutungsperspektive, wendet sich die »Kritische Diskursanalyse« der Formierung von Denk- und Deutungslogiken zu (Jäger 1999). Allerdings wendet sie das Verhältnis von Praxis und Diskurs im Unterschied zu wissenssoziologischen Zugängen und argumentiert aus einer materialistischen Perspektive für ein Verständnis des Diskurses als »überindividuell« (ebd.: 148): »Das Individuum macht den Diskurs nicht, das Umgekehrte ist der Fall« (ebd.).

Mit einer diskurstheoretischen Perspektive, wie sie die Kritische Diskursanalyse einnimmt, deutet sich schon an, dass Armutsdiskurse nicht in Armutsdebatten aufgehen. Sie lassen sich vielmehr in einem umfassenderen Sinne auch als historisch-spezifische Möglichkeitsräume der Rationalisierung und

Regulierung kultureller, sozialer und ökonomischer Zusammenhänge fassen. So erweist sich beispielsweise eine Naturalisierung der Unterscheidung von Reichtum und Armut, wie sie neoliberalen Programme präferieren (vgl. Hayek 1991; s.a. Nordmann 2005), nicht nur als inhaltliche Position in den gegenwärtigen Armutsdebatten. Vielmehr wird damit auf eine hegemoniale Konstellation verwiesen, also vorherrschende Denk- und Deutungsweisen und bestimmende Macht- und Herrschaftsstrukturen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse zu bestimmten Zeitpunkten maßgeblich kennzeichnen – und deren Legitimation in der öffentlichen Debatte nur randständig in Frage gestellt wird. Das hat unter anderem damit zu tun, dass hegemonialen Denk- und Deutungsweisen eine quasi-natürliche respektive überhistorische Geltung zugeschrieben wird. Dasselbe lässt sich am Beispiel einer Rationalisierung gesellschaftlicher Zusammenhänge als Leistungsgesellschaft zeigen: Statuspositionen, Privilegien, Machteffekte und Herrschaftsstrukturen werden in diesem Fall nicht nur als Ausdruck individueller Leistungen legitimiert, sondern zumeist auch als gegeben erachtet (vgl. Friedman/Friedman 1980; dazu auch Dröge/Marrs/Menz 2008).

Konzentriert man Armutsdiskurse also nicht auf die inhaltlichen Debatten um das Phänomen Armut, dann sind Armutsdiskurse auch in einem umfassenderen Sinne zu begreifen. Der Möglichkeitsraum, also das zu einem historisch-spezifischen Zeitpunkt Denk- und Sagbare (Wissensordnungen) sowie die legitimen und delegitimierten Positionierungen (Macht- und Herrschaftsordnungen), materialisiert sich in diskursiven Formationen und Praktiken, Subjektpositionen und Machteffekten (vgl. Fegter et al. 2015: 38ff.). In diesen spiegeln sich vorherrschende, als gültig angenommene, wie auch marginale, also wenig beachtete, diskursive Muster der Problematisierung (vgl. Lemke 2014, Procacci 1991), der Repräsentation (vgl. Spivak 2016) wie der Normierung und Normalisierung (vgl. Stehr 2007).

Unter Berücksichtigung beider Verständnisse – eines eher konzentrierten, auf die inhaltliche Ausprägung von Armutsdiskursen, also Armutsdebatten, ausgerichteten Verständnisses und eines umfassenderen, auf die historisch-spezifischen Rationalisierungs- und Regulierungsformen ausgerichteten – lassen sich insbesondere drei Dimensionen von Armutsdiskursen in den Blick zu nehmen sind: erstens, die Frage der Politik(en) der Armut, also der Auseinandersetzungen um die Regulation und Rationalisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen; zweitens, die Frage der Institutionalisierung wie Deinstitutionalisierung der Armutsbekämpfung, also der Bearbeitung von gesellschaftlichen Verhältnissen durch gesetzliche Vereinbarungen und

professionelle Beauftragung, wie etwa personenbezogene soziale Dienstleistungen (z.B. Soziale Arbeit); und, drittens, die Frage der medialen Inszenierung von Armut, also der Herstellung und Vermittlung von Bildern, wie Armut zu verstehen sei, was armutserfahrene Menschen charakterisiere oder welche Lebensformen scheinbar aus Armutslagen erwachsen. Dementsprechend sind die Beiträge des vorliegenden Bandes entlang dieser drei Dimensionen sortiert und in Bezug auf eine Dimension im Band platziert.

Politik der Armut – Politiken der Armut

Im ersten Teil des Bandes werden Armutsdiskurse aus unterschiedlichen historischen Perioden und in unterschiedlichen politischen Kontexten in den Blick gerückt. Diese werden unter der Überschrift »Politik der Armut – Politiken der Armut« verhandelt. Damit werden diejenigen Auseinandersetzungen zum Thema, in denen um die Regulation und Rationalisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen in Bezug auf das Phänomen Armut gerungen wird. In den Beiträgen wird Politik dabei eher in einem engen Sinne gefasst. Armutsdiskurse bleiben somit weithin auf die institutionalisierten Formen der Entscheidung, und die damit beauftragten Instanzen konzentriert: auf parlamentarische Debatten, die politisch-administrative Praxis und die massenmediale Begleitung dieser Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse. Als Politik lassen sich in einem weiten Sinne allerdings auch alle diejenigen Auseinandersetzungen benennen, in denen um die Rationalisierung und Regulation von gesellschaftlichen Verhältnissen in Bezug auf das Phänomen Armut gerungen wird – auch wenn die entsprechende Praxis jenseits der institutionalisierten Kontexte versucht wird, und dabei oft ohne Einfluss bleibt und übersehen werden kann. Ein solches umfassendes Politikverständnis ist insbesondere im Anschluss an Chantal Mouffe (2007) und Jacques Rancière (2002) in den vergangenen Jahren etabliert worden (vgl. Bedorf/Röttgers 2010). Im vorliegenden Band wird dieses allerdings eher dann relevant, wenn im dritten Teil des Bandes andere Problematisierungs- und Repräsentationsformen als die parlamentarischen, politisch-administrativen und massenmedialen zum Gegenstand der Betrachtungen werden und auch nach Möglichkeiten politischer Subversion gefragt wird: Hier werden Stimmen armutserfahrener Menschen direkt hörbar, wenn sie in Form von selbstorganisierten Statements medial über ihren Lebensalltag berichten, wie das Beispiel des Hashtag #IchBinArmutsbetroffen zeigen kann – oder diese

Stimmen werden stellvertretend hörbar, wenn, in autosoziobiographischer Weise oder in anderen literarischen Formaten, über ihre Lebensrealitäten berichtet wird.

Franka Schäfer nimmt in ihrem Beitrag sozialwissenschaftliche Armutsdiskurse seit den Nachkriegsjahren bis ins Jahr 2005 in den Blick und arbeitet praxistheoretisch wie diskursanalytisch informiert Brüche und Verschiebungen in den entsprechenden Armutsdebatten heraus. Darüber gelingt es zu zeigen, dass es sich bei Armut keinesfalls um ein objektives Konzept handelt, sondern um eines, das – seit 2001 auch im Rahmen der regierungsmäßlichen Armuts- und Reichtumsberichterstattung – immer wieder neu verhandelt wird. So lenkt die Erweiterung des Armutsbegriffs um gesellschaftliche Teilhabedimensionen, wie dies im Rahmen der Berichterstattung beobachtet werden kann, die politische Aufmerksamkeit weg von Fragen der materiellen Verteilungsungleichheit und legitimiere in sozialpolitischen Diskursfeldern handlungsbetonte und erzieherische Ausrichtungen, die dazuhin anschlussfähig seien an Deutungen des unternehmerischen Selbst, so Schäfer. Hier zeigt sich die sozialwissenschaftliche Forschung vor der Herausforderung, dass deren Ergebnisse einerseits von politischen Parteien instrumentalisiert werden könnten und andererseits die Kommunikation der Ergebnisse den unterschiedlichen Regeln politischer oder (sozial-)wissenschaftlicher Artikulationslogiken folgt.

In seinem Beitrag nimmt *Maksim Hübenthal* den politischen Armutsdiskurs am Beispiel der Kinderarmut in den Blick. Am Beispiel der Plenardebatten des deutschen Bundestags zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeigt er, dass dort mit ganz unterschiedlichen Verständnissen von Kinderarmut gearbeitet wird: Konzepte der Erziehungs-, der Bildungs-, der Rechte- und der Geldarmut. Diese bildeten den Rahmen der Problematisierung und Einordnung familialer Konstellationen oder elterlichen Verhaltens. So erfahren unterschiedliche Anforderungen an das Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe Legitimation. Deutlich wird damit, dass Soziale Arbeit – hier am Beispiel der bundesdeutschen Kinder- und Jugendhilfe illustriert – in Bezug auf Armut mit widersprüchlichen Imperativen konfrontiert ist und daher gefordert ist, sich diese ambivalenten Aufgabenzuschreibungen kritisch-reflexiv zu vergegenwärtigen und ihnen professionell zu begegnen.

Roland Atzmüller diskutiert in seinem Beitrag die Dimensionen rechter Sozialpolitik und deren diskursive Begründung. Dazu zeichnet er die Spuren eines entstehenden Dispositivs radikal rechter Sozialpolitik nach. Erkennen lässt sich dieses in Strategien der Renationalisierung und Rechristianisierung, der Förderung traditioneller Familienstrukturen, geschlechtlicher Arbeits-

teilung sowie dem Ausbau punitiv-edukativer Beschäftigungsprogramme. Rechte Sozialpolitik solle in diesem Sinne zum Mittel eines national-autoritären Umbaus gegenwärtiger Gesellschaften werden. Dieser Umbau wird über die Behauptung eines *great reset* und eines angeblichen Bevölkerungsaustauschs durch »globalistische Eliten« diskursiv legitimiert. Der national-autoritäre Gegenentwurf seitens radikal rechter Kräfte beansprucht seine Begründung somit aus imaginierten Bedrohungen für Europa im Innen und Außen. Rechte Sozialpolitik hat nach Atzmüller bereits vielfältige Effekte auf die Gestalt der gegenwärtigen Armutsdiskussionen; und nicht nur das, sondern auch Auswirkungen auf die konkreten Lebensrealitäten von armutserfahrenen Menschen, die im Zuge der punitiv-edukativen Beschäftigungsmaßnahmen neue Zurichtungen und Repressionen erfahren.

Alban Knecht weist in seinem Beitrag über die Diskurse zum Sozialleistungsmisbrauch auf deren soziale Konstruiertheit hin und zeigt mit Bezug auf Herbert Gans deren gesellschaftliche Funktionen im Rahmen der Sozialstaatskritik auf. Er reflektiert zentrale Diskursereignisse ab den 1970er Jahren in Deutschland und arbeitet Kontinuitäten und Veränderungen, z.B. im Rahmen der Einführung von Hartz IV und der Migrationsdebatte, heraus. Zum einen bestätigt sich die zentrale These von Herbert Gans, dass die öffentliche Diskussion von Armut eher der Aufrechterhaltung des Arbeitsethos und der Legitimierung sozialer Ungleichheit dient, zum anderen zeigt sich eine gewisse Fluidität beziehungsweise Flexibilität was die Herausbildung von Sündenböcken betrifft.

Markus Griesser widmet sich rechtspopulistischen Debatten zur Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfe am Beispiel Österreich. Den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen bildet die Debatte um die Reform des zentralen armutspolitischen Instruments, der »bedarfsorientierten Mindestsicherung«, das in der gemeinsamen Regierungszeit von Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) von 2017 bis 2019 implementiert wurde. Die vom Autor vorgestellte diskursanalytische Untersuchung von drei Tageszeitungen in diesem Zeitraum brachte vielschichtige meritokratische und wohlfahrtschauvinistische Argumentationen hervor, bei denen das Thema Mindestsicherung diskursiv an die Themen Flucht und Migration angedockt wird. Als besonders prägend erweise sich die Argumentation, so Griesser, es gäbe eine Zuwanderung ins Sozialsystem, die begrenzt werden müsse. Transfereinkommensbeziehende würden darüber hinaus aber auch als Leistungsverweigerer*innen dargestellt, um die Abgrenzung zwischen ihnen und anderen lohnarbeitenden Gruppen zu verstärken. So entstün-

den Devianzfiguren, in denen sich die Diagnosen der Integrations- und Leistungsverweigerung miteinander verwebten.

Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung der Armutsbekämpfung

Im zweiten Teil des vorliegenden Bandes steht die Frage der Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung der Armutsbekämpfung im Zentrum des Interesses. Armutsbekämpfung ist eine der zentralen sozialpolitischen Aufgaben in wohlfahrtsstaatlichen Kontexten. Die unterschiedliche Art und Weise der Umsetzung institutionalisierter Armutsbekämpfung stellt eines der zentralen Merkmale zur Differenzierung der Wohlfahrtsregime dar (vgl. Esping-Andersen 1990): Das Ausmaß der öffentlichen Verantwortung für die Gewährleistung einer Existenzsicherung oder die Bindung von sozialrechtlichen Ansprüchen primär an den Staatsbürgerstatus oder an Lohnarbeit und soziale Position (z.B. Position der nicht-erwerbstätigen Ehefrau) definieren Wohlfahrtsregime und differenzieren damit zum Beispiel die sozialdemokratischen, konservativen und liberalen voneinander. Mit diesen sind daher differente Formen und Konzeptionen der Institutionalisierung von Armutsbekämpfung verbunden.

Zugleich eint alle sozialpolitischen Programme und Maßnahmen, als Ausdruck der institutionalisierten Armutsbekämpfung, die widersprüchliche Gleichzeitigkeit der Ermöglichung und der Regulation von Alltagshandeln (vgl. Lessenich 2003): Eine wohlfahrtsstaatlich garantierte Grundsicherung verhindert im gelungenen Fall Armut und ermöglicht somit ein gewisses Maß an subjektiver Freiheit, und zugleich sind damit Vorgaben zur Lebensführung verbunden, wie die Verpflichtung zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt oder die Akzeptanz von anerkannten und weniger oder nicht anerkannten Lebensformen (z.B. bürgerliche Kleinfamilie). Mit dieser widersprüchlichen Gleichzeitigkeit von Hilfe und Herrschaft (vgl. Widersprüche 1984) sind gerade auch die personenbezogenen sozialen Dienstleistungen, wie die sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Angebote und Leistungen konfrontiert.

Historisch wie gegenwärtig erfüllen Sozialpädagogik und Soziale Arbeit neben sorgenden und bildungsbezogenen Motiven zur Befähigung einer möglichst gelingenden Lebensführung von armutserfahrenen Kindern, Erwachsenen und Familien immer auch disziplinierende und normierende Funktionen (vgl. Richter 2012: 13ff.; Kessl/Reutlinger/Ziegler 2007). Als personenbezogene

ne soziale Dienstleitungsagenturen leisteten und leisten daher Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Altenhilfe oder Aufsuchende Soziale Arbeit einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut, aber auch zu deren Aufrechterhaltung, also der Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheitsordnungen. Die Reproduktion von Klassenverhältnissen wie klassistischen Zuschreibungen sind daher nicht die Ausnahme, sondern der sozialpolitische Regelfall. Dementsprechend lässt sich in den Handlungsfeldern Sozialer Arbeit beobachten, wie vorherrschende Ausschließungslogiken immer wieder auch reproduziert werden (vgl. Otto et al. 2007; Ziegler 2019) und Stigmatisierungspraktiken gegenüber armutserfahrenen Menschen neu zu Tage treten (vgl. Wiezorek/Pardo-Puhlmann 2013; Simon et al. 2019; Schäfer 2020; Kerle 2023). Die Institutionalisierung von Armutsbekämpfung ebenso wie ihre Infragestellung, also Versuche der Deinstitutionalisierung bestehender Formen und Konzepte, ist geprägt von den aktuellen Armtsdebatten wie den Armutsdiskursen insgesamt (vgl. Lemke 2014). Insofern öffnet eine diskursive Perspektive den Blick auf »pädagogisch-institutionelle Ordnungsbildungen« (Farrenberg 2022: 132). In einer solchen Perspektive erweisen sich sozialpolitische Institutionen, wie die Einrichtungen der Jugend-, Eingliederungshilfe oder der Aufsuchenden Sozialen Arbeit, immer auch als machtvolle Arrangements, in denen z.B. Menschen im Sinne gesellschaftlich vorherrschender Normen adressiert werden und bestimmte Subjektivierungsweisen relevant gesetzt werden (vgl. Seeck/Steckelberg i.E.; Pieper 2007; Maeder/Nadai 2004).

Fabian Kessl widmet sich in seinem Beitrag der Dialektik zwischen Armuts(re-)produktion und Armutsbekämpfung in sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Zusammenhängen. Im Anschluss an die Konzepte des institutionellen Rassismus und der institutionellen Diskriminierung stelle die Einsicht in die Dialektik von Armuts(re-)produktion und Armutsbekämpfung die Möglichkeit bereit, nicht nur institutionelle Benachteiligungen oder Ungleichbehandlungen in den Blick zu bekommen, sondern eben auch die institutionelle Herstellung und Reproduktion von Armut. Dazu werde der Blick auf soziale Ausschließungsprozesse erweitert, also auf die materiale Dimension, die die diskursive konstitutiv ergänze. In diesem Sinne lasse sich gesellschaftstheoretisch informiert ein kritisch-reflexives Verständnis Sozialer Arbeit als »linke Hand« des Sozialstaats ausarbeiten.

Im Beitrag von *Anja Kerle, Stephanie Simon und Jessica Prigge* werden Deutungen von Fachkräften in Einrichtungen der fröhkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung dargestellt. Die Autor*innen gehen der Frage nach, wie Kinder von pädagogischen Mitarbeiter*innen positioniert werden. Da-

bei zeigten sich klassistische Defizitkonstruktionen, wenn das Verhalten der Eltern als entscheidende Quelle von Armutslagen und Kinder als Opfer dieser familiären Verhältnisse bestimmt wird, gesellschaftliche Verhältnisse dagegen unbesprochen bleiben. Die Autor*innen diagnostizieren einen klassistisch präformierten und adultistisch überformten Diskurs im Bereich der Kindheitspädagogik. Demgegenüber plädieren sie für einen Anschluss an das Konzept der relationalen Agency, wie es in der sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung in jüngerer Zeit vorgeschlagen wird, mit dem die Handlungsfähigkeit von Kindern im Kontext ermöglicher wie blockierender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen anders thematisierbar werde.

Alexandra Klein und Bettina Ritter fragen in ihrem Beitrag nach den Konstruktionsweisen von Kinder- und Elternarmut und insbesondere der Rolle von Geschlechtlichkeit in diesem Kontext. In Kinderarmuttdiskursen würden junge Kinder eher ageschlechtlich thematisiert. Im Fall von älteren Kindern und Jugendlichen fänden sich dagegen spezifische vergeschlechtliche Problematisierungen. Mit diesen verschmolzen immer wieder sexistische wie klassistische Zuschreibungen von Bildungs- und Erziehungsarmut. Mit Rekurs auf prominente Problematisierungsfiguren, wie so genannte Risikomütter, zeigen Klein und Ritter, dass solche normativen Zuschreibungen auch in sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Feldern, insbesondere im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe, einflussreich geworden sind. Am Beispiel der Problematisierung der »Teenagermütter« können die Autorinnen zeigen, dass die pauschalisierenden Zuschreibungen zwischen Armutsbetroffenheit, früher Schwangerschaft und schlechter Mutterschaft unter anderem zu sexualpädagogischen Adressierungen mit disziplinierend-erzieherischem Charakter führen, obwohl sich die zentrale Belastung der entsprechenden Familien offensichtlich aus der Armutslage ergäbe.

Jana Kavermann widmet sich in ihrem Beitrag, auf Basis einer empirischen Zeitschriftenanalyse, der Frage, wie innerhalb der Fachdiskurse in Bezug auf Soziale Arbeit gegenüber den »Mainstream«-Debatten ein »oppositionelles Wissen« (Lagasnerie) entstehe. Das zeigt die Autorin anhand der begrifflichen Differenzierung von »Unter-« und »Unten«. Erstes finde in medialen und politischen Diskursen um die »neue Unterschicht« häufig in kulturalisierender und abwertender Weise Verwendung. Dem werde in der untersuchten Zeitschrift (*Widersprüche*) der Begriff des soziostrukturrellen »unten« entgegengesetzt, was als Versuch gelesen werden könne, Klassenverhältnisse zu beschreiben – in ihrer vertikalen Ordnung. Hier zeige sich ein Bemühen um das Verstehen von Zusammenhängen sowie ein Verständnis für gesell-

schaftliche Positionen und deren Ursachen, das eine befreungsorientierte Soziale Arbeit »von unten« kennzeichne, die einen solchen klassenanalytisch grundierten Blick auf armutserfahrene Personen einnehmen müsse.

Mediale Inszenierungen von Armut

Im dritten Teil des vorliegenden Bandes diskutieren die Autor*innen mediale Inszenierungen von Armut. Es geht in den entsprechenden Beiträgen somit um die öffentliche Darstellung des Phänomens Armut. Dabei ist der Blick der Autor*innen weniger medientheoretisch oder mediengeschichtlich, sondern eher medienanalytisch ausgerichtet: Thema sind die medialen »Bedeutungskonstruktionen«, die damit verbundenen »Strukturen« und die »ästhetische Gestalt« der unterschiedlichen Inszenierungen von Armut (Hickethier 2010: 336). In Bezug auf Armutsdiskurse rücken damit Fragen der medialen Problematisierung, der medialen Repräsentation sowie der medialen Normierung bzw. Normalisierung auf die Agenda.

Als mediale Problematisierung werden Zuschreibungen, Adressierungen wie Bewertungen, die mit öffentlichen Darstellungen von Armut verbunden sind, gefasst. Das lässt sich am Beispiel von einflussreichen Subjektivierungsmodellen illustrieren: Während das Modell des »unternehmerischen Selbst« (Bröckling 2007) bzw. der Arbeitskraftunternehmer*in und der Arbeitskraftmanagerin (vgl. Voß/Pongratz 1998; Winker/Carstensen 2007) medial als idealisierte Lebensweise vermittelt wird, dienen stereotypisierte Bilder von Menschen in Armut – z.B. als inaktiv – eher als Abgrenzungsfolie u.a. für eine Mittelschicht in Abstiegsangst (vgl. Patrick 2016, 2017). Mediale Repräsentationen können, angelehnt an Gayatri Spivak (2006), in zweifacher Weise bestimmt werden: erstens als Frage der Darstellungsweisen von Armut(en); und zweitens als öffentliche Artikulation von Subalternen. Gegenstand entsprechender Betrachtungen und Reflexionen sind dann zum Beispiel medial vermittelte Bilder von Armut oder die vorhandenen bzw. fehlenden medialen Repräsentationsmöglichkeiten von armutserfahrenen Menschen.

Mediale Normierungen und Normalisierungen rücken die Herstellung von bestimmten Bildern, und die dadurch erreichte Legitimierung von dargestellten Konstellationen, Einschätzungen, Praktiken in den Blick. Über die Darstellung bestimmter Lebensweisen in Armut und Transferleistungsbezug als *legitim* bzw. *illegitim* werden Normalitätskonstruktionen produziert und Differenzierungen von anerkannter und nicht-anerkannter Armut sowie von

›deserving‹ und ›undeserving poor‹ vorgenommen. Die mediale Normierung und Normalisierung von Armut ist somit Teil der (Re-)Produktion kultureller Hegemonie, also jener politischen Deutungen, kulturellen Zuschreibungen sowie sozialen Ordnungsvorstellungen, die zu einem historischen Zeitpunkt vorherrschend sind. Über die Modi der medialen Problematisierung, Repräsentation und Normierung bzw. Normalisierung erweisen sich Medien darüber hinaus als Signifikationsinstitutionen, die (Selbst- und Fremd-)Zuschreibungen ebenso befördern wie auch die unterschiedliche Legitimitätskonstruktion von Lebensführungsweisen und Lebensformen. Besonders deutlich wird dies an der medialen Positionierung von armutserfahrenen Menschen, deren Lebenslagen häufig als Ergebnis einer zugeschriebenen, veränderten* und negativ bewerteten Lebensführung dargestellt werden.

Armutsbetroffene stehen vor der Herausforderung, sich im Angesicht der vorherrschenden kulturellen Hegemonie positionieren zu können bzw. zu müssen. Ein anderer Blick auf einen Alltag in Armut, wie er in Selbstdarstellungen von Betroffenen versucht wird, ist daher nur schwer medial vermittelbar. Er ist aber auch von den Akteur*innen selbst nicht leicht einzunehmen, da die Stigmatisierung angesichts bestehender Vorurteile gegen Menschen in Armut mitunter auf die Selbstzuschreibungen dieser Personen zurückwirkt (vgl. Hall 1996; Fanon 1985; Künstler 2022). Menschen erfahren somit häufig selbst Scham aufgrund ihrer Klassenherkunft bzw. von Armutslagen, wie es in zahlreichen Erzählungen von Betroffenen deutlich wird.

Sebastian Friedrich zeigt in seinem Beitrag und anhand seiner diskurs- und normalismusanalytischen Studie auf, wie in den 1960er Jahren im mediopolitischen Diskurs die Debatte um die sogenannten jugendlichen Gammler geführt wurde. Mit Verweis auf deren angebliche Leistungsunwilligkeit bzw. Leistungsverweigerung sei die Differenz zwischen ›echten‹ und ›unechten‹ Gammlern einflussreich gemacht worden. Der Gammlerdiskurs erweise sich damit nicht nur als Problematisierung von Verhaltensweisen junger Menschen, sondern sei Teil der übergeordneten Logiken um Leistung und Lohnarbeit im analysierten Zeitraum. Bis in die 1990er Jahren würden Gammler negativ in Debatten um Transferleistungen erwähnt und als nicht-unterstützungswürdig positioniert. Der Gammler stelle somit eine weitere Facette der Figur des ›unwürdigen Armsen‹ dar.

Die im ersten Teil des Bandes thematisierten, abwertenden Diskurse über transferleistungsbeziehende Menschen nehmen *Andreas Hirsland* und *Stefan Röhrrer* zum Ausgangspunkt ihres Beitrages, in welchem sie diese öffentlich-medialen Präsentationen als Teil eines diskursiven Wahrheitsspiels einord-

nen. Unter Einbezug von Affektpolitiken würden die Beziehungen zwischen Staat, Lohnarbeitenden und leistungsbeziehenden Menschen auf je spezifische Weise angeordnet. Die Verfassenden thematisieren darüber hinaus die Umgangsweisen der Betroffenen mit abwertenden medialen Darstellungen. So führe etwa die Sorge, selbst als ›Schmarotzer‹ abgestempelt zu werden, bei leistungsbeziehenden Menschen zu tiefgreifenden Verunsicherungen, verschiedenen Abgrenzungsversuchen wie auch zu Rechtfertigungen der eigenen legitimen Unterstützungsbedürftigkeit.

Martin Schenk legt am Beispiel von Lebensskizzen, wie sie im Rahmen des gleichnamigen Projektes mit der Österreichischen Armutskonferenz erarbeitet wurden, dar, wie Armutsermythen anhand der Erzählungen armutserfahrener Menschen dekonstruiert werden können. Ziel sei es, die Lebensgeschichten von übersehenen bzw. unsichtbar gemachten Menschen zu repräsentieren und somit Sichtbarkeit und Anerkennung zu verleihen. Dabei agieren die dargestellten Menschen als eigene Erzähler*innen, sie bestimmen selbst, was und wie (sie) – teilweise begleitet von Fotoportraits – dargestellt werden. Auch der im Text beschriebene »Journalismuspreis von unten« und der Leitfaden für respektvolle Armutsberichterstattung der Armutskonferenz sind inspirierende Beispiele dafür, wie armutsbetroffene Menschen sich für eine respektvolle Armutsberichterstattung einsetzen.

Holger Schoneville und *Helen Dambach* knüpfen in ihrem Beitrag an der Frage, wie armutserfahrene Personen ihre Lebenslagen öffentlich artikulieren, an und erkunden dies anhand der auf Twitter/X geführten Debatte unter dem Hashtag #IchBinArmutsbetroffen. Ein zentrales Merkmal dieser Diskurse stellten, den Autor*innen folgend, die hier dokumentierten alltagsnahen Erzählungen dar, die aus der Position der Betroffenheit formuliert würden: u.a. als Erfahrungen vielfältiger Missachtungen und Ausgrenzungen. Im Mittelpunkt stünde somit das Sichtbarmachen individueller und alltäglicher Erfahrungen, jedoch ergäbe sich durch die Verwendung des gleichen Hashtags ein mosaikartiges Bild der Gemeinsamkeit des Lebens in Armutslagen. Konkrete politische Forderungen der Betroffenen fehlten dagegen.

Inwiefern Auto(sozio)biographien und fiktionale Belletristik als Gegendiskurse zu gesellschaftlichen Narrativen um das Aufwachsen in Armut fungieren können, diskutieren *Anja Kerle* und *Alban Knecht*. Sie nehmen dazu verschiedene, exemplarisch ausgewählte Texte in den Blick und betonen, dass diese Werke einen differenzierten und intersektionalen Blick auf Kindheiten und Jugend in Armut ermöglichen können. Über die biographische Perspektive wie die zugängliche Form, sei es nun als Roman oder als Graphic Novels, haben Auto(so-

zio)biographien nach Einschätzung der Autor*innen das Potenzial, eine weite Leser*innenschaft anzusprechen und zu sensibilisieren. In diesem Sinne verstehen Kerle und Knecht sie als Teil eines alternativen Armutsdiskurses, da sie den Blick für die Lebenswelt von Menschen und deren Eigensinn öffnen.

Mit dem Auszug aus *Markus Ostermairs* Roman »Der Sandler« (Ostermair 2020), einem herausragenden Beispiel für die fiktionale Bearbeitung des Themas Armut, endet der vorliegende Band: Ostermair erzählt in seinem Romandebüt, wie sein Protagonist, Karl, in die Lebenssituation eines obdachlosen Menschen gekommen ist. Karl organisiert und improvisiert seinen großstädtischen Alltag zwischen Hilfsangeboten, losen Kontakten zu anderen Menschen und Versuchen, die Wohnungslosigkeit hinter sich zu lassen. In den ausgewählten und hier wiederabgedruckten Textausschnitten wird greifbar, mit welcher Mühe eine scheinbar selbstverständliche Alltagsbewältigung verbunden ist, wenn Menschen an grundlegenden Stellen an den Rand der bürgerlichen Gesellschaft geraten sind. Der Titel »Sandler«, der eine abwertende bayerische und österreichische Bezeichnung für einen Stadtstreicher darstellt, verweist dabei auf die Perspektive, sein Leben als Ausgegrenzter bewerkstelligen zu müssen.

Relationale und reflexive Perspektiven auf Armut und Armutsdiskurse

»Von wem oder was spricht man eigentlich, wenn von Armut die Rede ist?« Im Sinne dieses Zitats von Serge Paugam (2008: 7) fragen die in diesem Band versammelten Beiträge nach historischen wie gegenwärtigen Armutsdiskursen. Dabei rücken Armutsdebatten wie die diskursiven Bedingungen der Möglichkeiten, über Armut zu sprechen, in den Blick der Autor*innen. So fragen sie in ihren unterschiedlichen Beiträgen nach den konkreten inhaltlichen Auseinandersetzungen um Armutspolitiken, sie spüren den Deutungs- und Denkweisen in Bezug auf das Phänomen der Armut nach und analysieren die damit verbundenen Artikulations(un-)möglichkeiten und Repräsentationsbedingungen für die beteiligten Akteur*innen. Insofern stellt der vorliegende Band ein spezifisches Reflexionsangebot in Bezug auf das Phänomen Armut bereit, welches sich dessen diskursiver Polyvalenz annähert. Gegenstand der Auseinandersetzungen sind weniger die vielfach diskutierten Bestimmungsmöglichkeiten von Armut (*Armutsmessung*), einzelne sozial-, bildungs-, wohnungs- oder wirtschaftspolitische Strategien (*Konzepte der*

Armutsbekämpfung) oder die materiellen Alltagsbedingungen von Menschen in Armut (*Einkommens- und Vermögensverteilung*). Vielmehr widmen sich die Beiträge des vorliegenden Bandes aus unterschiedlichen Perspektiven der Thematisierung wie der Problematisierung, Repräsentation und Normierung bzw. Normalisierung des Phänomens der Armut und deren Auswirkungen für Betroffene.

Gemein ist den Beiträgen eine relationale Perspektive auf Armut. Armut erweist sich somit nicht als unabhängiges Phänomen, sondern ganz im Gegenteil als Ausdruck einer gesellschaftlichen wie politisch-ökonomischen Konstellation. Armut ist in Gegenwartsgesellschaften das Ergebnis eines Zusammenspiels von sich historisch entwickelten und bestehenden Privilegienstrukturen, kulturellen Zuschreibungen, ökonomischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen sowie politischen Entscheidungen. Insofern erweist sich der Erkenntnisgewinn einer relationalen Perspektive auf Armut *erstens* darin, dass sich Armut in einem nicht-essenzialisierten Verständnis fassen lässt: Armut ist keine universelle und ahistorische Konstante, die sich ausschließlich entlang einer bestimmten Einkommenshöhe, im Sinne einer bestimmten Lebensweise oder anhand subjektiver Erfahrungen bestimmen lässt, sondern immer in den oben genannten Kontexten zu fassen ist.

Zweitens verweist ein relationales Verständnis von Armut auf die Tatsache, dass Armut weder auf eine materiale noch auf eine diskursive Dimension reduziert werden kann. Mit dem Phänomen der Armut gehen neben einem finanziellen Mangel und dem Mangel an Zugängen spezifische Bilder und Deutungen über Armut(en) und über ›die Armen‹ einher sowie unterschiedliche Artikulations- und Repräsentationsmöglichkeiten. Erst in der Wechselbeziehung der materialen wie symbolisch-diskursiven Dimensionen wird ein angemessenes Armutverständnis denkbar. Diese Perspektive ermöglicht *drittens*, diskursive Leerstellen im Sinne faktisch existierender materieller Notlagen bei Nicht-Thematisierung und Nicht-Anerkennung dieser als Armut aufzuzeigen, wie beispielsweise die vergleichsweise randständige Thematisierung von ge-ringverdienenden lohnarbeitenden Menschen (›working poor‹) in Armutsdebatten.

Aus einer relationalen Perspektive wird *viertens* deutlich, dass Armut ein politisch wie kulturell umkämpftes Phänomen darstellt: Die verschiedenen politischen bzw. symbolischen Kämpfe um das Ringen von ›legitimen‹ Deutungen und Bedeutungen von Armut(en) sind in den Blick zu nehmen (vgl. Barlösius 2001) und dahingehend zu befragen, welche Deutungsangebote verhandelt und letztlich durchgesetzt werden. In die jeweiligen Armutspolitiken

und -verständnisse schreiben sich die damit verbundenen unterschiedlichen Deutungen von *legitimer* Unterstützungsbedürftigkeit ebenso ein, wie sich in ihnen bestehende Herrschaftsverhältnisse symbolisieren. So ist die Zuschreibung von Menschen als >unwürdige Arme< in kapitalistischen Verhältnissen und meritokratischen Logiken vielfach nachweisbar, wenn zum Beispiel individuell oder gruppenbezogen eine scheinbar unzureichende Lohnarbeitsbereitschaft skandalisiert wird.

Damit einhergehend wird *fünftens* deutlich, dass Armut von sozialpolitischen Ausrichtungen abhängt und Armut wohlfahrtstaatlich bekämpft und zugleich reproduziert wird – etwa indem Anspruchsberechtigungen auf existenzsichernden Leistungen an nationalstaatliche Zugehörigkeiten sowie weitere Bedingungen geknüpft sind. Die jeweiligen historischen Politiken der Armut, und somit die bestehenden oder fehlenden sozialpolitischen Versorgungs- und Unterstützungsprogramme und -maßnahmen, haben Einfluss auf die Lebensrealitäten aller Gesellschaftsmitglieder und somit auch jener der (potenziell) armutsbetroffenen Menschen. In einer solchen relationalen Perspektive kann der Blick auf den Beitrag personenbezogener sozialer Dienste, wie zum Beispiel die Soziale Arbeit, zur Bekämpfung und Hervorbringung von Armut sowie zur Aufrechterhaltung von Ungleichheitsstrukturen gelenkt werden.

Wenn Armut als politisch wie kulturell umkämpftes Phänomen angesehen wird, ist *sechstens* auch einsichtig, dass vorherrschende Armutspolitiken und -verständnisse potenziell re-formuliert und umgedeutet werden können. Darin liegt die Möglichkeit der Gestaltung alternativer Thematisierungsweisen wie Repräsentationsformen, der Einmischung, Gegenrede und der Widersprüche. Nimmt man sich dem Phänomen Armut aus einem solchen relationalen Blickwinkel an, wird deutlich, dass auch systematische Reflexionen, wie sie im vorliegenden Band unternommen werden, in den Kontext der aktuell vorherrschenden Armutsdiskurse einzuordnen sind.

Warum liegt eine Einordnung und Reflexion von Armutsdiskursen gerade gegenwärtig auf der Hand? Welche Perspektiven ergeben sich hier für zukünftige Debatten, etwa in der Sozialen Arbeit? Weshalb wurden die Thematisierung von Armut ebenso wie die Problematisierung, Repräsentation und deren Normierung bzw. Normalisierung viele Jahre nicht zu einer Reflexion personenbezogener sozialer Dienstleistungen? Warum kommt es nun, am Ende des ersten Drittels des 21. Jahrhunderts, zur Auseinandersetzung um eine sozialpädagogische Armutsforschung? Doch nicht nur diese Fragen, sondern auch diskurstheoretische und machtkritische, wie diejenigen nach der Reprä-

sentation von Armut, sind aufgeworfen, wenn man den vorliegenden Band zur Hand nimmt: Welche Leerstellen lassen die in diesem Band versammelten Beiträge? Wo wird der Band, im Zusammenspiel der Beiträge, dem Anspruch eines relationalen Armutsbegriffs gerecht – und an welcher Stelle verfehlt er diesen? Welche Sprecher*innenpositionen sind präsent bzw. präsenter, welche bleiben, trotz der Informiertheit um die Intersektionalität des Phänomens der Armut, unterbelichtet? Von welcher sozialen Position aus wird von den Verfassenden dieses Bandes über Armut gesprochen? Welchen Beitrag leisten akademische Diskurse über Armut zur (Re-)Produktion von Ausgrenzungen gegenüber Menschen aus der Armut- und Arbeiter*innenklasse? Und inwiefern ist dieser Band selbst armutserfahrenen Menschen zugänglich? Solche Fragen können an dieser Stelle nur selbstkritisch aufgeworfen werden. Auch der vorliegende Band ist im bestehenden gesellschaftlichen Kontext, von Schreibenden in (zumeist) privilegierten gesellschaftlichen Positionen, situiert in exkludierenden akademischen Strukturen, erzeugt – und reproduziert daher bestimmte Sichtweisen. Und doch wagt er den Versuch, bisherige Deutungsmuster und Denkweisen nicht nur zu inventarisieren, sondern auch zu erweitern. Ob dies gelungen ist, soll dem Urteil der Leser*innen überlassen bleiben.

Zuletzt möchten wir allen Autor*innen herzlich danken, dass sie sich auf das gemeinsame Buchprojekt eingelassen haben. Außerdem danken wir Melahat Saravanabavan (Wuppertal) und Michael Ploner (Klagenfurt), die bei der redaktionellen Bearbeitung der Beiträge und dem Lektorat des vorliegenden Bandes eine immense Hilfe waren.

Dornbirn, Klagenfurt, Wuppertal im Juli 2024

Literatur

- Barlösius, Eva (2001): »Das gesellschaftliche Verhältnis der Armen – Überlegungen zu einer theoretischen Konzeption einer Soziologie der Armut«, in: Eva Barlösius/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hg.), Die Armut der Gesellschaft, Wiesbaden: VS, S. 69–97.
- Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (2010): Das Politische und die Politik, Berlin: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Dröge, Kai/Marrs, Kira/Menz, Wolfgang (Hg.) (2008): Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft, Berlin: edition sigma.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton, New York: Polity Press.
- Fanon, Frantz (1985): Schwarze Haut, weiße Masken, Frankfurt a.M.: Suhrkamp. [Original: Peau noire, masques blanc. Édition du Seuil, Paris, 1952]
- Farrenberg, Dominik (2022): Regierungsspielräume. Eine Ethnographie über Praktiken der Herstellung des Kindergartenkindes, Universität Vechta: Dissertationsschrift. Siehe <https://voado.uni-vechta.de/handle/21.11106/120>
- Fegter, Susann et al. (Hg.) (2015): Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Empirische Analysen zu Bildungs- und Erziehungsverhältnissen, Wiesbaden: Springer VS.
- Friedman, Milton/Friedman, Rose D. (1980): Free to Choose: A Personal Statement, New York: Harcourt Brace Jovanovich.
- Hagen, Lutz (2001): »Erwerbslosigkeit und die Agenda-Setting-Hypothese. Über den Einfluss der Medien auf die Wahrnehmung eines privaten und öffentlichen Problems«, in: Jeanette Zempel/Johann Bacher/Klaus Moser (Hg.), Erwerbslosigkeit. Ursachen, Auswirkungen und Interventionen, Opladen: Leske + Budrich, S. 207–231.
- Hall, Stuart (1996): »The After-life of Frantz Fanon: Why Fanon? Why now? Why Black Skin, White Mask?« In: Alan Read (Hg.), The fact of blackness. Frantz Fanon and visual representation, London: Institute of Contemporary Arts, S. 12–37.
- Hayek, Friedrich A. (1991): Die Verfassung der Freiheit, 5. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hickethier, Knut (2010): Einführung in die Medienwissenschaft, 2. Aufl., Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler.
- Hradil, Stefan (2010): »Der deutsche Armutsdiskurs – Essay«; In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 51–52, S. 3–8.
- Huster, Ernst-Ulrich (2018): »Von der mittelalterlichen Armenfürsorge zur sozialen Dienstleistung. Ausdifferenzierung und Integration«, in: Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn (Hg.), Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden: Springer VS, S. 341–366.
- Jäger, Siegfried (1999): Diskursanalyse, Münster: Unrast.
- Keller, Reiner (2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms, Wiesbaden: VS Verlag.

- Kerle, Anja (2023): Armut im Blick? Eine Ethnographie zu Familienzentren nach EEC, Weinheim: Beltz Juventa.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger (Hg.) (2007): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die »neue Unterschicht«, Wiesbaden: VS.
- Knecht, Alban (2024): Mit Sozialpolitik regieren. Eine ressourcentheoretische Policy-Analyse der Beschäftigungsförderung benachteiligter Jugendlicher in Österreich, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Künstler, Phries Sophie (2022): Prekäre Subjektivierung. »Kämpfe ums Mögliche/Werden« im Kontext von Mutterschaft und Erwerbslosigkeit, Bielefeld: transcript.
- Lemke, Thomas (2014): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, 6. Aufl., Hamburg: Argument.
- Lessenich, Stephan (2003): »Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des ›Förderns und Forderns‹«, in: WSI Mitteilungen, H. 4, S. 214–220.
- Maeder, Christoph/Nadai, Eva (2004): Organisierte Armut. Sozialhilfe aus wissenssoziologischer Sicht, Konstanz: UVK.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a.M.: Suhrkamp [Original: On the Political, London: Routledge, 2005].
- Nordmann, Jürgen (2005): Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt. Popper und Hayek im Diskurs, Hamburg: VSA.
- Ostermair, Markus (2020): Der Sandler, Hamburg: Osburg.
- Otto, Hans-Uwe et al. (Hg.) (2007): Grenzenlose Cyberwelt? Zum Verhältnis von digitaler Ungleichheit und neuen Bildungszugängen für Jugendliche, Wiesbaden: VS.
- Patrick, Ruth (2016): »Living with and responding to the ›scrounger‹ narrative in the UK: exploring everyday strategies of acceptance, resistance and deflection«, in: Journal of Poverty and Social Justice 24, 3, S. 245–259.
- Patrick, Ruth (2017): »Scroungerphobia: living with the stigma of benefits«, in: dies.: For Whose Benefit? The Everyday Realities of Welfare Reform. Bristol: Policy Press, S. 145–170.
- Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut, Hamburg: HIS.
- Pieper, Marianne (2007): »Armutsbekämpfung als Selbsttechnologie. Konturen einer Analytik der Regierung von Armut«, in: Roland Anhorn/Frank Bettinger/Johannes Stehr (Hg.), Foucaults Machtanalytik und soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden: VS, S. 93–107.

- Procacci, Giovanna (1991): »Social economy and the government of poverty«, in: Graham Burchell/Michel Foucault (Hg.), *The Foucault effect. Studies in governmentality*, London: Harvester Wheatsheaf, S. 151–168.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp. [Original: *La Mésentente. Politique et Philosophie*, Paris: Éditions Galilé, 1995]
- Richter, Martina (2012): *Die Sichtbarmachung des Familien. Gesprächspraktiken in der Sozialpädagogischen Familienhilfe*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Schäfer, Philipp (2020): »Klassismus – (k)ein Thema für die Soziale Arbeit?«, in: Francis Seeck/Brigitte Theißl (Hg.), *Solidarisch gegen Klassismus organisieren, intervenieren, umverteilen*, Münster: Unrast, S. 209–221.
- Seeck, Francis/Steckelberg, Claudia (Hg.) (i.E.): *Klassismuskritik und Soziale Arbeit. Analysen, Reflexionen und Denkanstöße*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Simon, Stephanie et al. (2019): »Deutungen von Armut. Pädagogische Thematisierungen von und Umgangsweisen mit sozialer Ungleichheit in Kindertageseinrichtungen«, in: *neue praxis* 49, 5, S. 395–415.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2016): *Can the subaltern speak?* 2. Aufl., Wien: Turia + Kant.
- Stehr, Johannes (2007): »Normierungs- und Normalisierungsschübe — Zur Aktualität des Foucaultschen Disziplinbegriffes«, in: Roland Anhorn/Frank Bettinger/Johannes Stehr (Hg.), *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit*, Wiesbaden: VS, S. 29–40.
- Voß, Günter G./Pongratz, Hans J. (1998): »Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, 1, S. 131–158.
- Widersprüche (1981): *Hilfe und Herrschaft* 1, H.1.
- Wiezoreck, Christine/Pardo-Puhlmann, Margaret (2013): »Armut, Bildungsferne, Erziehungsunfähigkeit«, in: Fabian Dietrich/Martin Heinrich/Nina Thieme (Hg.), *Bildungsgerechtigkeit jenseits von Chancengleichheit*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 197–214.
- Winkler, Gabriele/Carstensen, Tanja (2007): »Eigenverantwortung in Beruf und Familie – vom Arbeitskraftunternehmer zur Arbeitskraftmanager«, in: Feministische Studien 25, 2, S. 277–288.
- Ziegler, Holger (2019): Generation »Rücksichtslos«? Gemeinschaftssinn bei Kindern und Jugendlichen, Leverkusen: Bayer, Siehe: <https://www.bepanten.de/sites/g/files/vrxlpv36091/files/2021-01/studienpublikation-gemeinschaftssinn.pdf>

Politik der Armut – Politiken der Armut

Armutsbegriffe und Diskursmechanismen des sozialwissenschaftlichen Armutsdiskurs in Deutschland 1950–2005

Franka Schäfer

»Die Leistung der Wissenschaft besteht [...], nicht darin, besser definieren zu können, was Armut ist [...]. Ihre Aufgabe ist vielmehr den unterschiedlichen gesellschaftlichen Stimmen ihren Anspruch auf Objektivität zu leihen. [...] [Der Kampf um Armut] ist ein Kampf um Definitionen, Konzepte, Messverfahren, um Datenquellen, Stichprobeverfahren, und Analysemodelle. [...] So offenkundig es ist, dass die Perspektive von Wissenschaftlern nur eine Perspektive ist [...], so [...] muss [...] Wissenschaft am Anspruch, dieses Versprechen einlösen zu können, festhalten.« (Ludwig-Mayerhofer/Barlösius 2001: 29)

Einordnung des historisch diskurstheoretischen Blicks

Selbst wenn die These der Aufrechterhaltung des Anspruchs, Armut Objektivität zu verleihen, 20 Jahre nach der Äußerung umstritten ist wie nie, war genau dies auch Thema einer Forschungsarbeit, die anhand einer qualitativen Untersuchung sozialwissenschaftlicher Veröffentlichungen zum Thema Armut vor zehn Jahren unternommen wurde, um Brüche und Verschiebungen der

Wissensordnung im sozialwissenschaftlichen Armutsdiskurs in den Nachkriegsjahren bis ins Jahr 2005 einer kritischen Analyse zu unterziehen (vgl. Schäfer 2013). Die Forschungsarbeit basierte auf dem grundlegenden Diskursmodell der späten Diskurstheorie Foucaults und thematisierte die Rolle der Sozialwissenschaften in der diskursiven Herstellung von Armut. Die erneute Aufbereitung der Ergebnisse eine Dekade nach Erscheinen soll im Kontext des vorliegenden Bandes dazu dienen, eine Bezugsfolie für gegenwärtige Diskursereignisse zu bilden, um aktuelle Debatten über die Auswirkungen der neuen sozial-ökologischen Frage, der Rückkehr der Klassengesellschaft und/oder die Auswirkungen von Fragen nach intersektionalen Überlagerungen von Ungleichheiten auf Armutsdiskurse vor diesem Hintergrund führen zu können. Im Angesicht der neuen ökologischen Frage beispielsweise scheint die eigentliche soziale Frage aktuell im Interdiskurs wie im sozialwissenschaftlichen Diskurs an Boden zu verlieren. Warum dies so scheint, kann nicht nur mit Attraktivitätsmärkten und Aufmerksamkeiten (vgl. Reckwitz 2017), Klickbites und Triggerpunkten (vgl. Mau/Lux/Westheuser 2023), der auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit ausgerichteten Förderlandschaft und der voranschreitenden Algorithmierung von Presse und öffentlicher Wahrnehmung (vgl. Seyfert 2024) beantwortet werden, sondern möglicherweise auch mit dem historischen Diskursverlauf und Aussageformationen von Armut im deutschen sozialwissenschaftlichen Spezialdiskurs. Um dieser Diskrepanz auf den Grund zu gehen, nehme ich im Folgenden eine diskurstheoretisch erweiterte und am Foucaultschen Ereignisbegriff orientierte praxistheoretischen Perspektive (vgl. Schäfer 2023) ein. Die Bedeutung der diskursiven Dimension von vergangenen Praktiken für gegenwärtige Thematisierungsformen und in der Konsequenz auch Praxisformen gegenwärtigen arm Seins, ergeben sich dabei aus dem Ereignisparadigma der praxistheoretischen Denkweise (vgl. Hillebrandt 2014: 58). Ein Rückblick auf den vergangenen sozialwissenschaftlichen Armutsdiskurs erfolgt nun insbesondere vor dem Hintergrund, dass es für die darauffolgenden Beiträge des Bandes interessant sein kann, Diskursformationen in Armutsdiskursen der Gegenwart wiederzuerkennen oder in ihren Bedingungen Parallelen zu früheren Diskursmechanismen zu sehen, die das Archiv aktueller Diskursstränge bilden (vgl. Foucault 1973: 188).

Den Diskurs strukturierende Armutsbegriffe

Mit Hilfe interpretativer Analytik ausgewählter Diskursbeiträge aus der Konstitutionssphase des sozialwissenschaftlichen Armutsdiskurses (Liste einsehbar in vgl. Schäfer 2013: 341) konnten in der genannten Studie insgesamt fünf diskursiv generierte Panoramen (vgl. Latour 2007: 316) der Herstellung von Armut festgestellt werden: Armut wurde in den Sozialwissenschaften in der Phase der Konstituierung des Spezialdiskurses in der Nachkriegszeit bis zum Diskursereignis der Institutionalisierung der Armutserichterstattung Ende der 1990er Jahre in einem philosophischen, einem ökonomisch geprägten, einem systemkritischen, einem die Funktion der Sozialwissenschaften selbstreflexiv wendenden und einem gesellschaftsrelationalen diskursiven Panorama mit hervorgebracht. Hierin gelangten neben einem antonym-eudämonischen Armutsbegriff, der Armut als Abwesenheit von Glück und/oder gutem Leben transportiert, ein materiell-monetärer, der Armut als eine nicht Existenz sichernde Menge an Gütern oder entsprechendem Geldwert thematisiert und ein ordnender Konfusions-Armutsbegriff (Armut ist Unordnung) ins Wahre des Diskurses. Darauf hinaus eröffnen ein defizitär-relationaler Armutsbegriff und ein exkludierend-funktionaler Armutsbegriff legitime Thematisierungsformen von Armut. Der defizitär-relationalen Armutsbegriff formiert das Narrativ, wonach Armut ein von der Gesellschaft in doppeltem Maße abhängiger Mangel ist, der hinter gesellschaftlich ausgehandelten und sich mit der Gesellschaft verändernden Standards zurückbleibt. Der exkludierend-funktionalen Armutsbegriff bringt Armut als Ausgrenzung und somit als ein gesellschaftliches Verhältnis hervor, das in der Organisationsstruktur der Gesellschaft angelegt ist (weiterführend Schäfer 2013: 167ff.).

Streuung von Begriffen

Durch die Variation der Begrifflichkeiten werden bestimmte Praktiken initiiert bzw. mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit angestoßen, was wiederum das unkontrollierbare Gewimmel des Diskurses um Armut drainiert. Beispielsweise schließt der Begriff – und die damit verbundenen Konzepte – der *Armutserichterstattung* anstelle von *Armutsforschung* – semantisch die Notwendigkeit der Formulierung von Handlungsanleitungen zur Veränderung der realpolitischen Situation aus, da Armutserichterstattung lediglich eine deskriptive Bestandsaufnahme suggeriert und nicht etwa die Verpflichtung

zur Veränderung herrschender Praxis in der Konsequenz nach sich zieht. Eine vielfach unterschätzte Diskurswirkung ist die Folgende: Um seine bisherige Struktur aufrechtzuerhalten, nutzt der Diskurs die Berichterstattung quasi als Feuerwehr zur Erhaltung der herkömmlichen Konzepte, die aufkeimende Debatten über Armut »löscht« (es gibt doch jetzt schließlich eine Berichterstattung). In der Tat sind die Reformvorschläge zur Verbesserung von Lebenslagen in Deutschland im Armuts- und Reichtumsbericht 2001/05 dürftig und auf die Basis herkömmlicher Konzepte bezogen geblieben.

Je nach Zielsetzung variieren die verwendeten Konzepte von Armut, um in strategischen Diskursfeldern Positionen besetzen zu können. Es existieren Kombinationen von verschiedenen Aussagekomplexen, die Armutsforschung als Begleit-, Beratungs- und Wirkungsforschung für das politische Feld qualifizieren und nur dadurch Diskurslegitimation erlangen, dass sie die Regeln des politischen Diskursstranges erfüllen. Dies bestätigt die Debatte im Nachgang des Armut- und Reichtumsberichts 2001. Das mit der Forschung beauftragte Autor*innenteam sah sich in dem Dilemma, dass die von ihm erarbeiteten Erkenntnisse nicht nach den Regeln des wissenschaftlichen Armutsdiskurses, sondern nach den Regeln des politischen Armutsdiskurses formuliert und veröffentlicht wurden (vgl. Schäfer 2002: 219ff.). Dass die Erweiterung des Armutsbegriffs auf das Phänomen gesellschaftlicher Teilhabe die Diskursaufmerksamkeit weg von materieller Verteilungsungleichheit lenkte und in sozialpolitischen Diskursfeldern einen handlungsbetonten und erzieherischen Gestus legitimiert, konnte ebenfalls herausgearbeitet werden. Durch die Verlagerung des Fokus auf aktive Teilhabe als Gegenteil von Armut durch das Konzept des Förderns und Forderns wird Selbstverantwortung zum entscheidenden Kriterium, wodurch statt konkreter Umverteilung eher aktivierende Programme zur *Erziehung* zum vorbildlichen aktiven und selbst verantwortlich unternehmerischen Armen (vgl. Bröckling 2007) resultieren und sich vor allem die sozialarbeiterischen Handlungsmaßnahmen zunehmend ein moralisches Gewand geben. Vor diesem Hintergrund erhält auch der ordnende Konfusionsarmutsbegriff erneut Diskurslegitimation, der die Aussagenformationen eines wieder in Ordnung zu bringenden (zugeschriebene) Werte- und Kompetenzverfalls der von Armut Betroffenen integriert.

Brüche initiierende Mechanismen

Die gröbsten Brüche finden sich in den 1960er Jahren bei der Konstituierung des Diskursereignisses Armut, in den 1980er Jahren mit dem Turn zu Arbeitslosigkeit und der Rückkehr der kollektiven Massenarmut der Arbeitslosen und mit der Initialisierung der regierungsamtlichen Armutsergebnisse Ende der 1990er Jahre. Durch Mikrophysiken wirkender Diskurstmächte wird z.B. die Legitimation der Thematisierung von *Armut als Folge von Arbeitslosigkeit* zu *Armut trotz Erwerbstätigkeit* verschoben und es fand ein Paradigmenwechsel in Bezug auf das Verhältnis von Armut und Arbeit statt.

Bis in die 1980er Jahre bestimmten Thematisierungsformen monetärer Einkommensarmut die Herangehensweisen, Forschungsmethoden, wie in der Konsequenz die Ergebnisse der Forschung. Das auch im öffentlichen Diskurs anzutreffende Aussagenbündel, wer arm sei, sei dies auf Grund dessen, dass er über kein oder zu wenig Geld verfüge, wirkt bis in wissenschaftliche Analysen, so dass die Ergebnisse der meisten Studien ausschließlich auf Grundlage analysierter Einkommenslagen nur selektive Facetten von Armut in Deutschland widerspiegeln. Aus dieser allen Überlegungen latent zu Grunde liegenden Erkenntnis, die bereits in Entscheidungsprozesse im Vorfeld wissenschaftlicher Projekte wirkt, wurden Bedingungsfaktoren für Verarmungsprozesse sowie Lösungsansätze zur Eindämmung von Armut gezielt und beinahe ausschließlich im Bereich der Eindämmung von Arbeitslosigkeit gesucht, da Arbeit und das hiermit verbundene Gehalt als einzige Form der Existenzsicherung angesehen wurde. Das Konzept der Vollbeschäftigung ist legitimes und nicht hinterfragtes Wissen, weshalb alle Armutsbegriffe die mögliche Vollbeschäftigung als diskursive Bedingung in sich tragen. Erst in den 1980er Jahren ändert sich dies und das herkömmliche Konzept bricht. Z. B. stehen die Diskursteilnehmenden vor der strategischen Wahl, in Konzepten der Sozialpolitik und theoretischen Überlegungen zur gesellschaftlichen Kohäsion die Pflicht zur Arbeit oder das Recht auf Arbeit zu thematisieren. Mit der Aussagenformation, die das Recht auf Arbeit integriert, ist Armut als Ausschluss vom Arbeitsmarkt verknüpft und zieht exkludierend funktionale Armutsbegriffe nach sich. Da in den 1980er Jahren der exkludierend funktionale Armutsbegriff an Diskursaufmerksamkeit und Berechtigung verloren hat, haben Aussagenformationen, die die Pflicht zur Arbeit thematisieren, eine höhere Zugangswahrscheinlichkeit. Aus Sicht heutiger Forschung, die sich weitgehend von der paradigmhaften eindimensionalen Verknüpfung von Armut und Arbeitslosigkeit verabschiedet hat und Arbeitslosigkeit nur noch

als einen Faktor unter vielen Armut bedingenden Aspekten untersucht, sind Formen von Armut trotz Erwerbstätigkeit in zunehmendem Maße schon länger existent gewesen, gelangten aber nicht ins Sagbare des Armutsdiskurses. Die Forschung ist heute in größerem Maße für Formen von Erwerbsarmut sensibel, wie auch für Armutsprozesse, die nicht unbedingt von mangelnden finanziellen Ressourcen, sondern von eventuell vorhandenen Alltagsbewältigungs- und Haushaltsführungskompetenzen der Individuen abhängen. Die Diskurswirkungen der Aussagenformationen um absolute und ökonomisch-monetäre Armutsbegriffe und der Konzeptionen der Armutsforschung als Datenproduktion für den Wohlfahrtstaat ziehen ebenso methodische Konsequenzen und theoretische Grundsätze in der Formierung der Aussagen nach sich, die in den beiden Diskurssträngen Berechtigung erhalten. So ist in den Konzeptionen die Webersche These der Strukturierung von Lebenschancen durch die Marktlagen enthalten. Hier gruppieren sich Aussagen, die die Spaltung des Arbeitsmarktes in ein sicheres und Aufstieg ermöglichtes Marktsegment und ein unsicheres Zugang erschwerendes Arbeitsmarktsegment als Basisdifferenzierung und ursächliche Erklärung der Entstehung und Aufrechterhaltung von Armut definieren. Im Gegensatz dazu formieren sich zu den Aussagen im Diskursraum der Arena der *Neue Soziale Frage* Aussagen, die nicht das Spannungsverhältnis von Arbeit und Kapital, sondern den Arbeitsmarkt als weitgehend ausbalanciert bzw. ausbalancierbar thematisieren und externe Kräfte und Machtverhältnisse aus anderen gesellschaftlichen Teilelementen für die Armut ursächlich verantwortlich sehen.

Kontinuitäten herstellende Diskursmechanismen

Die Wirkmacht des sozialpolitischen Diskurses zeigt sich im wissenschaftlichen Armutsdiskurs darin, dass die Sozialhilferegelsätze trotz vehement kritischer Beiträge im sozialwissenschaftlichen Armutsdiskurs von den zuständigen Stellen konsequent kleingerechnet und nicht an die sich wandelnden Bedarfe angepasst werden. Dieser Missstand avanciert z.B. im Fall der Armut- und Reichtumsberichte durch die diskursmächtige Stellung der auftraggebenden Institution zur allgemein akzeptierten Unzulänglichkeit im wissenschaftlichen Diskurs.

Darüber hinaus werden Statistiken der sozialen Sicherungssysteme nicht ausreichend reflektiert als Datengrundlage für sozialwissenschaftliche Armutsanalysen herangezogen, wobei längst bekannte Kritikpunkte wie die

Vernachlässigung der Dunkelziffer oder die rein administrative Festlegung der Bezugsberechtigungsschwellen ignoriert werden. Die inhaltliche Breite der sozialstatistischen Daten produziert nur sehr eingeschränkt gültige Ergebnisse, da psychisch kranke, alte und pflegebedürftige, nicht sesshafte und wohnungslose Personengruppen nicht erfasst, vom Armutsdiskurs ausgeschlossen wurden und keinen Zugang ins Sagbare erhielten.

Auch die lange geforderte Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Armutsforschung innerhalb Deutschlands ist nicht gewährleistet und wird auf Grund der Anerkennung der Vielschichtigkeit des Phänomens zunehmend erschwert. So garantierten die Ergebnisse des ersten und zweiten Berichts der Bundesregierung über Lebenslagen in Deutschland zusätzlich zu dem bis dahin bestehenden Defizit der räumlichen Vergleichbarkeit wegen der Verwendung des arithmetischen Mittels gegenüber der Verwendung des Medians bei der Ermittlung des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens auch nur mit Einschränkungen Vergleichbarkeit. Eine weitere Konstante ist die konsequente Instrumentalisierung der Forschungsergebnisse für und wider vorherrschende Regierungs- bzw. Oppositionspolitik, wie dies schon in den 1980er Jahren zu beobachten war.

Dass Armut weiblich ist, belegten viele Wissenschaftler*innen bereits in den 1980er Jahren (vgl. Köppen 1985; Reichelt 1989). Bis 2005 kam jedoch dieses speziellen Feld der Armutsforschung nicht die billigende Aufmerksamkeit zu, die es benötigte, um effektive Verbesserungen in Bezug auf die Situation von Frauen und Männern in spezifischen Armutslagen durch wissenschaftlich fundierte Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Die im Rahmen der damaligen Arbeit vorgestellten Forschungsprojekte zu geschlechtsspezifischer Einkommens- und Vermögensverteilung sehen sich in ihrem Selbstverständnis deshalb auch durchaus als kritische Störfaktoren des »Mainstream der Armutsforschung, der sich auf rein statistische Darstellungen des weiblichen Armutspotentials beschränkt und dies auch noch aus einer geschlechtsneutralen Sicht« (Mezger 2003: 62). Aus diskursanalytischer Perspektive ist die Erforschung von Wirkungszusammenhängen femininer Strukturelemente des Armutsproblems mit dem Bedeutungsverlust der Frauenbewegung in Deutschland und der komplizierten Situation der emanzipierten Frau in Zeiten der Kommerzialisierung von Weiblichkeit und der Wiedererstarkung von Sexismus zusammenzudenken, so dass zwar die Tatsache im Diskurs anerkannt wird, dass Frauen in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nicht nur auf Grund monetärer Benachteiligungen bei der Entlohnung von geleisteter Arbeit ihren männlichen Mitmenschen nicht gleichgestellt sind; diese Tatsa-

che jedoch auch als solche akzeptiert und nicht weiter verfolgt wird. Zahlen und Fakten zur Benachteiligung und Prädestinierung von Frauen für Armutsprozesse und deren strukturelle Bedingungsfaktoren, die immer noch durch das vorherrschende Rollenverständnis verfestigt werden, werden zwar im Vergleich zu den 1980er Jahren vermehrt veröffentlicht, bleiben aber ohne interne und öffentliche Wirkung.

Eine im Diskurs hergestellte Kontinuitätslinie, deren Ergebnis ein eklatantes Forschungsdefizit ist, das bereits im Umfeld der Krisentheorie der 1980er Jahre angeprangert wurde, ist das vollständige Fehlen einer Thematisierung von strukturellen Zwängen des kapitalistischen Systems und der Tatsache, dass Reichtum und Armut unmittelbar miteinander zusammenhängen. So beleuchten zwar die Lebenslagenberichte der Regierung in geringem Maße auch die Situation von wohlhabenden Lebenslagen in der Bundesrepublik, befassen sich jedoch in keiner Weise mit ursächlichen Wirkungszusammenhängen zwischen Reichtums- und Armutslagen.

Der Diskursmechanismus der Kommentarfunktion

Die Diskursformation um die Thematisierungsform der *Neuen Sozialen Frage*, kann als adäquates Beispiel für den Faktor der Reaktivierung traditioneller vergangener Diskursformationen herangezogen werden, die ins Archiv des Armutsdiskurses eingehen und durch die Thematisierung vergleichbarer Kontextbedingungen wiederbelebt werden. Armut als *Neue Soziale Frage* greift auf die assoziativ aufgeladenen Konzepte der Arbeiterbewegung und der sozialen Frage des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts des Diskursarchivs zurück und formiert ein Dispositiv, das eine Vergleichbarkeit mit minimalen Abweichungen zu Konzepten, die bereits Diskurswirkung bewiesen haben, herstellt. Diese Abweichungen werden dann als das Neue und gleichzeitig als ein die Re-Aktivierung rechtfertigendes Element platziert. Der gehörigste Wirkanteil kommt der Auseinandersetzung mit der innerperspektivisch-sozialpolitischen Erforschung und den außenperspektivisch und systemkritisch forschenden Diskurspositionen zu, die strategischen Wahlen in Bezug auf die Armutsbegriffe, auf das Forschungsdesign qualitativer oder quantitativer Forschung sowie auf die Betroffenengruppen die Richtung weisen. Dabei zeigte sich im Forschungsprojekt ein Paradigmenwechsel in Bezug auf das Verhältnis von Armut und Arbeit. Als abgelöstes Paradigma, das Herangehensweisen, Forschungsmethoden wie in der Konsequenz Ergebnisse der 1980er Jahre

Forschung bestimmte, lässt sich die Konzentration auf monetäre Formen von Einkommensarmut bezeichnen. Die auch im öffentlichen Diskurs anzutreffende Vorstellung, wer arm sei, sei dies auf Grund dessen, dass er über kein oder zu wenig Geld verfüge, wirkt bis in wissenschaftliche Analysen, so dass die Ergebnisse der meisten Studien ausschließlich auf Grundlage analysierter Einkommenslagen in keiner Weise die reale Situation und alle Facetten von Armut in Deutschland widerspiegeln. Aus dieser allen Überlegungen latent zu Grunde liegenden Erkenntnis, die bereits in Entscheidungsprozesse im Vorfeld wissenschaftlicher Projekte wirkt, werden Bedingungsfaktoren für Verarmungsprozesse sowie Lösungsansätze zur Eindämmung von Armut gezielt und beinahe ausschließlich im Bereich der Eindämmung von Arbeitslosigkeit gesucht, da Arbeit und das hiermit verbundene Verdienen von Gehalt als einzige Form der Existenzsicherung angesehen wurde.

Gerade aus Sicht der Forschungslandschaft, die sich in den 2000er Jahren weitgehend von der paradigmhaften *Verwringung* von Armut und Erwerbsarbeitslosigkeit verabschiedet hat und Arbeitslosigkeit nur noch als einen Faktor unter vielen Armut bedingenden Aspekten untersucht, sind Formen von Armut trotz Erwerbstätigkeit in zunehmendem Maße schon länger existent gewesen.

Die sozialwissenschaftliche Forschung ist aktuell in größerem Maße für Formen von Erwerbsarmut sensibel, wie auch für Armutsprozesse, die nicht von mangelnden finanziellen Ressourcen, sondern von Gesundheitszuständen, (nicht-)vorhandenen Alltagsbewältigungs- und Haushaltsführungskompetenzen der Individuen u.v.m. abhängen. Insgesamt hat sich das Forschungsfeld weitreichenderen Wirkungszusammenhängen geöffnet, steht aber noch am Anfang dieser Entwicklung, so dass in Zukunft kapitalismusspezifische Strukturanalysen vermehrt Einblicke in Entstehung und Existenzbedingungen von Armut jenseits des paradigmatischen Zusammenhangs von Arbeit und Existenzsicherung bringen müssen.

Das in den 1970er und 1980er Jahren des 20. Jahrhundert den Diskurs belebende Wechselverhältnis zwischen Definitionen administrativer Kategorien von Armut mit dem Ziel der Verwaltung der Armut und den an der Überwindung von Armut orientierten Definition mit emanzipatorischem Impetus, wandelt sich mit Voranschreiten des Diskursverlaufs zunehmend in ein ungleiches Machtverhältnis zugunsten der regierungsamtlichen Kategorisierung von Armut. Bis in die späten 1990er Jahre platzieren regierungsunabhängige Diskursteilnehmer*innen z.B. kontinuierlich Aussagen über das Defizit einer regelmäßigen und gesetzlich verankerten Armutsbewohnerstatistik.

Als die Forderungen die Diskursposition der Sozialpolitik gefährden, wird 2001 der erste regierungsamtliche Armutsbericht veröffentlicht. Dieser greift den von der Opposition verwendeten Armutsbegriff – der Lebenslage – sogar im Titel auf, füllt diesen jedoch mit herkömmlichen Aussagenformationen materiell-monetärer Armut an. Die in der Einleitung des Regierungsberichts aufgestellten Ansprüche ganzheitliche und vor allem multidimensionale Konzepte von Armut zu verwenden, enden in von ökonomischen Dimensionen abhängigen Teilbereichen von Lebenslagen. Trotzdem wird der Diskursposition der kritischen Armutsforschung mit dem Aufgreifen der Forderung nach einer regelmäßigen Lebenslagenberichterstattung der diskursive Wind aus den Segeln genommen. Dennoch ermöglichen sich die beiden widerstreben-Diskurspositionen gegenseitig und eröffnen erst in ihrer Existenz die jeweilige Diskursposition des Anderen (vgl. Nowotny 1982: 130).

Fazit

Im Verlauf der oben angeführten Forschungsarbeit konnte nachgewiesen werden, dass Armut kein apriorischer Zustand als Bedingung der Erforschung, sondern ein erfahrungsabhängiges Wissen vereint, so dass Armut nicht unabhängig von diskursiver Konstruktionsleistung existiert. Vielmehr konnte dargelegt werden, dass Armut ein über einen historischen Zeitraum konstantes, dabei in seinen Erscheinungsformen aber auch ein diskursiv erzeugtes Phänomen ist, welches sich immer in reziprokem Austausch mit vorherrschenden Gesellschaftsbedingungen befindet. Zwar wird Armut deshalb zum prädestinierten Objekt der sozialwissenschaftlichen Forschung, bleibt aber aus demselben Grund auch in seinen Erscheinungsformen stetig amorph.

Literatur

- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hillebrandt, Frank (2014): Soziologische Praxistheorien: eine Einführung, Wiesbaden: Springer VS.
- Köppen, Ruth (1985): Die Armut ist weiblich, Berlin: Elefanten Press.
- Latour, Bruno 2007: Eine neue Soziologie Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Barlösius, Eva (2001): »Die Armut der Gesellschaft«, in: Eva Barlösius/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hg.), *Die Armut der Gesellschaft*, Wiesbaden: VS, S. 11–68.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Warum Gendersternchen und Lastenfahrräder so viele Menschen triggern, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mezger, Erika (2003): Armut und Reichtum in Deutschland. Forschungsinitiative für mehr Verteilungsgerechtigkeit, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Nowotny, Helga (1982): »Vom Definieren, vom Lösen und vom Verwalten sozialer Probleme. Der Beitrag der Armutsforschung«, in: Ulrich Beck (Hg.), *Soziologie und Praxis: Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven*. Göttingen: Schwartz, S. 115–134.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reichelt, Agnes (1989): »Die Armut ist weiblich«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 56, 11–12, S. 339–341.
- Schäfer, Claus (2002): »Ohne gerechte Verteilung kein befriedigendes Wachstum«, in: WSI Mitteilungen 11, S. 627–640.
- Schäfer, Franka (2013): *Armut im Diskursgewimmel: Eine kritische Analyse des sozialwissenschaftlichen Diskurses*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Seyfert, Robert (2024): »Die Theorie algorithmischer Sozialität (TaS)«, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 49, S. 23–46.

Kinderarmutsverständnisse in der deutschen Politik und daraus resultierende Impulse an die Kinder- und Jugendhilfe

Maksim Hüenthal

Kinderarmutsvorstellungen als strittiger politischer Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Kinderarmut ist politisch ein strittiges Thema. Zwar wird es unisono zum moralischen Skandal erklärt, doch zugleich liegen sehr unterschiedliche Annahmen darüber vor, was bei Kinderarmut das Problem ausmacht, wodurch es verursacht ist und wie darauf zu welchem Zweck zu reagieren ist. Dies zeigt sich auch im aktuellen Ringen um die Einführung einer Kindergrundsicherung. Vor dem Hintergrund dieser Annahme wird im vorliegenden Beitrag ein Überblick über die Kinderarmutsverständnisse im politischen Feld der Bundesrepublik gegeben. Grundlage dafür ist eine eigens durchgeführte Untersuchung (vgl. Hüenthal 2018) der Plenardebatten des Deutschen Bundestags (2009–11), die durch den Beschluss des Bundessozialgerichts vom 27.01.2009 ausgelöst wurden, wonach die SGB-II-Regelsätze für Kinder als verfassungswidrig einzustufen sind.¹

1 Bislang gibt es im politischen Feld keine Anzeichen dafür, dass die prägende Kraft der vier hier vorgestellten Kinderarmutsverständnisse nachgelassen hat oder um eine gänzlich neue, vollständig ausgeprägte Sinngebung erweitert wurde. An manchen Stellen der politischen Debatte zeigen sich allerdings an Wirkungsmacht gewinnende Vorzeichen, die den jeweiligen Verständnissen eine weitere Facette hinzufügen – beispielsweise, wenn der Bundesfinanzminister in seinem Plädoyer gegen Geldleistungen für armutsbetroffene Familien Kinderarmut nicht als Strukturproblem in Deutschland kommuniziert, sondern als Problem gegenwärtiger Einwanderungsfamilien bagatellisiert und individualisiert (vgl. ZEIT online 2023).

Die herausgearbeiteten Kinderarmutsverständnisse stellen analytische Verdichtungen dar. Dass politische Akteur*innen in konkreten Äußerungen nur auf eines dieser Verständnisse zurückgreifen, zählt zu den Ausnahmen. Zumeist wird auf Elemente unterschiedlicher Verständnisse Bezug genommen. In den einzelnen Kinderarmutsverständnissen spiegeln sich, wohlfahrtsstaatstheoretisch gesprochen, unterschiedliche Vorstellungen über »[d]ie kulturellen Werte und Leitbilder, die im Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsstaat relevant sind« (Pfau-Effinger 2009: 6). Diese sind geprägt von unterschiedlichen Präferenzen wohlfahrtsstaatlicher »Interventionsformen« (Kaufmann 2009: 90), wie Anspruchsrechten, Geld, Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen, und sie umschließen eigene Erwartungen an die wohlfahrtsproduzierenden »Sektoren« (Evers/Olk 1996: 23), wie Staat, Markt, Familie sowie den »Sozial- oder Wohlfahrtssektor« (Kaufmann 1997: 23; ohne H.i.O.). Zu diesem zählen auch die Dienste und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mit ihrer allgemeinen »Infrastruktur für Erziehung und Bildung« (Schrapper 2010: 53), vor allem in Form von Kindertageseinrichtungen, sowie Einzelfallhilfen bei Erziehungsherausforderungen und Kinderschutzmaßnahmen als Teil von »Krisenintervention[en]« (ebd.). Wie Bernd Dollinger (2018: 328) herausstellt, hängen die entsprechenden »Handlungschancen« der Kinder- und Jugendhilfe davon ab, was »durch Instanzen und Akteure der Politik« (ebd.) zu von ihr zu bearbeitenden, sozialpädagogischen Herausforderungen erklärt wird. In dieser Logik lassen sich die rekonstruierten politischen Kinderarmutsverständnisse als thematischer Rahmen begreifen, in dem jeweils spezifische Botschaften an die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren Organisationen und Professionellen – sowie ihren Nutzer*innen und Adressat*innen – erzeugt bzw. wahrscheinlicher werden als andere. Dementsprechend wird bei der nachfolgenden Skizzierung der politischen Kinderarmutsverständnisse das Augenmerk darauf gelegt, welche Imperative an die Kinder- und Jugendhilfe darin enthalten sind.

Kinderarmut als ›Erziehungsarmut‹

Als ›Erziehungsarmut‹ lässt sich eine Vorstellung über Kinderarmut rekonstruieren, die denjenigen Erwachsenen, die als Angehörige einer gesellschaftlichen ›Unterschicht‹ erachtet werden, ein individuelles Versagen zuschreibt (vgl. Hüenthal 2018: 85ff.). Dem diskriminierenden Label, zur ›Unterschicht‹ zu gehören, sind alle Menschen ausgesetzt, die als Erwerbsfähige staatliche

Existenzsicherungsleistungen erhalten (vgl. kritisch zum Unterschichtsbegriff: Kessl et al. 2007). Ihnen wird pauschal ein Mangel an bürgerlichen Werten, wie Verantwortungsbewusstsein, Zuverlässigkeit, Fleiß, Willensstärke oder Selbstkontrolle, vorgeworfen. Für die sich darunter befindenden Eltern ist dies das Stigma, ihrer Erziehungspflicht nicht (genügend) nachzukommen und folglich ihre Kinder zu vernachlässigen, ihnen ‚falsche Werte‘ vorzuleben und sie schlimmstenfalls aktiv zu misshandeln. Als Kinderarmut gilt hier ein als ‚Verwahrlosung in Unterschichtsfamilien‘ wahrgenommener Zustand (vgl. kritisch Klein 2011), der sich vor allem anhand von Kindern materialisiert, die als unhygienisch, übergewichtig/unterernährt oder ‚verhaltensauffällig‘ kategorisiert werden. Vertreter*innen der Unterschichtsthese verbinden ihre Zuschreibungen mit der Sorge, der Gesellschaft werde es künftig an Mitgliedern mangeln, die *willing* sind, in der Produktions- und Reproduktionssphäre Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Zur Bekämpfung der so wahrgenommenen Problemlage wird für eine Doppelstrategie votiert: 1) Erhöhung des Drucks, durch *jedwede* Form von Erwerbstätigkeit den staatlichen Leistungsbezug schnellstmöglich zu verlassen, sowie 2) Ausweitung der öffentlichen Regulierung derjenigen Familien, die als ‚Risikofamilien‘ identifiziert werden (vgl. kritisch Swadener/Lubeck 1995). Damit verbunden wird an die Kinder- und Jugendhilfe appelliert, vor allem in Kindertageseinrichtungen eine als kompensatorisch verstandene Vermittlung bürgerlicher Tugenden für Kinder aus Armutsfamilien vorzunehmen. Eine Abgrenzung zu einer Moralerziehung, die Lebensstile klassistisch abwertet, ist in diesem Appell nicht ersichtlich (vgl. Kerle 2023). Darüber hinaus wird im Rahmen dieses Kinderarmutsverständnisses als Aufgabe für die Kinder- und Jugendhilfe formuliert, als armutsbetroffen verstandene Familien stärker bei der Bewältigung ihrer Erziehungsherausforderungen zu unterstützen. Durch das vorurteilsbehaftete Misstrauen gegenüber diesen Familien liegt dabei ein Kinderschutzverständnis vor, das durch repressive Kontrolllogiken geprägt ist.

Kinderarmut als ‚Bildungsarmut‘

Im Verständnis der Kinderarmut als ‚Bildungsarmut‘ erwächst die Armut von Kindern aus der Kombination zweier Defizite (vgl. Hüenthal 2018: 117ff.). Erstens wird die Qualität öffentlicher Bildungseinrichtungen als grundsätzlich zu gering erachtet. Die Einrichtungen werden zudem als ungeeignet eingestuft,

um angemessen auf die spezifischen Bildungsbedarfe derjenigen Kinder zu reagieren, deren Eltern einen niedrigen sozioökonomischen Status aufweisen. Zweitens gelten diejenigen Kinder, deren sozioökonomisch schlecht situierte Eltern zugleich als ›bildung fern‹ abgewertet werden (vgl. kritisch Ribolits 2011), als besonders stark von diesem staatlichen Bildungsdefizit betroffen. Für diese Eltern wird angenommen, dass sie über eingeschränkte Finanzmittel verfügen, um die Unzulänglichkeit des öffentlichen Bildungssystems ausgleichen zu können. In der Gegenüberstellung mit sozioökonomisch besser gestellten, ›bildungsnahen‹ Eltern haftet ihnen zudem die Defizitschreibung an, über weniger intellektuelle Fähigkeiten und teils auch über weniger Bildungsaspiration zu verfügen. Die somit entstehende Benachteiligung hinsichtlich des Schulerfolgs der Kinder dieser Eltern wird hier als Kinderarmut verstanden. Als problematisch erscheint aus Sicht dieser Denkweise, dass die Arbeitsmarktchancen dieser Kinder als spätere Erwachsene übergebührend von der Zufälligkeit ihrer sozialen Herkunft abhängen. Als eigentliches Problem dieser Chancenungleichheit gilt der drohende Verlust der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, wenn diese das in ihr schlummernde ›Humankapital‹ nicht effektiv abschöpft (vgl. Berliner Debatte Initial 03/2009). Als Reaktion auf das so wahrgenommene Problem der Bildungsarmut wird daher eine möglichst umfangreiche Ausweitung der als Zukunftsinvestition verstandenen öffentlichen Bildungsausgaben propagiert (vgl. kritisch Olk 2007). Eine solche Bildungsreform soll (außer-)schulische Bildungsmaßnahmen voranbringen, um das Bildungsniveau im Gesamten anzuheben und den Herkunftseinfluss auf den Schulerfolg und damit auf spätere Arbeitsmarktchancen zu minimieren. Möglichst viele Kinder – in der Adressierung als zukünftige Erwachsene – sollen so *befähigt* werden, in wissensintensiven Stellen in den Arbeitsmarkt einzumünden.

In diesem Kinderarmutsverständnis steckt die Aufforderung an die Kinder- und Jugendhilfe, sich aktiv am »Projekt Bildung« (Rauschenbach 2009: 220) zu beteiligen, was vor allem den Appell an Kitas umfasst, Kinder möglichst effektiv auf die Schule vorzubereiten und sich in ein Gesamtbildungsverständnis einzugliedern, das auf ›Arbeitsmarktskills‹ ausgerichtet ist. Wie Tanja Betz (2022: 46) aufzeigt, ist damit das Risiko verbunden, »gute Kindheit als Zeit des entgrenzten Lernens« zu konzeptualisieren und »Orte (wie die Kindertageseinrichtung) [...] zu potenziellen Optimierungsfeldern« (ebd.) zu erklären. Somit besteht die Gefahr, Kindheit weniger als »Verwirklichung« (Rauschenbach 2009: 220) und stärker als »Verwertbarkeit« (ebd.) zu definieren und

somit auch meritokratische Logiken zu (re-)produzieren, die dann wiederum Klassismen mit bedingen können.

Kinderarmut als ›Geldarmut‹

In der Logik der hier als ›Geldarmut‹ gebündelten Sichtweise resultiert Kinderarmut daraus, dass die bundesdeutsche Gesellschaft durch einen wohlfahrtsstaatlich ungenügend gezügelten Kapitalismus geprägt ist (vgl. Hüenthal 2018: 149ff.). Kapitalismus wird dabei als ein entmenschlichendes, demokratiezerstörendes und profitmaximierendes Gesellschaftssystem kritisiert. Diesem Kinderarmutsverständnis nach ist der deutsche Wohlfahrtsstaat zusehends durch eine neoliberalen Logik gekennzeichnet, weshalb dieser kein systematisches Gegengewicht zur kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung entwickelt, sondern die darin generierte Spaltung der Bevölkerung in geldreiche und mächtige Kapitalismusgewinner*innen einerseits sowie geldarme und machtlose Kapitalismusverlierer*innen andererseits stützt. Maßnahmen der Armutsbekämpfung und Geldumverteilung erfolgten nur in dem Maße, wie sie notwendig erscheinen, um die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten (vgl. für eine ähnliche Einschätzung bereits Simmel 1908/1992: 518).

Die Subordination wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen unter den Kapitalismus drückt sich für das vorliegende Kinderarmutsverständnis in einer verfestigten Ungleichheit der Geld- und somit Machtmittel aus. Dies wird als Ursache dafür gesehen, dass in einem reichen Land wie Deutschland Menschen von der gesellschaftlichen Konsumnormalität ausgeschlossen und gefährdet sind, ihre materielle Grundversorgung bedürfnisgerecht sicherstellen zu können. Dementsprechend gilt hier der Mangel an Einkommen und Vermögen als Armut, wobei von Kinderarmut die Rede ist, sofern dieser Mangel in Familienhaushalten auftritt. Die Bekämpfung von Kinderarmut reiht sich somit in das Anliegen ein, mehr ökonomische Gleichheit zu erzeugen. Vorgesehen ist dafür eine Maximierung des Wohlfahrtsstaates durch Maßnahmen wie eine Anhebung des Mindestlohns und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es geht in dieser Kinderarmutslogik also primär um vertikale (Re-)Distributionen von Geld nach dem ›Robin-Hood-Prinzip‹. Indem Machtakkumulationen reduziert werden, soll das Funktionieren demokratischer Prozesse gewährleistet werden. Da das Hauptaugenmerk dieses Kinderarmutsverständnisses auf Erwachsenen liegt, spielen allerdings

die *spezifischen* und *eigenständigen* Bedürfnisse von Kindern keine entscheidende Rolle und es droht das Risiko, generationale Ungleichheiten zwischen Kindern und Erwachsenen zu verfestigen.

Der Imperativ an die Kinder- und Jugendhilfe, den diese Kinderarmuts-perspektive in sich trägt, entspricht dem, was Dollinger als »Extrem« (2018: 319) von »(neo-)marxistische[n] Positionen« (ebd.) hinsichtlich der politischen Rahmung der Kinder- und Jugendhilfe herausarbeitet. Dollinger rekonstruiert diese Position als Sichtweise, dass »pädagogisch-interpersonelle[] Problemarbeit [...] zu einer Verschleierung der *echten* strukturellen Problem-ursachen – insbesondere im Bereich ökonomischer Verhältnisse – führt[t]« (ebd.; H.i.O.) und dass durch eine Pädagogisierung monetärer Verteilungs-probleme »vorrangig palliative Funktionen« (ebd.: 320) übernommen werden, statt Ursachenbekämpfung zu betreiben.

In einer gemäßigten Variante dieses Verständnisses von Kinderarmut als Geldarmut liegt der Appell an die Kinder- und Jugendhilfe, ihre Dienste und Einrichtungen dahingehend zu befragen, inwiefern diese ökonomisch Ausgegrenzten zu mehr Teilhabe verhelfen sowie ihre durch materiellen Mangel geprägten Lebensperspektiven achten und inwiefern monetär bestimmte Zugangs- und Nutzungshürden vorliegen.

Kinderarmut als ›Rechtearmut‹

Kinderarmut in dem hier als ›Rechtearmut‹ bezeichneten Sinne liegt vor, da der bundesdeutsche (Wohlfahrts-)Staat seiner völkerrechtlichen Pflicht nicht (ausreichend) nachkommt, die Umsetzung der in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (UN-KRK) verankerten Versorgungs-, Schutz- und Beteiligungsrechte zu gewährleisten (vgl. Hüenthal 2018: 149ff.). Diejenigen Kinder, deren Eltern bzw. deren persönliches Umfeld im weiteren Sinne diese staatliche Verantwortung zurückweisen nicht privat kompensieren können, gelten demnach als ausgeschlossen: Sie können nicht an dem teilhaben, was in Deutschland als Möglichkeiten ›normaler‹ Kindheiten gilt. Dieser Ausschluss ist es, der in diesem Verständnis als Kinderarmut definiert wird.

Im Gegensatz zu den drei vorangegangenen Sinngebungen trägt Kinderarmut hier nicht die Bedingung eines spezifischen elterlichen Status in sich – wie den Bezug von Existenzsicherungsleistungen, einen geringen sozioökonomischen Status oder ein geringes Einkommen bzw. Vermögen.

Kinderarmut als ‚Rechtearmut‘ bezieht sich vielmehr unmittelbar auf die Frage kindlicher Teilhabemöglichkeiten in der gegenwärtigen Gesellschaft.

Kinder werden hier außerdem *als solche* als benachteiligt erachtet, da ihnen attestiert wird, im Vergleich zu Erwachsenen größeren strukturellen Begrenzungen ihrer Möglichkeiten, kulturell, politisch oder sozial an der Gesellschaft teilzuhaben, ausgesetzt zu sein.

Um Kinderarmut im vorliegenden Sinn zu bekämpfen und zugleich die Machtposition aller Kinder gegenüber Erwachsenen anzuheben, wird für eine weitreichende Umstrukturierung der generationalen Ordnung der Bundesrepublik votiert. Erreicht werden soll dies durch Maßnahmen wie die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, die Einführung einer am eigenständigen Bedarf von Kindern ausgerichteten Kindergrundsicherung, den Ausbau partizipativer Strukturen – auch im Kinderschutz – und die Egalisierung von Bildungszugängen. Das Risiko dieser rechtebasierten Logik liegt darin, im politischen Handeln wirkmächtige Fragen nach Kosten sowie Nutzenerwartungen als wenig anschlussfähig in den Hintergrund zu rücken.

In dieser Art, Kinderarmut zu konzeptualisieren, steckt die Aufforderung an die Kinder- und Jugendhilfe, in ihren und durch ihre Dienste sowie Einrichtungen die Subjektposition von Kindern zu stärken: sowohl durch die Bekämpfung *intragenerationaler* Ungerechtigkeiten zwischen verschiedenen Gruppen von Kindern als auch den Abbau *intergenerationaler* Ungerechtigkeiten im Verhältnis von Kindern zu Erwachsenen. Eine prominente Materialisierung im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe finden derartige Appelle gegenwärtig im Eintreten dafür, im Kinderschutz den Status von Kindern als reine »Objekte adulter Sorge« (Ackermann/Robin 2018: 199) zu überwinden – u.a., indem der »Zugang zu Hilfen zur Erziehung« (AGJ 2015: 7) erweitert wird, sodass dieser »aufgrund eines Rechtsanspruches sowohl von Eltern als [dann; MH] auch von Kindern und Jugendlichen« (ebd.) erfolgen kann.

Fazit

Wie der Beitrag zeigt, geht es im politischen Zugriff auf Kinderarmut nicht zwangsläufig um das Wohl der Kinder, sondern auch um die Verhandlung anderer Interessen – teils mit Rückgriff auf abwertende oder instrumentalisierende Logiken. Eingewoben in die politischen Kinderarmutsverständnisse sind unterschiedliche Aufforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe. Wie

Karin Böllert und Holger Ziegler (2022) argumentieren, können derartige politische Appelle nicht einfach mit den Routinen und Logiken der Dienste und Einrichtungen gleichgesetzt werden:

»Dass Soziale Arbeit als infrastrukturelle ›Sozialinvestition‹ begründet wird, bedeutet noch lange nicht, dass sie ihre Nutzer*innen als Träger*innen von ›Humankapital‹ adressiert, die produktiv zum ökonomischen Wohlstand beitragen sollen und nicht zum Beispiel als Bürger*innen mit sozialen Rechten und Bedarfen. Die Debatte um Soziale Arbeit als Infrastruktur ist insofern sozialpolitisch vorstrukturiert, aber fachlich noch keinesfalls entschieden.« (Böllert/Ziegler 2022: 9; H.i.O.)

Für künftige Forschungsfragen einer sozialpädagogischen Armutsforschung heißt dies, an Perspektiven anzuschließen, die sich mit den verschiedenen Facetten der Rolle sozialpädagogischer Dienste und Einrichtungen innerhalb der öffentlichen Regulierung des Verhältnisses von arm und reich auseinandersetzen, und zwar hinsichtlich

- des gesellschaftspolitisch-staatlichen Rahmens (vgl. Kessl/Schoneville 2024; Dahme/Wohlfahrt 2005; prominent marxistisch: Hollstein/Meinholt 1973),
- der spezifischen sozialpädagogischen Handlungsfelder (vgl. Müller 2023; Simon 2023; AGJ 2022; Simon et al. 2019) sowie
- der Lebenslagen und Erlebensweisen von Armut betroffener Menschen (vgl. Chassé et al. 2003; Laubstein et al. 2016; Künstler 2022).

Angelehnt an die von Böllert/Ziegler markierte Differenz erscheint es sinnvoll, dabei einen *Mehrebenenblick* anzusetzen, nämlich auf die Synergien, Brüche und Widerständigkeiten im Komplex von a) öffentlicher und parlamentarischer »Aushandlung« (Dollinger 2018: 32), b) dem politischen Output der Wohlfahrtsstaatsstruktur mit dem darin eingebetteten Sozialsektor in seiner »gewisse[n] Autonomie« (Kaufmann 1997: 23) sowie dem c) Outcome der Lebensumstände der Nutzer*innen/Adressat*innen sozialer Dienste (vgl. Albus et al. i.E.).

Literatur

- Ackermann, Timo/Robin, Pierrine (2018): »Partizipation, Akteure und Entscheidungen im Kinderschutz«, in: Michael Böwer/Jochem Kotthaus (Hg.), Praxisbuch Kinderschutz. Professionelle Herausforderungen bewältigen, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 189–206.
- AGJ (2015): Weiterentwicklung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung. Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, <https://shorturl.at/Wjmoh> vom 24.06.2024.
- AGJ (2022): Armutssensibles Handeln – Armut und ihre Folgen für junge Menschen und ihre Familien als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, <https://shorturl.at/NYA7a> vom 24.06.2024.
- Albus, Stephanie/Hüenthal, Maksim/Künstler, Phries/Ritter, Bettina/Schoneville, Holger (i.E.): »Zeiten der Armut. Zugangsweisen (zu) einer sozialpädagogischen Armutsforschung«, in: Tagungsband zur Jahrestagung der DGfE-Kommission Sozialpädagogik 2023: »Sozialpädagogische Zeit*en«, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Berliner Debatte Initial (2009): Bildung als Humankapital, 20, H. 3.
- Betz, Tanja (2022): »Leitbilder ›guter Kindheit«, in: APuZ 72, S. 41–47.
- Böllert, Karin Böllert/Ziegler, Holger (2022): »Einleitung in den Blickpunkt Infrastruktur«, in: Soziale Passagen 14, S. 5–11.
- Chassé, Karl August/Zander, Margherita/Rasch, Constanze (2003): Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hg.) (2005): Aktivierende Soziale Arbeit: Theorie – Handlungsfelder – Praxis, Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.
- Dollinger, Bernd (2018): »Die politische Dimension der Jugendhilfe«, in: Karin Böllert (Hg.), Kompendium Kinder- und Jugendhilfe, Wiesbaden: VS, S. 315–333.
- Evers, Adalbert/Olk, Thomas: (1996): »Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffes«, in: dies. (Hg.), Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9–62.
- Hollstein, Walter/Meinholt, Marianne (Hg.) (1973): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt: Fischer.

- Hübenthal, Maksim (2018): Soziale Konstruktionen von Kinderarmut. Sinngebungen zwischen Erziehung, Bildung, Geld und Rechten, Weinheim: Beltz Juventa.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2009): Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen, Wiesbaden: VS.
- Kerle, Anja (2023): Armut im Blick? Eine Ethnographie zu Familienzentren nach dem Early-Excellence-Ansatz, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): »Sozialhilfeadel oder Unterschicht? Sieben Einwände gegen eine ›neue Unterschicht‹«, in: dies. und Holger Ziegler (Hg.), Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die ›neue Unterschicht‹, Wiesbaden: VS, S. 97–101.
- Kessl, Fabian/Schoneville, Holger (2024): Mitleidsökonomie, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Klein, Alexandra (2011): »Verwahrlosung – Eine sozialpädagogische Vergegenwärtigung mit Klaus Mollenhauer«, in: Soziale Passagen 3, S. 115–125.
- Künstler, Phries (2022): Prekäre Subjektivierung. ›Kämpfe ums Möglichwerden‹ im Kontext von Mutterschaft und Erwerbslosigkeit. Bielefeld: transcript.
- Laubstein, Claudia et al. (2016): Armutsergebnisse für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, <https://shorturl.at/nv3Qo> vom 24.06.2024.
- Müller, Regine (2023): Professionalität im Wohlfahrtsstaat, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Olk, Thomas (2007): »Kinder im ›Sozialinvestitionsstaat‹«, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 27, 1, S. 43–57.
- Pfau-Effinger, Birgit (2009): »Wohlfahrtsstaatliche Politiken und ihre kulturellen Grundlagen«, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 34, S. 3–21.
- Rauschenbach, Thomas (2009): »Bildung – eine ambivalente Herausforderung für die Soziale Arbeit?«, in: Soziale Passagen 1, S. 209–225.
- Ribolits, Erich (2011): »Wer bitte ist hier bildungsfern?«, in: blz 11, <https://shorturl.at/p3FPF> vom 24.06.2024.
- Schranner, Christian (2010): »Zwischen Nothilfe und notwendiger gesellschaftlicher Mehrleistung?«, in: Stephan Maykus/Reinhold Schone (Hg.), Handbuch Jugendhilfeplanung, Wiesbaden: VS, S. 45–66.

- Simmel, Georg (1908/1992): »Der Arme«, in: ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung (= Gesamtausgabe, 11). Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 512–555.
- Simon, Stephanie (2023): Armut, Bildung und Soziale Ungleichheiten, Wiesbaden: Springer.
- Simon, Stephanie et al. (2019): »Deutungen von Armut. Pädagogische Thematisierungen von und Umgangsweisen mit sozialer Ungleichheit in Kindertageseinrichtungen«, in: neue praxis 49, S. 395–415.
- Swadener, Beth Blue/Lubeck, Sally (Hg.) (1995): Children and Families »at Promise«, New York: SUNY Press.
- ZEIT online (2023): Christian Lindner stellt Kindergrundsicherung infrage. 20.08.2023, <https://shorturl.at/7S73D> vom 24.06.2024.

Sozialpolitik von rechts als nationale Erneuerung?

Roland Atzmüller

Einleitung

Radikal rechte bzw. rechtspopulistische und in manchen Ländern sogar neofaschistische Bewegungen und Parteien (vgl. Mason 2022; Mudde/Rovira Kaltwasser 2019; Frankenberg/Heitmeyer 2022) konnten in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten, insbesondere aber seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und ihrer Folgen, die sich intensivierenden und vielfältigen Krisenerscheinungen kapitalistischer Gesellschaftsformationen für eine neue Welle politischer Mobilisierungen nutzen. In einigen Ländern gelang es ihnen bereits in Regierungsverantwortung kommen. Wesentlich für diese Erfolge ist, dass sie die ökonomischen Krisenerscheinungen und die Fluchtbewegungen seit dem sogenannten »Sommer der Migration« (Becker 2022) zu einer hochgradig selektiven und verzerrten Thematisierung sozialer Probleme nutzen. Dabei oszillieren die radikal rechten Diskurse zur Migration zwischen Behauptungen, Europa werde von Armutsmigrant*innen überrannt und die zu ihrer Versorgung anfallenden Kosten überfordere die Wohlfahrtsstaaten einerseits, und ihre Konstruktion als Sichheitsrisiko aufgrund angeblich höherer Kriminalitätsraten, sexueller Übergriffe oder terroristischer Ideologien andererseits. Insgesamt werden sie zum Fanal eines von den sogenannten globalistischen Eliten geplanten Bevölkerungsaustausches erklärt.

Die zunehmend radikalierten Argumentationen dieser Kräfte (Stichwort Remigration) gegen Migration stellen einen wichtigen Bestandteil ihrer zunehmend kohärenten und umfassenden Diskurse über angebliche Bedrohungen für die Gesellschaft, dem behaupteten Verrat (linker) Eliten in Staat, Medien und Kultur und notwendigen politischen Änderungen dar (vgl. Mason 2022; Mudde 2020; Frankenberg/Heitmeyer 2022; Roepert 2020). Als Alternative präsentieren diese Kräfte zunehmend weitreichendere Vorstellungen national-autoritärer Änderungen, um die Gesellschaften Europas vor diesen Ten-

denzen im Inneren und von Außen zu schützen. Der Erfolg dieser Strategien manifestiert sich in spezifischen Verknüpfungen antagonistischer diskursiver Strategien. Diese sind auf die Erlangung einer hegemonialen Position ausgerichtet (vgl. Wodak 2016) und verbinden sich mit weitreichenden Politikvorstellungen und Strategien zum Umbau des Wohlfahrtsstaates und der Reorganisation der Sozialpolitik (vgl. Rathgeb 2024). Diese wird zu einem wichtigen Hebel der von den radikalen Rechten anvisierten autoritären gesellschaftlichen Veränderungen (vgl. Fischer 2020).

In den programmatischen Vorstellungen zur Sozialpolitik geht es darum, unliebsame gesellschaftliche Gruppen abzuwehren bzw. zum Objekt repressiver Politik zu machen, weil sie die nationale Identität bedrohen und eine Belastung für die autochthone Bevölkerung darstellen, auf deren Kosten sie angeblich leben. Darüber hinaus sollen dadurch jene Instrumente durchgesetzt werden, mit denen die national und volkgemeinschaftlich definierte Gesellschaften gemäß traditionalistischen Vorstellungen zu Familien- und Geschlechternormen, der Bereitschaft zu harter Arbeit (meist verstanden als Erwerbsarbeit) im Sinne einer nationalen Identität gestaltet und erneuert werden können. Folgerichtig können drei Dimensionen eines entstehenden Dispositivs radical rechter Sozialpolitik entlang dieser Felder herausgearbeitet werden (ausführlich: Atzmüller 2022; Atzmüller/Knecht 2023). Diese zielen erstens auf eine Renationalisierung (und in manchen Staaten auch eine Re-Christianisierung) der Sozialpolitik und auf eine Abwehr von Migration, zweitens auf die Durchsetzung traditioneller Familienformen und Geschlechternormen sowie drittens auf eine zunehmend punitiv und edukativ ausgerichtete Unterordnung unter die Bereitschaft zur Erwerbsarbeit.

Im Folgenden werde ich zuerst Überlegungen zu den diskursiven Strategien der radikalen Rechten entwickeln, die darauf abzielen, die Gesellschaften auch in sozialpolitischen Bereichen entlang bestimmter Dimensionen (z.B. Armut und die Legitimation des Sozialleistungsbezugs) zu polarisieren. Im darauffolgenden Abschnitt werde ich versuchen, wesentliche Dimensionen eines entstehenden sozialpolitischen Dispositivs der radikalen Rechten darzustellen. Diese bestehen in der Renationalisierung (und in manchen Ländern Re-Christianisierung) von Sozialpolitik, der Forcierung traditioneller Familienstrukturen und geschlechtlicher Arbeitsteilungen sowie punitiv-edukativer Arms- und Arbeitsmarktpolitik. Der Beitrag endet mit einigen abschließenden Überlegungen.

Radikal rechte Diskursstrategien und antagonistische Brüche

Die Akteur*innen der radikalen Rechten bedienen sich einer Reihe von diskursiven Operationen, die ich im Folgenden entlang von drei Dimensionen kurz skizzieren möchte. *Erstens* ist es ihnen gelungen, Migration und damit verbundene gesellschaftliche Probleme zu einem universellen Signifikanten (vgl. Laclau/Mouffe 1991) zu machen, auf den eine Vielzahl, wenn nicht gar alle weiteren sozialen Problemlagen bezogen werden können. Die oben angedeutete ambivalente Perspektive auf Migration, macht Migrant*innen entweder zur Welle/Flut/Invasion einer den »Fleißigen und Anständigen« (Jörg Haider, ehem. Vorsitzender der FPÖ) auf der Tasche liegenden Armutsbewölkerung oder einer sicherheitspolizeilichen fünften Kolonne von Gefährdern, die die Reproduktion der Gesellschaft bedrohen. Durch diese Ambivalenzen wird Migration zum Moment diskursiv erzeugter Äquivalenzketten, sodass alle hegemonialen Kämpfe darauf zurückverwiesen werden können. Die migrationsbezogenen Äquivalenzketten erweisen sich nicht zuletzt aufgrund der skizzierten Ambivalenzen *zweitens* als so flexibel und polyvalent, dass sie mit anderen Signifikanten artikuliert werden können. Mit Blick auf sozialpolitische Vorstellungen der radikalen Rechten ist hier insbesondere auf Veränderungen im Bereich der Geschlechterverhältnisse (Emanzipationsprozesse von Frauen oder Veränderung von Familienformen) sowie der Relativierung sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (Stichwort LGBTIQ* und Transrechte) (vgl. Bargetz/Eggers 2022; Sauer 2022) zu verweisen. Zu erwähnen ist weiters ihre Verknüpfung mit spezifischen Perspektiven auf Arbeitsmarktprobleme, Verarmungsprozesse und die Legitimation des Zugangs zu sozialen Unterstützungsleistungen. Der in kapitalistischen Gesellschaften geforderte Arbeitsethos wird in rechten Diskursen nicht nur radikaliert, sondern zum Kriterium nationaler Exklusion- und Hierarchisierungsprozesse, welche die von Armut betroffenen Menschen – nicht nur wenn es sich um Zuwander*innen handelt – zum national und volksgemeinschaftlich Anderen erklärt. Ihr hegemoniales Potenzial kann diese diskursive Strategie *drittens* aber erst dann voll entwickeln, wenn es ihr gelingt, einen gesellschaftlichen Antagonismus, eine fundamentale Bruchlinie bzw. Polarisierung (in) der Gesellschaft zu konstruieren (vgl. Laclau/Mouffe 1991), entlang derer Raum für eine grundlegende autoritäre Neuordnung geschaffen werden kann. Aus solchen (innerstaatlichen) dezisionistisch grundierten Freund-Feind-Unterscheidungen können politische Entscheidungen entwickelt werden, wie sie in den radikal rechten Regierungsprojekten in Ungarn oder Polen sichtbar

geworden sind (vgl. Lendvai-Bainton/Szelewa 2020; Grudzinka 2021). Diese versuchen die Handlungsmöglichkeiten von Akteur*innen, die dem radikal rechten Transformationsprojekt entgegenstehen – sei es in staatlichen Institutionen (Universitäten, Gerichten, nationale Rundfunkorganisationen usw.), sei es in der Zivilgesellschaft, Kultur oder in den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften – sukzessive einzuschränken. Der derart erzeugte Antagonismus wird in den rechten Diskursen nicht nur auf die angebliche Zerstörung der Nation durch Bevölkerungsaustausch bezogen, sondern zu einem umfassenden Narrativ erweitert. So wird er mit Vorstellungen verbunden, die den Schutz der angeblich ‚natürlichen Ordnung‘ zwischen den Geschlechtern und der darauf aufbauenden Familienformen mit den als gesellschaftszersetzend gebrandmarkten Relativierungen der sexuellen und geschlechtlichen Strukturen und Normen, die durch linke und internationale Eliten (etwa der EU) forciert würden, konfrontiert (vgl. Grudzinka 2021). Darüber hinaus werden Arbeits- und Leistungsbereitschaft und die Unterwerfung unter den Zwang zur Erwerbsarbeit, zu zentralen Elementen der Wiederherstellung nationaler Größe erklärt.

Sozialpolitische Vorstellungen der radikalen Rechten

Die Schwierigkeit, die gesellschaftspolitische Spezifität radikal rechter Sozialpolitik- und Wohlfahrtsstaatsprogrammatiken für die autoritäre Transformation der Gesellschaft adäquat einschätzen zu können, liegt darin, dass in den alltäglichen politischen Auseinandersetzungen konkrete Reformvorschläge der radikalen Rechten oft an existierenden wohlfahrtsstaatlichen Strukturen und Logiken ansetzen und daher Kontinuität zu vermitteln scheinen. Dazu kommt noch, dass in vielen Ländern Mainstreamparteien begonnen haben, Versatzstücke rechter Sozialpolitikvorstellungen zu übernehmen. Gerade deshalb erweist sich ein systematischer Blick auf die diskursiven Strategien der radikalen Rechten und ihre Narrative als äußerst wichtig. Die zentralen Signifikanten dieser Diskursstrategien, wie etwa Migration und ihre Abwehr oder die Wiedererrichtung traditioneller Geschlechternormen und Familienformen, erlauben nämlich die Untersuchung der von diesen Akteur*innen vorgestellten Zusammenhänge zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Problemlagen und den anvisierten autoritären Veränderungen und Umbaustrategien.

Renationalisierung

Radikal rechts geführte bzw. beeinflusste Regierungen versuchen eine Renationalisierung (und in manchen Staaten eine Rechristianisierung) von Sozialpolitik durchzusetzen. Damit gehen sie über bisherige, an die Staatsbürger*innenschaft gebundene Voraussetzungen des Zugangs zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und der Sortierung von Anspruchsberechtigungen hinaus. Sie richten sich grundlegend gegen die sogenannte ›Immigration in die Sozialsysteme‹ oder den sogenannten ›welfare tourism‹ und die daraus folgenden ›Belastungen‹ für die Sozialkassen, da – wie oben ausgeführt – ja unterstellt wird, es handle sich bei den Einwander*innen hauptsächlich um Armutsmigrant*innen (vgl. Ennser-Jedenastik 2020; Tálos 2019; Jørgensen/Thomsen 2016). Problematisch an deren Zugang zu Sozialleistungen sei, dass dieser ihnen ermögliche, in den Einwanderungsländern Fuß zu fassen. Das ziehe weitere (Armuts-)Zuwanderung nach sich und forciere den Bevölkerungstausch. Migration werde so zu einer Belastung der autochthonen Bevölkerung, die nicht nur die Ausgaben für die als solche positionierten ›Fremden‹ stemmen müsse, sondern auch durch Kürzungen der Sozialbudgets und hohe Abgaben, die die Folge davon seien, belastet sei (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020). Die ›einheimische Bevölkerung‹ werde unter dem Deckmantel der Armutsbekämpfung durch die Sozialleistungen an Migrant*innen und deren Familienangehörige ausgebeutet. Die autoritäre Nationalisierung von Sozialpolitik zielt also darauf ab, diese zu einem Instrument zur Abwehr der Immigration in die Sozialsysteme und des sozialen Ausschlusses von Zuwander*innen umzubauen. Eine Integration von Migrant*innen ist in diesen Politikvorstellungen nur noch als vollständige Assimilation an die ›autochthone‹ Bevölkerung und Unterordnung unter eine behauptete Leitkultur akzeptabel.

In Ländern wie Ungarn oder Polen (vgl. Lendvai-Bainton/Szelewa 2020) verbinden sich derartige Entwicklungen mit einer Rechristianisierung sozialpolitischer Aktivitäten. Dabei wird beispielsweise der Einfluss der Kirche auf das Bildungssystem verstärkt und religiösen Institutionen die Umsetzung sozialpolitischer Programme übertragen (vgl. Stubbs/Lendvai-Bainton 2020). Die Betonung der christlichen Traditionen wird aber auch von rechten Parteien in den westlich orientierten Staaten Europas forciert, wie etwa in Schweden (vgl. Norocel 2016) oder zeitweilig auch in Österreich von der traditionell eher antiklerikalen FPÖ (vgl. Rheindorf/Wodak 2019). Die radikal rechte Programmatik versucht ein Verständnis von Armutspolitik zu stärken, wonach nicht

die Bedürftigkeit einer Person den Anspruch auf Grundsicherungsleistungen qua ihrer Existenz begründet, sondern vielmehr erwartet wird, dass der*die Betroffene bereits durch Arbeitsleistungen zum nationalen Sozialsystem beigetragen und sich damit als gesellschaftlich wertvoll erwiesen hat (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020). Der Beitrag zur national definierten Solidargemeinschaft kann außerdem in der Erzeugung von Nachwuchs liegen (vgl. Butterwegge 2020; Lendvai-Bainton/Szelewa 2020; Szelewa/Polakowski 2020), was aber Kinder migrantischer Familien nicht inkludiert.

Dies trägt zur Reetablierung eines nationalistisch grundierten Verständnisses von Arbeit und Leistung bei, über die der Wert eines Menschen für die nationale Gemeinschaft bestimmt und woran der Erwerb von sozialen Rechten gebunden werden soll. Migrant*innen, aber auch anderen Teilen der Armutsbewölkerung wird formal eine Integration in die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitsmärkte in Aussicht gestellt, wenn sie diese Verhaltenserwartungen erfüllen. Gleichzeitig werden aber Maßnahmen entwickelt, die diese Integration explizit verbauen, weil sie an kaum erreichbare Bedingungen geknüpft wird – wenn etwa Sprach- und Integrationskurse gekürzt werden, wie in Österreich oder Schweden (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020; Dahlstedt/Neergaard 2019). Solche Maßnahmen machen die explizit exkludierenden Strategien rechter Sozialpolitik sichtbar, deren Ziel die Abwehr und Marginalisierung sozialer Gruppen ist, die der autochthonen bzw. produktiven Bevölkerung angeblich auf der Tasche liegen.

Die Förderung traditionell patriarchaler Familienstrukturen

Radikal rechte Sozialpolitikkonzepte forcieren weiters traditionell patriarchale Familienstrukturen und geschlechtliche Arbeitsteilungen. Das kann als Anknüpfung an die Logik konservativer Wohlfahrtsstaatsregime interpretiert werden. Radikal rechte Familienpolitik wird dabei aber zunehmend an bevölkerungspolitische sowie national und religiös-christlich begründete Vorstellungen zur Kleinfamilie als ›Keimzelle der Nation‹ (Erhöhung der Geburtenrate) gebunden. Die Geburtenrate soll erhöht und der demographischen Bedrohung durch Migration entgegengearbeitet werden (vgl. Szelewa/Polakowski 2020; Butterwegge 2020). Im Zentrum rechter familienpolitischer Maßnahmen stehen daher explizit natalistische Strategien, die etwa in Ländern wie Polen oder Ungarn bestimmte Sozialleistungen oder Steuererleichterungen für Familien an eine bestimmte Zahl von Kindern knüpfen. Auch das Rentenprogramm der AfD in Deutschland sieht finan-

zielle Anreize, wie Zuschüsse bei den Rentenbeiträgen, zur Erhöhung der Geburtenrate vor (vgl. Butterwegge 2019, 2020). In Österreich wurde von der konservativen und radikal rechten Koalitionsregierung der Jahre 2017–2019 ein sogenannter Familienbonus (vgl. Tálos 2019) implementiert, der hauptsächlich den Mittelschichten zu Gute kommt, da die zu lukrierende Summe von der Steuerleistung abhängig ist. Insgesamt ist die Familienpolitik der radikalen Rechten an den ›richtigen‹ Familien orientiert, also den »fleißigen und anständigen« (Jörg Haider, ehemaliger FPÖ-Vorsitzender) Repräsentant*innen der Nation im Gegensatz etwa zu muslimischen Mehrkindfamilien (vgl. Lugosi 2018).

Zusätzlich zu diesen Strategien werden Maßnahmen entwickelt, die die Spielräume und Ressourcen für unterschiedliche Lebensformen und sexuelle wie geschlechtliche Orientierungen zu begrenzen und disziplinieren, ja im Extremfall sogar aktiv zu unterbinden versuchen. Rechts dominierte Regierungen versuchen feministische und queere Strukturen, etwa an den Universitäten oder in der Zivilgesellschaft als Bedrohung für ›normale‹ Familien, die auf eine Frühsexualisierung der Kinder abzielten, zu brandmarken und zu zerstören. Entsprechende Maßnahmen sind etwa in Ungarn oder Polen, aber auch in Österreich, in den letzten Jahren einflussmächtig geworden (vgl. Lendvai-Bainton/Szelewa 2020; Szelewa/Polakowski 2020; Tálos 2019; Mayer/Sori/Sauer/Ajanovic 2018).

Workfaristische Beschäftigungsprogramme als Selbstzweck

Drittens knüpfen rechte Sozialpolitiken an den workfaristischen Rekonfigurationen der (aktivierenden) Arbeitsmarktpolitik und Armutspolitik (vgl. Greer 2016; Kessl 2023) an, wie sie von (zunehmend autoritär-)neoliberalen Reformprojekten (vgl. Bruff 2016) seit Anfang der 1980er Jahre durchgesetzt wurden. Auch wenn hier die Konturen eher noch unklar sind, da offene Diskriminierungen gerade im europäischen Kontext schwierig sind, zeigt sich, dass die rechten Weiterentwicklungen dieser Strategien von etwas anderen Prämissen ausgehen und daher andere Zielsetzungen verfolgen. So setzen neolibrale Vorstellungen an den Individuen an und gehen davon aus, dass diese etwa aufgrund falscher Anreizsysteme und inadäquater Regulierungen aus dem Arbeitsmarkt herausfallen. Eine rasche (Re-)Integration in Beschäftigung ist daher die beste Strategie. Daraus kann in der neoliberalen Praxis eine Verpflichtung für die erwerbsarbeitslosen Personen werden, die durch die Rekommodifizierung der Sozialpolitik und verstärkte Sanktionierungen

von bestimmten Verhaltensmustern durchgesetzt wird. Den radikal rechten Vorstellungen geht diese Perspektive auf einzelne Individuen tendenziell ab (vgl. Dahlstedt/Neergaard 2019; Stubbs/Lendvai-Bainton 2020). Sie sehen eher die nationale Gemeinschaft durch verschiedene soziale Gruppen, wie Migrant*innen oder von Armut betroffene Personen, bedroht, da diese nicht oder nur schwer in die Gesellschaft integriert werden könnten. Eine Ethnisiierung und Kulturalisierung der Vorstellungen von Armut soll durchgesetzt werden. Die Versorgung von armutsbetroffenen Personen mit wohlfahrtsstaatlichen Leistungen wird explizit als eine Belastung für die autochthone und arbeitswillige Bevölkerung dargestellt.

Workfaristische Maßnahmen werden in neoliberalen Reformstrategien eher begrenzt und sehr spezifisch eingesetzt. Es dominieren sanktionsbedingte Kürzungen von Unterstützungsleistungen, Bewerbungstrainings, Job-Coachings, einfache Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitstrainings (vgl. Peck 2001). Diese Zurückhaltung röhrt aus dem Vorbehalt, dass verpflichtende Beschäftigungsprogramme der öffentlichen Arbeitsbeschaffung Arbeitsmarktlügen blockieren oder gar ersetzen könnten.

Damit haben radikal rechte Sozialpolitikkonzepte jedoch ein geringeres Problem. Dementsprechend wird die Zielsetzung workfaristischer Programme tendenziell geändert. Dies zeigt sich zum Beispiel am Ausbau der punitiv-educativen Anteile. Die geforderten Arbeitsleistungen sollen verhindern, dass sich illegitime Bezieher*innen von Transferleistungen auf Kosten der autochthonen Bevölkerung ein gutes Leben machen (vgl. Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019). Integration in den Arbeitsmarkt als Voraussetzung für gesellschaftliche Integration ist immer weniger Ziel radikal rechter Beschäftigungsprogramme.

Es liegt daher die Interpretation nahe, dass die Bindung von Unterstützungen an Arbeitsleistungen und der Ausbau von Sanktionsregimen nicht mehr unbedingt Gewöhnungseffekte an Arbeitslosigkeit verhindern und das sogenannte Arbeitsethos erhalten sollen. Vielmehr werden Bestrafung und Erziehung durch Arbeit in Beschäftigungsprogrammen mehr und mehr zum Selbstzweck. Dies soll erstens auf Zuwander*innen abschreckend wirken, sowie zweitens bei allen von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen Unterordnung und Disziplin durchsetzen. So kann die Bewährungsprobe in workfaristischen Arbeitsprogrammen zur Aufenthaltvoraussetzung für Personen mit Asylstatus werden (vgl. Jørgensen/Thomsen 2016). Auch für andere Gruppen der Armutsbevölkerung, wie Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfebezieher*innen, stellen unter diesen Bedingungen workfaristische

Maßnahmen weniger ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt dar, sondern werden zur dauerhaften Verpflichtung, um überhaupt Unterstützungsleistungen beziehen zu können (vgl. Becker 2018; Stubbs/Lendvai-Bainton 2020). Es ist daher nicht verwunderlich, dass die erzieherisch-punitiven Dimensionen dieser Programme sukzessive auf Maßnahmen ausgedehnt werden, die auf eine forcierte Anpassung der ihnen ausgesetzten Personen an die national definierte Leitkultur abzielen (z.B. Wertekurse für Migrant*innen) und die Kontrolle des Konsum- und Freizeitverhaltens von Leistungsbezieher*innen inkludieren (Sachleistungsbezug statt monetäre Leistungen, räumliche und zeitliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit für spezifische Gruppen, Bezahlkarten für Asylbewerber zur Kontrolle deren Konsumverhaltens usw.) (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020).

Abschließende Bemerkungen

Ich habe in diesem Beitrag versucht, Elemente eines entstehenden Dispositivs radikal rechter Programmatiken zur Sozialpolitik und zum Umbau des Wohlfahrtsstaates herauszuarbeiten. Diese lassen sich an Strategien der Renationalisierung (und Rechristianisierung), der Förderung traditioneller Familienstrukturen und geschlechtlicher Arbeitsteilungen sowie einem Ausbau punitiv-edukativer Beschäftigungsprogramme zur Durchsetzung von Arbeits- und Leistungsbereitschaft sowie zur Abschreckung von Zuwanderung festmachen. Auch wenn einzelne Elemente der unter diesen Dimensionen umgesetzten Strategien auch von anderen politischen Kräften übernommen werden, so verweist gerade ihre Artikulation mit den diskursiven Strategien der radikalen Rechten auf den inneren Zusammenhang einer rechten Sozialpolitik. Diese zielt darauf ab, Sozialpolitik zum Hebel eines national-autoritären Umbaus von Gegenwartsgesellschaften zu machen, der gegen einen von globalistischen Eliten forcierten Bevölkerungsaustausch in Anschlag gebracht wird. Die skizzierten sozialpolitischen Strategien sind daher wesentliches Moment der innerstaatlichen Freund-Feind-Unterscheidung und daher stets mit Angriffen auf demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen und Akteur*innen verbunden.

Literatur

- Atzmüller, Roland (2022): »Renationalisierung der Sozialpolitik. Die Zerstörung gesellschaftlicher Solidarität durch autoritären Populismus und neue Rechte«, in: Sigrid Betzelt/Thilo Fehmel (Hg.), *Deformation oder Transformation? Analysen zum wohlfahrtsstaatlichen Wandel im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden: Springer VS.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban (2023): »Sozialpolitik von rechts? Überlegungen zu den gesellschaftspolitischen und ideologischen Grundlagen autoritär-populistischer und extrem rechter Sozialpolitikkonzepte«, in: Roland Atzmüller/Fabienne Décieux/Benjamin Ferschli (Hg.), *Ambivalenzen in der Transformation von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat*, Weinheim, Basel: Beltz Verlagsgruppe, S. 159–178.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban/Bodenstein, Michael (2020): »Punishing the poor and fighting ›immigration into the social system‹ – Welfare reforms by the conservative and far-right government in Austria 2017–2019«, in: Lisa Borelli und Yann Böchsler (Hg.), *Schwerpunkttheft: Governing the Poor*, Zeitschrift für Sozialreform/Journal of social policy research 66, S. 525–552.
- Bargetz, Brigitte/Eggers, Nina E. (2022): »Versprechen auf Souveränität im autoritären Populismus. Eine feministische Kritik«, in: Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 389–414.
- Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (2019): *Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten* (= Edition DISS), Münster: Unrast Verlag.
- Becker, Joachim (2018): *Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis*, Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Becker, Uwe (2022): *Deutschland und seine Flüchtlinge. Das Wechselbad der Diskurse im langen Sommer der Flucht 2015 (= X-Texte zu Kultur und Gesellschaft)*, Bielefeld: transcript.
- Bruff, Ian (2016): »Neoliberalism and authoritarianism«, in: Simon Springer/Kean Birch/Julie MacLeavy (Hg.), *Handbook of Neoliberalism*, Florence: Taylor and Francis, S. 107–117.

- Butterwegge, Christoph (2019): »Antisozialer Patriotismus: Die Rentenpläne der AfD«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9, S. 99–106.
- Butterwegge, Christoph (2020): »Sozial- und Rentenpolitik für die kleinen Leute?«, in: Makroskop.
- Dahlstedt, Magnus/Neergaard, Anders (2019): »Crisis of Solidarity? Changing Welfare and Migration Regimes in Sweden«, in: Critical Sociology 45, S. 121–135.
- Ennser-Jedenastik, Laurenz (2020): »The FPÖ's welfare chauvinism«, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 49, S. 1.
- Fischer, Andrew M. (2020): »The Dark Sides of Social Policy: From Neoliberalism to Resurgent Right-wing Populism«, in: Development and Change 51, S. 371–397.
- Frankenberg, Günter/Heitmeyer, Wilhelm (2022): »Autoritäre Entwicklungen. Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien in Zeiten der Krise«, in: Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 15–86.
- Greer, Ian (2016): »Welfare reform, precarity and the re-commodification of labour«, in: Work, Employment and Society 30, S. 162–173.
- Grudzinka, Anna (2021): »Make misogyny great again. Anti-gender politics in Poland«, in: Martin Mejstrik/Vladimír Handl (Hg.), Current populism in Europe. Gender backlash and counter-strategies, S. 23–36.
- Jørgensen, Martin B./Thomsen, Trine L. (2016): »Deservingness in the Danish context: Welfare chauvinism in times of crisis«, in: Critical Social Policy 36, S. 330–351.
- Kessl, Fabian (2023): »Der aktivierende Sozialstaat: Zur Wirkmächtigkeit eines dethematisierten Programms«, in: Roland Atzmüller/Fabienne Décieux/Benjamin Ferschli (Hg.), Ambivalenzen in der Transformation von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat, Weinheim, Basel: Beltz, S. 54–69.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Springer.
- Lendvai-Bainton, Noemi/Szelewa, Dorota (2020): »Governing new authoritarianism: Populism, nationalism and radical welfare reforms in Hungary and Poland«, in: Social Policy & Administration 55, 4, S. 559–572. <https://doi.org/10.1111/spol.12642>

- Lugosi, Nicole V. T. (2018): »Radical right framing of social policy in Hungary: Between nationalism and populism«, in: Journal of International and Comparative Social Policy 34, S. 210–233.
- Mason, Paul (2022): Faschismus. Und wie man ihn stoppt, Berlin, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mayer, Stefanie/Sori, Iztok/Sauer, Birgit/Ajanovic, Edma (2018): »Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonalismus im europäischen rechten Populismus«, in: Feministische Studien 36, 2, S. 269–285. <https://doi.org/10.1515/fs-2018-0032>
- Mudde, Cas (2020): Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit, Bonn: dietz.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2019): Populismus: Eine sehr kurze Einführung, Bonn: dietz.
- Norocel, Ov C. (2016): »Populist radical right protectors of the folkhem: Welfare chauvinism in Sweden«, in: Critical Social Policy 36, 3, S. 371–390.
- Peck, Jamie (2001): Workfare states, New York/London: Guilford Press.
- Rathgeb, Philip (2024): How the radical right has changed capitalism and welfare in Europe and the USA (= Oxford scholarship online Political Science), Oxford: Oxford University Press.
- Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth (2019): »Austria First revisited: a diachronic cross-sectional analysis of the gender and body politics of the extreme right«, in: Patterns of Prejudice 53, S. 302–320.
- Roepert, Leo (2020): Die konformistische Revolte. Zur Mythologie des Rechtspopulismus (= Sozialtheorie), Bielefeld: transcript.
- Sauer, Birgit (2022): »Stellt sich die Frauenfrage neu in autoritären Verhältnissen?«, in: Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt, New York: Campus, S. 365–388.
- Stubbs, Paul/Lendvai-Bainton, Noémi (2020): »Authoritarian Neoliberalism, Radical Conservatism and Social Policy within the European Union: Croatia, Hungary and Poland«, in: Development and Change 51, S. 540–560.
- Szelewa, Dorota/Polakowski, Michał (2020): »The ‘ugly’ face of social investment? The politics of childcare in Central and Eastern Europe«, in: Social Policy & Administration 54, S. 14–27.
- Tálos, Emmerich (Hg.) (2019): Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz, Wien: LIT.
- Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien, Hamburg: Edition Konturen.

Diskurse zum Missbrauch von Sozialleistungen und Sozialstaatskritik

Von der ›sozialen Hängematte‹ zum ›Sozialtourismus‹ und den ›Totalverweigerern‹

Alban Knecht

Die Kontinuität des Diskurses um den Missbrauch von Sozialleistungen

Vom Phänomen Armut lassen sich viele Aspekte diskutieren, wie z.B. persönliche Schicksalsschläge und strukturelle Gegebenheiten als mögliche Ausgangspunkte, erlebter materieller Mangel sowie die sich aus Armut ergebenden eingeschränkten und prekären Lebensverhältnissen, die reduzierte Teilnahme und Teilhabe am öffentlichen Leben und die hohe seelische Belastung der Betroffenen, die mit psychischen und physischen Krankheiten und geringere Lebenserwartung einhergeht.

In der öffentlichen Diskussion rücken dagegen immer wieder die gleichen Themen und Thesen in den Vordergrund: Es wird behauptet, dass Arbeitslosigkeit und Armut entsteht, weil sich die Betroffenen nicht genug anstrengen um Arbeit zu finden. Die Empfänger*innen würde Sozialleistungen missbrauchen und deren Üppigkeit das Problem verschärfen. Darüber hinaus wird angenommen, dass die Sozialleistungen zu einer ›Gewöhnung‹ oder ›Abhängigkeit‹ führen würden. Die Diskurse weisen einerseits eine gewisse Kontinuität auf, wandeln sich aber auch in bestimmten politischen und gesellschaftlichen Konstellationen. So gab es bereits bei der Gründung der Sozialversicherungen Klagen über vermeintliches »Pensionsspekulantentum« (Nullmeier/Vobruba 1995: 42), über »Simulanten« (ebd.) und über angebliche »Selbstverstümmeler« (ebd.), die sich Leistungen erschleichen wollten. Andererseits – und das soll im Folgenden untersucht werden – haben sich

die Erzählungen zu Arbeitslosigkeit und Armut in der Nachkriegszeit auch verändert.

Im Folgenden gehe ich zuerst auf die Funktionen der Debatte über die »unwürdigen Armen« und den Missbrauch von Sozialleistungen ein und verweise auf die soziale Konstruiertheit von Armut. Im Anschluss reflektiert ich zentrale Diskursereignisse ab den 70er Jahren, die eine größere Öffentlichkeitswirkung entfaltet haben, untersuche Kontinuitäten und Veränderungen und schließe mit einer Einordnung der Ergebnisse ab.

Die Funktionen der ›unwürdigen Armen‹ und die Bedeutung der Diskurse

In seinem Aufsatz »Über die Funktionen der unwürdigen Armen« führt Herbert J. Gans (1992) 19 Funktionen an, die Armutsbetroffene in bzw. für die Gesellschaft übernehmen; darunter fallen z.B. die Funktion, als Reservearmee für den Arbeitsmarkt bereit zu stehen und die Löhne niedrig zu halten, weil Arbeitgeber Lohnforderungen zurückweisen können (ebd.: 51). Gans führt als weiteren Funktionen an, dass Armutsbetroffenen soziale Normen stabilisieren würden, indem sie als schlechtes Beispiel dienten und darüber hinaus helfen, die bestehende Hierarchie und soziale Schichtung zu legitimieren, soweit ihnen Defizite zugeschrieben werden können:

»Ob sich die Armen so verhalten, ist ganz unwichtig, solange man sich allgemein vorstellen kann, dass sie sich so verhalten. Sind die Armen einmal als unwürdig etikettiert, sind sie zu einer Projektionsfläche für solche Vorstellungen geworden. De facto werden solche Grundnormen von den meisten Armen zu fast allen Zeiten nicht verletzt. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger, die das Sozialamt betrügen war immer schon geringer als der Anteil von Steuerzahlern, die das Finanzamt ›beschummeln.‹« (ebd.: 52)

Durch die Ihnen zugeschriebenen Defiziten würden, so Gans weiter, die Armutsbetroffenen Argumente liefern um den Wohlfahrtsstaat zu limitieren (ebd.: 56) und dem politischen System erlauben, sich »nachdrücklich anderer Interessen, etwa denen der Mittelschicht oder denen der Konservativen« (ebd.: 57) hinzuwenden.

Dass Bilder, die in der öffentlichen Diskussion von Armut erzeugt werden, ideologisch geformt sind und wenig mit dem zu tun haben, was und wie

z.B. die Betroffenen selbst Armut erleben oder was die Wissenschaft über Armut weiß, zeigt auch die »Theorie sozialer Probleme« (Albrecht/Groenemayer 2012), die untersucht, wie Sachverhalte in der Öffentlichkeit überhaupt zu einem Problem werden. Mediale Vermittlungen bzw. Darstellungen spielen in der Produktion öffentlicher Bilder zu Armut und Arbeitslosigkeit eine wesentliche Rolle, auch weil ein Großteil der Gesellschaft nicht direkt mit ihnen zu tun hat. Daher können im Anschluss an diskursanalytische Perspektiven spezifischen Diskurse darauf hin befragt werden, welche »Wirklichkeiten« durch sie erzeugt werden. Im Folgenden werden deshalb die Deutungsmustern zu spezifischen Ereignissen des deutschen politischen Diskurses seit den 1970er Jahren, bei denen der Missbrauch von Sozialleistungen thematisiert wird, exemplarisch diskutiert.

Zentrale Diskursereignisse seit den 70er Jahren

In der Nachkriegszeit nahm der Diskurs über die ›faulen Arbeitslosen‹ in Deutschland zum ersten Mal im Sommer 1975 – am Beginn steigender Arbeitslosigkeit – an Fahrt auf. Bundesarbeitsminister Walter Arendt klagte über »sozialen Wildwuchs, einseitige Begünstigung und Leistungsmissbrauch« (Oschmiansky/Schmid/Kull 2003: 4) im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und erhielt dabei von weiteren Politiker*innen der Regierungskoalition und von den Medien Unterstützung. Dramatischer formulierte dann im Jahr 1981 der CSU-Abgeordnete Erich Riedl in einer Rede, in der er Eigeninitiative, Leistungswillen und Risikobereitschaft pries und Bürokratie- und Subventionsabbau forderte:

»[D]as soziale Netz [ist] für viele eine Hängematte – man möchte sogar sagen: eine Sänfte – geworden [...]; eine Sänfte, in der man sich von den Steuer und Sozialabgaben zahlenden Bürgern unseres Landes von Demonstration zu Demonstration, von Hausbesetzung zu Hausbesetzung, von Molotow-Cocktail-Party zu Molotow-Cocktail-Party und dann zum Schluss zur Erholung nach Mallorca oder sonst wohin tragen lässt.« (Deutscher Bundestag 1981: 2121)

Die im Vagen bleibende Anspielung an den Empfang von Sozialleistungen (›soziales Netz‹) übertüncht die fehlende innere Logik der Aussage, denn es ist schwer vorstellbar, dass der beschriebenen Personentypus, der anscheinend

nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und sich in den Auslandsurlaub begibt, tatsächlich Sozialleistungen beziehen könnte. Die Verbindung der imaginierten politischen Lebensweise eines linken Milieus mit dem Vorwurf Sozialleistungen (oder ggf. die Gesellschaft als Ganzes) zu missbrauchen, sind wohl Anspielungen an die Diskurse über die offensive »Arbeitsverweigerung« von politisch engagierten Studierenden der 70er Jahre (Bangert 2021: 112) bzw. an den Gammler-Diskurs, also an junge Menschen, die mit voller Absicht und demonstrativ Arbeit und Leistung verweigern (vgl. ebd. und den Beitrag von Friedrich in diesem Band). Auffällig sind die Gegenüberstellung der Leistungen in Anspruch nehmenden »Leistungsverweigern« mit den »Steuer und Sozialabgaben zahlenden Bürgern« wie auch der Kontext, in dem dieses Zitat steht: Er hat nichts mit der Diskussion von Sozialleistungen zu tun, sondern thematisiert Leistungswillen und -bereitschaft.

In der Folge wurde der Missbrauch von Sozialleistung und fehlender Leistungswille in Wellen immer wieder von Politiker*innen mehr oder weniger jeglicher Couleur¹ diskutiert (vgl. Wogawa 2000). So erreichte die Debatte im Jahr 1993, als Arbeitslosenzahlen nach der Vereinigung von West- und Ostdeutschland wieder stiegen, durch eine Warnung von Bundeskanzler Helmut Kohl einen neuen Höhepunkt: »Wahr ist, daß sich eine erfolgreiche Industrienation nicht als kollektiver Freizeitpark organisieren läßt« (Deutscher Bundestag 1993: 12727, s.a. Oschmiansky/Schmid/Kull 2003: 5). Anders als das vorhergehende und einige der folgenden Zitate, wurde hier nicht direkt spezifische Gruppe benannt, sondern vor einer strukturellen Erschlaffung des wirtschaftlichen Tatendrangs gewarnt. Allerdings hatte Kohl in seiner Rede einige (Ab)sätze zuvor auf Einsparungen aus der »Mißbrauchsbekämpfung im Bereich sozialer und wirtschaftlicher Leistungen« (Deutscher Bundestag 1993: 12725) hingewiesen und ausgeführt: »Viele zweifeln, ob sich Arbeit noch lohnt, wenn sie hören oder in ihrem persönlichem Umfeld erleben, daß es in manchen Fällen kaum noch Abstände zwischen Sozialhilfe, Lohnersatzleistungen und Arbeitsentgelt gibt« (ebd.).

Im Jahr 2001 plädierte dann Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit Bezug auf einen angeblichen Leistungsmissbrauch für mehr Sanktionierungen der Sozialleistungen: »Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft.

¹ Eine Untersuchung zu unterschiedlichen Aussagen von Politiker*innen nach deren Geschlecht, Herkunft und politischer Ausrichtung steht noch aus.

Das bedeutet konkret: Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden» (Schröder in der Bild-Zeitung, zit.n. Kaufmann 2013: 123). Diese Aussage kann als ein Startschuss der Hartz-IV-Reformen gesehen werden, mit denen Schröder den Weg traditioneller sozialdemokratischer Politik zu Gunsten einer sozialinvestiven Aktivierungspolitik verlassen hat. Die Hartz-Kommission wurde im Jahr 2002 eingesetzt; das Hartz-IV-Gesetz zur Reform der Sozialhilfe wurde 2005 gültig. Kurz vor der Bundestagswahl im Herbst 2005, als die Regierung Schröders unter erheblichem Druck stand, wurde das Missbrauchs-Thema durch einen pamphletartig verfassten Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit namens *Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005* (BWA 2005) erneut ausgespielt. Es war mit einem Vorwort des damaligen Bundesministers Wolfgang Clement versehen und stilistisch und inhaltlich an Boulevard-Zeitungen angelehnt. Anders als bei den bisherigen Zitaten wurde – neu in der Nachkriegszeit – das Bild angeblich hinterlistiger Normalbürger*innen gezeichnet, die die wohlwollende Politik des Wohlfahrtsstaates böswillig zu unterminieren versuchten: »Die Abzocke des Sozialstaates braucht gesellschaftlichen Nährboden, um sich auszubreiten. Fast niemand würde sich im privaten Kreis einer Tat brüsten, wenn er damit rechnen müsste auf allgemeine Ächtung zu stoßen« (BWA 2005: 3). Der Bericht wurde u.a. kritisiert wegen eines Vergleichs von Menschen mit »Parasiten«:²

»Biologen verwenden für ›Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‹, übereinstimmend die Bezeichnung ›Parasiten‹. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.« (BWA 2005)

Die Nichtstatthaftigkeit des Tier-Mensch-Vergleichs wird hier zwar angeführt, aber nur um die vermeintlich missbrauchten Personen noch unterhalb von Parasiten zu stellen, die als Tiere ihr Verhalten nicht zu verantworten hätten. Dass sich die Wahrnehmung von Armut im Wandel begriffen war, zeigt sich auch durch die im Jahr 2005 startende Debatte um den Begriff der

2 Die Bezeichnungen von Menschen als »Parasiten« wurden häufig von Nationalsozialisten vorgenommen (siehe z.B. Hopf 2023; Bein 1965).

»neuen Unterschicht«, die geprägt war von der These, dass es eine Bevölkerungsgruppe von benachteiligten Menschen gäbe, die sich charakterlich und kulturell vom Rest der Bevölkerung unterschieden würde – und so ihre Armut selbst verursachen würden (vgl. Kessl/Reutlinger/Ziegler 2007).

Einige Jahre später, 2010 warnte dann der FDP-Vorsitzender und Außenminister Guido Westerwelle vor dem »Vollversorgerstaat« (zit.n. Die Welt 11.2.2010) und brachte in einer Diskussion, die von einem Gerichtsurteil ausgelöst wurde, das die Höhe des Hartz-IV-Sätze als zu gering erachtete, folgende Kritik an:

»Es scheint in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet. Empfänger sind in aller Munde, doch die, die alles bezahlen, finden kaum Beachtung. CDs mit den Daten krimineller Steuerhinterzieher erregen die ganze Republik. Tausendmal mehr Bürger, die für ihre Arbeit weniger bekommen, als wenn sie Hartz IV bezögen, tun es nicht. [...] Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein. An einem solchen Denken kann Deutschland scheitern.« (zit.n. Die Welt 22.2.2010)

Auch bei diesem Zitat weist der Kontext darauf hin, dass das Thema ausreichender Hartz-IV-Sätze als Aufhänger für eine Debatte über Leistung dient. So zitiert die Tageszeitung *Die Welt* Westerwelle mit folgenden weiteren Ausführungen: »Statt über die Frage zu diskutieren, wer mehr staatliche Leistungen bekommt, sollten die Leistungen des Steuerzahlers in den Mittelpunkt gerückt werden. »Dieses Umsteuern ist für mich der Kern der geistig-politischen Wende, die ich nach der Diskussion über die Karlsruher Entscheidung für nötiger halte denn je« (*Die Welt* 11.2.2010). Während er in den Tagen danach seine Position noch verteidigte, gestand er Jahre später, dass er die Aussage bereute (vgl. *Welt* 2013) – und startete damit in der Debatte über den Leistungsmissbrauch einen neuen Kommunikationsstil von (wohl hauptsächlich männlichen) Politiker*innen, bei denen auf Provokationen, die eine breite Öffentlichkeit erreichen, halbherzige ›Richtigstellungen‹ folgen – und der v.a. von Rechtspopulist*innen weitreichend bekannt ist (vgl. Wodak 2016).

In den folgenden Jahren hat sich der Diskurs über den Missbrauch von Sozialleistungen weiter gewandelt. Mit der sogenannten Sarrazin-Debatte wurde eine neue Fokussierung auf die Themen Migration und Asyl eingeläutet. An die schon länger währende Diskussion über die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge schloss sich nun eine Diskussion über die angebliche

»Einwanderung in die Sozialsysteme« (Landtag B-W 2023; Die Zeit, 18.4.2023) an, die gleichzeitig die Fluchtgründe in Frage stellte wie auch den Asylsuchenden den Missbrauch von Sozialleistungen unterstellte. In den geführten Debatten werden die politischen Verhältnisse und Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern meist genauso ausgeblendet wie die Beschränkungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt in Zielländern, die dafür mitverantwortlich waren/sind, das Asylsuchende Sozialleistungen benötigen. So unterstellt der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz zuletzt geflüchteten Ukrainer*innen »Sozialtourismus« (Bild, 27.9.2022) zu betreiben und Sozialleistungen zu missbrauchen.

Bald wurde die Debatte über den angeblichen Missbrauch durch Asylsuchende auf Gesundheitsleistungen ausgedehnt. So warnte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Georg Nüßlein (CSU) vor dem Missbrauch der elektronischen Gesundheitskarte durch Asylsuchende und warnte »vor der Anreizwirkung insbesondere auf Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen Asyl beantragen« und forderte »Schadensbegrenzung zu betreiben« (zit.n. Woratschka 2015). Zuletzt verband Friedrich Merz in einer Diskussion über noch nicht vorgenommenen Abschiebungen die Themen Asyl und Missbrauch von Gesundheitsleistungen erneut, indem er, ohne empirische Evidenz anführen zu können, behauptete: »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine« (Die Zeit, 28.9.2023). Die Bundeszahnärztekammer und andere Institutionen widerlegten seine Aussagen umgehend (vgl. Tagesschau 2023); wobei sich die Frage stellt, ob solche Gegendarstellungen und Entschuldigungen die Öffentlichkeit in gleichem Maße erreichen wie die Provokationen, oder ob sie sogar Teil einer Kommunikationsstrategie sind (s.a. Stajić 2018). Ähnlich wie bereits in den Sentenzen zu den Empfänger*innen von Sozialhilfe, Hartz IV und Arbeitslosengeld, werden die Asylsuchende und Migrant*innen in der öffentlichen Debatte in erster Linie als diejenigen thematisiert, die Leistungen in Anspruch nehmen und Arbeitsplätze besetzen würden, dagegen werden die administrativen Hürden für Asylsuchende im Zugang zu Arbeit, ihr wirtschaftlicher Beitrag zur Gesellschaft, die Probleme bei der Anerkennung von Zertifikaten aus ihrer Herkunftsländern und ihre Bedeutung als Konsument*innen kaum diskutiert. Nebenbei ließen im Anschluss an die Einführung des Bürgergelds (inkl. einer Diskussion über »Totalverweigerer« (Handelsblatt, 19.3.2024)), für das schon nach einem Jahr Kürzungen als »Fairness-Update« (Frankfurter Rundschau, 11.6.2024) bzw. die Ablöse durch eine »Neue Grundsicherung« gefordert wurde – und der Diskussion um die

Notwendigkeit einer Kindergrundsicherung die allgemeinen Diskurse über den Missbrauch in verstärktem Maße weiter.

Verfestigung der Diskurse zum Leistungsmisbrauch und die Negation wissenschaftlichen Wissens

In den politischen Diskursen zu Leistungsmisbrauch werden häufig Bilder und Metaphern, wie die »soziale Hängematte« oder die zuletzt ins Spiel gebrachten »Totalverweigerer« verwenden, welche sich gut in den Köpfen festsetzen können (vgl. Knecht 2010: 166f.): Ein angebliches »Heer von Missbrauchern« (ebd.) wird als zentrales Problem beschrieben, wobei von der Betrachtung der Lebenssituation einzelner Betroffenen abgesehen wird. Damit wird die Diskussion der wirtschaftlichen und politischen Gründe von Armut und Arbeitslosigkeit wie auch die der belastenden Lebensumstände der Betroffenen vermieden: Es ist gerade die Vagheit der Vorwürfe, die die Diskurse in der von Gans beschriebenen Weise funktionieren lassen.

Bereits Diana Wogawa (2000), die eine Inhaltsanalyse von FAZ-Artikeln der 80er und 90er Jahre vorlegte, wie auch die Untersuchungen von Oschmannsky, Schmid und Kull (2003) zu den Diskursen zum Leistungsmisbrauch der 70er bis 90er Jahre zeigen, dass Empfänger*innen von Leistungen pauschal verdächtigt wurden, Missbrauch zu begehen und selbst die gesetzlich vorgesehene, gewöhnliche Inanspruchnahme der Leistungen in ein schlechtes Licht gerückt wurde, wobei die bestehenden Zugangsbedingungen und Kontrollmechanismen zur Verhinderung des Leistungsmisbrauchs ausgeblendet wurden. Darüber hinaus wurde suggeriert, dass es einfach und ungefährlich wäre, die Ämter zu betrügen und es wurde der Eindruck vermittelt, als ob ein Leben am Existenzminimum erstrebenswert wäre (ebd.). Diese Vorgehensweise lassen sich auch in den neueren Stellungnahmen finden.

Während Wogawa (2000) noch aufzeigen konnte, dass teilweise Kontrollmechanismen gefordert wurden, die bereits existierten oder aber die Forderungen von Maßnahmen und Kontrollen nicht weiterverfolgt würden und im Sand verliefen u.a. weil der zusätzliche (Kontroll-)aufwand ineffektiv sei (ebd.), so hatte sich diese Situation mit dem Jahr 2005 verändert. Denn mit der Einführung von Hartz IV wurden im Rahmen der zunehmenden Aktivierungspolitik die Sanktionen und Kontrollen verschärft, obwohl deren Sinnhaftigkeit, jenseits der öffentlichen Missbrauchsdebatte, z.B. durch wissenschaftliche Quellen, in Frage zu stellen ist. Wogawa (2000) wie auch

Oschmiansky, Schmid und Kull (2003) wiesen darauf hin, dass die Thematisierungen meist in Wellen und ein bis eineinhalb Jahre vor Bundestagswahlen stattfanden. Darüber hinaus ist es zu einer in den genannten Untersuchungen bereits vorhergesagten Verfestigung der Deutungsmuster ›Missbrauch‹ und ›Faulheit‹ (vgl. Wogawa 2000: 19) in der Bevölkerung (vgl. Spreen/Vukoman/ Ullrich 2024) und bei Fachkräften (vgl. Marquart 2018) gekommen, allerdings ohne dass der Sozialstaat als Ganzes in Frage gestellt wurde (vgl. Stroppe/ Mauk 2021, s.a. Grausgruber 2019). Zuletzt scheint es zu einer Intensivierung der Debatte gekommen zu sein, die weniger als Wellen, denn als Dauerfeuer zu bezeichnen wäre; so riss die Diskussion um das Bürgergeld, auch nach dessen Einführung, nicht ab.

Fokussiert man auf den Zeitverlauf, so fällt auch auf, dass es unterschiedliche Gruppen sind, die bei der Diskreditierung im Vordergrund stehen und die von Gans angesprochene Sündenbockfunktion übernehmen. Wurden in den 60er Jahren noch die »Gammler« als arbeitsscheu diskreditiert (noch jenseits einer Diskussion über ungerechtfertigten Leistungsempfang, aber mit vehementem Ton gegen Leistungsverweigerung (siehe Friedrich in diesem Band), waren es in der Folge v.a. Arbeitslose, Armutsbetroffene und zuletzt Migrant*innen (vgl. Friedrich 2012), die in besonderem Maße unter den generellen Verdacht gerieten, durch Leistungsverweigerung, Faulheit und Hinterhältigkeit auf Kosten von anderen zu leben. Darüber hinaus gibt es aber auch immer wieder Aussagen, die einen angeblich schwindenden Leistungswillen der gesamten Gesellschaft thematisieren.

Wie bereits von Gans angedeutet, zeigt sich die Debatte weitestgehend immun gegenüber wissenschaftlichen und rationalen Argumenten und Diskussionen: Tatsächlich widersprechen wissenschaftlichen Untersuchungen allen gängigen Annahmen der Missbrauchsdebatte: Untersuchungen zur Nutzung sozialstaatlicher Leistungen konnten weder ein verbreitetes Missbrauchsverhalten noch die These, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen zu einer ›Gewöhnung‹, ›Abhängigkeit‹ oder zu ›Erholungsphasen‹ führen, bestätigen (vgl. Gebauer/Petschauer/Vobruba 2002; weitere Quellen in Knecht 2010). Auch die Annahme, dass die Leistungen der Arbeitslosenversicherung dazu führen würden, dass es sich viele Menschen in die »sozialen Hängematte« bequem machen würden, hat sich nicht bestätigt (vgl. Bundesagentur 2021; Oschmiansky/ Schmid/Kull 2003: 21f.; Knecht 2002: 81f.). Das dürftige Arbeitslosengeld II hat nicht Menschen in Arbeit gebracht, sondern langfristig die Armutssquoten erhöht. Als einzige weit verbreitete Praxis wurde immer wieder das *Non-Take-Up* nachgewiesen werden, also der Verzicht auf Inanspruchnahme aus Scham,

Unkenntnis oder weil der Zugang zu den Leistungen zu kompliziert erschien (vgl. Baisch et al. 2003; Friedrichsen/Schmacker 2019; Bruckmeier/Wiemers 2012; Knecht 2010:164f.). Verschiedene Untersuchungen gehen davon aus, dass insbesondere bei Fürsorgeleistungen wie Hartz VI bis zu 50 % der Anspruchs-berechtigten auf die ihnen zustehenden Leistungen verzichten (vgl. Harnisch 2019). Auch sind die Diskussionen über die angeblich hohen Kosten des Zuzugs von Migrat*innen irrational, da Untersuchungen von einem positiven Beitrag dieser Bevölkerungsgruppe zu den Sozialversicherungen ausgeht (vgl. Bonin 2014; Buchsteiner 2020).

Legitimation, Verzerrung, Klassismus

Betrachtet man deren Kontext, so zeigt sich in Übereinstimmung mit den Thesen von Herbert Gans, dass es bei den getätigten Aussagen inhaltlich weniger um die Thematisierung von Leistungsmisbrauch, Armut oder Arbeitslosigkeit geht, sondern um die allgemeinen Ziele des Aufrechterhaltens des Leistungsprinzips und der Legitimation sozialer Ungleichheit. Dies zeigt sich beispielsweise, wenn man den Kontext der oben erwähnten Hängematten-Rede betrachtet – und wird exemplarisch im Fall Westerwelle evident: In seinem Statement verbindet er die Diskussion des Hartz-IV-Satzes (das Bundesverfassungsgericht hatte die Sätze als zu niedrig eingestuft und eine unsachgemäße Berechnung kritisiert) mit den Themen »Vollversorgerstaat« (das Gericht hatte gerade das Gegenteil festgestellt), einer Relativierung der Bedeutung von Steuerhinterziehung und dem möglichen wirtschaftlichen Scheitern Deutschlands. Implizit lässt er dabei das widerlegte Gerücht³ anklingen, dass Hartz-IV-Empfänger*innen einen Vorteil gegenüber Gering-verdienern hätten.

Die verzerrende Darstellung (der Nutzung) des Sozialstaats erklärt auch, warum die öffentliche Aufmerksamkeit für den Missbrauch von Sozialleistungen trotz ihrer tatsächlich geringen Relevanz (s.o.) so hoch ist, hingegen die Thematisierung von Steuerbetrug, trotz höherer Relevanz und viel höheren staatlichen und gesellschaftlichen Kosten, wesentlich geringer ist.⁴ Auch wer-

³ Geringverdiene mit einem Einkommen unterhalb des Hartz-IV- bzw. Bürgergeld-Satzes können ihr Gehalt ›aufstocken‹ und einen Teil des Zuverdienstes behalten.

⁴ Der Schaden eines einzigen »Steuertricks«, der Cum-Ex-Geschäfte, betrug ca. 55 Mrd. Euro (Daubenberger et al. 2018), während die gesamten Ausgaben für Bürgergeld im

den Thematisierung von Steuerhinterziehung kaum dazu verwendet, ganze Bevölkerungsgruppen einem Generalverdacht zu unterstellen. Der Vergleich der Thematiken verweist auf einen strukturellen Klassismus, in dem die benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die auch relativ wenige Möglichkeiten haben, ihre Position öffentlich darzustellen (s.a. Elsässer 2018; Die Armutskonferenz et al. 2018) als Sündenbock dienen und in besonderem Maße diskriminiert werden.

Literatur

- Albrecht, Günter/Groenemeyer, Axel (2012): Handbuch soziale Probleme, 2 Bände, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Baisch, Benjamin et al. (2023): Barrieren der Inanspruchnahme monetärer Leistungen für Familien, München: Deutsches Jugendinstitut.
- Bangert, Sara (2021): »Müßiggang ist aller Laster Anfang? Literarische und filmische Typen der Verweigerung im Milieu der Deutschen Gegenkultur der 1960er/70er Jahre«, in: German Life and Letters 74, 1, S. 109–129.
- Bein, Alexander (1965): »Der jüdische Parasit. Bemerkungen zur Semantik der Jugendfrage«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18, S. 121–149.
- Bonin, Holger (2014): Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2020010>
- Bruckmeier, Kerstin/Wiemers, Jürgen (2012): »A new targeting: A new take-up?«, in: Empirical Economics 43, S. 565–580. <https://doi.org/10.1007/s00181-011-0505-9>
- Bundesagentur (2022): Jahresbilanz 2021. Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im SGB II, Nürnberg.
- BWA (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) (2005): Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, Berlin. https://www.albanknecht.de/materialien/Missbrauchsdiagramm_I_Vorrang_fuer_die_Anstaendigen.pdf vom 29.7.2024.

Jahr 2023 ca. 38 Mrd. Euro betrogen. Auch die Panama-Papers oder die Selbstanzeigen, die auf den Ankauf der Steuer-CDs erfolgten, belegen hohen Verlust durch Steuerbetrug, Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft.

- Deutscher Bundestag (1981): Plenarprotokoll 9/40, Stenographischer Bericht, 40. Sitzung, 2.6., Bonn.
- Deutscher Bundestag (1993): Plenarprotokoll 12/185, Stenographischer Bericht, 185. Sitzung, 28.10., Bonn
- Die Armutskonferenz et al. (Hg.) (2018): Achtung. Abwertung hat System, Wien: ÖGB Verlag.
- Daubbenberger, Manuel et al. (2018): »Der Coup des Jahrhunderts«, in: Die Zeit vom 18.10. <https://www.zeit.de/2018/43/cum-ex-steuerbetrug-aktiengeschaeft-europa-finanzpolitik> vom 18.4.2024.
- Elsässer, Lea (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Friedrich, Sebastian (2012): »Die diskursive Erschaffung des ›nutzlosen Anderen‹«, in: Jäger, Margarete/Kauffmann, Heiko (Hg.): Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis, Münster Unrast. S. 96–111.
- Friedrichsen, Jana/Schmacker, Renke (2019): »Die Angst vor Stigmatisierung hindert Menschen daran, Transferleistungen in Anspruch zu nehmen«, in: DIW Wochenbericht, Nr. 26, S. 456–461.
- Gans, Herbert J. (1992): »Über die positiven Funktionen der unwürdigen Armen«, in: Stephan Leibfried/Wolfgang Voges (Hg.), Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32, Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 48–62.
- Gebauer, Ronald/Petschauer, Hanna/Vobruba, Georg (2002): Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt, Berlin: Edition Sigma.
- Grausgruber, Alfred (2019): »Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Österreich«, in: Johann Bacher et al. (Hg.), Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich, Wiesbaden: Springer VS, S. 457–481. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21081-6_19
- Harnisch, Michelle (2019): »Non-Take-Up of Means-Tested Social Benefits in Germany«, in: DIW Discussion Papers No. 1793, Berlin. <https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3352378>
- Hopf, Manon (2023): Parasiten. Sprechstunde – die Sprachkolumnen, München: Goethe-Institut: <https://www.goethe.de/prj/ger/de/kre/spk/25218563.html>
- Kaufmann, Matthias (2013): Kein Recht auf Faulheit. Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen, Wiesbaden: Springer.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger (Hg.) (2007): Erziehung zur Armut. Soziale Arbeit und die ›neue Unterschicht‹, Wiesbaden: VS Verlag.

- Knecht (2010): Lebensqualität produzieren. Ressourcentheorie und Machtanalyse des Wohlfahrtsstaats, Wiesbaden: VS Verlag.
- Landtag von Baden-Württemberg (2023): »Antrag der Fraktion FDP/DVP: Einwanderung in die Sozialsysteme bekämpfen – Bundesratsinitiativen jetzt!«, in: Drucksache 17/5492, vom 27.9.
- Nullmeier, Frank/Vobruba, Georg (1995): »Gerechtigkeit im sozialpolitischen Diskurs«, in: Diether Döring et al. (Hg.), Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, Schüren: Marburg, S. 11–66.
- Oschmiansky, Frank/Schmid, Günther/Kull, Silke (2003): »Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen und Strukturprobleme der Missbrauchsdebatte«, in: Leviathan, 31, 1 (März), S. 3–31.
- Spreen, Dominik/Vukoman, Marina/Ullrich, Carsten C. (2024): »Deutungsmuster von Arbeitslosigkeit«, in: Zeitschrift für Soziologie 53, 1, S. 43–57.
- Stajić, Olivera (2018): »E-Card-Video der FPÖ: Rassismus mit System«. In: Der Standard, vom 14.11. <https://www.derstandard.at/story/2000091361335/e-card-video-der-fpoe-rassismus-mit-system>
- Stroppe, Anne-Kathrin/Mauk, Marlene (2021): »Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung«, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Datenreport 2021, S. 387–393.
- Tagesschau (2023): »Warum sich Merz' Aussage nicht halten lässt«, in: Tagesschau, 28.9.2023. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/merz-asylbewerber-zahnarzt-100.html> vom 8.8.2024.
- Wellgraf, Stefan (2014): Hauptschüler. Zur gesellschaftlichen Produktion von Verachtung. Kultur und soziale Praxis, Bielefeld: transcript.
- Welt (2013): »Westerwelle bereut die »spätrömische Dekadenz«, in: Welt online vom 22.03. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article114687374/Westerwelle-bereut-die-spaetroemische-Dekadenz.html> vom 18.4.2024.
- Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Wien: Konturen.
- Wogawa, Diane (2000): Missbrauch im Sozialstaat. Eine Analyse des Missbrauchsarguments im politischen Diskurs, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Woratschka, Rainer (2015): »Gesundheitskarte für Flüchtlinge«, in: Der Tagesspiegel vom 25.9. <https://www.tagesspiegel.de/politik/csu-fordert-schadensbegrenzung-2627656.html> vom 9.3.2024.

Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung der Armutsbekämpfung

Institutionalisierte Armutsbekämpfung und institutionelle Armuts(re)produktion

Reflexionen zu Armutsdiskursen in den Feldern von Bildung und Erziehung

Fabian Kessl

In Erinnerung an Ellen Bareis

Hinführung: Von der materialen und politisch-kulturellen Dimension von Armut

Armut realisiert sich nicht nur materiell, sondern immer auch als Ausdruck politisch-kultureller Überzeugungen. Bereits Georg Simmel macht in seinen Überlegungen darauf aufmerksam, dass Armut nicht durch ein »bestimmtes Maß von Mangel und Entbehrung [entstehe], sondern dadurch, dass er [der Arme, FK] Unterstützung erhält oder sie nach sozialen Normen erhalten sollte« (1992: 551). Damit negiert Simmel keineswegs das Faktum der sozialen Not, verweist aber auf die Einflussmächtigkeit des spezifischen gesellschaftlichen Kontextes, der Menschen in eine Position bringt, die als arm beschrieben und anerkannt wird und auch als solche erlebt wird. Armut ist daher auch stets auf bestehende gesellschaftliche Verhältnisse bezogen. Deshalb formuliert Simmel auch weiter: »So ist nach dieser Richtung die Armut nicht, an und für sich, als ein quantitativ festzulegender Zustand zu bestimmen, sondern nur nach der sozialen Reaktion, die auf einen gewissen Zustand hineintritt« (ebd.). Das Phänomen der Armut weist also eine materielle wie eine politisch-kulturelle Dimension auf und ist daher auch erst angemessen in beiden Dimensionen zu erfassen. Wie sich Armut historisch konkret darstellt, ist Ausdruck des bestehenden »sozialen Raum[s]« (Bourdieu 1995). An dessen Reproduktion, der Reproduktion bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse – und damit nicht

zuletzt an der Reproduktion von Armut wie Reichtum – sind institutionalisierte Zusammenhänge im Bildungs- und Sozialbereich ebenso beteiligt wie andere öffentliche Institutionen (z.B. Gesundheitseinrichtungen oder Polizei). Für sozialrechtlich beauftragte Akteur*innen ergibt sich daraus allerdings ein Dilemma, schließlich sind sie gleichzeitig auch zur Armutsbekämpfung beauftragt.

Im Folgenden steht daher dieses Dilemma von gleichzeitiger Armuts(re)produktion und Armutsbekämpfung in den Feldern von Bildung und Erziehung im Fokus der Aufmerksamkeit. Die nachfolgenden Überlegungen haben also nicht historische Armutsdiskurse selbst zum Gegenstand, sondern die Art und Weise, wie diese in den genannten Feldern reproduziert werden. Der vorliegende Beitrag zielt somit nicht darauf, Armutsdiskurse als historische »Armutsdiskussionen« (Hradil 2010: 3) zu sortieren oder zu dechiffrieren. Vielmehr soll die Möglichkeit der Reflexion über die vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich nicht zuletzt in Phänomenen der Armut zeigen, erweitert werden. Dazu wird der historisch-spezifische Möglichkeitsraum des Denkens und Handelns aufgeschlossen (vgl. Wrana/Langer 2007). In diesem diskurstheoretischen Sinne geht es um die Aufklärung der im Bereich der Armutsbekämpfung tätigen Akteur*innen, mit dem Ziel einer kritisch-reflexiven Positionierung, was die eigene Verstrickung in die gesellschaftlichen Verhältnisse angeht, die sich u.a. als Armut konkretisieren.

Institutionalisierte Armutsbekämpfung und institutionelle Armuts(re)produktion

Zur Institutionalisierung von Armutsbekämpfung, nicht nur in den Feldern der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik

Als *Institutionalisierung* lässt sich der Prozess einer Verfestigung und potenziellen Fixierung von gesellschaftlichen Verhaltens- und Deutungsmustern fassen (vgl. Lepsius 1995). In (sozial-)pädagogischen/sozialarbeiterischen – aber bis zu einem gewissen Grad auch insgesamt in sozialpolitischen – Kontexten zeigt sich die Institutionalisierung von Bildung und Erziehung zumeist als Verrechtlichung, Organisation (spezifische räumliche und zeitliche Arran-

gements) und Professionalisierung (vgl. Bremer/Kessl 2021; vgl. Casale et al. 2024/i.E.).¹

Das soziale Phänomen der Armut wird in institutionalisierten Zusammenhängen, wie der Schule, der Sozialbehörde oder der Polizei, immer wieder in seinen materialen wie politisch-kulturellen Dimensionen reproduziert. Das ist seit langem bekannt (vgl. u.a. Bourdieu/Passeron 1971; Willis 1977; Pieper 2003; Rinn 2009). Zugleich sind teilweise dieselben institutionalisierten Agenturen in unterschiedlichem Maße der Armutsbekämpfung verpflichtet. Dies gilt insbesondere für sozialrechtlich definierte, und in professionellen Organisationen erbrachte, Angebote der Bildung und Erziehung, also nicht zuletzt sozialpädagogische und sozialarbeiterische Dienstleistungsangebote, aber auch sozialpolitische Versorgungs- und Versicherungsleistungen. In solchen Angeboten und Leistungen hat sich das verfassungsrechtliche Sozialstaatsprinzip ebenso als verallgemeinerte Handlungsorientierung eingeschrieben, wie die gesellschaftliche Aufgabenzuschreibung einer Gewährleistung sozialer Teilhabe und der Ermöglichung politischer Teilnahme. Diese konkretisieren sich in den sozialrechtlichen Vereinbarungen, für deren Umsetzung bestimmte organisationale und professionalisierte Strukturen öffentlich aufgebaut und akademisch ausgebildete Fachkräfte staatlich beauftragt werden.

In sozialrechtliche Vereinbarungen schreiben sich aber zugleich auch politische Macht- und Herrschaftsverhältnisse ein. Das zeigt sich exemplarisch an den unterschiedlichen materiellen Bedingungen und politisch-kulturellen Deutungsmustern, die mit der sozialstaatlichen Armutsbekämpfung in den vergangenen 80 Jahren im deutschen Kontext verbunden waren. Konkret erfassen lassen sich diese Unterschiede, wenn man zum Beispiel die staatssozialistische Sozialpolitik in der DDR in den 1960er Jahren mit der zeitgleichen

1 Während gerade Professionalisierung als Anforderung einer interaktiven und koproduktiven Gestaltung der jeweiligen situativen Erbringungskonstellationen, die ein bestimmtes räumliches und zeitliches Arrangement (Organisation) mit sich bringt, zentrale Kennzeichen personenbezogener sozialer Dienstleistungen, wie in den sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Feldern, darstellen, war in anderen sozialpolitischen Feldern, insbesondere im Bereich der sozialversicherungsbasierten Leistungen, lange Zeit eher der Verrechtlichungsaspekt zentral gestellt. Das hat sich allerdings mit der zunehmenden Reprogrammierung sozialstaatlicher Leistungen im Sinne der Fürsorgelogik im 21. Jahrhundert zugunsten eines Personenbezugs verschoben, wie die Pädagogisierungsdynamik in der bundesdeutschen Arbeitsmarktpolitik stellvertretend zeigen kann (vgl. Kessl 2023).

in Westdeutschland vergleicht oder das bundesdeutsche Bundessozialhilfegesetz mit dem SGB II seit 2004 (»Hartz-Gesetze«) kontrastiert. Die Praxis der Erbringung personenbezogener sozialer Dienstleistungen korrespondiert mit diesen politisch-ökonomischen Bedingungen und hegemonialen Mustern in mehrfacher Weise: Die sozialpädagogische und sozialarbeiterische Praxis ist zum einen der verfassungs- wie sozialrechtlich formulierten Aufgabenstellung in ihrer jeweiligen historischen Ausprägung verpflichtet; zum anderen eröffnet gerade auch der professionelle Gestaltungsspielraum, der mit der personenbezogenen sozialen Dienstleistung konstitutiv verbunden ist, als Ermessensspielraum für die Leitungs- und Fachkräfte, sowohl die Möglichkeit, sozialrechtliche Vorgaben im Sinne der Nutzer*innen zu interpretieren und umzusetzen, als auch vorherrschende Ausschließungslogiken und einflussreiche Stereotypen zu stabilisieren.

Die Tendenz zur Armuts(re)produktion scheint sich dabei gerade in der sekundären Integrationsfunktion sozialpädagogischer und sozialarbeiterischer Angebote zu zeigen (vgl. Bommes/Scherr 2012: 180f.): Als familienunterstützende und -ersetzende Maßnahme reproduziert Jugendhilfe ebenso Armut mit (vgl. historisch: Trede/Winkler 1997; Wiezorek/Pardo-Puhlmann 2013), wie sie das im Kontext von Schule bzw. im Übergangssystem (vgl. Siebholz 2023) oder im Bereich der frühen Kindheit (vgl. Simon et al. 2019; vgl. den Beitrag von Kerle/Prigge/Simon in diesem Band) tut. Doch nicht nur in ihrem Bezug auf relevante Sozialisationsinstanzen, wie Familie und Schule, deren ausschließende und selektive soziale Funktionen vielfach belegt sind, und die von sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Angeboten und Leistungen nicht einfach außer Kraft gesetzt werden können, befördern personenbezogene soziale Dienstleistung eine armutsreproduzierende Logik mit. Auch in anderen Bereichen, wie der Aufsuchenden Sozialen Arbeit (vgl. Diebäcker 2019) oder im Feld der neuen Armutshilfen (vgl. Schoneville 2023; vgl. den Beitrag von Dambach/Schoneville in diesem Band) resp. der Mitleidsökonomie (vgl. Kessl/Schoneville 2024), findet sich eine solche Dynamik. Insofern schützt die verfassungs- und sozialrechtliche Aufgabenzuschreibung die sozialpädagogische und sozialarbeiterische Erbringungspraxis nicht aus sich heraus vor einer Reproduktionsdynamik von Armut.

Das hat auch damit zu tun, dass Armut immer wieder in der Gefahr ist, trotz der sozialrechtlichen Verpflichtung zur »Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit« (§ 1, Abs. 1, SGB I), »als Restproblem« (Hanesch 1995: 8) aus dem Blick der konstitutiv mittelschichtorientierten Sozialpolitik (vgl. Kaufmann 1975/2019: 167) insgesamt zu geraten. Zwar ist gegenüber den Diagnosen von

Ende des 20. Jahrhunderts inzwischen zu konstatieren, dass es »mit der Tabuisierung« von Armut im 21. Jahrhundert »vorbei« ist (Bareis/Wagner 2011: 11). Armut hat es nicht nur zum Thema des Europäischen Jahres 2010 geschafft, sondern seit der ersten rot-grün geführten Bundesregierung auch in die regierungsamtliche Berichterstattung (vgl. den Beitrag von Schäfer in diesem Band). Zugleich hat weder die regelmäßige Berichterstattung auf Regierungsebene noch die selbstverständliche Rede von der sozialen Ungleichheit, wie sie zum Beispiel mit den internationalen Schulleistungsstudien der OECD (PISA) seit 2000 in die schulbezogene Bildungsforschung Einzug genommen hat, eine nachhaltige institutionalisierte Armutsbekämpfung befördern können, die sich zum Beispiel in sinkenden Armutsquoten ausdrücken würde (vgl. den Beitrag von Hübenthal in diesem Band). Ganz im Gegenteil. Die vergangenen Jahrzehnte sind von einer deutlich steigenden Armutsquote bzw. von deren Stabilisierung auf hohem Niveau geprägt. Diese materielle Dimension geht mit einer veränderten politisch-kulturellen Kontextualisierung von Armut Hand in Hand. So ist die von Walter Hanesch bereits 1995 (vgl. ebd.: 10) befürchtete Normalisierung von Armut inzwischen Alltag geworden zu sein (vgl. Eberle/Kessl i.E.). Dafür spricht zum Beispiel die Selbstverständlichkeit von neuen Formen der Armenhilfe im städtischen Alltag (vgl. Kessl/Schoneville 2024; für den europäischen Kontext: Lambie-Mumford/Silvasti 2020).

Die Erbringung sozialpädagogischer und sozialarbeiterischer Leistungen wie deren Inanspruchnahme ist also durchaus von einer widersprüchlichen Gleichzeitigkeit von Armutsbekämpfung und Armuts(re)produktion geprägt. Dieser *Dialektik* entkommen Soziale Arbeit und Sozialpädagogik daher ebenso wenig wie anderen Widersprüchen. Sie könnte sogar als ein spezifischer Ausdruck des grundlegenden Widerspruchs von »Hilfe und Herrschaft« (Widersprüche 1981) gelesen werden. Der Versuch, sich konstitutiven Widersprüchen durch eine ethische Selbstverpflichtung als Profession zu entziehen, wie er zum Beispiel mit dem Konzept des so genannten »Trippelmandat[s]« (Staub-Bernasconi 2007) unternommen wird, eröffnet hier nur scheinbar einen Ausweg. Denn die individuelle wie gemeinschaftliche Haltung einer Berufsgruppe, die mit einem solchen »ethischen Mandat« erzeugt werden soll, kann selbstverständlich eine gesellschaftliche Logik nicht einfach außer Kraft setzen, wie hier mit der Idee einer Synthetisierung grundlegender Widersprüche in einer ethischen Haltung nahegelegt wird.

Wenn also sozialpädagogische und sozialarbeiterische Organisationen und die dort tätigen Fachkräfte der Tatsache ausgesetzt sind, dass sie mit ihren Angeboten und Leistungen nicht nur der Aufgabe verpflichtet sind,

Armut zu bekämpfen und eine Bewältigung von Armutslagen zu ermöglichen und zu unterstützen – sei es nun durch präventive Bildungsangebote oder erzieherische Interventionsmaßnahmen, familiale Alltagsbegleitung oder Beratung –, sondern immer wieder im Rahmen ihrer Angebote und Leistungen auch Armut (re)produzieren, dann stellt sich die Frage, wie mit dieser Einsicht umgegangen werden kann?

Der hier vertretene Vorschlag zielt darauf ab, die zugrunde liegende Logik der Institutionalisierung sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Praxis zum Ausgangspunkt für eine kritisch-reflexive Umgangsweise zu machen – also einer Umgangsweise, die sich der grundlegenden Dialektik von Armut(re)produktion und Armutsbekämpfung bewusst ist, und damit kritisch – und das heißt immer auch: gesellschaftspolitisch – umzugehen sucht. Um sich einer solchen *Perspektive* anzunähern, also den historisch-spezifischen Möglichkeitsraum des Denkens und Handelns zu erweitern, hilft der Blick auf das etablierte Konzept der institutionellen Diskriminierung. Denn dieses bietet eine Reihe von hilfreichen Korrespondenzen zum Moment der institutionellen Armut(re)produktion an.

Zur Korrespondenz und Differenz von institutioneller Diskriminierung und institutioneller Armut(re)produktion

Für das Konzept des institutionellen Rassismus ist die Einsicht in die institutionelle Normalität von Rassismus entscheidend. Ja, mehr noch: Rassismus ist damit als Teil der »normale[n] Operationen« von Institutionen erkennbar (Gomolla 2023: 175). Die entscheidende Neuerung, die mit dieser Erweiterung bisheriger Deutungsperspektiven erreicht werden konnte, war also die folgende: Diskriminierung war nicht mehr als Intention von individuellem, sondern als Moment des organisationalen Handelns in institutionalisierten Kontexten zu verstehen. Der einzelne ›Amtsträger‹, die einzelne Behördenvertreterin, die einzelne Lehrerin oder der einzelne Sozialpädagoge und Sozialarbeiter sind nicht aus der Verantwortung entlassen, ihr Denken und Tun auf rassistische Anteile hin zu reflektieren, aber zugleich ist im Sinne des institutionellen Rassismus zu verstehen, dass entsprechende Zuschreibungen oder Benachteiligungen als struktureller Zusammenhang zu begreifen sind: Die Entscheidung, einem Kind aus einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte bei gleicher Leistung im Unterschied zu einem Kind aus einer anderen Familie keine Empfehlung an ein Gymnasium auszusprechen, erweist sich nicht mehr primär als subjektive Intention einer Lehrerin, sondern zuerst

als Ausdruck der verstetigten und fixierten gesellschaftlichen Verhaltens- und Deutungsmustern, die manifeste rassistische Anteile umfassen. Inwiefern entsprechende Stereotypen auch das Denken sozialpädagogischer und sozialarbeiterischer Akteur*innen prägen, zeigen Studien, wie diejenige von Kathrin Schulze (2023) zu Antiziganismus in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Für das Phänomen Armut hat insbesondere die Kulturalisierung der Armut historisch immer wieder zur Personalisierung und Individualisierung von Armutslagen geführt. Dies war zuletzt an der Debatte um eine angebliche »neue Unterschicht« (Kessl/Reutlinger/Ziegler 2007) für sozialpädagogische/sozialarbeiterische Kontexte zu beobachten.

Während mit der Kategorie des institutionellen Rassismus Formen der herkunftsbezogenen Benachteiligung und Adressierung im engeren Sinne benannt wurden, haben Sozialwissenschaftler*innen daran anschließend die verallgemeinerte Kategorie der *institutionellen Diskriminierung* in die Diskussionen eingebbracht. Mit dieser wird ebenfalls die überindividuelle (Re)Produktion von Benachteiligung – nun aber in Bezug auf Diskriminierung allgemein – in den Blick genommen, d.h. auf »überindividuelle Sachverhalte wie Normen, Regeln und Routinen sowie auf kollektiv verfügbare Begründungen« als Rechtfertigungsquelle und Legitimationshorizont verwiesen (Hasse/Schmidt 2012: 883). Entscheidend ist auch hier der Sachverhalt der Institutionalisierung: Die Benachteiligungen werden insbesondere über Organisationen und die in Organisationen arbeitenden Akteur*innen im Alltag konkret. Zugleich rückt im Laufe der Zeit die Relevanz von weiteren institutionellen Benachteiligungsaspekten in den Fokus, die noch deutlicher auf die Struktur- und nicht die alltägliche Handlungsebene verweisen: Dafür stehen z.B. bildungspolitische und politisch-administrative Vereinbarungen, wie »curriculare Vorgaben (man denke etwa an die Möglichkeit, Türkisch als erste oder wenigstens als zweite Fremdsprache anzubieten)« (ebd.: 891). Die Hierarchisierungen bestimmter Lerninhalte, und hier gerade von Sprachen als zugelassene und gewünschte Lehrinhalte, aber auch die Ausblendung anderer Lerninhalte, z.B. bestimmter Anteile der Kolonialgeschichte oder der Geschichte der beiden deutschen Staaten, sind ein weiterer Ausdruck institutioneller Diskriminierung.

In Korrespondenz zu der Kategorie des institutionellen Rassismus bzw. der institutionellen Diskriminierung lässt sich, so die hier vertretene These, auch von einer *institutionellen Armuts(re)produktion* sprechen. Denn in institutionalisierten Kontexten werden nicht nur Benachteiligungen oder Ungleichbehandlungen manifest, sondern auch Armut kontinuierlich repro-

duziert. Das zeigt sich im pädagogischen Kontext u.a. darin, dass Schulen als pädagogische Orte, an denen alle Kinder und Jugendlichen anwesend sein müssen (Schulpflicht) oder zumindest der schulische Unterricht im Alltag von Kindern und Jugendlichen wie ihrer Familien verpflichtend ist (Unterrichtspflicht), bestehende Klassenlagen und soziale Ungleichheitsstrukturen sowohl kulturell als auch ökonomisch bestätigen und erneuern (vgl. Willis 1977; Kramer/Helsper 2010; Lareau 2011; für sozialpädagogische Zusammenhänge vgl. u.a. Andresen/Richter/Otto 2011)

Benachteiligungslogiken, und eine damit verbundene Praxis in sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Zusammenhängen, sind nun allerdings nicht nur *innerhalb* dieser Zusammenhänge zu verorten, wie dies die Figur der institutionellen Diskriminierung nahelegt (Jugendliche erfahren zum Beispiel aufgrund ihrer Herkunft in einer sozialpädagogischen Wohngruppe Benachteiligungen), sondern vollziehen sich immer auch *in Bezug auf andere* gesellschaftliche Sozialisationsinstanzen und sonstige Institutionen (das Leben in einer sozial- oder heilpädagogischen Wohngruppe verstellt Kindern und Jugendlichen faktisch immer wieder die Einmündung in ein bürgerliches Leben, obwohl das das sozialrechtlich definierte Ziel darstellt). Mit der Figur der institutionellen Armuts(re)produktion soll dieser doppelte Bezug auf immanente Benachteiligungslogiken und externe Blockaden von Teilhabe und Teilnahme auch begrifflich aufgenommen werden. Deshalb wird mit dieser über den Begriff der institutionellen Diskriminierung hinausgegangen: Institutionelle Armuts(re)produktion fasst mehr als Diskriminierung innerhalb institutionalisierter Arrangements, da sie für einen Prozess und eine Dynamik steht, die klassentheoretisch auch als »soziale Ausschließung« gefasst wird (Cremer-Schäfer/Steinert 2000). Soziale Ausschließung meint eine strukturelle Logik von Institutionen, Menschen von Infrastrukturzugängen fernzuhalten oder ihnen diese besonders zu erschweren, Menschen in institutionalisierten Settings sozial zu separieren oder aber *auch* – analog zur institutionellen Diskriminierung – aufgrund bestimmter Zuschreibungen als unwürdig oder gefährlich zu bestimmen (vgl. ebd.). Systematisch lässt sich sagen: Während institutionelle Diskriminierungsdiagnosen sich einer gesellschaftstheoretischen Verortung weitgehend enthalten, verankern sich Positionen, die für eine Perspektive der sozialen Ausschließung argumentieren, explizit gesellschaftstheoretisch – und zwar in einer materialistischen Gesellschaftstheorie, wie sie vor allem als »Kritische Theorie« (Horkheimer 1937/1970) grundiert ist. Korrespondierend dazu will das hier vorgeschlagene Konzept der institutionellen Armuts(re)produktion darauf hinweisen, dass

sozialpädagogische und sozialarbeiterischen Angebote – trotz ihres gesetzlichen Auftrags der Armutsbekämpfung und vielfacher Bekenntnisse zur Gewährleistung von sozialer Teilhabesicherung und der Ermöglichung politischer Beteiligung – nicht nur angesichts ihres Personenbezugs strukturell überfordert sind, tatsächlich Armut zu vermeiden oder zu verhindern, sondern auch Armutslagen durch ihre Angebote perpetuieren, verstetigen oder sogar stabilisieren können – auch, wenn sie dies ethisch oder fachpolitisch ablehnen.

Während der Blick auf die institutionelle Diskriminierungspraxis eher die diskursive Dimension in den Fokus rückt, erweitert der Blick auf institutionelle Armuts(re)produktionsprozesse die Perspektive auf die Relation von materieller und politisch-kultureller Dimension – und zwar insofern, als sie die gesellschaftlichen Verhältnisse, die durch institutionalisierte Zusammenhänge, wie Agenturen und Akteur*innen einer sozialpolitisch verfassten Armutsbekämpfung, expliziter in den Blick rückt: Das Zusammenspiel von politisch-ökonomischen und politisch-kulturellen Kontexten findet seinen Ausdruck in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Damit ist mit der Figur der institutionellen Armuts(re)produktion auch die intersektionale Einsicht deutlicher aufzunehmen, dass in Bezug auf Armut sowohl herkunftsbezogene Diskriminierungslogiken und eine entsprechende Praxis wie die Logik und Praxis klassenförmiger Ausschließung zu reflektieren sind.

Perspektivierung: Agieren im Angesicht der Dialektik von Armutsbekämpfung und Armuts(re)produktion

Als Teil der institutionalisierten Erziehungs- und Bildungsangebote sind Soziale Arbeit und Sozialpädagogik unweigerlich mit der Dialektik von Armuts(re)produktion und Armutsbekämpfung konfrontiert. Schließlich setzen sie mit ihrer ›Arbeit am Sozialen‹ an den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen an, die der Grund für die Ausschließungsprozesse sind und denen sich die (potenziellen) Nutzerinnen und Adressaten sozialpädagogischer und sozialarbeiterischer Angebote ausgesetzt sehen. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse sind ja zumeist der Grund für die Lebenslage und die alltäglichen Bedingungen – zum Beispiel ein Leben in Armut –, die den Anlass für eine potenzielle Nutzung der Angebote darstellen. Daraus ergibt sich die benannte Dialektik und das damit verbundene Dilemma für das fachliche Denken und Tun: Angesichts der Konsequenzen, wie den sozialen

Ausschließungsprozessen, die die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit sich bringen, sind solche Repräsentant*innen der »linken Hand« des Staates (Bourdieu 1992/1998) durchaus an einer Veränderung dieser Verhältnisse interessiert – und treten daher auch immer wieder in Opposition zur »rechten Hand« (ebd.: S. 13) des Staates, »den Absolventen der Kaderschulen im Finanzministerium, in den öffentlichen oder privaten Banken und den ministeriellen Kabinetten« auf (ebd.: 13). Zugleich stellen auch sozialpädagogische und sozialarbeiterische, aber auch die Sozialversicherungsträger als Teil der linken Hand des Staates institutionalisierte Agenturen und Akteur*innen dar – und das bindet sie an ihren gesellschaftlichen Auftrag, der nicht unabhängig ist von den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen formuliert wird. Das wussten beispielsweise schon die Mitglieder der ›London Edinburgh Weekend Return Group‹ Ende der 1970er Jahre. Als öffentliche Beschäftigte hatten sie ihre *Discussion Notes for Socialists* unter dem Titel »in and against the state« veröffentlicht, und sich dabei gefragt, ob sie als staatliche Angestellte eine radikale Reform öffentlicher Angebote mit befördern oder immer nur die bestehenden Herrschaftsstrukturen reproduzieren können. Auf dieser generellen Ebene ist die Antwort immer schon klar: Soziale Arbeit, Sozialpädagogik, Sozialversicherungsträger und andere Vertreter der linken Hand des Staates können eine radikale Reform mit anregen und mit tragen, aber nicht aus sich heraus umsetzen. Sie müssen aber auch nicht zur Anpassung der »Leute« (Bareis 2012: 291) an die bestehenden Verhältnisse beitragen. Die alltägliche Arbeit mit der Dialektik und die damit verbundenen Dilemmakonstellationen erfordern ein kritisch-reflexives Denken. Für ein solches sind Begriffe und Kategorien, wie diejenigen des institutionellen Rassismus, der institutionellen Diskriminierung und der institutionellen Armuts(re)produktion sehr hilfreich, denn sie klären über die Logik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse – in Bezug auf ihre Benachteiligungs- und Ausschließungslogik und -praxis – auf. Weiß man um diese, ist der erste Schritte gemacht, um aus dieser erfolgten Aufklärung heraus, Schritte zu einer anderen, einer kritisch-reflexiven Praxis zu machen – also um nicht weniger, als eine Praxis der ›sozialpädagogischen Grenzbearbeitung‹ (vgl. Maurer 2012) zu ringen.

Literatur

- Andresen, Sabine/Richter, Martina/Otto, Hans-Uwe (2011): »Familien als Akteure der Ganztagsschule. Zusammenhänge und Passungsverhältnisse«, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 14, 3, S. 205–219.
- Bareis, Ellen (2012): »Nutzbarmachung und ihre Grenzen – (Nicht-)Nutzungsforschung im Kontext von sozialer Ausschließung und der Arbeit an der Partizipation«, in: Elke Schimpf/Johannes Stehr (Hg.), Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 291–314.
- Bareis, Ellen/Wagner, Thomas (2011): »Politik mit der Armut. Eine Kritik des Europäischen Jahres 2010«, in: Widersprüche 31, 119/120, S. 11–32.
- Bommes, Michael/Scherr, Albert (2012): Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, 2. Aufl., Weinheim: Beltz Juventa.
- Bourdieu, Pierre (1995): Sozialer Raum und ›Klassen‹. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998): »Die rechte und die linke Hand des Staates«, in: ders.: Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neo-liberale Invasion, Konstanz: UVK, S. 12–21.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs, Stuttgart: Klett.
- Bremer, Helmut/Kessl, Fabian (2021): »Zur (De-)Institutionalisierung des Pädagogischen: Sondierungen zu einer Forschungsperspektive«, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 41, 1, S. 3–9.
- Casale, Rita/Kessl, Fabian/Pfaff, Nicolle/Richter, Martina/Tervooren, Anja (2024/i.E.): (De)Institutionalisierung von Bildung und Erziehung, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Cremer-Schäfer, Helga/Steinert, Heinz (2000): »Soziale Ausschließung und Ausschließungs-Theorien: Schwierige Verhältnisse«, in: Helge Peters (Hg.): Soziale Kontrolle. Zum Problem der Normkonformität in der Gesellschaft, Opladen: Leske und Budrich, S. 43–64.
- Diebäcker, Marc (2019): »Aufsuchende Soziale Arbeit«, in: Fabian Kessl/Christian Reutlinger (Hg.), Handbuch Sozialraum: Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 539–556.
- Eberle, Hannah/Kessl, Fabian (i.E.): »Zur Normalisierung der Mitleidsökonomie: Armut und spendenbasierte Armenhilfe als sozialstaatliche Normalität«, in: Widersprüche 44, 173.

- Gomolla, Mechthild (2023): »Direkte und indirekte, institutionelle und strukturelle Diskriminierung«, in: Albert Scherr, Anna Cornelia Reinhardt/ Aladin El-Mafaalani (Hg.), *Handbuch Diskriminierung*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 171–194.
- Gomolla, Mechthild/Radtke, Frank-Olaf (2002): *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, Opladen: Leske + Budrich.
- Hanesch, Walter (1995): »Einleitung: Sozialpolitik und das Armutspolitik«, in: ders. (Hg.), *Sozialpolitische Strategien gegen Armut*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7–26.
- Hasse, Raimund/Schmidt, Lucia (2012): »Institutionelle Diskriminierung«, in: Ullrich Bauer, Uwe Bittlingmayer/Albert Scherr (Hg.), *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Bildung und Gesellschaft*, Wiesbaden: VS, S. 883–899.
- Henn, Sarah/Kessl, Fabian (2022): »Nicht-Passung als Normalfall. Überlegungen zu einer Empirie der Passungsverhältnisse«, in: *neue praxis* 52, 6, S. 515–530.
- Horkheimer, Max (1937/1970): »Traditionelle und kritische Theorie«, in: ders.: *Traditionelle und kritische Theorie, Vier Aufsätze*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 12–56.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1975/2019): »Familiäre Konflikte und gesellschaftliche Spannungsfelder«, in: ders. (2019): *Bevölkerung – Familie – Sozialstaat. Kontexte und sozialwissenschaftliche Grundlagen von Familienpolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 147–169.
- Kessl, Fabian (2023): »Der aktivierende Sozialstaat: Zur Wirkmächtigkeit eines dethematisierten Programms«, in: Roland Atzmüller/Fabienne Décieux/ Benjamin Ferschli (Hg.), *Ambivalenzen in der Transformation von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat: Soziale Arbeit, Care, Rechtspopulismus und Migration*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 54–69.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger (Hg.): *Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die ›neue Unterschicht‹*, Wiesbaden: VS.
- Kessl, Fabian/Schoneville, Holger (2024): *Mitleidsökonomie*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Kramer, Rolf-Torsten/Helsper, Werner (2010): »Kulturelle Passung und Bildungsungleichheit – Potenziale einer an Bourdieu orientierten Analyse der Bildungsungleichheit«, in: Heinz-Hermann Krüger/Ursula Rabe-Kleberg/Rolf-Torsten Kramer/Jürgen Budde (Hg.), *Bildungsungleichheit re-*

- visited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule, Wiesbaden: VS, S. 103–125.
- Lambie-Mumford, Hannah/Silvasti, Tiina (2020): The rise of food charity across Europe, Bristol: Policy Press.
- Lareau, Annette (2011): Unequal Childhoods Class, Race, and Family Life, With an Update a Decade Later, 2. Aufl., Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Lepsius, M. Rainer (1995): »Institutionenanalyse und Institutionenpolitik«, in: Birgitta Nedelmann (Hg.), Politische Institutionen im Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Soziopsychologie, Sonderheft 35, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 392–403.
- Maurer, Susanne (2012): »Doppelstruktur der Kritik« – Feministisch inspirierte Perspektiven und Reflexionen zum Projekt einer ›Kritischen Sozialen Arbeit‹, in: Roland Anhorn et al. (Hg.), Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 299–323.
- Pieper, Marianne (2003): »Regierung der Armen oder Regierung von Armut als Selbstsorge«, in: dies./Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.), Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 136–160.
- Rinn, Moritz (2009): »Die Wiederentdeckung der gefährlichen Klassen. Strategische Politiken der ›Arbeitslosigkeit‹, Armut und Kriminalisierung«, in: Dirk Lange/Mike Retz (Hg.): Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung im ›Aufschwung‹. Tagungsband des 2. wissenschaftlich-politischen Symposiums der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg: BIS-Verlag, S. 79–98.
- Schoneville, Holger (2023): Armut, Ausgrenzung und die Neugestaltung des Sozialen. Die Lebensmittelausgaben der ›Tafeln‹ in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS.
- Schulze, Kathrin (2023): Antiziganismus in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Ethnographische Erkundungen des ›Eigenen‹ im ›Anderen‹, Bielefeld: transcript.
- Siebholz, Susanne (2023): Kinder in Heimen am Übergang von der Grund- in die Sekundarschule: Eine qualitative Längsschnittanalyse, Wiesbaden: Springer VS.
- Simmel, Georg (1992): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Simon, Stephanie et al. (2019): »Deutungen von Armut. Pädagogische Thematisierungen von und Umgangsweisen mit sozialer Ungleichheit in Kindertageseinrichtungen«, in: neue praxis 49, 5, S. 395–415.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): »Vom beruflichen Doppel – zum professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit«, in: SiO – Sozialarbeit in Österreich., 2, 7, S.8–17.
- Trede, Wolfgang/Winkler, Michael (1997): »Stationäre Erziehungshilfen: Heim, Wohnguppe, Pflegefamilie«, in: Heinz-Hermann Krüger/Thomas Rauschenbach (Hg.): Einführung in die Arbeitsfelder der Erziehungswissenschaft (=Einführungskurs Erziehungswissenschaft, 4) Wiesbaden: VS, S. 319–343.
- Widersprüche (1981): Hilfe und Herrschaft, 1, Heft 1.
- Wrana, Daniel/Langer, Antje (2007): An den Rändern der Diskurse. Jenseits der Unterscheidung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken. Forum Qualitative Sozialforschung 8, 2, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702206> vom 31.05.2007.
- Willis, Paul E. (1977): Learning to labor. How working class kids get working class jobs, New York: Columbia University Press.

›Das Kind< positioniert in diskursiven Familien- und Elternarmutskonstruktionen

Ambivalenzen im Sprechen
über die Handlungs(un)fähigkeit armutserfahrener Kinder
in Kindertageseinrichtungen

Anja Kerle, Jessica Prigge und Stephanie Simon

Einleitung

Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FB-BE) sind Teil der Kinder- und Jugendhilfe und werden zugleich als Teil des Bildungssystems adressiert. Die pädagogische Praxis etwa in Kindertageseinrichtungen, Familienzentren oder im Ganztagesbereich ist in Bezug auf Kinderarmut derweil gefordert, widersprüchliche Aufträge zu bearbeiten, die unter anderem zwischen Kompensation von Bildungsbenachteiligungen und Anerkennung von unterschiedlichen Lebenslagen changieren (vgl. Faas 2022). Dabei zielen Einrichtungen der FB-BE normativ auf Armutsbekämpfung ab, reproduzieren aber gleichzeitig, etwa durch institutionelle Diskurse (vgl. Wiezorek/Pardo-Puhlmann 2013), soziale Praktiken (vgl. Beyer 2013) und organisationale Arrangements (vgl. Prigge et al. 2023) Differenzen entlang der Ungleichheitskategorien Armut und Klasse. Einrichtungen der FB-BE können daher auch als Schauplatz des dialektischen Verhältnisses von Armuts(re-)produktion und Armutsbekämpfung gesehen werden (vgl. den Beitrag von Kessl in diesem Band).

Im vorliegenden Text wird der Frage nachgegangen, wie Kinder im Sprechen pädagogischer Fachkräfte der FB-BE über Familien- und Elternarmut positioniert werden und welche Ambivalenzen sich entlang der (zugeschriebenen) kindlichen Handlungs(un)fähigkeiten entfalten. Unter dem Fokus auf diskursive Entwürfe als Figurationen von Kindern im Diskurs um Fa-

milien- und Kinderarmut skizzieren wir zentrale Erkenntnislinien zweier Forschungsprojekte. Wir gehen dabei auf die Konstruktion von Kinderarmut als Folge unzureichenden Sorge- und Erziehungshandelns der Eltern ein und zeichnen die Positionierung von Kindern in dieser Konstruktion anhand eines Materialauszuges nach. Über diesen illustrieren wir Produktionsweisen von und Rückgriffe auf klassistische Deutungsfiguren. So sensibilisiert für spezifische, sich aktualisierende und festschreibende Bilder von Armut, diskutieren wir abschließend Ambivalenzen im Sprechen über die angenommene Handlungs(un)fähigkeit von armutserfahrenen Kindern.

Thematisierung von Kinderarmut und Positionierungen von Kindern

Armutslagen von Familien werden in sozialpolitischen und pädagogischen Diskursen häufig mit defizitären, sowie kulturalisierenden, responsibilisierenden, individualisierenden und klassistischen Deutungen verbunden (vgl. Hübenthal 2018; Betz/Bischoff 2018; die Beiträge von Hübenthal und Klein/Ritter in diesem Band). Im Diskurs um frühe Bildung werden über die Forderung von Startchancengleichheit für alle Kinder bestimmte Gruppen entlang von Strukturmärkten identifiziert und als benachteiligt in Bezug auf ihren Bildungserfolg eingeschätzt. Insbesondere über die diffuse Kategorie der ›sozialen Herkunft‹ werden und wurden in der Vergangenheit kompensatorische Aufträge formuliert und Eltern und Kinder entlang von als universell gedachten Bildungsstandards positioniert (vgl. u.a. Betz 2008; Rabe-Kleberg 2011). Einhergehend mit Armut wird, so die Gemeinsamkeit der hier zusammengeführten Forschungsbefunde (vgl. Simon/Kerle/Prigge 2022; Simon et al. 2019; Simon 2023; Kerle 2023), in Einrichtungen der FBBE über Fachkräfte eine als von der Norm abweichend gerahmte Lebensweise der Familien konstruiert, die nur marginal mit dem faktischen Mangel an finanziellen Ressourcen und damit einhergehenden eingeschränkten Teilhabechancen verbunden wird. Dementsprechend wird Kinderarmut weniger als existenzielle Notlage von Familien, als gesamtgesellschaftliches Problem eines kapitalistisch organisierten Sozialstaats oder als Folge sozialer Ungleichheiten gedeutet, sondern stärker als Ausdruck des als defizitären und als unverantwortlich evaluierten Erziehungs- und Sorgehandeln der Eltern verstanden (vgl. den Beitrag von Klein/Ritter in diesem Band). Verschiedene Begriffs(neu)schöpfungen aus unserem Material verweisen auf das, was Pädagog*innen wahrnehmen: »kognitive Armut«; »seelische Armut«; »Bildungsarmut« oder »Interessenar-

mut« (Simon et al. 2019). Armut wird dadurch zu einer unklar konturierten, biegsamen und vagen Eigenschaft der Kinder, unter der die Professionellen zahlreiche problembehaftete Alltagsbeobachtungen, auch verknüpft mit weiteren Differenzkategorien wie z.B. Migrations-/Fluchtbiographien, subsumieren (vgl. Thon/Mai 2018; Trân 2018). Dieses individualisierte Sprechen der pädagogischen Fachkräfte über die Situation der Familien greift auch auf *Common Sense*-Deutungen eines öffentlich-medialen Diskurses über Armut zurück und lässt die Frage nach dem Einbezug oder Stellenwert fachlicher Wissensbestände über Armut offen. Eine kindzentrierte Perspektive auf Diskurse um Familienarmut (vgl. Neuberger/Hübenthal 2020) kritisiert hierbei, dass Kinderarmut häufig in adultistischer Perspektive¹ als Begleiterscheinung von Familienarmut gedacht wird und Kinder als Opfer familiärer Verhältnisse passiv positioniert und viktimisiert werden (vgl. Mierendorff 2008). Kinderarmut kann demgegenüber in der Anerkennung ihrer Komplexität als eigenständiges Phänomen und Bedingung für das Leben und Erleben von Kindern betrachtet werden (vgl. Andresen 2015).

Auch in den Rekonstruktionen unseres empirischen Materials lässt sich nachzeichnen, wie Kinder in den Armutssdeutungen der Fachkräfte als passive und veranderte* Objekte oder ausschließlich als Adressat*innen von Sorgehandeln positioniert werden: Als ›armutsspezifisch‹ angenommene Verhaltensweisen und Merkmale des Kindes werden hervorgehoben, z.B. in Bezug auf Aspekte der Bindung oder Sprache. Differenzen werden weniger entlang der materiellen Situierung der Familien gemacht, wie es etwa im Rahmen eines Armutverständnisses als Geldarmut (vgl. den Beitrag von Hübenthal in diesem Band) der Fall ist, sondern entlang kindlicher Vulnerabilität, der angenommenen Mangelerfahrungen etwa durch Vernachlässigung und/oder entlang eines normabweichenden Verhaltens der Kinder (vgl. Kerle 2023; Simon 2023). Mögliche Indizien existenzieller Notlagen der Kinder werden von den Fachkräften als Ausdruck der Vernachlässigung durch Eltern gelesen, weniger als Folge ihrer gesellschaftlich-materiellen Positionierung (vgl. Simon et al. 2019; Simon/Kerle/Prigge 2022).

Wir illustrieren eine der skizzierten diskursiven Figurationen im Sprechen über Armut anhand des nachfolgenden Auszuges aus einer Gruppendiskussion.

1 Adultismus verstehen wir als Ausdruck der generationalen Ordnung und als Form der *strukturellen Diskriminierung* gegenüber Kindern (vgl. Liebel/Meade 2023).

on eines Kita-Teams.² In dieser Passage geht es um die Frage, wie relevant die Pädagog*innen die Armutsthematik für sich wahrnehmen:

Fachkraft 1: »... klar haben wir Kinder im Hort, die auf Vorrat essen. Bei uns isst ein Junge Mengen und als ich dann gefragt hab: ›Ja, was ist denn?‹ Es war halb zwei, ›das ist das erste was ich heute überhaupt esse‹, habe ich gefragt: ›Ja, hast du zu Hause nicht gefrühstückt?‹, ›nein‹. Klar, habe ich dann gefragt: ›Und warum?‹ Es war Montag, dann hat er gesagt: ›Und wenn es zu Hause nichts gibt?‹ Dann hab ich gesagt: ›Wie nichts? Und auch kein Brot, keine Margarine, keine Butter?‹ Nichts, gar nichts. Okay, in der Familie gibt's drei Kinder, zwei Erwachsene, keine Arbeit da. Joa, und ich glaube, das ist die Frage der Einteilung, wie sie das Geld einteilen. Die kriegen Geld, die kriegen genug Geld, um sich Brot zu kaufen und Butter und dem Kind etwas mitzugeben. Das ist die Frage, wie sie's da machen. Aber ein Smartphone hat Mama und Papa, ja.«

Fachkraft 2: »... und die Kinder«

Fachkraft 1: »... und die auch, genau. Und die Kinder haben auch schon Handys und da frag ich mich, ja wenn ich das jetzt mit einer Familie vergleiche, wo es auch drei Kinder gibt, Papa und Mama arbeiten. Mama vielleicht nicht so viel, weil sie auch noch die Kinder irgendwie in der Familie versorgen muss und sich da verantwortlich fühlt. Ja ich glaube, die verdienen viel weniger als jetzt die Familie, die Sozialhilfe bekommt.« (Gruppendiskussion 1100, Z. 296–318, Transkript geglättet)

In der Passage wird anhand eines detailliert beschriebenen Dialogs zwischen der pädagogischen Fachkraft und einem anonymen (als Jungen vergeschlechtlicht bezeichneten) Kind als Teil einer fünfköpfigen Familie zunächst dessen prekäre Situation illustriert. Ausgang für die Unterhaltung ist die Beobachtung, Kinder im Hort würden »auf Vorrat essen«. In dem nacherzählten Dialog wird deutlich, wie »der Junge« von der Fachkraft über sein »Mengen essen« ausgefragt wird. Generiert wird ein Spannungsbogen, welcher in einer Offenlegung durch den »Jungen« darin mündet, dass es an einem Montag Zuhause »nichts, gar nichts« zu Essen gebe. Die Fachkraft drückt nicht nur dem Kind gegenüber, sondern auch im Rahmen der Gruppendiskussion ihre Fassungslosigkeit aus, markiert jedoch zugleich das Auf-Vorrat-Essen als keine untypi-

2 Die Kita befindet sich in einem Stadtteil, der laut Mikrozensus überproportional viele Haushalte in SGB-II-Bezug und auch insgesamt unterdurchschnittliche Haushaltseinkommen aufweist. Das Team berichtet, beinahe alle Kinder erhalten die Kostenübernahme des Kita-Platzes durch die Stadt.

sche Praktik der Kinder im Hort. Zur Erklärung scheinen zwei Indizien ausreichend: die Größe und Zusammensetzung der Familie sowie die Arbeitssituation der Eltern. Für die Fachperson liegt der responsibilisierende Schluss nahe, das von ihr entfaltete Problem müsse sich um eine Frage der ›Einteilung‹ handeln. Die unausgesprochene Annahme wird im nächsten Satz nachgeschoben: »die kriegen genug Geld«, womit die Frage des fehlenden Frühstücks nicht als eine ökonomische gerahmt wird. Dies wird kontrastiert mit einer Mutter, die Lohn- und Sorgearbeit nachgeht, »weil sie sich verantwortlich fühlt«. Die Einlassung schließt mit der Gegenüberstellung lohnarbeitender Eltern, die auch »viel weniger verdienen« mit denjenigen, die »Sozialhilfe bekommen«. Gesellschaftlich bedingte, ungleiche Lebensbedingungen werden in dieser zirkulären Argumentation ausgeblendet und die Verantwortung für potentielle Armutsfolgen den Eltern, insbesondere im Kontrast von Müttern, zugesprochen. Damit werden moralisierende sowie klassistische Bilder von armutserfahrenen Menschen reproduziert (vgl. Bareis/Cremer-Schäfer 2008).

Das so figurierte, armutserfahrene Kind erscheint über die berichtete Praktik des Auf-Vorrat-Essens zunächst als eigenmächtige*r und aktive*r Akteur*in, welches durch planvolles Vorgehen die Notlage kompensiert. Gleichwohl liegt der Fokus der Einlassung nicht im Zugang zu einer subjektiven Kinderperspektive oder dem Erkunden des kindlichen Eigensinns. Vielmehr fungieren die erzählten Äußerungen des Kindes als Zeug*innenaussagen, als vermeintliche Validierung der Darstellung. Trotz der Beschreibung als ›aktives Kind‹ wird es darauf passivierend als Armutsträger*in positioniert, an dem vermeintlich unzureichendes Sorgehandeln der Eltern sichtbar wird. In diesem Zusammenhang wird das Kind als Opfer der *familialen* (und nicht gesellschaftlichen) Verhältnisse verstanden. Darüber können Potentiale der Beschämung und Loyalitätskonflikte entstehen, die sich aus der familialen Zugehörigkeit von Kind und Eltern ergeben. Die Vulnerabilität des Kindes wird trotz der möglichen Intention, diese hervorzuheben, in der erzählten Interaktion durch dessen Handlungsmächtigkeit überlagert.

Der empirische Auszug verdeutlicht die Verwobenheit der Armutsdeutungen mit der Positionierung von Kindern und Eltern: Eine Mangelernährung kann eine Kinderarmutsfolge sein, welche durch die Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe zu kompensieren ist, die aber auch Kinder selbst im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten angehen. In der Einlassung wird die Markierung der Normabweichung deutlich und eine Beschämung des Kindes angedeutet. Stärker noch werden im Umkehrschluss die Eltern auf Basis ihres Erwerbsarbeitsstatus differenziert: Die Situation

der Eltern des Jungen wird als selbstverschuldet imaginiert, weil aufgrund des Leistungsbezugs eine Armutslage abgewiesen (»die kriegen genug Geld«) und in einem Vergleich mit (ggf. prekarisiert) *arbeitenden* Familien die Bewältigung prekärer, familialer Lebenslagen eine Frage elterlichen Verhaltens wird. Deutlich wird, dass Kinderarmut und Familien- bzw. Elternarmut in Abhängigkeit des zugewiesenen Produktivitätsstatus unterschiedlich konstruiert und pädagogisch bearbeitet werden. Klassistische Spuren weisen die von uns rekonstruierten Deutungen insofern auf, als dass einhergehend mit einer vermeintlich selbstverschuldeten Armut kausal angenommen wird, dass Kinder *automatisch* von den Eltern vernachlässigt werden, was sich empirisch nicht festmachen lässt, wie z.B. die Studien von Chassé et al. (2003) zeigen (siehe auch Hübenthal/Neuberger 2020; Wiezorek/Pardo-Puhlmann 2013; Mierendorff 2008).

Die vorliegenden Befunde verweisen auf die Ungleichheitsrelevanz von sprachlichen Markierungen und der damit zusammenhängenden sozialen Positionierung von Kindern und Eltern (vgl. Thon/Mai 2018). Klassistische Abwertungen von Familien, ungleichheitshervorbringende Praktiken, Routinen und Strukturierungen der Normalisierung und Normierung in Kindertageseinrichtungen (vgl. Kelle/Mierendorff 2013) gilt es, in weiteren Forschungen dezidiert in den Blick zu nehmen.

Diskussion mit Blick auf Ambivalenzen im Sprechen über die Handlungs(un)fähigkeit armutserfahrener Kinder

Anschließend an die exemplarischen Interpretationen des empirischen Beispiels kontextualisieren wir dies theoretisch: Neuberger und Hübenthal (2020) sprechen in der Auseinandersetzung von Kinder- und Familienarmut zusammenfassend von einer »Dichotomie zwischen familien- und kindheitsfokussierter Perspektive auf Kinderarmut«, im Zuge derer Kinderarmut entweder als Folge der Armut Erwachsener oder die Lebenssituation armer Kinder und das Erleben dieser fokussiert wird (ebd. 2020: 48). Die Autoren rekurrieren auf Thomas Olk, der ersten Zugang als adultistisch bezeichnet, da Kinder lediglich als Angehörige von Haushalten betrachtet werden oder gar als zusätzliches Armutsrисiko für Familien (vgl. Olk 2004: 23, zitiert nach ebd.).

Entlang des empirischen Beispiels haben wir illustriert, wie armutserfahrene Kinder passiv als Adressat*innen von Sorge objektiviert und als Leidtragende des vermeintlich unzureichenden Fürsorgehandelns der Erziehenden

positioniert werden. Gleichzeitig, der Logik der Professionellen folgend, können spezifische Handlungen von Kindern Indizien zum Erkennen von möglichen Armutslagen für die Fachkräfte darstellen. Das empirische Beispiel verweist u.a. auf die Schwierigkeit des *Sprechens über* potentielle Handlungsfähigkeiten von Kindern in Armutslagen. Resümierend lässt sich feststellen, dass es in den von uns beforschten kindheitspädagogischen Organisationen noch überwiegend als Leerstelle gelten kann, Kinder als Akteur*innen in Armutslagen zu erkennen und sie nicht einseitig als passive Opfer eines Aufwachsens in Armut zu modellieren. Der Grad ist schmal: Dem Bild des passiven bzw. viktimisierten, eher jüngeren, Kindes (vgl. Mierendorff 2008) steht im Kinderarmutskurs als Projektionsfläche das Bild des aktiven (bisweilen kriminellen, mindestens aber abweichenden) Kindes oder Jugendlichen gegenüber. Das verstärkt das Deutungsmuster eines Klassendeterminismus (vgl. Pernegger/Schenk 2018), nach dem Kinder nur so handeln, wie es ihre Klassenlage vorgibt.

Armutserfahrene Kinder erleben Armutslagen innerhalb des Familienkontextes auf spezifische Art und Weise, haben einen eigenen Blick auf die Lebenssituation der Familie (z.B. Chassé et al. 2003) und werden auf eigensinnige Weisen handlungsfähig. Diese Aspekte werden unter anderem in der intersektionalen Kindheitsforschung über eine Verknüpfung etwa von Armut und generationale Ordnung (z.B. Bak/Machold 2022) und über Inblicknahmen von Kinderarmut als eigenständigem Phänomen im Familienkontext (vgl. Neuberger/Hübenthal 2020) herausgearbeitet. Insgesamt wird anhand der Ambivalenzen um die Handlungs(un)fähigkeit von Kindern im Sprechen der Fachkräfte in der FBBE wie auch in der Kindheitsforschung deutlich, dass der Diskurs um Kinderarmut teilweise klassistisch präformiert und adultistisch überformt ist, da er von (zumeist nicht armutserfahrenen) Erwachsenen dominiert wird.

Noch marginal scheinen uns Perspektiven im Praxisfeld der FBBE, die über ein Bewusstsein von strukturellen Verhältnissen genau diese zum Ausgangspunkt forschender und pädagogischer Überlegungen machen und gleichzeitig Kinder als Akteur*innen ihrer Lebenswelt(en) und Alltage relevant setzen, wie es seit knapp 40 Jahren von der ›neuen sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung‹ gefordert und umgesetzt wird. Für den wissenschaftlichen Armutskurs ginge es dabei jedoch nicht um die Analyse von ›Armutsbewältigungs(un)fähigkeiten‹, sondern um die Perspektiven der Kinder als Akteur*innen von Gesellschaft. Eingebettet in gesamtgesellschaftliche Strukturierungen können für sie bedeutsam werdende Differenz- und Ungleichheitsverhältnisse untersucht und gesellschaftskritisch reflektiert

werden. Unter Berücksichtigung einer »relationalen Agency« (Eßer 2014) lässt sich daran erinnern, dass und wie Kinder im Rahmen der gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse handlungsmächtig sind und (gemacht) werden, aber auch, wie gesellschaftliche Verhältnisse deren Handlungsfähigkeit einschränken (vgl. Naumann/Storck-Odabasi 2022). Die generationale Ordnung oder das generationale Arrangement gilt als konstitutiv für die Hervorbringung der Lebensphase Kindheit (vgl. Bühler-Niederberger 2019) und damit auch als konstitutiv für pädagogisches Handeln. Adultismus hingegen kann als eine strukturelle Ungleichwertigkeitsvorstellung gefasst werden, die Kinder und Jugendliche benachteiligt, diskriminiert und marginalisiert und sollte damit kein Teil eines pädagogischen Handelns sein, das an Kinderschutz und -rechten ausgerichtet ist.

Das in der Moderne dominante Bild des armutserfahrenen Kindes als vulnerables Subjekt (vgl. Andresen/Koch/König 2015) lässt sich durch diese Perspektiven der ›neuen‹ sozial- und erziehungswissenschaftlichen Kindheitsforschung erweitern: Diese erkennt Kinder zugleich als handlungsmächtige Akteur*innen an und als vulnerabel (vgl. Chassé/Zander/Rasch 2003; Andresen 2015). Mit Blick auf den empirischen Auszug aus der Gruppendiskussion ließe sich im Kern also schließen, dass sich genau dies im Sprechen der Fachkraft zeigt. Problematisch bleibt jedoch, dass der scheinbare Widerspruch diesbezüglich, dessen Aushalten und Reflexion das professionelle Handeln auszeichnen könnte, zugunsten einer Individualisierung und Responsibilisierung der Armutsthematik und einer Gegenüberstellung prekarisierter Gruppen aufgelöst wird.

Literatur

- Andresen, Sabine (2015): »Das vulnerable Kind in Armut. Dimensionen von Vulnerabilität«, in: Sabine Andresen/Claus Koch/Julia König (Hg.), Vulnerable Kinder, Wiesbaden: VS, S. 137–153.
- Andresen, Sabine/Koch, Claus/König, Julia (Hg.) (2015): Vulnerable Kinder, Wiesbaden: VS.
- Baader, Meike S. (2015): »Vulnerable Kinder in der Moderne in erziehungs- und emotionsgeschichtlicher Perspektive«, in: Sabine Andresen/Claus Koch/Julia König (Hg.), Vulnerable Kinder, Wiesbaden: VS, S. 79–101.

- Bak, Raphael/Machold, Claudia (Hg.) (2022): Kindheit und Kindheitsforschung intersektional denken. Theoretische, empirische und praktische Zugänge im Kontext von Bildung und Erziehung, Wiesbaden: Springer VS.
- Bareis, Ellen/Cremer-Schäfer, Helga (2008): »Reproduktionsstrategien in Situationen der Armut und die Reproduktion von Armutsfeindlichkeit«, in: Monika Alisch/Michael May (Hg.), Kompetenzen im Sozialraum, Opladen: Budrich, S. 109–132.
- Betz, Tanja (2008): Ungleiche Kindheiten, Weinheim: Beltz Juventa.
- Betz, Tanja/Bischoff, Stefanie (2018): »Machtvolle Zuschreibungen ›guter‹ Elternschaft«, in: Sozial Extra 42, S. 38–41.
- Beyer, Beate (2013): Soziale Ungleichheit im Kindergarten. Orientierungs- und Handlungsmuster pädagogischer Fachkräfte, Wiesbaden: Springer VS.
- Bühler-Niederberger, Doris (2019): »Generationale Perspektive und Intersektionalität. Sozialwissenschaftliche Kindheitsforschung als Analyse, Advo-kation und Marginalisierung«, in: Diskurs Kindheit- und Jugendforschung 14, S. 155–167.
- Chassé, Karl August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze (2003): Meine Familie ist arm: wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen, Opladen: Leske/Budrich.
- Eßer, Florian (2014): »Agency Revisited. Relationale Perspektiven auf Kindheit und die Handlungsfähigkeit von Kindern«, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 34, S. 233–246.
- Faas, Stefan (2022): »Erziehung und Bildung im Kontext von Heterogenität. Anmerkungen zu Fragen der Angemessenheit (früh-)pädagogischer Praxis und Reflexion«, in: Steffen Geiger/Sabrina Dahlheimer/Maria Bader (Hg.), Heterogenität und Differenz in Kindheits- und Sozialpädagogik, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 22–37.
- Großkopf, Steffen (2014): »Soziale Ungleichheit – der Kindergarten als Allheilmittel? Die ›neue‹ Vorschulerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft«, in: neue praxis 42, 1, S. 23–24.
- Holz, Gerda/Laubstein, Claudia/Seddig, Nadine (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Hübenthal, Maksim (2018): Soziale Konstruktionen von Kinderarmut. Sinngebungen zwischen Erziehung, Bildung, Geld und Rechten, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kelle, Helga/Mierendorff, Johanna (Hg.) (2013): Normierung und Normalisierung der Kindheit, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

- Kerle, Anja (2023): Der positive Blick auf Armut? Eine Ethnographie zu Familienzentren nach dem Early Excellence-Ansatz, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Liebel, Manfred/Meade, Philipp (2023): Adulstismus: Die Macht der Erwachsenen über die Kinder. Eine kritische Einführung, Berlin: Bertz+Fischer.
- Mierendorff, Johanna (2008): »Armut als Entwicklungsrisiko«, in: Helga Kelle/Anja Tervooren (Hg.), Ganz normale Kinder. Heterogenität und Standardisierung kindlicher Entwicklung, Weinheim/München: Juventa, S. 147–164.
- Naumann, Isabelle/Storck-Odabaşı, Julian (Hg.) (2022): Teilhabe und Ausschluss von Kindern in der Gesellschaft. Perspektiven von Kindheitsforschung, Grundschulpädagogik und Lehrer*innenbildung, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Neuberger, Franz/Hüenthal, Maksim (2020): »Kinderarmut ist Familienarmut?!« in: Peter Rahn/Karl-August Chassé (Hg.), Handbuch Kinderarmut, Opladen/Toronto: Barbara Budrich, S. 47–55.
- Pernegger, Maria/Schenk, Martin (2018): »Was Kinder sagen, können und brauchen«, in: Die Armutskonferenz (Hg.), Achtung. Abwertung hat System, Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, S. 139–148.
- Prigge, Jessica/Kerle, Anja/Simon, Stephanie (2023): »Armut, Klassismus und Organisationen«, in: Sozial Extra 47, S. 191–195.
- Rabe-Kleberg, Ursula (2011): »Bildungsarmut von Anfang an?«, in: Heinz-Hermann Krüger/Ursula Rabe-Kleberg/Jürgen Budde/Rolf-Torsten Kramer (Hg.), Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule., 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 45–54.
- Simon, Stephanie/Prigge, Jessica/Lochner, Barbara/Thole, Werner (2019): »Deutungen von Armut. Pädagogische Thematisierungen von und Umgangsweisen mit sozialer Ungleichheit in Kindertageseinrichtungen«, in: neue praxis 49, 5, S. 395–415.
- Simon, Stephanie/Kerle, Anja/Prigge, Jessica (2022): »In ner Kita gibt's erstmal keinen Stempel«, in: Maria Bader/Sabrina Dahlheimer/Steffen Geiger (Hg.), Perspektiven auf Heterogenität in Bildung und Erziehung, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 89–109.
- Simon, Stephanie (2023): Armut, Bildung und Soziale Ungleichheiten. Deutungen und Bedeutungen im Feld der Pädagogik der Kindheit, Wiesbaden: Springer VS.
- Thon, Christine/Mai, Miriam (2018): »Positionierungen in ›Milieus‹«, in: Christine Thon/Margarete Menz/Miriam Mai/Luisa Abdessadok (Hg.), Kind-

- heiten zwischen Familie und Kindertagesstätte, Wiesbaden: Springer VS, S. 113–132.
- Trân, Hoa Mai (2018): »Zwischen anerkannter Ausgrenzung und geforderter Teilhabe«, in: Die Armutskonferenz (Hg.), Achtung. Abwertung hat System, Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, S. 149–162.
- Wiezoreck, Christine/Pardo-Puhlmann, Margaret (2013): »Armut, Bildungsferne, Erziehungsunfähigkeit«, in: Fabian Dietrich/Martin Heinrich/Nina Thieme (Hg.), Bildungsgerechtigkeit jenseits von Chancengleichheit, Wiesbaden: VS Verlag, S. 197–214.

Die ›schlechten Mütter‹

Vergeschlechtlichte Thematisierungen von Kinderarmut

Alexandra Klein und Bettina Ritter

In der Debatte um Kinderarmut werden Kinder vorrangig als »Opfer ihrer Familien« (Mierendorff 2008: 151) gesehen, wobei die Eltern als Risikofaktoren für die Entwicklung von Kindern betrachtet werden (vgl. Esping-Andersen 2004: 509). So lassen sich Thematisierungsweisen von Kinderarmut als Erziehungsarmut identifizieren, die insbesondere das Tugenddefizit arbeitsloser, sozialleistungsbeziehender Eltern problematisieren (vgl. Hübenthal 2018: 88). Wird Kinderarmut als Bildungsarmut verstanden, steht dem darin enthaltenen strukturellen Defizit des Wohlfahrtsstaates dennoch ein Fähigkeits- und ein Willigkeitsdefizit der Eltern gegenüber (vgl. Hübenthal 2018: 121). Hier wird die Mächtigkeit des Musters der moralischen Responsibilisierung von Eltern deutlich, denn diese bleiben, auch wenn eine politische Verantwortung für Kinderarmut eingeräumt wird, aufgrund ihrer Kompetenzen oder ihrer Einstellungen verantwortlich gemacht. Elterliche Einstellungen und elterliches Verhalten werden – unabhängig davon, dass sich dies nicht als solches empirisch nachweisen oder qualifizieren lässt (vgl. Bühler-Niederberger 2016) – als Grund für Kinderarmut verortet, also die Schuld bei den Eltern gesucht. Moralisierung und Disziplinierung von Eltern sind diesen Einsichten zufolge nicht nur als klassenselektive Formen generationalen Ordnens zu verstehen, sondern weisen einen erheblichen geschlechterbezogenen Bias auf (vgl. Ritter 2022). So wird vorrangig von Armut betroffenen Müttern zugeschrieben, hinsichtlich einer vermeintlich mangelhaften Erziehungskompetenz als »Risikomütter« (Klein et al. 2018) das Wohl ihrer Kinder zu gefährden. Wenngleich demgegenüber die Lebenssituationen armutsbetroffener (junger) Kinder selbst vergleichsweise ageschlechtlich thematisiert werden (vgl. Klein/Schweitzer 2020), verfängt sich die Aufmerksamkeit gegenüber (älteren) Kindern und Jugendlichen in spezifisch vergeschlechtlichen Problematisierungen, bei denen in sexistischen und klassistischen

Attribuierungen Diskursivierungen von Erziehungs- und Bildungsarmut amalgamieren.

Armutsbetroffenheit von Familien gerät zumeist mit der Perspektive in den Blick, welche Einschränkungen sie für die gesundheitliche und soziale Entwicklung sowie für den schulischen Lernerfolg der Kinder nach sich zieht (vgl. Chassé/Zander/Rasch 2010; Laubstein/Holz/Seddig 2016). Eltern werden in dieser Perspektive eher als Verantwortliche und damit als potenziell Schuldige gefasst, nicht das Beste für ihre Kinder zu tun. Auch gerät die Armutsbetroffenheit von Kindern für sich genommen immer wieder in den Fokus öffentlicher und politischer Debatten (vgl. Butterwegge 2010; Hauser 1989) und wird auch in jüngster Zeit medial erneut thematisiert, so etwa in Formaten wie »Armes Deutschland. Deine Kinder« (RTL II). Die aktuelle Diskussion um eine Kindergrundsicherung offenbart das Misstrauen, das Eltern in Armutslagen entgegengebracht wird, erneut eindrücklich, wenn eine der zentralen Debatten darum kreist, ob das Geld auch wirklich bei den Kindern ankomme, die es am meisten bräuchten (vgl. Deutscher Bundestag 2023). Das hilfsbedürftige, unschuldige Kind wird auf diese Weise den potenziell schuldhafoten, verantwortungslosen Eltern gegenübergestellt. Im Anschluss an die klassische Heuristik von Michael Katz (1990) werden armutsbetroffene Kinder hier tendenziell als »deserving poor«, armutsbetroffene Eltern dagegen als »undeserving poor« positioniert.

Der Verdacht gegenüber armutsbetroffenen Eltern, dass sie ihrer Rolle nicht gerecht werden, sowie damit einhergehende Stigmatisierungen, betreffen benachteiligte Eltern seit jeher – und zwar letztlich unabhängig davon, wie ihre tatsächlichen, empirisch evidenten Handlungen und Einstellungen sind (vgl. Bühler-Niederberger 2016). Diese »Defizitorientierung« (ebd.) gegenüber Eltern ist auch resistent gegenüber der Frage, welche familialen Sorgearrangements tatsächlich vorliegen, also auch, inwiefern bei den involvierten Sorgenden biologische und soziale Elternschaft zusammenfallen oder nicht. Gleichzeitig lassen sich in den Thematisierungen von Kinderarmut der letzten Jahrzehnte spezifische Argumentationsmuster und Diskursfiguren identifizieren, in denen Klasse und Geschlecht in solcher Weise verschrankt werden, dass armutsbetroffene Eltern insbesondere als sogenannte Risikomütter sichtbar werden. So realisiert sich die Konstruktion ›riskanter Mutterschaft‹ entlang der Identifikation vermeintlicher Risikofaktoren, wie »jung«, »alleinerziehend«, »psychisch krank«, »wohlfahrtsabhängig«, »arm«, die eine Erziehungs(un)fähigkeit von Müttern begründen sollen (Klein et al. 2018). Die Lebenslage wird hier mit einer Inkompotenz hinsichtlich der

Mutterrolle zusammengeschlossen und somit als potenzielle Gefährdung des Kindes ausgemacht (ebd.). Dabei tendiert die komplementäre und wechselseitige Verwiesenheit von ›guter‹ Erziehung und ›riskanter‹ Mutterschaft dazu, beides als individuelles (Un-)Vermögen zu konstruieren. ›Risikante Mutterschaft‹ wird in diesem Sinne vorrangig als individuell-moralisches und nicht als strukturelles Problem gerahmt (vgl. Spies 2008; Brown 2016). Während strukturelle Engpässe von Familien im Zuge zunehmender allgemeiner Verarmungstendenzen im Kontext der Auswirkungen der Corona-Pandemie und der allgemeinen Teuerungsrate durchaus in den aktuellen sozialpolitischen und öffentlichen Debatten thematisiert worden sind, gilt dies für ›Risikomütter‹ nicht in gleichem Maße. Ihre Armut wird weniger »als Produkt oder Nebenwirkung gesellschaftlicher Verhältnisse und materieller Ungleichheit aufgefasst, sondern entweder rational – als mangelndes Selbstmanagement und inadäquate Selbstkontrolle – oder individualisiert – als unzureichende moralische Erziehung oder kulturalisiertes Defizit – thematisiert« (Lutz 2010: 245). Eine solche Deutung kann als Kulturalisierung struktureller Ungleichheit verstanden werden, bei der Einstellung und Verhalten einer vermeintlichen Unterschicht im Fokus stehen (vgl. Klein/Landhäußer/Ziegler 2005).

Solche kulturalistischen Perspektiven auf Armut bzw. auf von Armut betroffene Menschen wurde in besonderem Maß in der us-amerikanischen Debatte vor allem der 1990er Jahre um die ›Underclass‹ aufgebracht (vgl. Lister 1996) und bildet bis heute einen diskursiven Bezugspunkt – vor allem zur Rechtfertigung des Abbaus sozialpolitischer Maßnahmen (vgl. Michels 2013). Auch in Deutschland begleiteten solche Debatten um ›die neue Unterschicht‹ die Einführung neuer Sozialgesetzgebungen um die Jahrtausendwende (vgl. Chassé 2007) und halten sich stetig. Müttern kommt dabei eine prominente Rolle zu. Die Thematisierung von Vätern verläuft demgegenüber entlang ihrer Abwesenheit, mit dem Verweis auf deren Arbeitslosigkeit, übermäßigen Alkoholkonsum und gewalttägliches Verhalten (vgl. Murray 1990). Der Figur der verantwortungslosen Väter, als ›verwilderte Jungmänner‹, die ›einen mit dem Kind allein lassen, keine Alimente zahlen und einen nie mehr in Ruhe lassen‹ (Bude 2008: 83) steht dann neben der Figur der ›Risikomutter‹, die gleichfalls nicht in hinreichender Art und Weise Verantwortung übernehmen wolle oder könne, aber immerhin anwesend sei. Auf diese Weise wird diskursiv den biologischen Müttern die Hauptverantwortung für die richtige Entwicklung ihrer Kinder übertragen (vgl. Phoenix/Woollett 1991) – eine Perspektive, die sowohl mit Blick auf das Kindeswohl als auch mit Blick auf ›die Gesellschaft‹ und aus verschiedenen politischen Richtungen eingenommen werden kann (vgl. Levi-

tas 2005). So wird Eltern- bzw. Mütterverantwortung mit ihrer wesentlichen zugeschriebenen Funktion für die generationenübergreifende Reproduktion der Underclass-Kultur verbunden, da Mütter diese vermeintlich spezifische »Kultur der Armut« an ihre Kinder weitergeben und somit auch deren Armutslage biographisch festschreiben würden: »As time passes, welfare becomes the only world that the mothers knows, the only world that her baby may know when he or she grows up. Many members of such families become resigned to dependency« (Auletta 1999: 110). Eine vermeintliche Wohlfahrtsabhängigkeit, als Kultur der »Unselbständigkeit und Unmündigkeit« (Nolte 2004: 175), steht (im us-amerikanischen Kontext ganz besonders) für einen Niedergang der Nation (vgl. Murray 1990), so dass die Abwertung von armutsbetroffenen Müttern in der politischen Debatte eine starke Gewichtung erhält (vgl. Eyer 1996; Brown 1996). Doch auch wenn eher an Umverteilung orientierte Perspektiven Kinderarmut als materiellen Ressourcenmangel der Familie aufgreifen und auch Sozialpolitik in die Verantwortung nehmen, wird besonders Müttern die Verantwortung zugeschrieben, eben trotz des Mangels das beste Aufwachsen für ihr Kind zu gewährleisten (vgl. Hübenthal 2018; Arai 2009). So sind in der Kategorie der Verantwortung, moralisch-abwertende Perspektiven, die Verantwortlichkeit absprechen, und soziale Exklusion betonende Perspektiven, die Verantwortung zuweisen, im Blick auf Mütter miteinander verbunden (vgl. Clark 2009; Ritter 2020).

Entsprechend lässt sich für individualisierend-moralisierende Deutungen von Armut ebenso wie für die Verurteilungen von Müttern eine lange Tradition rekonstruieren (vgl. Eyer 1996; Groenemeyer/Ratzka 2012). Während die Figur der erwerbstätigen »Rabenmutter« inzwischen weitgehend abgelöst ist durch den Imperativ einer doppelten Orientierung auf Muttersein bzw. Care- und Erwerbstätigkeit (vgl. Becker-Schmidt 2008), bleiben Verurteilungen von Müttern konstant mit ihrer sozialen Lage verknüpft. Diese Verknüpfung zeigt sich auch in der Kinder- und Jugendhilfe, die besonders in den Hilfen zur Erziehung, aber auch in anderen Bereichen, Familien – und somit vorrangig Mütter (vgl. Ritter 2021; Brändel/Hüning 2012) – in Armutslagen adressiert (vgl. Fendrich/Pothmann/Tabel 2018). Der ungleichheitsbezogene und geschlechtsspezifische Bias Sozialer Arbeit wird besonders im Kontext der Neuausrichtung des Kinderschutzes und damit der Ausweitung präventiver und kontrolllogischer Rationalitäten und Praktiken (vgl. Helming 2010; Chassé 2008; Dahmen/Kläsener 2018) deutlich, so dass Mütter in Armutslagen in besonderem Maß in den Verdacht geraten, eine Gefahr für ihre Kinder darzustellen (vgl. Klein/Schweitzer 2020). Die Kategorie des Kindeswohls,

die im Zuge des ›neuen‹ Kinderschutzparadigmas eine neue Brisanz erhalten hat, dient dabei als zentraler Bezugspunkt für Konstruktionen von ›guter‹ oder ›riskanter‹ Mutterschaft. Solche normativen Zuschreibungen und damit verbundene Abwertungen schlagen sich auch in den Definitionen von Risikofaktoren im Kontext Früher Hilfen nieder (vgl. Buschhorn/Böllert 2015; Kutscher 2008). Dies korrespondiert mit einer Kompetenzorientierung mit Blick auf Mütter z.B. im Kontext von gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder und Formen begleiteter Elternschaft (vgl. Albus/Ritter 2023; Ott 2017). Gute-Mutter-Sein wird so auch im Fachdiskurs zuweilen als isolierte persönliche Eigenschaft verstanden, die es zu erwerben gelte. Eine Erziehung zur Erziehungskompetenz steht damit im Zentrum des Verständnisses im Umgang mit Müttern, wobei die Lebensbedingungen der Familien, die eine gute-Mutter-/Elternschafts-Praxis erst ermöglichen, somit eher aus dem Blick geraten (vgl. Ritter 2020).

Von Armut betroffene Kinder werden demgegenüber weder in den öffentlich-medialen Debatten um Kinderarmut noch in den einschlägigen Fachdiskussionen als vergeschlechtlichte Akteure diskursiv sichtbar. Weder die potenziell unterschiedlichen Betroffenheiten in der Gemengelage intersektionaler Ungleichheitskategorien noch damit korrespondierende vergeschlechtlichte Umgangs- und Bewältigungsformen (vgl. Wallner 2020; Richter 2000) werden als solche zum Gegenstand der Auseinandersetzung. Gleichzeitig sticht hier eine historisch wohlbekannte Thematisierungsweise heraus, in der junge Menschen in Armutslagen vergeschlechtlicht fokussiert werden und dabei explizit das sexualitätsbezogene Verhalten von Mädchen problematisiert wird. Der Diskurs um ›sexuelle Verwahrlosung‹ unterliegt dabei zwar historischen Konjunkturen und Wandlungen, weist dabei aber eine erstaunliche Kontinuität auf (vgl. Kappeler 2019). In den 2000er Jahren wurden minderjährige Schwangere zu einem öffentlich breit diskutierten und problematisierten Thema (vgl. Spies 2008; Ritter 2015). Der Umfang der öffentlich-medialen Dramatisierung von ›Teenagerschwangerschaften‹ stand dabei in keinem Verhältnis zur geringen empirischen Realität des Phänomens, so dass hier auch von einer Moralpanik gesprochen werden kann (vgl. Klein 2011; Cohen 2002). Die junge, alleinerziehende und sozialleistungsempfangende Mutter wurde als Prototyp sexueller Verwahrlosung und als Idealtyp der kulturalistisch gefassten Underclass-Figur konstruiert, die sich durch eine spezifische Kultur der Armut auszeichne (vgl. Klein 2009). Auch gegenwärtig wird sowohl im öffentlichen als auch im (sexual-)pädagogischen Diskurs die

Kategorie der ›sexuellen Verwahrlosung‹ mit »Bildungsarmut und sozialer Deprivation« (Sielert 2020: 127) in Verbindung gebracht (vgl. Staats 2019).¹

Ebenso wie bei der Adressierung von ›Risikomüttern‹ wird auch hier eine sozial- und sexualpädagogische Adressierung mit disziplinierend-erzieherischem Charakter anschlussfähig. Unter anderem mit dem Einsatz von Baby-Simulatoren sollen armutsbetroffene Mädchen von einer frühen Schwangerschaft abgeschreckt werden (vgl. Spies 2008, 2009). Auch dabei werden insbesondere die benachteiligten Mädchen mit Migrationshintergrund von den Lehr- und Fachkräften als ›Opfer von kulturellen Zwängen verstanden, die sich nicht helfen lassen wollen‹ (Spies 2009: 281). So finden vergeschlechtlichte Diskursivierungen von Kinderarmut ihren Niederschlag in einer pädagogischen Praxis, die sich vorrangig an arme Jugendliche richtet und ihre Armut als Kompetenz- und Verhaltensproblem adressiert. Über die Konstruktion ›sexueller Verwahrlosung‹ werden von Armut betroffene Mädchen als eine Variante der ›gefährlichen und gefährdeten Jugend‹ als gesellschaftliche Tatsache etabliert (Cremer-Schäfer 2001: 15). So kann in der Renaissance der ›haltlosen Mädchen‹ (Schmidt 2002) eine ›neue Pu-nitivität der gebildeten Klasse‹ (Cremer-Schäfer 2001: 19) durchaus ihren vergeschlechtlichen Ausdruck finden.

In der Zusammenschau lässt sich mit Blick auf die Thematisierung von Kinderarmut und Geschlecht folgendes festhalten:

- Geschlecht wird vorrangig auf Elternebene verhandelt, während Kinder tendenziell ageschlechtlich positioniert werden.
- Im Zentrum der Aufmerksamkeit des vergeschlechtlichten Kinderarmutsdiskurses stehen die Mütter. Väter und andere Sorgende, auch außerhalb der heteronormativen Kleinfamilie, bleiben eher diskursiv ausgeblendet.
- Der vergeschlechtlichte Kinderarmutsdiskurs ist durch eine spezifische Problematisierung einer Verschränkung von Geschlecht und Sexualität charakterisierbar, in dem darüber hinaus auch weitere intersektionale Verzahnungen sichtbar werden

¹ Der Diskurs um sexuelle Verwahrlosung ist aktuell stark mit rassifizierenden Klassifikationen durchsetzt, die hier aufgrund der Fokussierung auf vergeschlechtlichte Thematisierungen von Kinderarmut ausgeblendet werden. Junge, migrantisierte Männer werden als sexuell und dabei gänzlich sittlich verwahrlost konstruiert, z.B. im Kontext des Diskurses um ›die Kölner Silvesternacht 2015‹ oder um ›den Essener Tafel-Skandal 2018‹.

- Diese Verschränkung wird in der späten Kindheit bzw. frühen Jugendalter ebenfalls diskursiv an von Armut betroffene Mädchen ›vererbt‹, so dass diese vorrangig als von sexueller Verwahrlosung bedroht sichtbar und pädagogisch adressiert werden.
- Jungen erweisen sich dabei ebenso wie Väter als weitgehend abwesend und/oder kriminalisiert. Somit steht die Reproduktion der moralischen Verantwortungszuschreibung gegenüber Müttern und Töchtern in einem ambivalenten Verhältnis zum evidenten Rückbau sozialer Sicherungsleistungen und den faktischen Belastungen von alleinerziehenden Müttern sowie Müttern in anderen Beziehungskonstellationen.

Diese Einsichten erweisen sich umso bedeutsamer, als eine dezidierte und systematische Mutterschaftsforschung (vgl. Tolasch/Seehaus 2017), die sowohl Mechanismen auf der Ebene der Interaktionen von Fachkräften und Adressat*innen in der Sozialen Arbeit wie auch solche auf institutioneller Ebene der Strukturierung von Hilfen und Maßnahmen einbezieht, bislang überhaupt noch nicht vorliegt (vgl. Ritter 2021). Das auch sozialpädagogisch praktisch und diskursiv mit(re)produzierte Geschlechterverhältnis und die besondere moralische Verantwortlichmachung und praktische Verantwortung von Müttern gerät mit der Rede von Eltern und Familien und dem Fokus auf unterschiedliche statt ungleiche Kindheiten und Jugenden bislang eher aus dem Blick. Auf diese Weise trägt auch sozialpädagogische Forschung allerdings zur Reproduktion der vermeintlichen Selbstverständlichkeit bei, mit der Mütter in die Verantwortung für gelingende Familie und gelingende Kindheit und Jugend genommen werden. Um demgegenüber deutlich zu machen, dass Kinder- und Jugendhilfe nicht nur auf verschiedene Weise an der »normativen Zementierung der Normalfamilie« (Oelkers 2012: 135), sondern im Zuge dessen auch an der normativen und praktischen Herstellung von binären und heteronormativen Geschlechterverhältnissen (vgl. Sabla 2015) beteiligt ist und wie sie das ist, wäre eine solche Perspektive unabdingbar.

Zusätzlich scheint eine Beschäftigung mit alternativen, subalternen Formen der Wissensproduktion geboten, um den oben genannten Leerstellen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit vergeschlechtlichten Formen von Kinderarmut und ihren dominanten Diskursivierungen zu begegnen. Damit kann es etwa in partizipativ angelegten Ko-Forschungskonstellationen darum gehen die vielgestaltigen Selbstartikulationen junger Menschen, die von Armut betroffen sind, dezidiert wahrnehmen und berücksichtigen zu können und gleichzeitig hinsichtlich ihrer Verwobenheit mit intersektiona-

len Benachteiligungsformen zu analysieren. Dabei gilt es solch heterogene Praktiken der Selbstdarstellung und Erfahrungsdocumentation auch als An-eignungs- und Ermächtigungsversuche zu verstehen und als solche auch im wissenschaftlichen Diskurs zu platzieren. Oder – um es mit Ruth Lister zu formulieren – gilt es insbesondere auch für Wissenschaftler*innen, Gegen-Narrative von armutsbetroffenen Menschen als handlungsfähige Akteur*innen sichtbar zu machen: »Social scientists, in particular, have a role to play in enabling people in poverty to step out from the shadows of statistics [...] through the development of counter-narratives that portray them as fellow citizens with agency« (Lister 2015: 159).

Literatur

- Albus, Stefanie/Ritter, Bettina (2023): »Inklusionsbaustellen in der Unterbringung kleiner Kinder«, in: Dialog Erziehungshilfe 3, S. 12–19.
- Arai, Lisa (2009): *Teenage pregnancy. The making and unmaking of a problem. Health and Society Series*, Bristol/UK/Portland: Policy Press.
- Auletta, Ken (1999): *The Underclass*, Woodstock/New York: The overlook press.
- Becker-Schmidt, Regina (2008): »Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben«, in: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Geschlecht und Gesellschaft*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 65–74.
- Brändel, Birte/Hüning, Johannes (2012): »Mütter in der Erziehungshilfe«, in: Karin Böllert/Corinna Peter (Hg.), *Mutter + Vater = Eltern?* Wiesbaden: Springer VS, S. 181–210.
- Brown, Joan C. (1996): »The focus on Single Mothers«, in: Charles Murray and the Underclass, The Developing Debate, London: The IEA Health and Welfare Unit in association with The Sunday Times, S. 61–65.
- Brown, Sally (2016): »The wrong type of mother«, in: Vivienne Cree/Gary Clapton/Mark Smith (Hg.), *Revisiting moral panics*, Bristol: The Policy Press, S. 39–48.
- Bude, Heinz (2008): *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn/München: Carl Hanser.

- Bühler-Niederberger, Doris (2016): »Kindheit und Ungleichheit – Kritik einer Defizithetorik«, in: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* 11, 3, S. 287–299.
- Buschhorn, Claudia/Böllert, Karin (2015): »Adressierungen von (werdenden) Eltern in Familienbildung und Frühen Hilfen«, in: Susann Fegter et al. (Hg.), *Neue Aufmerksamkeit für Familie. neue praxis*, Sonderheft 12, S. 98–111.
- Butterwegge, Christoph (2010): »Kinderarmut und Bildung«, in: Gudrun Quenzel/Klaus Hurrelmann (Hg.), *Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 537–555.
- Chassé, Karl August (2008): »Wandel der Lebenslagen und Kinderschutz. Die Verdüsterung der unteren Lebenslagen«, in: *Widersprüche* 28, 109, S. 71–83.
- Chassé, Karl August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze (2010): *Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Chassé, Karl August (2007): »Unterschicht, prekäre Lebenslagen, Exklusion – Versuch einer Dechiffrierung der Unterschichtsdebatte«, in: Fabian Kessl/Christian Reutlinger/Holger Ziegler (Hg.), *Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die ›neue Unterschicht‹*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 17–37.
- Clark, Zoë (2009): »Wenn Kinder Kinder kriegen. Zur Problematisierung junger Mutterschaft«, in: *neue praxis* 37, 3, S. 219–232.
- Cohen, Stanley (1972/2002): *Folk Devils and Moral Panics*, London/New York: Routledge.
- Cremer-Schäfer, Helga (2001): »Öffentliche Debatten über die ›gefährliche und gefährdete Jugend‹. Überlegungen anlässlich eines (vorläufigen) Endes«, in: *Diskurs* 10, 3, S. 15–20.
- Dahmen, Stephan/Kläsener, Nina (2018): »Kinder- und Jugendhilfe als Kindeswohlgefährdungsvermeidungsstrategie?«, in: *Soziale Passagen* 10, 2, S. 197–210.
- Deutscher Bundestag (2023): Sachverständige üben deutliche Kritik an der Kindergrundsicherung. Siehe <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw45-de-kindergrundsicherung-975454>
- Esping-Andersen, Gösta (2004): »Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat«, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 1–2, Berlin: De Gruyter, S. 189–210.
- Eyer, Diane (1996): *Motherguilt. How Our Culture Blames Mothers for What's Wrong with Society*, New York: Timer Books.

- Fendrich, Sandra/Pothmann, Jens/Tabel, Agathe (2018): Monitor Hilfen zur Erziehung 2018, Dortmund: Forschungsverbund DJI/TU Dortmund.
- Groenemeyer, Axel/Ratzka, Melanie (2012): »Armut, Deprivation und Exklusion als soziales Problem«, in: Günter Albrecht/Axel Groenemeyer (Hg.), Handbuch soziale Probleme, Wiesbaden: Springer, S. 367–432.
- Hauser, Richard (1989): »Entwicklungstendenzen der Armut in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Dieter Döring/Richard Hauser (Hg.), Politische Kultur und Sozialpolitik, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 117–146.
- Helming, Elisabeth (2010): »Kontrollstrategien der Kinder- und Jugendhilfe am Beispiel der Entwicklung von Frühwarnsystemen und Frühen Hilfen«, in: Brigitta Michel-Schwartz (Hg.), Modernisierungen methodischen Handelns in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden: VS Verlag, S. 173–204.
- Hübenthal, Maksim (2018): Soziale Konstruktionen von Kinderarmut, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kappeler, Manfred (2019): »Klassifikation: »Verwahrlosung« – Zur Aktualität der radikalen Kritik von Deklassierung durch Jugendhilfe im Kontext von Protestbewegung und der Heimkampagnen vor 50 Jahren«, in: Widersprüche 39, 153, S. 77–91.
- Katz, Michael B. (1990): The Undeserving Poor: From the War on Poverty to the War on Welfare, New York: Pantheon.
- Klein, Alex/Landhäußer, Sandra/Ziegler, Holger (2005): »The Salient Injuries of Class: Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit«, in: Widersprüche 25, 98, S. 45–74.
- Klein, Alexandra (2009): »Die Wiederentdeckung der Moralpanik – »Sexuelle Verwahrlosung« und die »neue Unterschicht«, in: Soziale Passagen 1, S. 23–34.
- Klein, Alexandra (2011): »Teenagerschwangerschaften, sexuelle Verwahrlosung und die neue Unterschicht. Zur Macht der Moralpaniken«, in: Betrifft Mädchen 4, S. 160–164.
- Klein, Alexandra et al. (2018): »Die Kategorie der ›Risikomutter‹«, in: Johannes Stehr/Roland Anhorn/Kerstin Rathgeb (Hg.), Konflikt als Verhältnis – Konflikt als Verhalten – Konflikt als Widerstand, Wiesbaden: Springer, S. 127–142.
- Klein, Alexandra/Schweitzer, Jann (2020): »Kinderarmut und Geschlecht«, in: Peter Rahn/Karl August Chassé (Hg.), Handbuch Kinderarmut, Opladen/Toronto: Barbara Budrich, S. 170–177.

- Kutscher, Nadia (2008): »Prävention unter Druck«, in: Sozial Extra 32, 1/2, S. 38–41.
- Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Seddig, Nadine (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Levitas, Ruth (2005): The Inclusive Society? Social Exclusion and New Labour, New York: Palgrave Macmillan.
- Lister, Ruth (1996): Charles Murray and the Underclass: The Developing Debate, London: The IEA Health and Welfare Unit.
- Lister, Ruth (2015): »To count for nothing. Poverty beyond the statistics«, in: Journal of the British Academy 3, S. 139–165. <https://www.doi.org/10.5871/jba/oo3.139>
- Lutz, Tilman (2010): Soziale Arbeit im Kontroldiskurs. Jugendhilfe und ihre Akteure in postwohlfahrtstaatlichen Gesellschaften, Wiesbaden: Springer VS.
- Michels, Hans-Peter (2013): »The ›Underclass‹ Debate – A Discourse that marginalizes People Living in Poverty«, in: Social Change Review 11, 1, S. 45–57.
- Mierendorff, Johanna (2008): »Armut als Entwicklungsrisiko? Der politische Kinderarmutsdiskurs«, in: Helga Kelle/Anja Tervooren (Hg.), Ganz normale Kinder. Heterogenität und Standardisierung kindlicher Entwicklung, Weinheim/München: Juventa Verlag, S. 147–163.
- Murray, Charles (1990): The emerging British underclass. Choice in welfare series 2, London: The IEA Health and Welfare Unit.
- Nolte, Paul (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, München: Verlag C.H. Beck.
- Oelkers, Nina (2012): »Familialismus oder die normative Zementierung der Normalfamilie Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe«, in: Karin Böllert/Corinna Peter (Hg.), Mutter + Vater = Eltern?, Wiesbaden: VS Verlag, S. 135–154.
- Ott, Marion (2017): »Das ›Kindeswohl‹ als Bezugspunkt in stationären Hilfen für junge Mütter«, in: Ferdinand Sutterlüty/Sabine Flick (Hg.), Der Streit ums Kindeswohl, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 166–188.
- Phoenix, Ann/Woollett, Anne (1991): »Motherhood: Social Construction, Politics and Psychology«, in: Ann Phoenix/Anne Woollett/Eva Lloyed (Hg.), Motherhood. Meanings, Practices and Ideologies, London/Newbury Park/New Delhi: Sage Publications, S. 13–27.
- Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut?, Aachen: Shaker.

- Ritter, Bettina (2015): »Soziale Arbeit mit jungen Müttern: Adressierung mit doppeltem Integrationsfokus«, in: Susann Fegter et al. (Hg.), Neue Aufmerksamkeiten für Familie. neue praxis, Sonderheft 12, S. 160–170.
- Ritter, Bettina (2020): Kritik abstrakter Individualität. Widersprüche eines sozialpädagogischen und jugendtheoretischen Ideals am Fall junger Mütter, Bielefeld: Universität Bielefeld.
- Ritter, Bettina (2021): »Mütter in der Kinder- und Jugendhilfe: Adressierung zur doppelten Integration und die Grenzen der Eigenverantwortung«, in: Lisa Haller Yashodhara/Alicia Schlender (Hg.), Feministische Perspektiven auf Elternschaft. Leben mit Kindern, Opladen: Barbara Budrich, S. 193–206.
- Ritter, Bettina (2022): »Armut, Mutterschaft und Klasse – Impulse für eine kritische Mädchen*arbeit«, in: Betrifft Mädchen 35, S. 166–172.
- Sabla, Kirn-Patrick (2015): »Dass man nicht gegeneinander, sondern miteinander das Kind erzieht – Zum Problem- und Professionalitätsverständnis von Vätern in den Hilfen zur Erziehung«, in: Rhea Seehaus/Lotte Rose/Marga Günther (Hg.), Mutter, Vater, Kind – Geschlechterpraxen in der Elternschaft, Opladen: Barbara Budrich, S. 243–258.
- Schmidt, Heike (2002): Gefährliche und gefährdete Mädchen, Opladen: Leske und Budrich.
- Sielert, Uwe (2020): »Sexuelle Bildung«, in: Daphne Hahn (Hg.), Jahrbuch für Kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften 53 – Sexualität und Reproduktion zwischen individuellen Vorstellungen und gesellschaftlichen Normen, Hamburg: Argument, S. 126–143.
- Spies, Anke (2009): »Wunschkinder mit guten Müttern? – Der Babysimulator als Medium der Verunsicherung benachteiligter Mädchen«, in: Paula-Irene Villa/Barbara Thiessen (Hg.), Mütter – Väter: Diskurse, Medien, Praxen, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 275–289.
- Spies, Anke (2008): Zwischen Kinderwunsch und Kinderschutz. Babysimulatoren in der pädagogischen Praxis, Wiesbaden: Springer VS.
- Staats, Martin (2019): Problem – Jugend – Sexualität. Die Wahrnehmung von Jugendsexualität durch Fachkräfte in der Heimerziehung, Weinheim/ Basel: Beltz Juventa.
- Tolasch, Eva/Seehaus, Rhea (2017): »Einleitung – Ein Plädoyer für (mehr) Mutterschaftsforschung«, in: Eva Tolasch/Rhea Seehaus (Hg.), Mutterschaften sichtbar machen. Sozial- und kulturwissenschaftliche Beiträge, Opladen: Barbara Budrich, S. 9–22.

Wallner, Claudia (2020): Fachexpertise zur geschlechterreflektierenden Arbeit mit jungen Menschen im Rahmen des SGB VIII. Siehe https://jugendinfoservice.dresden.de/media/pdf/jugendinfoservice/Fachexpertise_Sachsen_GRFE.pdf

Gerechtigkeit für ›die Fleißigen‹ und ›Nicht-Zugewanderten‹

Armutsdiskurse der populistisch-radikalen Rechten am Beispiel der Mindestsicherungsdebatte 2017–2019 in Österreich

Markus Griesser

Hinführung

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist ein spezifischer Armutsdiskurs, der mit Parteien der populistisch-radikalen Rechten (Populist Radical Right, PRR) in europäischen Wohlfahrtsstaaten verbunden ist. Cas Mudde (2019: 20–23), der die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Parteienfamilie wesentlich geprägt hat, sieht deren Entwicklung in der aktuellen Phase jedoch zentral durch Tendenzen des *Mainstreaming* und der Normalisierung ihrer Politiken gekennzeichnet. Daher wird der hier behandelte Armutsdiskurs zwischenzeitlich auch von anderen politischen Kräften, vor allem von solchen aus dem konservativen Spektrum, bedient.

Exemplifizieren möchte ich besagten Diskurs anhand der Debatte um die Reform des untersten sozialen Netzes im österreichischen Wohlfahrtsstaat während der Regierungszeit der konservativen ÖVP unter Bundeskanzler Sebastian Kurz und der populistisch-rechtsradikalen FPÖ unter Vizekanzler Heinz-Christian Strache (2017–2019). Die diese Debatte kennzeichnende Verbindung von meritokratischen und wohlfahrtschauvinistischen Deutungsrahmen bzw. Frames findet sich in vergleichbarer Form aktuell in vielen europäischen Ländern – und ihre Bedeutung reicht mithin weit über das hier untersuchte Fallbeispiel hinaus.

Bevor ich im dritten Teil dieses Fallbeispiel einführe und analysiere, wird im zweiten Teil anhand ausgewählter Beiträge zur Debatte um PRR-Parteien

der theoretische Rahmen der Analyse dargelegt. Am Ende steht ein kurzes Resümee zentraler Erkenntnisse.

Theoretischer Rahmen

Wohlfahrtschauvinismus ist ein zentrales Thema in aktuellen Debatten rund um den Aufstieg der populistisch-radikalen Rechten. Im Anschluss an Mudde (2019) lassen sich darunter Bestrebungen fassen, die den (vollen) Bezug von Sozialleistungen auf Mitglieder eines – häufig rassistisch formierten – ‚nationalen Kollektivs‘ beschränken wollen (vgl. ebd.: 101). Den Hintergrund hierfür bildet der Nativismus als eine von drei Kernideologien der PRR – neben dem Populismus und dem Autoritarismus. Dieser wird als rassistische Ausprägung des Nationalismus verstanden, die auf der Basis der Unterscheidung zwischen ‚Einheimischen‘ und ‚Fremden‘ Letztere als Bedrohung der als homogen vorstellten Nation fasst (vgl. ebd.: 27).

In (polit-)ökonomischen und soziologischen Studien zum Aufstieg von PRR-Parteien wird die Bedeutung wohlfahrtschauvinistischer Forderungen etwa danach, ‚Fremden‘ den Zugang zu (mindestsichernden) Sozialleistungen zu versperren, unterschiedlich erklärt. Im Zentrum stehen aber häufig Faktoren auf der ‚Nachfrageseite‘, also aufseiten der Wähler*innenschaft, wohingegen die ‚Angebotsseite‘, also die Rolle der PRR-Parteien selbst, vielfach unterbelichtet bleibt.

Exemplarisch wird das an einem einflussreichen Artikel Dani Rodriks (2018) deutlich, der globalisierungsinduzierte Verteilungskämpfe und ökonomische Ängste als zentrale Grundlagen des Aufstiegs rechter wie linker Populist*innen fasst. Da in Europa aber – mit Ausnahme der Länder Südeuropas (z.B. Griechenland) – flucht- bzw. migrationsbedingt ‚kulturelle‘ Spaltungen der Gesellschaft in der Alltagserfahrung der Menschen präsenter seien als ‚soziale‘, würden hier vor allem rechtspopulistische Narrative verfangen (vgl. ebd.: 24–27). Dadurch gelinge es dem Rechtspopulismus, die angesprochenen ökonomischen Ängste in rassistische Ressentiments gegen Migrant*innen und Geflüchtete umzuwandeln, denen in wohlfahrtschauvinistischer Weise unterstellt wird, ‚Einheimischen‘ Arbeitsplätze und Sozialleistungen streitig zu machen (vgl. ebd.: 17/25).

In spezifischer Form weiterentwickelt wird diese Argumentation von Philip Manow (2019), der den Aufstieg von Populist*innen ebenfalls zentral auf ökonomische Problemkonstellationen zurückführt, die mit Globalisie-

rungsprozessen einhergehen. Dabei erklärt Manow Migration als grenzüberschreitenden Verkehr von Arbeitskraft – analog zu jenem von Geld oder Gütern – jedoch selbst zum Gegenstand des Protests gegen Globalisierung. Darüber ›rationalisiert‹ er wohlfahrtschauvinistische Mobilisierungen, indem er sie als – zwischen ›Einheimischen‹ und ›Fremden‹ ausgetragene – »Konflikt[e] über die ›gerechte Verteilung von Ressourcen« (ebd.: 100) fasst. In kontinentaleuropäischen Ländern wie Deutschland und Österreich richte sich besagter Protest dabei v.a. gegen Geflüchtete, da diese die dortigen Mindestsicherungssysteme belasten würden (vgl. ebd.: 61–69/103–120).

Eine vergleichbare Akzentuierung ›nachfrageseitiger‹ Erklärungsfaktoren findet sich auch in soziologischen Studien zum Thema, wenngleich sie dort weniger ›ökonomistisch‹ argumentiert wird. Exemplarisch steht dafür eine Studie Arlie Russell Hochschilds (2018). Diese erklärt den Aufstieg der populistisch-radikalen Rechten in den USA über eine »Deep Story« (ebd.: 135) – begriﬀen als »a narrative *as felt*« (ebd.: xi) –, deren Entstehung sie wesentlich auf politökonomische Faktoren (z.B. Ausbreitung prekärer Niedriglohnjobs) zurückführt. Im Rahmen besagter, die Selbstwahrnehmung von insbesondere weißen, männlichen Angehörigen der Mittel- und Arbeiter*innenklasse dominierenden Tiefengeschichte stehen diese in einer Warteschlange, die sich – trotz ihrer harten Arbeit und ihres regelkonformen Verhaltens – nicht mehr voran bewegt. Gleichzeitig aber drängeln sich als ›anders‹ Markierte (z.B. Geflüchtete) in staatlich protegierter Form – gegen die Regeln und ohne selbst Leistung erbracht zu haben – vor (vgl. ebd.: 135–151).

Diese und ähnliche Erzählungen, die auf spezifische Weise meritokratische und nativistische Elemente verbinden, bilden eine wesentliche Grundlage für wohlfahrtschauvinistische Forderungen nach einer Schlechterstellung ›Fremder‹ etwa beim Zugang zu (mindestsichernden) Sozialleistungen. Die Rolle, die die populistisch-radikale Rechte und die von ihr verbreiteten Deutungsrahmen als ›Angebotsfaktoren‹ für die Herausbildung solcher Erzählungen spielen, wird bei Hochschild aber nicht systematisch untersucht. Dies gilt in ähnlicher Weise für Arbeiten, die auf vergleichbare Tiefengeschichten in anderen Kontexten verweisen und so Hochschilds Annahme einer ›globalen Expansion‹ der von ihr analysierten »Deep Story« (vgl. ebd.: 230) bestätigen. Beispielhaft genannt sei Klaus Dörres Studie zu bundesdeutschen Industrie- und Produktionsarbeiter*innen, die sich – wie ihre Kolleg*innen in den USA – in einer »Warteschlange am Berg der Gerechtigkeit« (Dörre 2023: 19) wähnen, während andere – vermeintlich ›leistungsgelos‹ bzw. ›unwillig‹ – an ihnen vorbeiziehen.

In kritischer Absetzung von den hier exemplarisch skizzierten Ansätzen sollen im vorliegenden Beitrag die angesprochenen ›Angebotsfaktoren‹ in den Fokus gerückt werden, ohne dadurch die Relevanz solcher ›Nachfragefaktoren‹ infrage stellen zu wollen. Das heißt, ich gehe davon aus, dass beispielsweise Hochschilds Tiefengeschichte tatsächlich zentral auf politökonomischen Transformationen und deren sozial(psychologisch)en Implikationen basiert. Im vorliegenden Fall betrifft das etwa die veränderte Dynamik sozialer Mobilität, die in den USA, aber auch in anderen Ländern (vgl. zu Deutschland beispielsweise Nachtwey 2016: 119–179) wesentlich durch Erfahrungen von Stagnation oder gar Abstieg gekennzeichnet ist (vgl. Hochschild 2018: 140f.). Wie zahlreiche Studien zeigen, gehen die damit verbundenen Statusängste mit verletzten Gerechtigkeitsgefühlen einher, die u.a. im unerfüllten Versprechen auf leistungsbedingten Aufstieg grundgelegt sind (vgl. Nachtwey 2016: 181–233; Bieling 2017: 561). Sie werden aber auch von Ohnmachts- und Wutgefühlen begleitet, für die infolge der neoliberalen Transformation etablierter Linksparteien keine politischen Repräsentations- und Artikulationsformen mehr existieren (vgl. ebd.: 560–564; Eribon 2016: 117–147).

›Nachfrageseitig‹ sind damit zwar zentrale Voraussetzungen für den Aufstieg der PRR-Parteien benannt. Wie etwa Wilhelm Heitmeyer (2018: 17/57) betont hat, realisiert sich dieser aber erst durch das Vorhandensein entsprechender »politischer Angebote«, die sich als neue Repräsentations- und Artikulationsformen für solche Gefühle anbieten. Hier kommen die u.a. von PRR-Parteien entwickelten Deutungsrahmen ins Spiel, die beispielsweise im Kontext armutspolitischer Debatten sozioökonomische Ängste und Unsicherheiten gezielt für wohlfahrtschauvinistische Mobilisierungen in Dienst nehmen. Wie erfolgreich sie dabei verfahren, geht exemplarisch aus zwei Studien zu Österreich hervor, die im hier relevanten Zeitraum Mitte der 2010er Jahre entstanden sind.

So weisen etwa Grand und Fink (2017) in einer auf Daten des Europäischen Sozialsurveys (ESS) basierenden Studie darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt in Österreich wohlfahrtschauvinistische wie auch meritokratische Einstellungen weit verbreitet waren (vgl. ebd.: 17–19). Zugleich zeigte sich, dass sozio-ökonomische bzw. -demografische Faktoren (z.B. Bildungsgrad) wenig zur Erklärung dieses Phänomens beitrugen. Hinter diesen Einstellungen stand vielmehr eine generalisierte – also beispielsweise nicht nach Herkunftsregionen o.Ä. differenzierende – Ablehnung von Migration (vgl. ebd.: 50f.). Um das zu verstehen, verweisen die Autoren auf die »mediale und politische Diskussion

über die so genannte Flüchtlingskrise« (ebd.: 31), deren Einfluss auf besagte Einstellungen plausibel erscheine (vgl. ebd.: 57f.).

Ähnliches legt eine u.a. auf problemzentrierten Interviews basierende Studie von Altreiter et al. (2019) nahe, die die Existenz unterschiedlich weit gefasster Solidaritätsvorstellungen in der Gesellschaft verdeutlicht. Da sich diese Vorstellungen von Solidarität v.a. im ›mittleren‹ Bereich durch relative Offenheit und Ambivalenz auszeichnen, seien sie für divergierende Deutungsangebote anschlussfähig und entsprechend umkämpft (vgl. ebd.: 155f./174–180). So war in Österreich Ende der 2010er Jahre etwa zu beobachten, wie die in den politischen und medialen Debatten dominanten Rahmungen jener Zeit beispielsweise in Gestalt meritokratisch und nativistisch verengter Zugehörigkeits-Konzepte auch in den Interviews aufgerufen wurden, was deren gesellschaftliche Wirkmacht indiziert (vgl. ebd.: 132).

Diesen Hinweisen auf die Relevanz politischer und medialer Debatten für die Verbreitung meritokratischer und wohlfahrtschauvinistischer Positionen soll im Folgenden nachgegangen werden. Als Beispiel dient dabei der massen-medial vermittelte Diskurs zur Reform des untersten sozialen Sicherungsnetzes im österreichischen Wohlfahrtsstaat durch die Verabschiedung des Sozialhilfegrundsatzgesetzes (SHGG) im April 2019.

Empirisches Fallbeispiel

Gegenstand des vorliegenden Kapitels ist die Reform des zentralen armuts-politischen Instruments im österreichischen Wohlfahrtsstaat, das seit seiner letzten größeren Reform im Jahr 2010 den Namen ›Bedarfsorientierte Mindestsicherung‹ (BMS) trug – statt der seit den 1970er Jahren gültigen Bezeichnung ›Sozialhilfe‹ (Sohi) (vgl. Fink/Leibetseder 2018). Die erneute Reform im Zuge der Verabschiedung des SHGG (vgl. Pfeil 2020)¹ nahm einen zentralen Platz auf der sozialpolitischen Agenda der im Dezember 2017 angetretenen ÖVP/FPÖ-Regierung ein, was nicht zuletzt angesichts der relativen budgetären Marginalität des Themas – die Ausgaben für die BMS machten weniger als ein Prozent der Sozialausgaben in Österreich aus – überrascht (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020: 536).

1 Der Umstand, dass durch die Reform – nach rund zehn Jahren ›BMS‹ – der alte Name wiedereingeführt wurde (›Sohi NEU‹), verweist auf die eingeschlagene Richtung »[z]urück zur Sozialhilfe (oder gar zum Heimatrecht)« (Pfeil 2020).

Mit Blick auf die Reformdebatten fällt zuvorderst der Umstand ins Auge, wie es den Regierungsparteien gelang – wie Fink und Leibetseder (2018: 33) es formulierten –, »Fragen der Armutsminderung fast vollständig aus öffentlich dominanten Problemrahmungen im Kontext von Mindestsicherung zu verdrängen«. Wie im Folgenden dargestellt wird, dominierte stattdessen die Verschränkung meritokratischer und wohlfahrtschauvinistischer Frames die Debatte. Die empirische Grundlage der Ausführungen bildet eine kritische Diskursanalyse des medial – in den drei Tageszeitungen *Der Standard*, *Die Presse* bzw. *Neue Kronen Zeitung* – vermittelten Diskurses zur Reform während der Regierungszeit der ÖVP/FPÖ-Koalition (12/2017–05/2019) ($n = 1755$ Artikel).²

Wohlfahrtschauvinismus: ›Stopp der Zuwanderung in den Sozialstaat‹

Die zentrale diskursive Rahmung der BMS-Debatte war eine wohlfahrtschauvinistische im Sinne Muddes (2019). Dabei ließen sich im medialen Diskurs vielfältige Formen bestimmen, über die die BMS diskursiv mit dem Thema Flucht und Migration verkoppelt wurde. Auf einer basalen Ebene geschah dies durch regelmäßige Berichte über den steigenden Anteil von nicht-österreichischen Staatsangehörigen und v.a. von Asylberechtigten im Bereich der BMS. So verwies etwa Kanzler Kurz regelmäßig darauf, dass, v.a. in Wien, »die Hälften Ausländer« waren bzw. »keinen österreichischen Pass« besaßen (u.a. Wiener Krone 28.5.2018; Standard 29.5.2018, 14.1.2019; Presse 9.5.2018).

Damit problematisiert wurde freilich nicht die im Indikator des Mindestsicherungsbezugs zum Ausdruck kommende (erhöhte) Armutsbetroffenheit besagter sozialer Gruppen. Vielmehr war es die Überrepräsentation selbst, die in dieser Perspektive ein Problem darstellte. Wie etwa das von Vizekanzler Strache gezeichnete Bild von Migrant*innen und Geflüchteten in der BMS, die »nur das Handerl aufhalten« (Standard 2.5.2018) bzw. die »nicht Deutsch lernen und auch keiner Beschäftigung nachgehen wollen« (Presse 11.8.2018), zeigt, wurde der BMS-Bezug im Rahmen der darauf bezogenen Problem-

² Anstatt den medialen Diskurs zur BMS-Reform in seiner Gesamtheit darzustellen (vgl. Griesser/Beyer/Pühringer 2024), wird hier auf die beiden zentralen Frames im dominanten (Regierungs-)Diskurs fokussiert. Zum methodischen Vorgehen siehe detailliert (ebd.).

konstruktion nämlich auf mangelnde ›Arbeits-‹ und ›Integrationswilligkeit‹ zurückgeführt.

Den diskursiven Kern der wohlfahrtschauvinistischen Problemkonstruktion bildete dabei eine Phrase, die bereits als Überschrift des entsprechenden Kapitels im Regierungsprogramm fungierte und wie ein Leitmotiv mit zahlreichen Variationen den gesamten Regierungsdiskurs zum Thema durchzog: ›Stopp der Zuwanderung in den Sozialstaat‹. So wurde etwa konstatiert, die Zuwanderung ins Sozialsystem existiere; es wurde gefordert, sie zu stoppen usw. (u.a. Kurz und/oder Strache in Salzburger Krone 15.3.2019; Standard 18.12.2017; Presse 29.5.2018).

Hinter der Phrase schien eine popularisierte Fassung der (neoklassischen) ›Welfare Magnet Hypothesis‹ zu stehen. Diese auch andernorts sozialhilfopolitisch relevante These (vgl. für die USA etwa Grell 2008: 102) behauptet, Entscheidungen für die Migration bzw. Flucht in bestimmte Zielländer würden ökonomisch-rational nach der Generosität des jeweiligen Wohlfahrtssystems getroffen. Aufgrund ihrer vermeintlichen Generosität stellte im vorliegenden Fall also die BMS einen wesentlichen ›Anreiz‹ dar, nach Österreich zu kommen. So meinte etwa Kurz: »Die Mindestsicherung ist ein Pull-Faktor, der dazu führt, dass Asylwerber gezielt nach Österreich kommen« (Standard 18.12.2017). Und Strache postulierte: »Wir wollen die Anreize, in unser Sozialsystem zu wandern, reduzieren« (Wiener Krone 28.5.2018).³

Als Lösung für das hier skizzierte Problem wurde vorgeschlagen, dass all jene, die nicht als zum ›nationalen Kollektiv‹ gehörend positioniert wurden, zukünftig keinen bzw. nur noch einen eingeschränkten Zugang zu Leistungen aus dem letzten sozialen Netz haben sollten.

Meritokratie:

›Gerechtigkeit für die Leistungsträger‹

Das zweite zentrale Motiv der BMS-Debatte bildete die von der Regierung ausgegebene Formel von der »neuen sozialen Gerechtigkeit« (u.a. Standard 29.5.2018; Wiener Krone 3.2.2018). Bei einer von der FPÖ einberufenen aktuellen Stunde im Nationalrat sprach so etwa Sozialministerin Beate Hartinger-

3 Im Fokus der Debatte um die ›Zuwanderung in den Sozialstaat‹ stand Wien mit seinem vermeintlich besonders generösen BMS-System, das in den Augen von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus daher ein »Mindestsicherungs-Mekka« (Tiroler Krone 17.1.2019) repräsentierte.

Klein (FPÖ) von einem »Schritt zu mehr Fairness und sozialer Gerechtigkeit« (Presse 28.3.2019; Standard 28.3.2019). Und auch Kurz betonte, dass »das heutige System [...] unfair« (Presse 13.5.2018) sei – und die geplanten Kürzungen für Mehrkindfamilien, Asylberechtigte usw. daher »nur gerecht« (Wiener Krone 29.11.2018; Standard 29.11.2018).

Wer war es nun aber, dem oder der durch die Reform ›Gerechtigkeit‹ widerfahren sollte? Diesbezüglich lassen sich zwei Diskurslinien unterscheiden, mit denen zwei Akteursgruppen konstruiert wurden: Einerseits waren es die ›Leistungsträger*innen‹, die durch die BMS ›ungerecht‹ behandelt würden. Konkret ging es etwa um die von Regierungsvertreter*innen aufgerufenen »Handwerker« (Kurz in Standard 15.1.2019), »Elektriker« (Hartinger-Klein in Presse 28.4.2019) oder »Verkäufer« (Kurz in Wiener Krone 29.11.2018), die hart arbeiten und am Ende doch nicht besser dastehen würden als BMS-Bezieher*innen.⁴ Dem implizit war der Vorwurf, die Ausgestaltung der BMS würde das aus der Geschichte liberaler Armenfürsorgekritik bekannte *Less Eligibility*-Prinzip (vgl. Bohlender 2007: 194f./312–314) nicht hinreichend berücksichtigen, demzufolge die Lebenslagen der Bezieher*innen von Fürsorgeleistungen weniger annehmbar (*eligible*) zu gestalten seien als jene von Beschäftigten der niedrigsten Lohnklassen.⁵ Angesichts dieses laut Kurz »absurde[n] System[s]« (Wiener Krone 29.11.2018; Vorarlberger Krone 14.10.2018) gab der Kanzler die Devise aus: »Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein!« (Krone-Bunt 13.5.2018; Standard 30.11.2018; Presse 18.12.2017)

Zugleich wurden BMS-Bezieher*innen dem Generalverdacht eines unrechtmäßigen Leistungsbezugs ausgesetzt, indem unterstellt wurde, dieser basiere auf ›Leistungs-‹ bzw. ›Arbeitsverweigerung‹. Mittels Formulierungen wie »jene Menschen, die tagtäglich aufstehen und arbeiten gehen« (Wöginger in Presse 29.5.2018), oder »alle, die fleißig arbeiten und unser Sozialsystem erhalten« (Kurz in Vorarlberger Krone 13.1.2019), umrissen Vertreter*innen der Regierungsparteien dabei eine Norm, die von unterschiedlichen Figuren

4 Daneben ging es aber auch um ›die Steuerzahler*innen‹. Unter Übertragung der Sozialversicherungslogik auf das System der BMS war so davon die Rede, dass »Personen, die schon länger eingezahlt haben« (Presse 25.4.2018), bessergestellt werden sollten (u.a. Presse 14.3.2018; Standard 10.4.2018).

5 Dies sei v.a. bei Mehrkindfamilien der Fall gewesen, die im Regierungsdiskurs als ›migrantisch‹ markiert wurden (vgl. Hartinger-Klein in Standard 28.3.2019). In polemisch zugesetzter Form mündete dies in dem von Strache vorgetragenen Vorwurf, das Wiener BMS-System stelle ein »Förderprogramm für tschetschenische Großfamilien« (Standard 12.1.2019; Vorarlberger Krone 12.1.2019) dar.

der Abweichung diskursiv umzingelt und zugleich abgegrenzt wurde. So war mit Blick auf BMS-Bezieher*innen etwa von jenen die Rede, »die sich helfen könnten, aber nicht wollen« (Wöginger in Standard 10.7.2018) bzw. »die arbeiten könnten, aber nicht arbeiten wollen« (Hartinger-Klein in Standard 28.3.2019).

Die zweite Gruppe, die durch das BMS-System angeblich ›Ungerechtigkeit‹ erlitt, waren ›die Österreicher‹. Entsprechend schlussfolgerte Hartinger-Klein: »Fremde müssen warten. Es geht um eine klare Besserstellung für unsere Österreicher« (Presse 1.12.2018). Dabei wurde suggeriert, Kürzungen bei ›Fremden‹ würden kausal zu einer Verbesserung ›eigener Bedingungen‹ führen, ohne dafür etwas an niedrigen Löhnen oder schlechten Arbeitsbedingungen ändern zu müssen: »Darum reformieren wir auch die Mindestsicherung und kürzen sie für Migranten. Damit sich Arbeit wieder auszahlt« (Kurz in Krone-Bunt 13.5.2018).

Das deutet darauf hin, dass die beiden differenzierten Akteursgruppen im Diskurs um die von ÖVP-Klubobmann August Wöginger so genannte »neue soziale Gerechtigkeit« (Standard 10.7.2018), nämlich die ›Leistungsträger*innen‹ bzw. ›unsere Österreicher‹, häufig in eins fielen. Dies geschah auf der Basis einer Verschränkung meritokratischer und wohlfahrtschauvinistischer Frames, die durchaus mit Bedacht zu erfolgen schien. Ein anschauliches Beispiel lieferte Kurz: »Es ist ja gerecht, allen, die fleißig arbeiten und unser Sozialsystem erhalten, mehr zu geben als jenen, die zugewandert sind, die Sprache nicht gelernt haben und Mindestsicherung beziehen« (Vorarlberg Krone 13.1.2019).

Schluss

Wie dargelegt wurde, war der spezifische, mit der BMS-Reform verbundene Armutsdiskurs durch zwei zentrale und eng miteinander verknüpfte Frames gekennzeichnet:

Der meritokratische Frame adressierte lohnabhängig Beschäftigte als ›Leistungsträger*innen‹, denen ›Ungerechtigkeit‹ widerfahre. Offen wurde dabei auf die etwa von Rodrik (2018) thematisierten Status- und Abstiegsängste (u.a. niedrige Entlohnung, existenzielle Unsicherheit) referiert. Vergleichbar den ›Vordrängler*innen‹ in der beispielsweise von Hochschild (2018) analysierten Tiefengeschichte waren es aber auch hier die vermeintlichen ›Leistungsverweigerer*innen‹ in Gestalt von BMS-Bezieher*innen, die als

Ursache der Ungerechtigkeit benannt wurden. Gleichzeitig schrumpfte das (neoliberalen) Versprechen auf leistungsvermittelten Aufstieg auf die Aussicht zusammen, dass es anderen noch schlechter gehen werde als einem*r selbst. Immaterielle Entschädigung für die eigenen materiellen Nöte versprach einz-ig die Abgrenzung vom Schicksal, das BMS-Bezieher*innen beispielsweise durch intendierte Leistungskürzungen widerfahren sollte.

Mit dem wohlfahrtschauvinistischen Frame wiederum war nicht bloß der Vorwurf eines auf ›Arbeits-‹ und ›Integrationsverweigerung‹ basierenden BMS-Bezugs gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten verbunden. Es wurde diesen vielmehr unterstellt, überhaupt nur aufgrund der vermeintlichen Generosität der BMS nach Österreich gekommen zu sein. Migration und Flucht erschienen so aufgrund der ihnen zugeschriebenen Belastungen als Bedrohung für den Wohlfahrtsstaat. Zugleich wurde suggeriert, die in Reaktion darauf durchgeführte restriktive Reform des untersten sozialen Netzes treffe ausschließlich ›Fremde‹ (und nicht BMS-Bezieher*innen im Allgemeinen).

Die Verbindung des wohlfahrtschauvinistischen mit dem meritokratischen Frame schließlich diente dazu, die ›Devianz-Figuren‹ aus den beiden Registern – ›Leistungsverweigerung‹ hier, ›Integrationsverweigerung‹ dort – zu Legitimationszwecken miteinander zu verknüpfen. Der*die BMS-Bezieher*in, dem*der unterstellt wurde, nichts leisten zu wollen, wurde so immer wieder als ›(ethnisch) Andere*r‹ markiert, dem*der unterstellt wurde, sich nicht integrieren zu wollen. Damit verbunden war zugleich die Vorstellung, im Bereich staatlicher Sozialpolitik gehe es nicht um ›vertikale‹ Formen der Um-/Verteilung (zwischen ›oben‹ und ›unten‹), sondern lediglich um ›horizontale‹ (z.B. zwischen ›Einheimischen‹ und ›Fremden‹).

Die dargelegte diskursive Rahmung der Reform trug nicht bloß wesentlich zu deren Legitimation, sondern auch zur Schärfung des Profils der ÖVP/FPÖ-Regierung ab 2017 in Österreich bei (vgl. Griesser/Beyer/Pühringer 2024). Mit Blick auf die FPÖ als populistisch-rechtsradikaler Partei überraschte v.a. das wohlfahrtschauvinistische Framing dabei wenig. Mehr schon überraschte, dass die ÖVP unter Sebastian Kurz sich in diesem Zusammenhang programmatisch weitgehend an die FPÖ angepasst hat⁶ und damit die von Mudde (2019: 22) konstatierten Tendenzen des *Mainstreaming* und der Normalisie-

6 Auch der meritokratische Frame kann hier insofern nur bedingt als spezifisch konservativer begriffen werden, als er – wie gezeigt wurde – auf das Engste mit dem wohlfahrtschauvinistischen verknüpft war.

rung von Politiken der populistisch-radikalen Rechten bestätigte (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020: 527).

Gerade vor diesem Hintergrund gilt es, PRR-Parteien und die von ihnen entwickelten Deutungsrahmen als ›Angebotsfaktoren‹ analytisch stärker in den Blick zu nehmen, um deren Bedeutung nicht bloß im Kontext aktueller Armutsdebatten besser ermessen zu können. Offen bleibt dabei u.a. die Frage, was hinter solchen Prozessen des *Mainstreaming* und der Normalisierung durch etablierte Parteien wie der ÖVP steht. Heitmeyer (2018) hat mit seinem Schlagwort von der »rohen Bürgerlichkeit« (ebd.: 87/100–102) – im Sinne zunehmend »autoritäre[r] Haltungen« (ebd.: 310), die sich bei Teilen u.a. der politischen Eliten mit einer »Verachtung schwacher Gruppen [...] oder der Einforderung von Etabliertenvorrechten« (ebd.) verbinden – erste Hinweise für eine Beantwortung dieser Frage geliefert.

Literatur

- Altreiter, Carina et al. (2019): Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft, Wien: Promedia.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban/Bodenstein, Michael (2020): »Punishing the Poor and Fighting ›Immigration into the Social System‹: Welfare Reforms by the Conservative and Far-right Government in Austria 2017–2019«, in: Zeitschrift für Sozialreform 66, S. 525–552.
- Bieling, Hans-Jürgen (2017): »Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa: Umrisse einer gesellschaftstheoretischen Erklärung«, in: WSI Mitteilungen 70, S. 557–565.
- Bohlender, Matthias (2007): Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens. Politische Ökonomie, Polizei und Pauperismus, Weilerwilst: Velbrück Wissenschaft.
- Dörre, Klaus (2023 [2020]): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Eribon, Didier (2016 [2009]): Rückkehr nach Reims, Berlin: Suhrkamp.
- Fink, Marcel/Leibetseder, Bettina (2018): »Die Österreichische Mindestsicherungsreform 2010: Von der Armut- zur Arbeitsmarktpolitik«, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 48, S. 19–36.
- Grand, Peter/Fink, Marcel (2017): Wohlfahrtschauvinismus in Österreich. Eine empirische Analyse des Europäischen Sozialsurveys (ESS), Wien: Institut für Höhere Studien. <https://bmsk2.cms.apa.at/cms/site/attachments/8/2>

- /6/CH3434/CMS1571312136496/ess_bericht_3_wohlfahrtschauvinismus_final.pdf vom 5.5.2020.
- Grell, Britta (2008): *Workfare in den USA. Das Elend der US-amerikanischen Sozialhilfepolitik*, Bielefeld: transcript.
- Griesser, Markus/Beyer, Karl/Pühringer, Stephan (2024): »Für die ›Leistungsträger‹ und ›uns Österreicher‹: Eine Mediendiskursanalyse zu Sozialpolitikreformen der ÖVP/FPÖ-Regierung 2017–2019 in Österreich«, in: *Momentum Quarterly* 13, S. 33–55.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin: Suhrkamp.
- Hochschild, Arlie R. (2018): *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*, La Vergne: The New Press.
- Manow, Philip (2019): *Politische Ökonomie des Populismus*, 2. Aufl., Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2019): *The far right today*, Cambridge: Polity Press.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Pfeil, Walter-Josef (2020): »Zurück zur Sozialhilfe (oder gar zum Heimatrecht)?«, in: Alfred J. Noll/Dominik Öllerer (Hg.), *Hegemonie und Recht*, Wien: Czernin, S. 68–89.
- Rodrik, Dani (2018): »Populism and the political economy of globalization«, in: *Journal of International Business Policy* 1, S. 12–33.

Blicke (wider) gesellschaftlicher Verachtung

Perspektiven Sozialer Arbeit auf ›die Armen‹ zwischen Abwertung und Wertschätzung

Jana Kavermann

Ein abwertender Blick auf arme Menschen ist weit verbreitet, sowohl in Politik, Medien und Alltag als auch in der Sozialen Arbeit. Spaltende Beiträge und Strategien sind beständiger Teil dieser diskursiv erschaffenen Abwertung armer Menschen. Seit Anfang dieses Jahrtausends ist die Abwertung von teils überraschend neuer Missgunst geprägt: In steter Wiederholung wird darauf verwiesen, wie es Arme von einer ›redlichen Mitte‹ zu unterscheiden gelte. Soziale Arbeit war und ist immer Teil dieser Debatten. Entsprechend ist es nicht verwunderlich, wenn sich auch hier mindestens ein Argwohn gegenüber armen Menschen beobachten lässt (vgl. Eberle¹/Kavermann 2023). Fußten jedoch Erklärungsweisen auf Abwertungen, verunmöglicht das, die emanzipatorischen Potenziale Sozialer Arbeit auszuschöpfen und zu realisieren.

Ich möchte aufzeigen, dass die Abwertung sich nicht gänzlich durchsetzen konnte: Es gibt durchaus Analysen von Armut und Zugänge Sozialer Arbeit, die dem abwertenden Blick etwas entgegensetzen. Ich werde im folgenden Beitrag diesen *anderen Blick* darstellen, der als Teil eines Gegendiskurses in der Sozialen Arbeit stark gemacht wird. Entfalten werde ich meine Argumentation anhand von Auszügen einer Untersuchung des kritischen Fachdiskurses zum Thema Klasse, für den ich im Rahmen meiner Dissertation unter anderem die sozialistisch ausgerichtete Zeitschrift *Widersprüche* beforscht habe (vgl. Kavermann i.E.). In der dortigen diskursiven Entgegnung auf den gesellschaftlichen Mainstream gelingt es mittels klassentheoretischer Gesellschaftsanalysen, ein etwaiges *Unten* wertschätzend zu fassen. Ich werde verdeutlichen,

1 Ebenjene hier zitierte Hannah-Maria Eberle ist es auch, der ich für die bereichernden Anmerkungen zu diesem Artikel herzlich danke.

wie sich der untersuchte Fachdiskurs den verbreiteten, abwertenden Ansichten mit einem Fokus auf die gesellschaftlich produzierten Ausschließungen entgegensemmt – und damit einen anderen Blick Sozialer Arbeit stark macht. Dieser Blick setzt bereichernde Akzente: Eine so verstandene Soziale Arbeit vermag es, sich explizit von den abwertenden Einordnungen und Zuschreibungen zu lösen und öffnet den Blick auf die Leute *unten*. Damit bietet diese Perspektive über die Soziale Arbeit hinaus bereichernde Anknüpfungspunkte für Analysen von Armut.

Zur Unterscheidung von Unter und Unten

Seit Mitte der 2000er Jahre setzen sich neosoziale Ansichten durch, die Leute für ihre Position in der Sozialstruktur selbst verantwortlich machen: Es gehöre zum Mainstream, armen Menschen zuzuschreiben, es sich in einer »Kultur der Armut« gemütlich gemacht zu haben und einer »Armut an Kultur« verfallen zu sein (Klein/Landhäuser/Ziegler 2005). Die von mir analysierten Beiträge der *Widersprüche* setzen sich dem allesamt entgegen. Sie stellen auf verschiedenen Ebenen dar, dass es sich von der Beschreibung einer »neuen Unterschicht«, wie sie insbesondere von Paul Nolte für den deutschsprachigen Diskurs im Rahmen »neuer Klassentheorien« geprägt wurde, abzugrenzen gelte (vgl. Kessl 2005). Angemerkt wird, dass es empirisch keine solche »neue Unterschicht« gebe und die Beschreibungen aus der US-amerikanischen Debatte über die »underclass« übernommen seien. Mit der Übernahme und Verbreitung dieser abwertenden Ansichten würde das sozialstaatlich verfasste Verhältnis weg von Fürsorgelogiken hin zu Sicherungslogiken verschoben, was das gesellschaftlich Verheerende dieser Redeweisen sei (vgl. Kessl 2005: 38).

Die unterschiedlichen Blicke auf Armut lassen sich über die genutzten Bezeichnungen veranschaulichen. In einer vermeintlich kleinen begrifflichen Nuance zwischen ›unter‹ und ›unten‹ kann ich anhand meiner Analyse einen wirkmächtigen theoretischen Unterschied in der Betrachtung von Lebensweisen verdeutlichen. Die Vorsilbe »Unter-« wird im kritischen Diskurs als das »auszeichnende Merkmal« (Wagner 2009: 29) der Debatten um die »neue Unterschicht« analysiert. Der Begriff sei ein politischer, der »eine bestenfalls irreführende, in der Regel jedoch eine gefährliche Verschleierung der gesellschaftlichen Realität von Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen zum Ausdruck« (Klein/Landhäuser/Ziegler 2005: 62) bringe. Er basiere »weniger auf einer Analyse realer Probleme von Deprivation und Unterdrückung, son-

dern auf klassischen Stereotypen bürgerlicher Abwertung« (ebd.). Es gehe dem Mainstreamdiskurs einerseits um eine Marginalisierung bestimmter Gruppen wie auch ausdrücklich um »politische Einmischungsstrategien« (Kessl 2008: 63) in dem Feld. Es wird also von einem vermeintlichen ›Oben‹ geschaut und geurteilt, ob das Verhalten armer Menschen eher richtig oder eher falsch ist. Normativ ist im Mainstream insbesondere gesetzt, dass es eine Entscheidung sei, sich in diesem *Unter* aufzuhalten. Diese Entscheidung sei eine individuell getroffene, die sich durch mangelndes Engagement und fehlende Aktivierung ausdrückt. Das basiert auf einem neoliberalen Verständnis im Mainstream, dass Ungleichheit begrüßenswert sei und den Antrieb der Gesellschaft bilde. Diese abwertenden Diskurspositionen werden als besonders machtvoll in ihren herrschaftserhaltenden Auswirkungen bewertet. Dem wird sich entgegengesetzt: Die erfolgten Diskursverschiebungen werden kritisiert, da Armut nicht mehr als Resultat von Sozialstruktur, sondern als soziales Problem beschrieben werde (vgl. Cremer-Schäfer 2004).

Im kritischen Fachdiskurs der *Widersprüche* stoßen dem *Unter* zugrundeliegende Vorstellungen gemeinhin auf Ablehnung, sie werden aufgezeigt, argumentativ dekonstruiert und ad acta gelegt – soweit das möglich ist. Dem wird im analysierten Diskurs von verschiedenen Autor*innen ein sozialstrukturelles *Unten* entgegengesetzt. Dies ist als Versuch einer zunächst objektiven Deskription von Klassenverhältnissen in einer vertikalen Ordnung gesellschaftlicher Zustände zu interpretieren, ohne eine damit einhergehende Abwertung vorzunehmen. Diesem Vorgehen ist ein wertschätzender, vorsichtiger Blick auf Zusammenhänge eigen – der Fokus liegt auf dem Verstehen der gesellschaftlichen Position und ihrer Ursachen. In den eigenen Betrachtungen wird folglich ein analytischer Blick auf die Situation *unten* geworfen und beispielsweise die Bedeutung der Reichtumsentwicklung für die »entsprechenden Armutsentwicklungen im unteren Drittel der Gesellschaft« berücksichtigt, die »recht systematisch durch staatliche Umverteilungspolitik forciert« (von Freyberg 1997: 180f.) worden seien: Der Gegenpart des *Unten* ist anders als bei *Unter* kein normatives Oben, keine Gruppe, die es besser weiß oder zu urteilen gedenkt. In der Darstellung dieses *Unten* wird hingegen die vertikale Struktur ökonomischer Verteilung betont.

Der Abwertung der Armen »von unten« entgegen

Mit dem Begriff *unten* wird ausgedrückt, dass es unterschiedliche gesellschaftliche Positionen gibt, diese aber nicht in unmittelbarer Verknüpfung zu einer ›besseren‹ oder ›schlechteren‹ Kultur stehen oder es Ansichten der Leute *unten* per se zu kritisieren gelte. Theoretisch geschieht das mitunter in Anlehnung an E.P. Thompsons Perspektive »from below« und dockt damit an klassenanalytische Deutungen der Ausschließung an. Das lenkt die Aufmerksamkeit eben nicht auf die Position einer einzelnen Person, sondern auf einen »ökonomischen, politischen, soziale[n] Prozess« (Cremer-Schäfer 2008: 162) und führt zu einem anderen Blick. Der aus den Entwicklungen des Mainstreams resultierenden moralisierenden Haltung gegenüber Armen (vgl. Kunstreich 2005; Kessl 2005) wird damit begegnet: Die Perspektive »from below« wird stark gemacht, um jene Leute *unten* und ihren Alltag zur Grundlage zu machen und von dort die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen. Das knüpft an die Ansichten von Thompson insofern an, als er »die Geschichte und Entstehung der Klassenverhältnisse nicht als Geschichte ›of below‹ zu schreiben beabsichtigte, sondern an der Perspektive ›from below‹ interessiert war« (Cremer-Schäfer 2005: 63). Thompson, der das »Making« von Klasse fokussierte, wird im kritischen Fachdiskurs für die Fundierung eines politischen und pädagogischen Vorgehens Sozialer Arbeit genutzt. Als Ziel dieser Perspektive kann ein Verstehen der gesellschaftlichen Bedingtheit der Klassenverhältnisse angesehen werden, das sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen auf bestimmte Gruppen beachtet. Hierbei werden die Erfahrungen der Leute *unten* in den Mittelpunkt gestellt; ihre Alltagsgeschichten sind der Ausgangspunkt der Erkenntnis einer solchen Vorgangsweise Sozialer Arbeit. Hervorgehoben wird dabei das Potenzial eines Handelns »von unten«, wodurch es beispielsweise einen »von unten erstrittenen Gesellschaftsvertrag« mit »einem materiellen Kompromiß der gesellschaftlichen Klassen« (Röttger 1997: 14f.) gegeben habe. Die Perspektive wird entsprechend mit dem »alltäglichen Kampf gegen soziale Ausschließung« (Cremer-Schäfer 2005: 63) verknüpft. Der Fachdiskurs fokussiert an dieser Stelle auf Strategien des Alltags *unten* und die Möglichkeiten einer Ermächtigung mithilfe Sozialer Arbeit. Diese vom Mainstream divergierende Ausrichtung wird beispielsweise deutlich, wenn im Fachdiskurs über die Zuständigkeiten Sozialer Arbeit gesprochen wird. Doch auch ohne den konkreten Bezug auf die Perspektive »von unten« gelingt es über die klassenanalytische Herangehensweise, dass die Menschen *unten* eine Betrachtung erfahren, die Ressourcen herausstellt und Strategien der Alltagsbewältigung betont.

Den Fokus weg vom Verhalten und hin auf die Situationen *unten* zu bewegen, stellt eine Möglichkeit dar, einen wertschätzenden Blick auf »die Armen« zu etablieren.

Auswirkungen des Zugangs »von unten« auf Zuständigkeiten Sozialer Arbeit

Eine Soziale Arbeit, die sich über Analysen des *Unten* verortet, bezieht sich auf andere Ausgangspunkte als eine, die einem neoliberal argumentierten abwertenden Blick auf Arme folgt. Unabhängig davon, ob sich explizit auf die Perspektive »von unten« bezogen wird, rücken die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Fokus. Solch klassenanalytische Zugänge wirken sich entsprechend auf die Konstruktion von Zuständigkeiten Sozialer Arbeit aus, da sie den Kontext eines notwendig gewordenen Unterstützungsbedarfs konsequent einbeziehen.

Soziale Arbeit könne man, so eine der frühen Bestimmungen in der untersuchten Zeitschrift *Widersprüche* »als Überlebenshilfe im Armutsghetto bezeichnen, als Überlebenstraining unter gesellschaftlich unterdurchschnittlichen Reproduktionsbedingungen« (Sorg 1988: 20). Diejenigen, die mit Sozialer Arbeit in Berührung kommen, werden darüber gefasst, dass sie qua gesellschaftlicher Position auf diese »Überlebenshilfe« angewiesen sind. Der Kern des Kontrastes ist: Diese Hilfebedürftigkeit wird nicht auf individuelles Fehlverhalten zurückgeführt oder bestimmten Gruppen vorgehalten, sondern im Kontext der gesellschaftlichen Bedingungen gesehen. Eine Adressierung erfolgt über die Klassenzugehörigkeit – und nicht über Unterstellungen einer vermeintlichen kulturellen Verkommenheit. Dies wird in einem Artikel der *Widersprüche* am Beispiel von Frauen konkretisiert, die erst durch die Mutterschaft auf Hilfe angewiesen sind: Die Hilfebedürftigkeit liege nicht an der Mutterschaft als solcher, sondern an den Strukturen, da »gerade in der Bundesrepublik Kinder zu bekommen für Frauen aus der Arbeiterklasse ein erhebliches Armutsrisiko darstellt« (Klein/Landhäußer/Ziegler 2005: 68). Dafür seien jedoch »sicher nicht die Frauen verantwortlich zu machen« (ebd.). Über diesen Zugang wird der gesellschaftliche Charakter von Hilfebedürftigkeit und Armut in den Mittelpunkt der Zuständigkeiten Sozialer Arbeit gestellt.

Will Soziale Arbeit vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Analyse »von unten« ermächtigend tätig werden, ist in der Folge fraglich, auf

welcher Ebene Soziale Arbeit agieren und wie sie die klassentheoretischen Perspektiven in ihr Handlungsrepertoire einweben kann. Dabei wird Gemeinwesenarbeit als wichtiger methodischer Bezug gehandelt, wenn es um die Vermeidung einer individualisierenden Einzelfallhilfe geht (vgl. Sorg 1988; Klein/Landhäuser/Ziegler 2005). Das interpretiere ich als ein Anliegen, der gesellschaftlichen Verfasstheit des Gegenstands gerecht zu werden. Die Arbeit am Gemeinwesen wird dabei nicht als Allheilmittel für alle Probleme, die auf die kapitalistische Organisierung der Gesellschaft zurückzuführen sind, oder als Lösung der Klassenfrage verstanden. Grenzen dieser methodischen Herangehensweise werden erkannt, entsprechend wird die Notwendigkeit einer politischen Stoßrichtung unterstrichen. Dies aufgreifend, wird Soziale Arbeit von der Redaktion der Zeitschrift *Widersprüche* als eine »Arbeit am Sozialen« entworfen, die sich über die politische Orientierung »von ihrer Fixierung auf das Defizit, das Problem befreien« (*Widersprüche*-Redaktion 1997: 207) kann. Betont wird in der Frage nach sozialarbeiterischen Zugängen, die sich des klassentheoretischen Blicks bedienen, insbesondere die wichtige Anerkennung des Mangels materieller Ressourcen, die im Mainstream in der Fokussierung auf die vermeintliche Kultur ausgebendet wird. Diese kritisierte aktuelle Ausrichtung klassischer Sozialer Arbeit würde damit die Probleme individualisieren, jedoch nicht die wahren Ursachen bearbeiten oder bekämpfen. Darin zeigt sich die Komplexität, vor die sich sozialarbeiterische Interventionen aus klassenanalytischer Perspektive gestellt sehen: Es wird zwar anerkannt, für Individuen und ihre jeweiligen Bedarfe zuständig zu sein – gleichwohl ist es der einhelligen Überzeugung des kritischen Fachdiskurses nach nicht das Individuum allein, an dem angesetzt werden sollte.

Bestimmungspunkte einer klassenanalytisch-fundierten Sozialen Arbeit

Aus den klassenanalytisch gefassten Zuständigkeiten ergibt sich neben den methodischen Fragen auch eine grundsätzlich andere Herangehensweise – der Blick richtet sich auf die Rolle der Sozialen Arbeit und der Sozialarbeitenden. Ständiges Projekt kritischer Sozialer Arbeit sei es, sich als »nichtunterdrückende« Soziale Arbeit zu entwerfen: Soziale Arbeit habe eine »Rolle als Vermittlerin zu den in der Herrschaftsstruktur schwächsten Gesellschaftsmitgliedern« (*Widersprüche*-Redaktion 2006: 210). In den Betrachtun-

gen wird aufgezeigt, dass Soziale Arbeit unweigerlich auch als verlängerter Arm des Staates agiere. Neben aller Kritik an den damit zusammenhängenden Repressionen, wirke das nicht per se zum Nachteil der gesellschaftlich weniger Privilegierten. Über staatliche »Zugeständnisse«, die über die Soziale Arbeit vermittelt werden, kommen der beherrschten Klasse, und damit den Leuten *unten*, durchaus »reale Verbesserungen« (Wagner 2011: 100) zu, grundsätzliche Ungleichheiten bleiben jedoch bestehen. Eine Frage, die sich »klassentheoretisch stellt«, sei, ob Sozialarbeitende den »zu ihren Adressaten inhärenten sozialen Abstand [...] einer kritischen Reflexion zuführen, und damit auch daran zu arbeiten, ihn zu überwinden« (ebd.). Diese Frage nach der Ausrichtung Sozialer Arbeit sei »historisch stets aufs Neue« zu stellen und damit zu reflektieren, ob Sozialarbeitende »ihre Adressaten in ihren alltäglichen Klassifikations- bzw. Klassenkämpfen (bewusst oder unbewusst) als ›Alliierte‹ oder als ›Andere‹« (ebd.) begreifen. Mit der offenbleibenden Frage, ob Sozialarbeitende in Klassenkämpfen die Leute *unten* unterstützen oder nicht, wird der verbreiteten These, Soziale Arbeit gehöre per se zu den »Guten« eine kategorische Absage erteilt. Im untersuchten Diskurs wird wiederholt ein zweifelnder Blick auf bestehende Soziale Arbeit ausgedrückt. In der eigenen Rollenklärung wird entsprechend darauf Wert gelegt, sich im Sinne der Perspektive »von unten« mit einer kritischen Ausgestaltung von Entwürfen Sozialer Arbeit als Verbündete der Beherrschten zu sehen. Darin liegt die Perspektive begründet, mit der Sozialarbeitende dann auf Armut und Betroffene blicken. Die eigentliche Vorstellung einer Sozialen Arbeit »von unten« wird theoretisch damit ausdrücklich befördert – fraglich bleibt innerhalb des Fachdiskurses aber, wie sich dieser Auftrag in den bestehenden Strukturen und in Kenntnis der regulativen Positioniertheit klassischer Sozialer Arbeit zufriedenstellend durchsetzen ließe. Mit der Politisierung Sozialer Arbeit, so die Hoffnung, sei eine »Gegenströmung« (Widersprüche-Redaktion 1988: 2) zu erreichen. Aufgabe sei es beispielsweise, so wird es im untersuchten Fachdiskurs herausgestellt, Herrschaft radikal zu durchschauen und mit sozialistischen Positionen zu begegnen (vgl. Röttger 1997: 22).

Als ein Teilaспект der Ergebnisse meiner Analyse kann ich zudem herausstellen, dass die persönliche Auseinandersetzung mit der eigenen Positionierung der Schreibenden heraussticht. In dieser Positionierung wird von den Autor*innen der Anspruch geäußert, gesellschaftliche Zusammenhänge verstehen und auch an der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie ihrer Erscheinungsformen mitwirken zu wollen. Gemäß den wiederholten Äußerungen im untersuchten Fachdiskurs der *Widersprüche* gilt es entsprechend,

die eigene gesellschaftliche Position zu reflektieren und zu festigen, um ›sinnvolle‹ Soziale Arbeit leisten zu können. Dieses Reflexionsbestreben sehe ich als einen wichtigen Zugang zur Perspektiverweiterung, die den dargestellten ›anderen Blick‹ ermöglicht. Darüber hinaus verdeutlicht es, dass die Autor*innen die Aufgabe der steten Rollenklärung nicht auslagern – sie selbst sind Teil dieses beständigen Projekts der kritisch-reflexiven Herangehensweise Sozialer Arbeit.

Blick »von unten« als Grundlage befreiender Alternativen

Anknüpfend an die hier nur in Auszügen vorgestellten Analysen des kritischen Fachdiskurses, mache ich – in Bezug auf die Positionen der untersuchten Artikel – den Blick bzw. die Perspektive »von unten« als Grundlage befreiender Alternativen stark. Das reflexive Moment lässt sich zum einen für die Soziale Arbeit herausarbeiten, aber auch weit umfangreicher im Hinblick auf andere Diskurse um Armut fassen: Auf die individualisierenden und abwertenden Beschreibungen eines *Unter* lassen sich keine befreienden Alternativen aufbauen. Es braucht die Analyse des *Unten*, die es in eine reflexive Perspektive einzubetten gilt. Mit der Perspektive »von unten« werden sowohl die gesellschaftlichen Klassenstrukturen, die zu Armut führen, als auch die armen Leute selbst in den Blick genommen. Nur so, heißt es im untersuchten Diskurs, könne es »persönliche und kollektive Befreiung geben«, in diesem übergreifenden Verständnis der Perspektive »gibt es den Kampf um Abbau von Herrschaft und Ungleichheit, wenn nötig den revolutionären Sturz der herrschenden Klasse, und den radikalen Umbau der Gesellschaft« (Steinert 2004: 197 zit.n. Klein/Landhäuser/Ziegler 2005: 46). Eine Reflexion, die auf eine revitalisierte Klassenperspektive fuße, könne helfen, Soziale Arbeit nicht zur Legitimierung von Klassengrenzen auszuweiten (vgl. Wagner 2011: 100f.). In Abgrenzung vom Mainstream wird über die Klassenanalyse der Horizont für eine Suchbewegung geöffnet, die sich gegen Individualisierungen und Abwertungen positioniert und für den Blick auf den Alltag derer eintritt, mit denen Sozialarbeitende tätig sind.

Herausstellen möchte ich abschließend noch einmal die Bedeutsamkeit eines Blicks auf »die Armen«, der sich für die Situation *unten* interessiert. Aufbauen soll diese Perspektive insbesondere auf theoretisch fundierten, befreienden Alternativen, die gesellschaftliche, kapitalistische Verhältnisse nach materialistischen Gegebenheiten hinterfragen – und dem verbreiteten

abwertenden Blick etwas entgegensetzen. In dieser hier herausgestellten Perspektive dient die Betonung sozialstruktureller Vertikalität der Stärkung der kritischen Position, sie ermöglicht den Klassenkampf. Das setzt einen Impuls gegen das Unsichtbar-Machen und Nichtverstehen-Wollen von alltäglichen Strategien und fokussiert die Anerkennung der eigensinnigen Alltagsbewältigung, auch als Konfliktbearbeitung (vgl. Bareis 2020). Sich dieser Perspektive zu öffnen, verändert das Armutverständnis – nicht nur der Sozialarbeiter*innen – und führt zu einem Blick, der sich von gesellschaftlicher Verachtung zu lösen vermag und Arme als das in den Blick nimmt, was sie sind: Menschen. Hiervon ausgehend kann das befreiende Moment der Perspektive »von unten« seine Wirkung entfalten.

Literatur

Zitierte Literatur

- Bareis, Ellen (2020): »Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie. Die Perspektive from below«, in: Die Armutskonferenz (Hg.), Stimmen gegen Armut: Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden, Norderstedt: BoD, S. 27–28.
- Cremer-Schäfer, Helga (2008): »Situationen sozialer Ausschließung und ihre Bewältigung durch die Subjekte«, in: Roland Anhorn/Frank Bettinger/Johannes Stehr (Hg.), Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit, Wiesbaden: VS Verlag, S. 161–178.
- Eberle, Hannah-Maria/Kavermann, Jana (2023): »Vom Argwohn gegen ›die Armen‹. Plädoyer gegen falsche Kausalitäten von Diskriminierung und Armut und für einen neugierigen Blick auf Strategien der alltäglichen Armutsbewältigung«, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 237/238, S. 89–99.
- Kavermann, Jana (2025, i.E.): Vom Klassenkampf zum Kampf um Klasse. Klasse im kritischen Fachdiskurs Sozialer Arbeit, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Thompson, Edward P. (2021): »Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse«, in: Mario Candeias (Hg.), Klassentheorie. Vom Making zum Remaking, Erstveröffentlichung 1963, Hamburg: Argument Verlag, S. 125–239.

Quellenmaterial

- Cremer-Schäfer, Helga (2004): »Wenn Kinder keine klasse Familie haben. Anmerkungen zur ›Entfamilialisierung‹ durch Sozialberichterstattung über ›Kinderarmut‹«, in: Widersprüche 92, S. 61–72.
- Cremer-Schäfer, Helga (2005). »Not macht erfinderisch: Zu der Schwierigkeit aus der Moral der alltäglichen Kämpfe um Teilhabe etwas über die Umrisse einer Politik des Sozialen zu lernen«, in: Widersprüche 99, S. 51–65.
- Freyberg, Thomas von (1997): »Die inszenierte Krise des Sozialstaats – Ein Angriff auf den demokratischen Prozeß«, in: Widersprüche 66, S. 179–187.
- Kessl, Fabian (2005): »Das wahre Elend? Zur Rede von der ›neuen Unterschicht«, in: Widersprüche 98, S. 29–42.
- Kessl, Fabian (2008): »Real ist real und ist nicht real.« Notate zu aktuellen Konjunkturen eines kritischen Realismus«, in: Widersprüche 108, S. 53–69.
- Klein, Alex/Landhäußer, Sandra/Ziegler, Holger (2005): »The Salient Injuries of Class: Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheiten«, in: Widersprüche 98, S. 45–74.
- Kunstreich, Timm (2005): »MARKT MACHT MORAL – zur moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit«, in: Widersprüche 99, S. 7–22.
- Röttger, Bernd (1997): »Rückkehr zum sozialen Kapitalismus? Die herrschaftliche Inszenierung klassenförmiger Ungleichheit im Neoliberalismus«, in: Widersprüche 66, S. 7–24.
- Sorg, Richard (1988): »Soziale Arbeit und Erziehung in einer gesellschaftlichen Umbruchperiode«, in: Widersprüche 28, S. 15–26.
- Wagner, Thomas (2009): »Gibt es eine ›neue‹ Unterschicht? Ein Beitrag gegen Entsolidarisierung«, in: Widersprüche 111, S. 29–47.
- Wagner, Thomas (2011): »Zur (sozialen) Arbeit an Klassenverhältnissen. Ein Beitrag zur Wiedereinführung von Klassenperspektiven in die Soziale Arbeit«, in: Widersprüche 112, S. 81–107.
- Widersprüche-Redaktion (1988): »Zu diesem Heft: Soziale Arbeit – Akteurinnen und Instanzen«, in: Widersprüche 28.
- Widersprüche-Redaktion (1997): »Zum Stand der Diskussion um eine Politik des Sozialen«, in: Widersprüche 66, S. 199–219.
- Widersprüche-Redaktion (2006): »Aus Anlass des Heftes 100. Ein Blick auf einige methodologische und theoretische Widersprüche in der Redaktion«, in: Widersprüche 100, S. 209–222.

Mediale Inszenierungen von Armut

»Sie arbeiten nicht, sie waschen sich nicht, sie tun überhaupt nichts«

Die Gammler-Debatte in Westdeutschland 1965–1968

Sebastian Friedrich

Das Stereotyp des »faulen Arbeitslosen« trat im Jahr 1975 auf die mediale Bühne (Oschmiansky/Kull/Schmid 2001). Seither prägt die Verschränkung von Erwerbslosigkeit und zugeschriebener Leistungsunwilligkeit Debatten um Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik (vgl. Kaufmann 2013; Kessl/Reutlinger/Ziegler 2007; Uske 1995). Erwerbslose gelten als »faul, frech, dreist«, als Menschen, die anderen auf der Tasche liegen und dadurch unsozial handeln (Baron/Steinwachs 2012). Bei der Suche nach direkten Diskursvorläufern des »faulen Arbeitslosen« stellt sich heraus, dass Faulheit in Bezug auf Arbeitslosigkeit vor 1975 im westdeutschen Kontext kaum diskutiert wurde. Aussagen zu Leistungsbereitschaft finden sich in den 1950er- und 1960er-Jahren aber in anderen Debatten. Allen voran ist hier die Diskussion um sogenannte Gammler zu nennen, die Mitte der 1960er-Jahre für Aufsehen gesorgt haben.

»Gammler« ist sowohl eine Fremdzuschreibung als auch eine Eigenbezeichnung (Gotthardt 2012: 19). In den 1960er-Jahren wurden vor allem junge Männer, seltener Frauen, mit langen Haaren und in ausgefransten Hosen als Gammler bezeichnet, vor allem dann, wenn sie an Orten wie der Gedächtniskirche in West-Berlin, an der Hauptwache in Frankfurt a.M., am Monopteros im Englischen Garten in München den ganzen Tag vor allem eines taten: nichts. Die Gruppe, vom Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* als »langsamste Jugendbewegung der Welt« bezeichnet (Spiegel, 19.9.1966), galt Teilen der Bevölkerung, Künstler*innen und Politiker*innen als problematisch. Nachdem im Jahr 1965 Gammler vermehrt auf öffentlichen Plätzen von Städten aufkamen, entwickelte sich 1966 »die Debatte um die Gammler zu einem regelrechten Kulturmampf um die Verbindlichkeit gesellschaftlicher Normen aus« (Siegfried 2006: 401).

Warum stellten die Gammler damals ein derartiges Problem dar, und warum provozierte ihr Verhalten entsprechende Reaktionen? Welche Verbindungen gibt es zwischen der Subjektposition des Gammlers und dem danach im Diskurs prominent werdenden Stereotyp des ›faulen Arbeitslosen‹? Zur Beantwortung dieser Fragen wird in diesem Beitrag auf eine Studie zurückgegriffen, die die Problematisierung¹ der Gammler in BILD, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Süddeutsche Zeitung (SZ) und im Spiegel diskurs- und normalismusanalytisch ausgewertet hat (vgl. Friedrich i.B.). Zunächst werden der Verlauf der Debatte in den 1960er-Jahren kurz dargestellt und die wichtigsten Diskursverschränkungen genannt. Am Beispiel der Unterscheidung zwischen echten und unechten Gammlern wird argumentiert, dass der Leistungsdiskurs im Zentrum der Debatte um Gammler steht, bevor diese Problematisierung der angenommen Leistungsunwilligkeit analysiert wird. Abschließend wird anhand der Untersuchung über das Fortleben der Subjektposition des Gammlers gefragt, in welcher Weise Gammler nach der Debatte in den 1960er-Jahren Eingang in den Interdiskurs gefunden haben.

Die Gammler-Debatte zwischen 1965 und 1968

Der Begriff des Gammlers taucht im Diskurs vermehrt ab 1965 auf. Im Mittelpunkt der medialen Auseinandersetzung im Frühjahr und Sommer 1965 steht das Aufkommen der Gammler an bestimmten Orten in einigen westdeutschen Städten. Einen Schwerpunkt bilden München, Frankfurt a.M. und Berlin. Es handelt sich dabei um einen lokal begrenzten Diskurs, denn abgesehen von einer Glosse erschienen die Berichte, Reportagen, Kommentare und Leserbriefe zu Gammlern in den Regionalteilen der untersuchten Publikationen. In den Beiträgen versuchen die Autor*innen, Gammler und das Gammlerphänomen zu beschreiben und fragen, wer gammelt, was die Gammler den ganzen Tag machen und warum sie das tun.

¹ Angelehnt an Foucault (1996), Lemke (1997) und Klöppel (2005) untersucht eine Analyse der Problematisierungsweisen ausgehend von krisenhaften Situationen, Ereignissen und ökonomischen, gesellschaftlichen und historischen Kontexten die Konstruktion von und den Umgang mit Problemen. Wer Problematisierungsweisen in den Blick nehmen will, fokussiert auf die Fragen, wie und warum ein Problem konstruiert und erklärt wird und welche Bearbeitungsweisen herangezogen werden (vgl. Friedrich 2024).

Der Höhepunkt der Debatte findet im Jahr 1966 statt: Nachdem das Gammel-Thema aus dem Diskurs-Winterschlaf zurückkehrt, wird wieder über den angemessenen Umgang mit ihnen diskutiert. Dabei geht es etwa um ein »Anti-Gammel-Gesetz« in Frankreich, das ausländischen Gammlern die Einreise verbieten soll, um die Einführung einer Gammlerkartei in Frankfurt a.M. und um eine Aussage von Ludwig Erhard. Der damalige Bundeskanzler der Union unterstützte seine Partei im Wahlkampf bei der bundespolitisch wichtigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und soll bei einer Wahlkundgebung mit Blick auf Gammler gesagt haben: »Solange ich regiere, werde ich alles tun, um dieses Unwesen zu zerstören« (FAZ, 27.6.1966). Diese Aussage wird in der Folgezeit oft zitiert. Erhards Äußerung führt zu einer verstärkten Thematisierung auch im Kulturbereich. So erscheint im Herbst etwa Freddy Quinns berüchtigter Anti-Gammler-Song »Wir«, in dem es heißt: »Wer will nicht mit Gammlern verwechselt werden? Wir! Wer sorgt sich um den Frieden auf Erden? Wir! Ihr lungert herum in Parks und Gassen, wer kann eure sinnlose Faulheit nicht fassen? Wir! Wir! Wir!«.

Ein Schwerpunkt der Berichterstattung im Jahr 1967 erneuert die Suche nach einem sinnvollen Umgang mit den Gammlern, wobei im Gegensatz zu den Debatten der Jahre stärker der Vollzug thematisiert wird: Es wird über Städte berichtet, in denen die Verwaltung repressiv gegen Gammler vorgeht – in Hannover, Frankfurt a.M. und Hamburg etwa –, was im Sommer 1967 verschiedene Publikationen aufgreifen. Im Jahr 1968 erscheinen deutlich weniger Artikel, in denen Gammler thematisiert werden, als in den beiden zurückliegenden Jahren, was auf eine Gewöhnung an das zuvor vergleichsweise neue Phänomen hindeutet.

Die Debatte um Gammler greift verschiedene medial vermittelte gesellschaftliche Diskurse auf. So sind Diskursverschränkungen feststellbar mit dem Kriminalitätsdiskurs, wenn es etwa um Tatverdächtige geht, die als Gammler beschrieben werden; mit dem Genderdiskurs, wenn es über junge Frauen berichtet wird, die sich den Gammlern anschließen; mit dem Diskurs über revoltierende Jugendliche und später zur Studierendenbewegung, wenn etwa protestierende Student*innen behandelt werden; mit dem Drogendiskurs, wenn Drogenkonsument*innen den Gammlern zugerechnet werden; mit dem Diskurs über die Entwicklung der Jugend, wenn aus dem Gammlerphänomen Rückschlüsse über Tendenzen der Jugend im Allgemeinen gezogen werden. Diskurse um Armut spielen allenfalls eine Nebenrolle, vorrangig bei der Verschränkung mit dem Kriminalitätsdiskurs, wenn von jungen Tatverdächtigen oder vor Gericht Angeklagten berichtet wird, deren Biografien auf

eine Herkunft aus prekären Verhältnissen hindeuten. Zentral für die Debatte ist aber der Diskurs um Lohnarbeit und Leistung bzw. Leistungsbereitschaft. Das zeigt exemplarisch eine Analyse der Differenzierung zwischen den als so positionierten echten, wahren und unechten, falschen Gammlern.

Unterscheidung zwischen echten und unechten Gammlern

Alle untersuchten Publikationen greifen die Subjektposition des »echte[n] Gammler[s]« (FAZ, 23.2.1966; FAZ, 19.12.1966) bzw. das »echte Gammeln« (SZ, 4.11.1966) und »die wahren Gammler« auf (FAZ, 7.8.1965). Das Bild, das sich von Gammlern formt, bleibt im Kontext der Benennung »echter« Gammler unscharf. Eine präzisere Bestimmung findet sich in der Auseinandersetzung mit den »falschen« Gammlern. Diese Subjektposition umfasst zwei Gruppen: zum einen den vermeintlichen Gammler, der aufgrund seiner äußereren Erscheinung fälschlicherweise für einen Gammler gehalten wird, obwohl er tatsächlich wohlhabend ist (Bild, 29.11.1966); zum anderen der Mitläufer, der als »Mitgammler« (FAZ, 7.8.1965; FAZ, 27.9.1966; Spiegel, 26.2.1968) und »Nachahmer« (FAZ, 13.11.1965; FAZ, 21.11.1966) bezeichnet wird. Die Mitläufer nähmen Elemente des Gammlerlebens vereinzelt auf, sie würden gelegentlich »Marihuana naschen« und am Wochenende »gammeln«, um dann wieder ihre bürgerliche Existenz anzunehmen – »montags hängen sie die pittoreske Zottelperücke wieder in den Schrank« (Spiegel, 2.10.1967).

Ab 1966 werden diese »unechten« Gammler zunehmend durch die Subjektpositionen ersetzt, die nur zu spezifischen Zeiten gammeln. »Sie tun das in der lokalen maßvollen Art, sind keine Profis sondern Freizeit-Gammler« (FAZ, 31.5.1967). Neben »Freizeit-Gammlern« (ebd.) gibt es eine Vielzahl weiterer Bezeichnungen für Personen, die nicht durchgehend gammeln, wie etwa »Gelegenheitsgammler« (FAZ, 26.6.1967) und »Auch-Gammler«, die tagsüber einem geregelten Beruf nachgehen (FAZ, 12.02.1966).

Daraus lässt sich ableiten: Echter Gammler ist, wer dauerhaft ein Gammlerleben führt. Zentrales Kriterium, um zwischen einem echten Gammler und den verschiedenen Abstufungen unechter oder vorübergehender Gammler zu unterscheiden, ist das jeweilige Verhältnis zu Lohnarbeit, wie ein in der FAZ zitiertes Bericht des bayerischen Innenministeriums illustriert.

»Während es Gammler gebe, die man als arbeitsscheu bezeichnen könne, existiere auch der Typ des arbeitsamen und fleißigen Jugendlichen und Stu-

denten, der sich nur in der Freizeit als Gammler gebärde und in öffentlichen Anlagen abends oder nachts Trinkgelage veranstalte.« (FAZ, 23.7.1966)

Ein verwandter Typ des hier aufgerufenen Freizeitgammlers ist die des Wochenendgammelers, beschrieben durch einen 17-jährigen Autoschlosser: »Freitagabend werde ich ein anderer Mensch. Ich treffe mich mit den Typen hier. Wir feiern Feste, wie wir sie wollen. Wir spielen mal ein bisschen verrückt« (Spiegel, 19.9.1966). Während der Woche folgt der junge Mann den gesellschaftlichen Konventionen, am Wochenende schlüpft er in eine alternative Identität, die ihm erlaubt, sich zeitweise von den Alltagszwängen zu lösen; er wird ein ›anderer Mensch‹, allerdings ohne mit den Normen und Anforderungen während der Arbeitswoche zu brechen.

Laut einem Experten, den die Bild zitiert, sei die Jugend gar nicht so schlimm, wie häufig angenommen. »Die meisten Gammler sind doch Edel-Gammler, die von Montagmorgen bis Freitagabend brav in der Schule und im Betrieb arbeiten« (Bild, 2.2.1967). Die Klassifizierung als Edel-Gammler folgt auch hier der Logik der Abgrenzung zu ›echten‹ Gammlern. Eine ähnliche Beschreibung findet sich bei Auszubildenden und Schüler*innen aus Frankfurt, die sich nachmittags unter Gammlern mischen, aber »abends brav nach Hause gingen und nur davon träumten, so unabhängig, so überlegen und so schmutzig sein zu können« (Bild, 29.9.1966). Die Betonung von »Mischformen« unter Jugendlichen zeigt, dass sie trotz einer rebellischen äußereren Erscheinung ihren schulischen und beruflichen Verpflichtungen nachkommen: »Sie arbeiten und büffeln brav wie andere auch, lassen es sich aber nicht nehmen, durch ihr Äußereres doch ein gewisses Maß an Protest anzumelden« (FAZ, 30.11.1966).

Die Charakterisierung als »brav« (ebd.) betont einen Gegensatz zwischen dem äußeren, möglicherweise rebellischen Erscheinungsbild und dem konformen Verhalten im beruflichen und schulischen Kontext. Diese Darstellungsweise deutet darauf hin, dass die Jugendlichen als weniger problematisch angesehen werden, solange sie sich hinsichtlich Arbeit und Schule an gesellschaftlichen Normen halten. Normalismustheoretisch betrachtet (Link 2009, 2018) bewegen sie sich trotz möglicher äußerlicher Abweichungen in Bezug auf ihr Freizeitverhalten, ihres Einsatzes in der Schule oder in der Lohnarbeit im Normalbereich. Durch diese Art der Darstellung wird eine Hierarchie zwischen (Lohn-)Arbeits- und Freizeit etabliert, wobei der Arbeitswelt eine höhere Bedeutung beigemessen wird. Die Deproblematisierung unechter Gammler

auf Grundlage angenommener Schul- oder Arbeitsleistung zementiert somit die Zentrierung des Diskurses auf Lohnarbeit und Leistung.

Vom Freizeitgammel unterscheidet sich der Typus des Gammlers auf Zeit oder des Saison-Gammlers, der zwar in Vollzeit gammelt, jedoch nur für einen begrenzten Zeitraum. Exemplarisch ist der O-Ton einer Gammlerin: »Ich finde das ganz schön, mal so zu faulenzen. Deshalb tun wohl die anderen das auch. Sie wollen ja nicht ihr ganzes Leben Gammler sein und schnorren. Das tut man ja höchstens bis 23 oder 25. Dann gehen sie ja alle arbeiten« (Spiegel, 19.9.1967). Der Gammler auf Zeit findet sich in verschiedenen Berufsbereichen und Qualifikationsniveaus.

Die Normalitätsgrenzziehung und die Einteilung zwischen verschiedenen Graden von Gammlern auf Zeit einerseits und Gammlern, die über Jahre gammeln, andererseits lassen sich anhand Unterscheidung zwischen »Profis« und »Halbgammlern«, die nur für einen Sommer oder einige Monate gammeln, verdeutlichen.

»Manche gammeln schon drei Jahre oder länger – wie ›Mick‹, 23, aus Frankfurt, der durch fast alle Länder Europas getrampt ist. Andere treiben es nur einen Sommer lang – wie der Madonnen-Kreider Georg Stein auf der Reeperbahn: Er will noch genau bis zum 1. Januar gammeln, sich dann ein Zimmer nehmen und ›wieder normal arbeiten‹.« (Spiegel, 19.9.1966)

Das Zitat illustriert eine tendenziell flexibel-normalistische² Graduierung innerhalb des Normalfeldes. Am äußersten Ende des Spektrums, in Nähe der Normalitätsgrenze, befinden sich Personen wie Mick, die bereits seit drei Jahren oder länger gammeln. Am anderen Ende des Spektrums stehen Personen wie Georg Stein, die nur für einen begrenzten Zeitraum gammeln und danach wieder »normal« arbeiten wollen. Diese Graduierung ermöglicht es, verschiedene Positionen innerhalb des Normalfeldes zu identifizieren und zu vergleichen, wobei der Grad der Abweichung von der gesellschaftlichen Norm durch die Dauer und Intensität des Gammelns bestimmt wird.

² Link unterscheidet mit dem Protonormalismus und dem flexiblen Normalismus idealtypisch zwei polarisierte Strategietypen des Normalismus, die innerhalb desselben historischen und diskursiven Rahmens agieren. Kennzeichnend für den Protonormalismus ist ein eng begrenztes Spektrum dessen, was als normal gilt. Der flexible Normalismus umfasst ein breiteres Normalfeld. Die Grenzen der Normalität sind hier dynamischer und variabel (vgl. Link 2009: 51–59).

Die Konzepte von Freizeit-Gammlern und Saison-Gammlern illustrieren unterschiedliche Graduierungen auf zwei verschiedenen Zeitachsen: Auf der synchronen Achse wird das Verhältnis von Gammelzeit zu Nicht-Gammelzeit innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens (etwa eines Tages oder einer Woche) betrachtet. Hier liegt der nächstliegende Punkt zum Zentrum des Normalfeldes in einem Zeitabschnitt mit dem geringsten Anteil an Gammel-Zeit. Wer ›in Vollzeit‹ gammelt, überschreitet hingegen die Normalitätsgrenze und befindet sich normalismusanalytisch gesehen im Bereich des Anormalen. Zwischen diesen Punkten gibt es ein breites Spektrum mit Abstufungen, die zwar erwähnenswert, aber nicht als besonders problematisch gelten: Gammeln nach Schule oder Lohnarbeit (›Freizeitgammer‹), am Wochenende (›Wochenendgammer‹) oder nur am Sonntag (›Sonntagsgammer‹). Auf der diachronen Achse wird die Dauer des Vollzeit-Gammelns über eine längere Zeitspanne hinweg betrachtet. Der naheste Punkt zum Zentrum des Normalfeldes ist hierbei das Gammeln über so kurze Zeiträume wie möglich. Jenseits der Normalitätsgrenze liegen diejenigen, die über mehrere Jahre hinweg gammeln. Die Normalitätsgrenze überschreitend erscheinen diejenigen, die unbestimmt lange – also für eine bestimmte Anzahl von Jahren oder länger – gammeln.

Diese Analyse verdeutlicht, dass sowohl auf der synchronen als auch auf der diachronen Achse fein abgestufte, dynamische und variable Grenzen zu finden sind. Die Grenzen zwischen Normalität und Anormalität erscheinen dabei fließend. Die Art und Weise, wie Grenzen gezogen und Graduierungen vorgenommen werden, insbesondere im Kontext von Gammlern auf Zeit und Freizeit-Gammlern, deutet auf eine tendenziell flexibel-normalistische Strategie hin. Eine zentrale Beobachtung ist, dass Lohnarbeit ein entscheidendes Kriterium für die Bestimmung von Normalität und Anormalität darstellt – synchron wie diachron.

Problematisierung von Leistungsunwilligkeit

Die Bezeichnungen und Attribute, die mit Gammler verknüpft werden, verdeutlichen die zentrale Problematisierung zugeschriebener Leistungsunwilligkeit. Sie werden als »Anhänger des Nichtstuns« (Bild, 25.11.1966), »Müßiggänger« (Bild, 21.9.1966; Bild, 22.9.1966), »langhaarige Nichtstuer« (Bild, 23.4.1966), »Faulenzer« (FAZ, 7.8.1965) bezeichnet und sogar auch mit dem während der NS-Zeit häufig verwendete Begriff »arbeitsscheu« (Bild,

23.4.1966; FAZ, 23.7.1966; SZ, 17.5.1967). Entsprechend sind die Beschreibungen von Gammlern dominiert von Aussagen hinsichtlich der angenommenen Nicht-Beschäftigung, etwa wenn in einer Reportage einleitend gefragt wird:

»Was treibt diese jungen Leute dazu, sich den ganzen Tag lang auf die Hauptwache zu stellen, den lieben Gott einen guten Mann sein zu lassen, jeglicher Beschäftigung, selbst wenn sie das nötige Geld zum Leben einbringt, den Rücken zu kehren und, fern von den Sitten und Gebräuchen einer zivilisierten Welt, den Vagabunden zu spielen?« (FAZ, 7.8.1965)

An anderer Stelle heißt es: »Sie arbeiten nicht, sie waschen sich nicht, sie tun überhaupt nichts« (FAZ, 11.13.1965). Dieses Verhalten wird als dreist und unsocial dargestellt, wenn es etwa mit Blick auf Bettelnde oder Pflastermaler heißt: »Die Gammler-Vagabunden leben von der wohlsituirten Gesellschaft und wissen es. [...] Eine Wohlstands-Boheme wie zur Zeit der Jahrhundertwende, auf flacherem, liberalisiertem Niveau, untermischt mit Penner-Lebensweise: dieses Bild bieten die Gammler« (ebd.).

Selbst diejenigen Gammler, die einer Lohnarbeit nachgehen, können zu einer potenziellen Gefahr für die Arbeitsmoral im Betrieb angesehen werden. Ohne auf einen konkreten Fall einzugehen, wird behauptet, Handwerksmeister und Werkmeister in Fabriken würden ungern das wallende Haar und die speckige Kleidung der Gammler sehen. Diese »äußersten Abzeichen der Unordnung« wirkten im Arbeitsklima »widersetzlich, Unordnung und Unlust ausbreitend« (FAZ, 30.11.1966). Nicht nur im Betrieb könnten Gammler negative Wirkung auf das Umfeld haben. So fordert ein CSU-Antrag im Münchener Stadtrat, »arbeitsscheues Herumlungern auf öffentlichen Plätzen und Straßen nicht zu einem schlechten Beispiel für die im Berufsleben oder in der Ausbildung befindliche Jugend unserer Stadt ausarten zu lassen« (SZ, 29.6.1966).

Die Gefahr der Ausbreitung einer entsprechenden Lebensweise gilt nicht für alle gesellschaftlichen Klassen und Milieus gleichermaßen, wie sich an der Problematisierung der sozialen Entgrenzung des Phänomens zeigt. So wird der familiäre Hintergrund hervorgehoben, wenn etwa herausgestellt wird, dass ein Gammler aus einer »Akademikerfamilie« kommt (Spiegel, 19.9.1966) oder »aus gutbürgerlichem Hause« (FAZ, 27.9.1966). Hier lässt sich eine spezifische Problematisierung der bürgerlichen Herkunft feststellen, die auf eine soziale Entgrenzung des als problematisch wahrgenommenen Phänomens verweist: Die ›Gefahr‹ kommt nun aus der ›Mitte der Gesellschaft‹, während

frühere Jugendphänomene hinsichtlich der Klassenherkunft der Jugendlichen eingegrenzter waren.

Die Verweise auf eine ›gutbürgerliche Familie‹ deuten auf tieferliegende Ursachen des Gammlerphänomens hin. Wird unter einem ›guten Elternhaus‹ oder einer ›gutbürgerlichen Familie‹ eine Kombination aus materieller Absicherung und der Einhaltung gesellschaftlich anerkannter Standards bei der Erziehung der Kinder verstanden, fallen diese in der Regel positiv konnotierten Voraussetzungen als mögliche Gründe für die Entstehung des Gammlerphänomens weg. Dass Gammler auch aus bürgerlichen Kreisen kommen, stellt das positive Selbstverständnis der bürgerlichen Gesellschaft vor eine Herausforderung: Es könnte jeden und jede treffen – auch ›unsere Kinder‹ könnten sich schon morgen den Gammlern anschließen, so der Subtext hinter dieser Problematisierung. Die Deutung von der sozialen Entgrenzung des Gammlerphänomens verweist auf die Sorge vor dem Scheitern der Reproduktion der ›bürgerlichen Mitte‹.

Die kurorische Betrachtung des Gammlerdiskurses zeigt, dass Gammler eher nicht vor dem Hintergrund von Armutsdiskursen thematisiert werden, sondern die Auseinandersetzungen mit ihnen im Kern mit dem Leistungsdiskurs verschränkt sind. So unterscheidet den echten Gammler vom unechten Gammler nicht den Grad der Armut, sondern das Verhältnis zu Lohnarbeit.

Das diskursive Fortleben der Gammler

Die Debatte um Gammler ebbt zwar 1968 ab, jedoch hat sich die Figur des Gammlers im gesamtgesellschaftlichen Diskurs etabliert. In welcher Weise der Gammler im mediopolitischen Interdiskurs weiterhin aufgerufen wird, zeigen drei Beispiele aus den Jahren 1982, 1998 und 2022.

In einer Bundestagsdebatte im November 1982 diskutieren insbesondere Abgeordnete der SPD und der Unionsfraktion über den Bundeshaushalt. Ein SPD-Politiker kritisiert die CDU dafür, die Sozialhilfe im kommenden Jahr nur noch um zwei Prozent anstatt der zuvor vereinbarten drei Prozent zu erhöhen.

»Die Sozialhilfeempfänger, sind das denn jene, die ein leistungsloses Einkommen haben? Sehen Sie nicht, daß sich darunter auch Familien verbergen? Sie sprechen doch immer von der Situation der Familien in unserem Lande. Schauen Sie sich doch einmal an, worin das Potential der Sozialhil-

feempfänger überwiegend besteht! Das sind doch nicht die Penner und die Gammler!« (Jaunich 1982: 7821)

Jaunich grenzt hier Gammler von tatsächlich bedürftigen Sozialhilfeempfänger*innen ab. Da Gammler ebenso wie die Gruppe der ›Penner‹ nicht zu den würdigen Empfängern gezählt werden, impliziert die Aussage, dass Einschritte gerechtfertigt wären, würde es sich mehrheitlich oder ausschließlich bei Sozialhilfeempfänger um Gammler handeln. ›Der Gammler‹ dient also etwa 15 Jahre nach der Gammler-Debatte als negative Abgrenzungsfolie, um zwischen bedürftigen und nicht-bedürftigen Leistungsbezieher*innen zu unterscheiden. Ebenso kurz nach der Bundestagswahl 1998, als Gerhard Schröder in einem Interview die Umrisse der kommenden Regierungszeit unter seiner Führung skizziert. Jahre bevor die Begriffe Agenda 2010 und Hartz-Reformen geprägt werden, sagt der Sozialdemokrat:

»Wer zumutbare Arbeit ablehnt, der muß mit Konsequenzen rechnen. Ich will ein sehr konkretes Beispiel bringen: Wir wollen ein Programm mit 100.000 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche machen. Wer von diesen Jugendlichen unser Angebot nicht annimmt, weil er Gammeln für schöner hält, der kann keine Stütze kriegen.« (Schlamp/Aust/Ihlau 1998: 37)

Mit der Verschränkung von Leistungsbereitschaft und Sozialleistungen (›Stütze‹) wird das Bild des Gammlers als nicht unterstützungswürdig weitergeführt und sogar noch verstärkt, indem Schröder den vollständigen Entzug sozialstaatlicher Leistungen nahelegt. Im Unterschied zur Aussage seines Parteifreunds 16 Jahre zuvor bezieht Schröder das Gammeln hier explizit auf Jugendliche.

Auch heute noch wird vereinzelt die Subjektposition des Gammlers aufgerufen, wie etwa 2022, als die Wochenzeitung Die Zeit fragt, ob die Gammler zurückkommen (vgl. Radow 2022). Der Beitrag, der diese Frage stellt, diskutiert kritisch die angeblich sinkende Leistungsbereitschaft jüngerer Menschen. Der Verweis auf die Gammler der 1960er-Jahre dient als assoziativer Anknüpfungspunkt, der Gammler als Repräsentant für leistungsunwillige Jugendliche oder junge Erwachsene bleibt auch viele Jahrzehnte nach seinem ersten Auftreten präsent.

Die Analyse zeigt, dass Gammler vor allem hinsichtlich der zugeschriebenen Leistungsverweigerung problematisiert werden. Die Subjektposition des Gammlers dient ähnlich dem sich später etablierenden Stereotyps des ›faulen

Arbeitslosen« als diskursiver Orientierungspunkt, um anhand der Abgrenzung den Leistungsdiskurs zu reproduzieren. Gammler werden dabei nicht primär als arm bezeichnet. Vielmehr wird suggeriert, dass Gammler sich aus eigenen Stücken außerhalb des gesellschaftlichen Normalbereichs stellen. Sowohl bei den Gammlern als auch bei den ›faulen Arbeitslosen‹ würde es sich um selbst gewählte Armut handeln.

Literatur

- Baron, Christian/Steinwachs, Britta (2012): Faul, Frech, Dreist. Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen, Münster: Edition Assemblage.
- Foucault, Michel (1996): Diskurs und Wahrheit. Die Problematisierung der Paraphesia, Berlin: Merve.
- Friedrich, Sebastian (i.B.): Die Problematisierung von Gammlern im mediopolitischen Interdiskurs der Bundesrepublik 1965–68 (Arbeitstitel), Dissertation Universität Wuppertal.
- Friedrich, Sebastian (2024): »Problematisierung«, in: Siegfried Jäger et al. (Hg.), Kritische Diskursanalyse, 8. Aufl., Münster: Unrast.
- Gotthardt, Tina (2012): Abkehr von der Wohlstandsgesellschaft. Gammler in den 60er Jahren der BRD, Saarbrücken: Akademikerverlag.
- Jaunich, Horst (1982): Rede am 11. November im Deutschen Bundestag. 9. Wahlperiode, 127. Sitzung, Sitzungsprotokoll, S. 7818–7821.
- Kaufmann, Matthias (2013): Kein Recht auf Faulheit. Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen, Wiesbaden: Springer VS.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger (2007): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die ›neue Unterschicht‹, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klöppel, Ulrike (2010): XXoXY ungelöst. Hermaphroditismus, Sex und Gender in der deutschen Medizin. Eine historische Studie zur Intersexualität, Bielefeld: transcript.
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der Gouvernementalität, Berlin: Argument.
- Link, Jürgen (2009): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, 4. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Link, Jürgen (2018): Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne. Krise, New Normal, Populismus, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Oschmiansky, Frank/Kull, Silke/Schmid, Günther (2001): Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen einer Debatte, Discussion Paper FS I 01–206, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.
- Randow, Gero von (2022): »Am Ende ist es immer Zwang?«, in: Zeit Online, 16.10. siehe <https://www.zeit.de/kultur/2022-10/arbeitsmoral-junge-erwachsene-jugendliche-routine>.
- Schlamp, Hans-Jürgen/Aust, Stefan/Ihlau, Olaf (1998): »Ich bestimmte die Richtlinien«. Gerhard Schröder über die politischen und wirtschaftlichen Leitlinien seiner Kanzlerschaft, das Verhältnis zu Oskar Lafontaine und den Weg in die Berliner Republik, in: Der Spiegel 44/1998, S. 34–38.
- Siegfried, Detlef (2006): Time Is On My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen: Wallstein.
- Uske, Hans (1995): Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.

Wie der mediale Diskurs über Armut von den Betroffenen wahrgenommen wird Affektpolitik auf dem Rücken der Armen?

Andreas Hirseland und Stefan Röhrer

Der Blick auf Armut – ein Paradigmenwechsel

Bereits zu Beginn des vorigen Jahrhunderts hat der Soziologe Georg Simmel (1908) festgestellt, dass die Armen nicht nur einfach deswegen »arm« sind, weil sie weniger haben als andere, sondern weil sie als Bedürftige zum Gegenstand öffentlicher Fürsorge werden. Erst Bedürftigkeit und die Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen machen aus individuellem Armsein vergesellschaftete Arme, die sich dadurch, so Simmel, in einem randständigen »simultanen Drinnen und Draußen« (Simmel 2013: 547) der Gesellschaft befinden und so zum Bezugspunkt unterschiedlicher gesellschaftlicher Institutionen, Unterstützungsleistungen und (Verhaltens)Erwartungen werden. Nach Ende des zweiten Weltkriegs erfolgte ein deutlicher Abbau repressiver Elemente im Umgang mit den anerkannt Bedürftigen und eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen Position durch die Gewährung sozialer Rechte, die nun individuelle Ansprüche gegenüber der Gesellschaft, z.B. auf Existenzsicherung, gewährleisteten. Mit ausschlaggebend hierfür war die Erkenntnis, dass Armut strukturell-gesellschaftliche, vor allem ökonomische Ursachen hat, die weder einer prästabilisierten sozialen Ordnung noch ausschließlich individuell zuschreibbar waren.

So wurde ›Arbeitslosigkeit‹ zum zentralen Element der Debatten um Armutsentstehung und -bekämpfung, auch wenn die Armut von Rentner*innen, Menschen mit Behinderung und anderen, nicht oder nicht allein auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Entsprechend drehten sich, auch vor dem Hintergrund ökonomischer Krisenerscheinungen, die Debatten zur Armutsbekämpfung und -verhinderung bis weit in die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts

stark um den Topos der ‚Massenarbeitslosigkeit‘, deren Verhinderung und Bekämpfung (vgl. Kreft/Uske 2004). In diesem (post)industriegesellschaftlichen Kontext wurde Armut als Ausfluss gesellschaftlich-struktureller Verhältnisse und somit eher als gesellschaftlich zu verantwortende Risikozumutung an die von ihr Betroffenen betrachtet. Ende der 1990er Jahre erfolgte dann ein unter dem Schlagwort ‚Neoliberalismus‘ bekannter Paradigmenwechsel, welcher den Blick auf Arbeitslosigkeit, Arbeitslose und damit auch Armut neu ordnete (vgl. Wacquant 2006) und bis heute wirkmächtig ist.

Unter neoliberalen Blickwinkel wurden vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Wachstums- und Beschäftigungskrisen Sozialleistungen als Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufschwung betrachtet und die damit einhergehenden öffentlichen Aufwendungen – nicht nur, aber vor allem diejenigen zur Unterstützung von Arbeitslosen – als problematisch. Nicht nur das System der Sozialfürsorge, sondern auch die Rolle von Leistungsbeziehenden wurden einer Reinterpretation und Neubewertung unterzogen (vgl. Lessenich 2013), wie das Beispiel der deutschen ‚Hartz-Reformen‘ zeigt. Mit Arbeitsmarktreformen, die irreguläre Beschäftigungsformen und einen Niedriglohnsektor förderten, sollten niedrigschwellige Zugänge in Beschäftigung ermöglicht werden; mit der Betonung von ‚Eigenverantwortlichkeit‘ wurden Betroffene stärker in die Pflicht genommen, ihre Lage möglichst durch eigenständige Bemühungen zu überwinden. Zugleich erfolgte ein Rückbau des Sozialsystems durch Einsparversuche bei den materiellen Unterstützungsleistungen und eine stärkere Konditionalisierung der Leistungsgewährung. Mit neuen institutionellen Strategien des ‚Förderns und Forderns‘ wurde der Bezug von Hilfeleistungen stärker mit der Erfüllung von Verhaltenserwartungen verknüpft (vgl. Traue et al. 2019).

Damit wurde der Blick auf (armutsverursachende) Arbeitslosigkeit von einer strukturellen Ebene auf die Ebene individuellen (Fehl)Verhaltens verlagert und die Position Bedürftiger zwischen dem gesellschaftlichen ‚Drinnen und Draußen‘ rejustiert. Eine zentrale Rolle dabei spielte eine dominante Denkfigur, welche nun eine harte Grenze zwischen ‚Steuerzahlenden‘ auf der einen und ‚Leistungsbeziehenden‘ auf der anderen Seite zieht. Wer zuvor noch eher als ‚Opfer‘ von Arbeitsmarktumbrüchen und anderen gesellschaftlichen Verwerfungen gelten konnte, sah sich jetzt als Verursachender belastender Kosten für die Gemeinschaft der Steuerzahlenden in den Fokus der Debatten gerückt. Damit wurden Bedürftigkeit und Armut (wieder) mit der Frage nach falschen Lebensentscheidungen, mangelnden Eigenbemühungen und letztlich nach ‚Schuld‘ verknüpft (vgl. Hirsland/Ramos Lobato 2014).

Mediale Repräsentationen von Armut – Affektpolitik als Teil eines Wahrheitsspiels

In einer Demokratie bedurfte ein derartiger politischer Paradigmenwechsel, der sich in den zu Beginn der Nullerjahre vollzogenen und bis heute wirksamen institutionellen Regelungen der sog. »Hartz-Reformen« niedergeschlagen hat, der Plausibilisierung und Legitimierung durch meinungsbildende öffentliche Diskurse. Hierbei spielten die Massenmedien, zu dieser Zeit vor allem die Boulevardpresse und private Fernsehsender, eine besondere Rolle (vgl. Butterwegge 2014). Sie griffen die im politischen Diskurs prominenten Topoi von arbeitsunwilligen Drückebergern bzw. faulen Arbeitslosen, des missbräuchlichen oder betrügerischen Bezugs von Sozialleistungen oder einer soziokulturell entkoppelten Unterschicht auf und gaben ihnen ein Gesicht.

So etwa widmete die deutsche Bild-Zeitung im Sommer 2003 nicht weniger als 19 Beiträge dem Fall »Florida Rolf«, einem in den USA lebenden psychisch belasteten damals 64-jährigen ehemaligen Bankangestellten, der dort von deutschen Sozialleistungen lebte – übrigens nach einem Urteil des zuständigen Oberverwaltungsgerichts zu Recht (vgl. Katins 2004). Im Duktus der Boulevardpresse las sich das, exemplarisch auch für anderes, so: »Sind die völlig bescheuert? Sozialamt zahlt Wohnung am Strand in Florida« (BILD 2003). Komplementär zu derartiger Presseberichterstattung schlügen Reality-TV-Formate wie »Gnadenlos gerecht – Sozialfahnder ermitteln« (Sat. 1 2008ff.) oder Talkshows wie »Britt – Der Talk« (Sat. 1 2001ff.) und andere in die gleiche Kerbe. In solchen Talkshowformaten der privaten Fernsehsender wurden gerne renitente, dem Anschein nach arbeitsunwillige Hilfebeziehende mit den missbilligenden Reaktionen eines stellvertretend für die »hart arbeitenden kleinen Leute« rekrutierten Studiopublikums konfrontiert und so öffentlich an den Pranger gestellt (vgl. Fohrbeck et al. 2014). Mittelbar in eine ähnliche Richtung zielen bis in die Gegenwart reichende »scripted reality«-Formate, wie etwa die vom deutschen Stern TV seit den 90er Jahren begleitete »Familie Ritter« oder der Sender RTL II mit seinen Formaten »Hartz und herzlich« (2016ff.) oder »Armes Deutschland« (2021ff.).

Durch die Brille dieser meist die Grenze zum Sozialporno überschreitenden pseudodokumentarischen Formate werden die dargestellten Armen vor allem in ihrer inszenierten Andersartigkeit – ungebildet, faul, schmarotzerhaft und lebensuntüchtig jenseits des Sozialleistungsbezugs – zur Schau gestellt. So entsteht ein Bild selbst- oder zumindest mitverschuldet Armut einer alterierten ›verwahrlosten‹ und am Leben gescheiterten bzw. scheitern-

den Unterschicht. Derartige Präsentationen von Armen und ihrer Armut haben einen affektpolitisch relevanten, auf die ›hart arbeitende‹ Mittelschicht ziellenden Effekt. Angesichts der präsentierten Bilder und ihrer Wirklichkeitsanmutung verbleibt lediglich die Wahl zwischen hilflosem Mitleid und/oder wut- und neidgetriebener Verachtung für die zur Schau gestellten (vermeintlichen) ›Schmarotzer‹ oder der Verwahrlosung anheimgefallener Randfiguren, deren Finanzierung die ›Steuerzahlenden‹ belastet.

Eine angesichts der nach wie vor hohen Zahl von Leistungsberechtigten (im deutschen Sozialsystem 2005: ca. 5 Millionen, 2024: rund 4 Millionen) bestehende strukturell-gesellschaftliche Frage wurde so – entlang der historischen Unterscheidung zwischen ›deserving‹ und ›undeserving poor‹, zwischen vermeintlich verschuldeter und unverschuldeter Armut – zu einer moralischen Frage umgedeutet (vgl. Katz 2013). Dabei illustriert und konstruiert der hier diskutierte mediale Diskurs ein Identifikationsangebot, welches zunächst die ›hart Arbeitenden‹ adressiert und ihnen durch Betonung ihrer Rechtschaffenheit, wenn schon nicht ökonomische, so zumindest doch moralische Anerkennung zuteilwerden lässt. Ihr Gegenüber sind die nun – pars pro toto – dem öffentlichen Verdacht der Verwahrlosung und Leistungsschleichung ausgesetzten Leistungsbeziehenden. Der Staat wird in diesem Arrangement zum Dritten im Bunde, der als ordnende Kraft eines aus Steuerzahlenden und politischen Repräsentanten bestehenden ›Wir‹ erscheint und weniger als Sachwalter eines *alle Bürger**innen umfassenden Gemeinwohls. Inhalt und Form dieser öffentlich-medialen Präsentation werden Teil eines diskursiven »Wahrheitsspiels« (Foucault 1986: 12f.), das versucht, die Beziehungen zwischen den von ihm adressierten Akteuren – dem Staat, (Lohn)Arbeitenden und den zu Randständigen gemachten Leistungsbeziehenden – zu ordnen und eine restriktivere Sozialgesetzgebung zu legitimieren. In dieser diskursiven Ordnung wird die Furcht vor den in Wirklichkeit zahlenmäßig wenigen, aber medial omnipräsenen vermeintlichen ›Totalverweigernden‹ (meint: faule Arbeitslose) zum Maß dessen, was Armutsbetroffenen – und dazu zählen nicht nur Arbeitslose – zu ihrer Existenzsicherung zugestanden werden soll.

Ein Leben unter Verdacht – wie Betroffene mit abwertender medialer Darstellung umgehen

Wie nun reagieren die derart ins soziale ›Draußen‹ gestellten, der Renitenz verdächtigten und dem Wohlergehen der Gesellschaft scheinbar abträglichen Hilfebeziehenden? Aufschluss geben können nur die Betroffenen selbst. In einer umfangreichen, vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durchgeföhrten qualitativen Studie konnten Hilfebeziehende in Deutschland in mehreren Hundert Interviews von ihrem Leben und ihren Erfahrungen berichten (vgl. Hirseland 2018). Wie die Mehrzahl der Hilfebeziehenden auch, weisen sie Brüche in ihren Biografien und Erwerbsverläufen auf, die sie zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen gezwungen haben, weil sie aufgrund vorhandener Vermittlungshemmnisse dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen oder – was in den Debatten regelmäßig übersehen wird – von Arbeitgebenden als ungeeignet betrachtet und folglich nicht eingestellt werden.

In den Interviews zeigt sich, dass die hier in den Blick genommene mediale Darstellung von Hilfebeziehenden an den Betroffenen keineswegs spurlos vorüber geht. Die Interviewten jedenfalls erscheinen weniger von der Gesellschaft entkoppelt, als es die oben skizzierten medialen Formate suggerieren. So bestand ein häufig wiederkehrendes Thema in der unaufgeforderten Auseinandersetzung mit dem Topos des ›faulen Arbeitslosen‹ auf die hier anhand einiger Originaläußerungen aus den Interviews exemplarisch eingegangen werden soll.

Manche Leistungsbeziehende glauben eine interessengeleitete Logik zu erkennen, der das oben skizzierte mediale und politische Wahrheitsspiel mit seiner Fokussierung auf Fälle von (vermeintlicher) Arbeitsunwilligkeit, Sozialbetrug und Verwahrlosung folgt. Im Kern gehe es, wie Herr Seidel im folgenden Zitat argumentiert, darum, eine Spaltung zwischen der arbeitenden Bevölkerung und Hilfebeziehenden herbeizuführen:

»Die wollen ja ein bestimmtes Bild vermitteln von Hartz-IV-Empfängern, damit die, die arbeiten gehen, sich dann auch noch bestätigt fühlen, dass die ja alle faul sind und gar nichts machen wollen. Weil, weiter denkt ja keiner. Es macht sich ja keiner Gedanken, dass es vielleicht Menschen [im Hilfebezug] gibt, die wirklich arbeiten wollen und leben, wie ganz normale Menschen [...].« (Herr Seidel)

Für Herrn Seidel besteht die Wirkung der auf (quotenträchtige) Skandalisierung setzenden medialen Unterschichts- und Faulheitsdebatten in einem ›Othering‹ der Hilfebeziehenden, wodurch die Sicht auf deren eigentliche Probleme – keine Arbeit zu finden oder nicht arbeiten zu können – verstellt wird. Aus seiner Sicht ist das Klischee des faulen Arbeitslosen überaus wirkmächtig. Es verhindere, dass andere »weiter«, d.h. über das vermittelte Bild hinaus, denken und die Lebenswirklichkeit Hilfebeziehender wahrnehmen. Im Gegensatz zu den medialen Präsentationen von Armutsbetroffenen jedoch sei diese, für ihn wie für andere, durch den Wunsch nach einer Re-Normalisierung ihrer Lebensumstände – »leben zu wollen, wie ganz normale Menschen« (ebd.) – gekennzeichnet. Dies aber ist trotz der vorgetragenen Bereitschaft »arbeiten zu wollen« (ebd.) aufgrund der bestehenden Arbeitslosigkeit nicht möglich. Ein anderer Hilfebezieher benennt das daraus entstehende Dilemma explizit, indem er darauf verweist, dass durch die Fokussierung auf das vermeintliche »Faulheitsproblem« und dessen Skandalisierung eine diskursive Engführung erfolgt. Die öffentliche Aufmerksamkeit widmet sich eben gerade nicht denjenigen, die arbeiten wollen, was eine Etikettierung Hilfebeziehender zur Folge hat, da diese nun alle gleichermaßen dem Faulheitsverdikt unterworfen würden:

»Leute, die wirklich arbeiten wollen und [...] angewiesen sind auf diese Hilfe, die werden da mit reingezogen [...]. Die zeigt ja auch keiner.« (Herr Seidel)

Die Behauptung, »keiner« (ebd.) zeige ein anderes Bild von Hilfebeziehenden, ist angesichts eines durchaus beträchtlichen Korpus differenzierterer Berichterstattung anderer Medien sicherlich überzogen. Doch scheinen letztere kaum nachhaltig in die alltägliche Lebenswelt der Betroffenen und ihres sozialen Umfelds vorzudringen. Herr Seidel fühlt sich angesichts der empfundenen Übermacht diskreditierender öffentlicher Darstellungen allein gelassen, ohne Fürsprache und auch ohne eigene, wirkmächtige Stimme, welche im Stande wäre, den falschen, auf einer soziooptischen Täuschung beruhenden Generalverdacht zu entkräften. Wie Herr Seidel fühlen sich viele Hilfebeziehende mit gemeint, wenn sie die oben skizzierten Formen der Berichterstattung rezipieren. Sie werden dann im Wortsinn zu ›Leid-Tragenden‹, da sie ihre persönliche Integrität in Zweifel gezogen sehen. Unter der nicht unberechtigten Annahme, auch ihr soziales Umfeld würde sich das medial vermittelte Negativbild zu eigen machen, befürchten sie persönliche Abwertung und Deklassierung im alltäglichen Umgang mit anderen:

»... wenn jetzt solche ... naja, solche Meinungen zutage kommen [...] in denen gesagt wird, dass wir, die Hartz-IV-Empfänger selbst daran schuld seien oder faul sind oder Schmarotzer sind und so, dann trifft mich das einfach, weil das beziehe ich dann schon direkt auf mich, und ich denke, dass Leute, die mich kennen und wissen, dass ich Hartz IV kriege, so eine Meinung von mir haben.« (Herr Zimmermann)

Die von vielen Hilfebeziehenden erfahrene Stigmatisierung infolge des öffentlich erzeugten Negativbildes durchdringt, wie Herr Zimmermann befürchtet, auch die sozialen Nahbeziehungen zu »Leuten, die mich kennen« (ebd.). Die Sorge, als ›Schmarotzer‹ abgestempelt zu werden, führt zu tiefgreifender Verunsicherung, beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und erschüttert das Selbstbewusstsein. Diese Erfahrung teilt Herr Zimmermann mit vielen anderen Hilfebeziehenden, die sich nicht nur in ihren privaten Beziehungen zu (arbeitenden) Anderen oftmals diskriminiert fühlen. Beschämende Entwertungserfahrungen und angegriffene Selbstachtung können Rückzugstendenzen bzw. (Selbst)Exklusion verstärken, was im Extrem auf einen ›sozialen Tod‹ hinausläuft. Entsprechend stellen das Negativimage sowie das damit verbundene Misstrauen gegenüber Hilfebeziehenden häufig eine nur schwer überwindbare Schwelle dar, auch wenn es um den Zugang zu existenziell wichtigen Gütern geht – seien es Arbeit oder, wie im Falle von Frau Krüger, Wohnraum:

»Das Schlimme da unten ist, ne ... Also, man ist dann ja nichts wert [...]. Hartz IV, Hartz IV ist eben so. Du wirst überall [...] Das geht bei der Wohnungssuche los, keiner will einen Hartz-IV-Empfänger haben.« (Frau Krüger)

Um der sozialen Abwertung und dem daran anknüpfenden Exklusionsrisiko etwas entgegenzusetzen, versuchen viele Hilfebeziehende eine Brücke zu der durch die mediale Präsentation insinuierten Mehrheitsmeinung zu schlagen. Um der steten Gefahr diskreditierender Abwertung zu entgehen und die eigene Respektabilität aufrechtzuerhalten, wird in den Interviews vielfach an den Topos des ›faulen Arbeitslosen‹ angeknüpft. Dann wird auf das Vorhandensein »schwarze[r] Schafe, mehr als genug auf jeden Fall« verwiesen und versucht, an die von dem hier skizzierten medialen Diskurs vorgeblich vertretene und zugleich ›informierte‹ (d.h. in Form gebrachte) Mehrheitsmeinung anzuschließen:

»Es gibt ja wirklich solche Schmarotzer und ekligen Menschen, die einfach sagen: ›Ich habe keinen Bock zu arbeiten. Zahl da [in die Sozialkasse] für mich ein, solange Du willst.‹« (Frau Hansen)

Dabei handelt es sich beim Verweis auf die »schwarzen Schafe« und »ekligen Menschen« sowohl bei Hilfebeziehenden wie auch bei Nicht-Hilfebeziehenden vielfach lediglich um ein Für-wahr-Halten, d.h. um einen moralisierenden Reflex angesichts der die Integrität Armutsbetroffener in Zweifel ziehenden öffentlichen Debatten. Zumindest legen dies Äußerungen wie die von Herrn Eichinger nahe:

»[...] vom Hörensagen weiß ich, dass es Leute gibt, die das sehr genießen arbeitslos zu sein, jeden Tag bis um elf zu schlafen und einfach gar nichts zu tun. Aber ich gehöre nicht dazu.« (Herr Eichinger)

Die auf »Hörensagen« (ebd.) beruhende Konzession an ein (vermeintlich) vorherrschendes Meinungsbild und der damit zugleich erfolgende Distanzierungsversuch – »ich gehöre nicht dazu« (ebd.) – verweisen auf eine der Zwickmühlen, in denen sich viele Hilfebeziehende bei ihrem Kampf um Respektabilität und soziale Anerkennung befinden. Der oben skizzierte mediale Diskurs erzeugt ein Dilemma, das in Form einer Rechtfertigungsfalle besteht. Nachzuweisen, dass man dem mit den verbreiteten Klischee- und Zerbildern Armutsbetroffener einhergehenden Generalverdacht zu Unrecht ausgesetzt wird, könnte von denjenigen, die ihn teilen, zur bloßen Schutzbehauptung erklärt werden. Denn letztlich bestünde ein belastbarer Nachweis dafür, nicht zu jenen »Faulen« zu gehören ja gerade darin, nicht (mehr) hilfebeziehend zu sein:

»Na, das ist eben das Schlimme. Und bei Hartz IV ist es eben so: Man muss sich immer rechtfertigen [...]. Ich bin nicht der Mensch, der sagt, Hartz IV ist unterste Stufe, aber wir werden so eingeschätzt [...] Und ich zähle mich ja auch dazu.« (Frau Krüger)

Vor diesem Hintergrund erleben viele Hilfebeziehende, obwohl sie ihnen zustehende soziale Rechte wahrnehmen und mit dem Bezug von Unterstützungsleistungen lediglich eine bestehende gesellschaftliche Verpflichtung eingelöst wird, die Inanspruchnahme eben dieser Leistungen letztlich als beschämendes Almosen:

»Es ist ja Geld, was ich geschenkt bekomme, wenn man es so nimmt, ne? Es ist ja nicht, was ich selber erarbeitet [habe].« (Herr Fischer)

Zusammenfassung

Dieser Beitrag setzt bestimmte Formen massenmedialer Darstellung von Armut und Armutsbetroffenen in einen etwas weiteren Kontext. Dabei sind wir von der Annahme ausgegangen, dass Form und Inhalt dieser Präsentation sich in einen jeweiligen historischen, zeitgeistigen Rahmen und dessen Blickwinkel auf den entsprechenden Gegenstand einfügen. Hier ist dieser Rahmen durch eine Abkehr der Blickrichtung weg von strukturellen Ursachen der Armut hin zu einer Fokussierung auf betroffene Individuen gekennzeichnet. Armut wird somit weniger als erlitten, sondern vielmehr als durch eigenes Verhalten und eigene (falsche) Lebensentscheidungen Leistungsbeziehender herbeigeführt dargestellt. Dieser Perspektivwechsel mag auf der einen Seite zu sozialarbeiterischen Bemühungen eines Empowerments Armutsbetroffener führen, wirft andererseits die Frage nach deren Mitverantwortung bzw. Schuld auf. Ob intendiert oder nicht, der hier in den Blick genommene massenmediale Diskursstrang kann diese Schuldvermutung fördern und verhält sich damit komplementär zu einer politischen Programmatik, die ebenfalls eher an Fragen individuellen (Fehl)Verhaltens und weniger an armutsverursachenden Strukturen ansetzt.

Die auf der Fokussierung auf oft nur scheinbar missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen beruhende Skandalisierungsstrategie, das durch entsprechende Medienformate vorangetriebene ›Othering‹ des armen bzw. verarmten Bevölkerungsteils und dessen Positionierung als Kostgänger der arbeitenden Menschen hat sich als wirkmächtig erwiesen. Ausdruck davon ist der skeptische Blick weiter Bevölkerungsteile auf Armutsbetroffene, der von Zweifeln an deren Integrität durchsetzt ist – und die Frage aufwirft, welches Maß an Unterstützung diese verdienen. Umgekehrt jedoch müssen sich Armutsbetroffene in ihrem alltäglichen Leben und ihrem Lebensgefühl mit dem von ihnen gezeichneten (Zerr)Bild auseinandersetzen. Dabei wird die immanente Widersprüchlichkeit der hier betrachteten Faulheitsdebatte deutlich: Sie bezweifelt und fordert auf der einen Seite den ›Integrationswillen‹ der Betroffenen, verfestigt auf der anderen Seite ein essentialistisches Bild armutsbetroffener Menschen als der Gesellschaft entfremdet – erzeugt somit ein paradoxes ›Drinnen‹ und ›Draußen‹ zugleich. Wie sehr diese Form

der Darstellung exkludierend wirkt, zeigt sich, wenn, wie in diesem Beitrag, Betroffene selbst zu Wort kommen.

Auch wenn aktuell neue zeitgeistige Themen in den Vordergrund rücken, viele Debatten inzwischen im schwer zu durchdringenden Raum neuer sozialer Medien geführt werden und das Armutsthema massenmedial etwas in den Hintergrund gerückt ist: Der Topos des faulen Armen scheint sich – über den hier in den Mittelpunkt gerückten Rückblick auf die Hartz-IV-Debatte – nachhaltig im armutspolitischen Diskursrepertoire festgesetzt zu haben. Dies belegt nicht zuletzt die Debatte um die aktuelle Reform des deutschen ›Bürgergeldes‹. Wer diese mitverfolgt, wird unschwer auf Wiedergänger des Topos jener, vielleicht bloß vermeintlichen, ›Arbeitsverweigerer‹ stoßen.

Literatur

- Butterwegge, Christoph (2014): »Hartz IV und seine ›Nutznießer‹ im Zerrspiegel der Massenmedien«, in: *neue praxis* 44, 6, S. 589–602.
- Fohrbeck, Anna/Hirseland, Andreas/Ramos Lobato, Philipp (2014): »How Benefits Recipients Perceive Themselves Through the Lens of the Mass Media – Some Observations from Germany«, in: *Sociological Research Online* 19, 4, S. 74–81, <https://doi.org/10.5153/sro.3524>
- Foucault, Michel (1986): Sexualität und Wahrheit. Zweiter Band: Der Gebrauch der Lüste, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hirseland, Andreas/Ramos Lobato, Philipp (2014): »Die wollen ja ein bestimmtes Bild vermitteln. Zur Neupositionierung von Hilfeempfängern im aktivierenden Sozialstaat«, in: *SWS-Rundschau* 54, 2, S. 181–200.
- Hirseland, Andreas (2018): »Anhang B5: Qualitatives Panel ›Armutsdynamik und Arbeitsmarkt. Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen‹ mit den Ergänzungsmodulen Modul 1 ›Lebenszusammenhänge in Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften‹ und Modul 2 ›Integrationsprobleme von Leistungsbeziehenden mit Migrationshintergrund«, in: Holger Bähr et al. (Hg.), *Grundsicherung und Arbeitsmarkt in Deutschland: Lebenslagen – Instrumente – Wirkungen*, (= IAB-Bibliothek, 370), S. 387–393.
- Katins, Carlos (2004): »Die Bild-Zeitung als Katalysator des gesunden Volks-empfindens«, in: *Humboldt Forum Recht*, H. 10/2004, Siehe <https://www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/hfr/deutsch/2004-10.pdf/view>

- Lessenich, Stephan (2013): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld: transcript.
- Katz, Michael B. (2013): *The Undeserving Poor. America's Enduring Confrontation with Poverty*, Oxford: Oxford University Press.
- Kreft, Ursula/Hans, Uske (2004): »Die Normalisierung der Armut«, in: DISS-Journal 12, S. 10–14.
- Wacquant, Loic (2006): »Die Bestrafung der Armut und der Aufstieg des Neoliberalismus«, in: ders., *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays* (= Bauwelt Fundamente, 134), Basel: Birkhäuser, S. 144–156.
- Simmel, Georg (2013): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Ver- gesellschaftung; Die Erweiterung der Gruppe und die Ausbildung der Individuumalität*, 7. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot.
- Traue, Boris/Hirseland, Andreas/Herma, Holger/Pfahl, Dora Lisa/Schürmann, Lena (2019): »Die Formierung des neuen Sozialbürgers. Eine exemplarische Untersuchung von Subjektivierungswirkungen der Hartz IV-Reform«, in: Zeitschrift für Diskursforschung 2, S. 163–189.

Widerstände gegen Armutsmythen

**Beispiel »Lebensskizzen«
und der »Journalismuspreis von unten«**

Martin Schenk

Wer der Perspektive, die andere bestimmen, ausgeliefert ist, ist fremd. Der Blickwinkel entscheidet. Wer bleibt unsichtbar, wer bekommt die Deutungsmacht? Medien zum Beispiel erzählen Geschichten über Armut. Was mit der Kamera gesehen wird, muss dabei eine narrative Figur bekommen, um Möglichkeiten der Anknüpfung zu bieten. Es ist nicht das Ereignis selbst, das Nachrichtenwert hat, sondern es ist die Geschichte, die sich damit erzählen lässt. Jeder Fernsehbericht ist ein kleines Dramalett; mit einem Rahmen, einer Handlung und bestimmten Rollen. Zwar ist der Text den Rolleninhaber*innen freigestellt, das Auswählen der Rollenträger*innen, die Auswahl von Textausschnitten und ihr Montieren in die Handlung bleibt Aufgabe der Redaktion. Im Bild manifestiert sich deren Blick, diese eine Perspektive, die den Rahmen der Erzählung setzt. Der Rahmen wird durch eine Entscheidung gebildet: Wer besitzt Subjektstatus? Wer Subjekt ist, darf sprechen und besitzt die Deutungsmacht.

Wer das Wort ergreift, hat etwas zu erzählen. Wer jemand ist oder war, können wir nur erfahren, wenn wir die Geschichte hören, deren Held*in er oder sie ist. Das Wort zu ergreifen, heißt nicht für-sprechen, sondern selbst sprechen. Wenn Ausgeschlossene die eigene Lebenswelt sichtbar machen, schaffen sie einen Ort, von dem aus sie sprechen können. Der Vorhang öffnet sich zu einer Bühne, auf der die eigene Geschichte eine eigene Deutung – und zugleich Bedeutung – erfährt. Das Unspektakuläre des eigenen Lebens bekommt eine Bühne und wird besonders. Die das Wort ergreifen, können zur Sprache bringen, wer sie sind – und wer sie sein können.

Der Demokratietheoretiker Pierre Rosanvallon (2015) argumentiert, dass »nicht wahrgenommen« werden »ausgeschlossen sein« bedeutet. Deshalb sei

heute die Sehnsucht nach einer gerechten Gesellschaft verbunden mit dem Wunsch nach Anerkennung. Und genau hier müsse eine Erneuerung der Demokratie ansetzen: Bei jenen, deren Leben im Dunkeln bleibt, die nicht repräsentiert werden, die nicht sichtbar sind. In Paris gründete Rosanvallon ein »Parlament der Unsichtbaren« (vgl. Rosanvallon 2015), das dazu dient, all die Geschichten und Lebensbiografien von Menschen zu erzählen, die sonst im Dunkeln geblieben wären: von Jugendlichen, die es schwer haben, von Arbeiterrinnen im Niedriglohnsektor, vom kleinen Selbständigen. Die nicht erzählten Geschichten haben meist auch nicht gesehene Orte. Die Wohnungen prekärer Arbeit, die Autos der Online-Waren-Lieferanten, die Tellerwäscher in der Küche, das Dorf eines gebrechlichen alten Mannes am Land. Die Unsichtbarkeit weist auf zwei Phänomene, einerseits auf das Vergessen, die Zurückweisung und die Vernachlässigung, andererseits auf die Unlesbarkeit der Verhältnisse. Für viele ist es schwierig geworden, die Gesellschaft noch zu lesen und sich selbst mittendrin. Das Projekt will dem Bedürfnis nach Erzählung der »gewöhnlichen« Lebensgeschichten, dem Anhören der ungehörten Stimmen und der Beachtung der alltäglichen Sehnsüchte nachgehen. »Es untergräbt die Demokratie, wenn die vielen leisen Stimmen ungehört bleiben, die ganz gewöhnlichen Existzenzen vernachlässigt und die scheinbar banalen Lebensläufe missachtet werden« (Rosanvallon 2015: 70).

Eine ähnliche Initiative findet sich im digitalen deutschsprachigen Instagram-Raum und auf einer eigenen Website (Die Armutskonferenz 2023) unter dem Namen »Lebensskizzen«. »Lebensskizzen« will den Alltag derer sichtbar machen, die nicht im Licht stehen und verstärkt die Stimmen, die gewöhnlich überhört werden. »Lebensskizzen« erzählt Geschichten, von denen keiner erzählt. Die Menschen in den Portraits sind ihre eigenen Erzähler*innen, sie sind die Redaktion ihrer Geschichte. Wie sie dargestellt werden, was erzählt wird, entscheiden sie. Die Armutskonferenz – Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung stellt die Mittel zur Verfügung, den ungehörten Geschichten Gehör zu verschaffen. Die Lebensskizzen werden von Fotoportraits begleitet. Wer möchte, kann anonym bleiben. Sylvia Gangl erzählt auf Lebensskizzen: »Später hab ich in einem Schmuck- und Handschuhladen gearbeitet, da hab ich mit der Abendschule begonnen, aber das ist sich letztendlich nicht ausgegangen, weil ich so oft Überstunden machen musste. Ich hab in einem Baumarkt gearbeitet, und in der Gastro, und als DJane in einer Diskothek, da hab ich mir den Künstlernamen Phönix zugelegt« (Armutskonferenz 2023). Prekäre Jobs sind ihr Alltag: »Dann hab ich mir in einem Call-Center ein gewaltiges Burnout erarbeitet: 60 Stunden, und ein Jahr lang kein Urlaub, weil

sich die Leihfirma geändert hat mitten im Jahr. Zwei Jahre hab ich im AMS gekämpft, bis ich eine Ausbildung zur sozial- und berufspädagogischen Trainerin machen durfte« (ebd.). Frau Gangl engagiert sich in einer steirischen Arbeitsloseninitiative, wo sie mit anderen auf Ämter mitgeht. »Ich hab eine Zeit lang eine arbeitslose Frau zum AMS begleitet, die konnte schon Wochen vor ihrem Termin nicht mehr schlafen und hat sich das Ohr blutig gekratzt, weil das für sie so belastend war« (ebd.). Monika, sie möchte nur mit dem Vornamen benannt werden, sagt auf Lebensskizzen: »Es gibt schon Unterstützung, wie die Lebensmittelausgabe der Caritas oder Sozialmärkte. Aber ich weiß von anderen Armutsbetroffenen, die sich schämen, dort einzukaufen. Ich allerdings habe keine Zeit mehr für Scham. Und ich finde, es ist eine Opfer-Täter-Umkehr. Nicht wir Arme sollten uns schämen müssen und unsere Armut verstecken, sondern dieses ÖSTERREICH« (Armutskonferenz 2023). Aufgewachsen im steirischen Zirbenland kam Monika der Liebe wegen nach Wien. »Zur Erholung fahre ich gerne mit dem O-Wagen zum Schlosspark Belvedere. Besonders gut gefällt mir dieser kleine Pavillon beim Botanischen Garten. Wenn man nach oben geht, hat man einen schönen Ausblick bis zum Kahlenberg. Dieses Ensemble steht leer, da würde ich gerne wohnen« (ebd.). Monika geht durch den Garten, steht am Balkon des beschriebenen Schlosses. »Ich habe viel Zeit und wenig Geld. So reiche ich bei den unterschiedlichsten Literaturwettbewerben meine Texte ein. Bisher ohne Erfolg, aber Schreiben hilft auch sehr gut gegen die Einsamkeit« (ebd.).

»Sie haben mich zum Kika vermittelt, da habe ich einige Jahre gearbeitet. Ich war aber monatelang im Spital und wurde gekündigt. Ich hatte finanzielle Schwierigkeiten und viele Mahnungen bekommen, schon mit Klagsdrohungen« (ebd.). Wolfgang erinnert sich an seine schwerste Zeit: »Ich wollte in den Inn gehen. Ich bin aber zur pro mente nach Linz und habe eine Ausbildung zur Sozialfachkraft für Migranten gemacht, das war 2015. Das hat mir gut gefallen, 20 Wochenstunden habe ich gearbeitet« (Armutskonferenz 2023). Das war ihm wichtig zu erzählen. Wolfgang blinzelt in die Sonne, das Portrait ist draußen aufgenommen, die Sonne geht auf oder unter, das kann man sich aussuchen. »Ich würde gerne schwimmen lernen, im Sommer am See, das wäre schön. Es ist aber schon mehr als fünf Jahre her, dass ich an einem See war. Ich würde gerne mal auf Urlaub fahren, aber ich weiß nicht, ob das noch was wird. Nach Frankreich oder Rumänien an die Schwarzmeerküste« (ebd.).

Manchmal gibt es Schwerpunkte auf Lebensskizzzen, beispielsweise kommen Leute zu Wort, die einander auf Ämter oder Behörden begleiten, wie Sylvia Gangl es in ihrem Portrait angeschnitten hat. Beim Projekt *mitgehn* unter-

stützen Freiwillige als stille Begleiter*innen Menschen mit geringem Einkommen auf Ämtern, Behörden oder in Gesundheitseinrichtungen.

Kai Marquardsen und Karin Scherschel (2022) benennen in ihrer qualitativen Erhebung bei Menschen im unteren sozialen Netz »findige Strategien im Umgang mit materieller Knappeit, entschlossenes Agieren im Umgang mit bürokratischen Regeln und das aktive Bemühen um Partizipation und Unterstützung in informellen sozialen Netzwerken« (ebd.: 534). Diese Praktiken bezeichnen sie als »Eigensinn«. »Eigensinn ist dabei als individuelle Strategie zu verstehen, mit der Menschen sich selbst unter dem Druck fremdbestimmter Verhältnisse zu behaupten versuchen« (ebd.: 546).

Ein Stück dieses Eigensinnes wird im Projekt »Journalismuspreis von unten« sichtbar. Mit diesem Preis wird die Perspektive umgedreht: Plötzlich beobachten jene, die sonst immer beobachtet werden. Armutsbetroffene bilden die Jury (vgl. Pernegger/Schenk 2022). Seit 2010 wird der »Journalismuspreis von unten« für respektvolle und tiefgründige Armutsberichterstattung vergeben. Der Preis besteht aus vier Kategorien in Print, Radio, Fernsehen und Online. Die in Österreich entwickelte Auszeichnung hat auch über die Grenzen hinweg Aufmerksamkeit erregt. Der Preis wird mittlerweile in Finnland, Island, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Serbien und Ungarn verliehen. In Kroatien war bei der letztjährigen Preisverleihung Thema, inwieweit ein bestimmter medialer Ansatz schädlich oder nützlich sein kann, welche Erfahrungen Armutsbetroffene mit den Medien gemacht haben und wie Medien tolle Stories ohne Sensationsgier verfassen können. In Mazedonien wird eine Tischlampe als »Botschafterin des Unsichtbaren« an die ausgezeichneten Journalist*innen überreicht. In Serbien wurden GoodPracticeBeispiele in den Vordergrund gestellt, die nicht Einzelne verletzen, sondern die Gesellschaft wachrütteln. Die Situation in Ungarn ist sehr speziell, da die meisten Medien unter der Kontrolle der Regierung stehen und es ihnen daher unmöglich ist, frei zu berichten – und wenn, dann nur in staatlich kontrollierte Mitteilungen gehüllt, die oft weit von der Realität entfernt sind. Insofern versucht der ungarische »Journalismuspreis von unten« die Aufmerksamkeit auf die wenigen Artikel – hauptsächlich in Onlinemedien – zu lenken, die das Gesicht der Armut in unabhängiger Recherche zeigen. Im direkten Zusammenhang mit dieser Art umgedrehter Medienbeobachtung steht die Ausarbeitung von Leitfäden für respektvolle Armutsberichterstattung (vgl. Armutskonferenz 2014) und gegen Beschämung (vgl. Armutskonferenz 2019). Im Leitfaden für Medien geht es um Sprache, Bilder und Betroffene als Expert*innen. Und darum, dass Menschen immer mehr sind als bloß »arm«. Selten werden sie

als das geschildert, was sie noch alles sind: findig, klug, duldsam, leidend, strategisch, sorgend und verantwortungsvoll, resigniert und hoffnungsvoll, ermattet und kämpferisch. Manchmal ergeben sich auch ungeahnte Gemeinsamkeiten, wenn man genau hinschaut: »Und dazwischen redest du mal mit dem Tonmann, er kriegt jetzt 200 Euro und hoffentlich darf er nochmal das Mikro halten. Auch Journalismus ist sehr unterbezahlt; viele wissen, wovon wir reden« (Armutskonferenz 2024: 6), so eine Armutsbetroffene.

Ökonomische Ungleichheit drückt auf das Vertrauen in die Demokratie und behindert politische Partizipation. »Mit meiner Stimme kann ich bei Wahlen die Zukunft Österreichs mitbestimmen« – dem können 50 Prozent des stärksten ökonomischen Drittels zustimmen, aber nur 28 Prozent des schwächsten. Und: Nur die Hälfte des ökonomisch ärmsten Drittels geht wählen, aber 80 Prozent des reichsten Drittels (vgl. SORA 2019). Die Mehrzahl der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel hat den Eindruck, ihre Stimme zählt nicht. Österreich ist auf dem Weg in die Zwei Drittel Demokratie.

Henriette Gschwendtner, engagiert in der Plattform Armutsbetroffener »Sichtbar Werden« und Interessensvertreterin bei Exit Sozial, sagt, was aus ihrer Sicht zur Zeit brennt: »Es gibt viel zu wenig Therapieplätze für Menschen mit chronischen Erkrankungen. Alleinerziehende Mütter können die immer höher steigenden Mieten nicht mehr zahlen. Oder wenn jemand in einer teilbetreuten WG wohnt, geht sich das mit der gekürzten Mindestsicherung und dem Wohnkostenbeitrag nicht mehr aus. Würde mich nicht wundern, wenn da viele in die Obdachlosigkeit abrutschen« (Armutskonferenz 2023). Was Gschwendtner sich von einer Demokratie und Öffentlichkeit erwartet: »Politiker müssen uns mehr zuhören und unseren Alltag ernst nehmen. Nicht drüberfahren und uns ignorieren« (ebd.). Silvia Gangl bestärkt ihre Kollegin: »Demokratie bedeutet mitbestimmen und mitgestalten können. Aber dazu muss man auch ernst genommen werden, egal ob man viel Geld hat, ob man kein Geld hat, ob man krank ist, ob man gesund ist, ob man alt ist, ob man jung ist, dick, dünn, welche Hautfarbe, ethnische Ausrichtung – gleichwertig« (ebd.).

Literatur

- Die Armutskonferenz (2014): Schreiben und Berichten über Armut. Leitfaden für respektvolle Armutsbewertung. Wien.
- Die Armutskonferenz (2019): Tu was gegen Beschämung – Strategien zu mehr Anerkennung und besserer Gesundheit. Leitfaden, Wien. <http://dx.doi.org/10.13140/RG.2.2.32084.65927>
- Die Armutskonferenz (2023): Lebensskizzen. Menschen. Geschichten. Das Projekt. Siehe <https://www.lebensskizzen.at>
- Marquardsen, Kai/Scherschel Karin (2022): »Eigensinn und Armut – Bewältigungsstrategien am Rande der Gesellschaft«, in: Kai Marquardsen (Hg.), Armutsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden: Nomos, S. 533–548.
- Pernegger, Maria/Schenk, Martin (2022): »Die mediale Darstellung von Armbetroffenen«, in: Kai Marquardsen (Hg.), Armutsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden: Nomos, S. 345–358.
- Rosanvallon, Pierre (2015): Das Parlament der Unsichtbaren, Wien: Edition Import Export.
- SORA (2019): Österreichischer Demokratiemonitor. Siehe <https://www.demokratiemonitor.at>.

#IchBinArmutsbetroffen

Stimmen von Betroffenen im Diskurs um Armut

Helen Dambach und Holger Schoneville

Beschreibung und Einordnung des Phänomens

»Ich bin armutsbetroffen«. So formulieren es seit dem 12. Mai 2022 viele Nutzer*innen auf der Social-Media-Plattform Twitter¹. Während Armut von Betroffenen nicht selten versteckt wird, treten hier Menschen in die Öffentlichkeit und thematisieren ihre eigene Armutsbetroffenheit. Dies erstaunt vor dem Hintergrund der vorherrschenden öffentlichen Thematisierung von Armut.

Wenn wir den Blick auf den Diskurs um Armut insgesamt richten, ist zunächst festzustellen, dass Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung wieder auf der Tagesordnung stehen. So weist im Kontext des wissenschaftlichen Diskurses der Armutsbericht der Bundesregierung auf eine Zunahme von Armutsbetroffenheit sowie eine Verfestigung von Armutslagen innerhalb der deutschen Gesellschaft hin (vgl. BMAS 2021). Gleichzeitig rücken vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Krisen (Corona, Inflation etc.) Fragen von Armut und Ausgrenzung in den Fokus der medialen Öffentlichkeit. Vorherrschend ist in diesen Diskursen jedoch das Sprechen *über* Armut und *über* Menschen in Armut – nicht selten auch moralisierend (vgl. Kessl/Reutlinger/Ziegler 2007). Die Sichtweise der betroffenen Menschen bleibt hingegen oft unsichtbar.

1 Die von uns erhobenen Daten stammen aus der Zeit, bevor die Social-Media Plattform Twitter nach dem Kauf durch Elon Musk in X umbenannt wurde. Deshalb verwenden wir in diesem Artikel den Namen Twitter. Im Vergleich zu anderen sozialen Medien wie Facebook oder Instagram wurde das Hashtag #IchBinArmutsbetroffen auf Twitter deutlich häufiger verwendet. Aus diesem Grund haben wir uns in unserer Forschung auf Twitter beschränkt.

Eine Erklärung dafür liegt in der spezifischen Sprechposition von armtsbetroffenen Personen. So argumentierte Axel Honneth bereits 1981 in einem kleinen Aufsatz mit dem Titel »Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft«, dass Artikulationen von Unrecht aus der marginalisierten Position sozial kontrolliert werden (Honneth 1981: 563f.). Er unterscheidet dabei zwei Prozesse: Durch Prozesse der kulturellen Ausschließung werden bestimmte gesellschaftliche Artikulationsregeln gesetzt, die der beherrschten Klasse nicht zugänglich sind und sie somit »entsprachlicht«. Durch Individualisierungsprozesse wird zudem die Möglichkeit, Erfahrungen als Unrechtserfahrungen zu deuten, entzogen.

Unsere Verwunderung darüber, dass nun trotz dieser strukturellen Hürden Twitter-Nutzer*innen ihre eigene Armtsbetroffenheit öffentlich unter dem Hashtag #IchBinArmtsbetroffen thematisieren, bildete den Ausgangspunkt eines gemeinsamen Projekts². Dieses fragt nach der Möglichkeit des politischen Sprechens über Armut aus der prekären Position der Betroffenheit. Im Rahmen des Projekts konnten wir drei unterschiedliche Thematisierungsweisen unter dem Hashtag #IchBinArmtsbetroffen identifizieren, über die das politische Sprechen möglich zu werden scheint: Diese sind die Thematisierung von Alltagserfahrungen, von Kollektivität und Kollektivierung sowie von politischen Forderungen (vgl. Dambach/Schoneville 2024). In diesem Beitrag wollen wir die Stimmen der Betroffenen im Diskurs über Armut, die sich unter dem Hashtag #IchBinArmtsbetroffen rekonstruieren lassen, in den Blick nehmen. Dafür werden wir zunächst kurz den Ausgangspunkt der Twitterdebatte darstellen. Im Zentrum des Beitrags soll dann die für #IchBinArmtsbetroffen charakteristische Thematisierung von Alltagserfahrungen stehen. Wir schließen mit einem Fazit und bieten einen Ausblick an.

2 Das Projekt »#IchBinArmtsbetroffen. Thematisierung eigener Armtsbetroffenheit in der Öffentlichkeit« untersucht Artikulationen auf Twitter (jetzt: X) unter dem #IchBinArmtsbetroffen und rekonstruiert sie als prekäres politisches Sprechen. Im Zentrum stehen dabei die Tweets selbst. Die Analysen werden durch partizipative Forschungsformate ergänzt. Das Projekt läuft seit Mai 2022 (zunächst an der Universität Hamburg und seit Mai 2024 an der Universität Duisburg-Essen). Mehr Informationen finden sich auf: <https://udue.de/armutsbetroffen>.

Stimmen von Betroffenen

Durch die digitale Signatur³ von Tweets und der damit einhergehenden Datierung lässt sich der Beginn der Debatte auf den 12.05.2022 zurückführen. Anlass für die erste Verwendung des Hashtags #IchBinArmutsbetroffen war u.a. ein Artikel im Nachrichtenmagazin *Focus*, der einen Tag zuvor online unter dem Titel »Auf die Planung kommt es an. Hartz IV Mutter berichtet: ›Wer am Monatsende nur noch Toastbrot isst, kann mit Geld nicht umgehen« (Hus-sendorfer 2022) erschien. Die Twitter-Nutzerin @Finkulassa verfasste als Reaktion die folgende Konversation:

»#DasIstHartz4 #Armut #Hartz4

Wir alle sind Menschen. Wir haben Leben, Geschichten, Erfahrungen. Wir sind keine »soziale Hängematte«. Wir sind nicht faul. Aber wir sind viele. Ich bin Anni, 39 Jahre alt und beziehe H4. Ich habe mein Fachabitur gemacht, bin durchaus gebildet zu nennen und alles andere als faul. Ich war Babysitter, Serviemitarbeiterin, Krankenpflegerin, Reinigungskraft und Alltagshelferin. Ich habe Depressionen und schwere Arthrose, mit dem ein oder anderen Zusatz. Ich bin alleinerziehend. Ich bin NICHT unsozial, faul, dumm oder kann nicht mit Geld umgehen. Ich bin armutsbetroffen...PUNKT! Ich bin ein Mensch. Keine Zahl, kein Klischee. Und an guten Tagen, kann ich sogar lächeln.

#IchBinArmutsbetroffen [...]«

Anschließend rief @Finkulasa ihre Follower*innen dazu auf, es ihr gleichzutun und ebenfalls das Hashtag #IchBinArmutsbetroffen in eigenen Twitter-Beiträgen zu verwenden. Daraufhin wurde das Hashtag in hunderttausenden anderen Tweets aufgegriffen und über eigene Armutsbetroffenheit berichtet. Insgesamt wurden mehr als sechs Millionen Tweets mit dem Hashtag versehen.

3 Auf Twitter wird jeder Beitrag mit einer so genannten Konversations-ID als Signatur versehen, der auch direkte Antwort-Tweets auf den Beitrag zugeordnet werden. Im Folgenden betrachten wir ausschließlich die Beiträge von Nutzer*innen, die eine Konversation gestartet haben sowie ihre eigenen Antworten als direkte Fortsetzung darauf (z.B. aufgrund des Zeichenlimits). Antworten von anderen Nutzer*innen blenden wir aus. Auch wenn es sich somit nicht um »Gespräche« zwischen unterschiedlichen Personen handelt, nutzen wir die technische Bezeichnung »Konversation«. Für eine übersichtliche Darstellung haben wir für diesen Artikel die Inhalte, die sich teilweise über mehrere Tweets erstreckt haben, aus der ursprünglichen Formatierung herausgelöst und in einem Text ohne Absätze zusammengefügt.

Während das Hashtag anfangs mehrfach Teil der Twitter-Trends war, also besonders häufig benutzt wurde, scheint seine Verwendung seit Januar 2023 zu stagnieren. Gleichwohl bieten die Tweets Einblicke in den Diskurs über Armut aus der Position der Betroffenheit. Nachfolgend stellen wir die Thematisierung von Alltagserfahrung ins Zentrum.

Alltag unter den Bedingungen von Armut als Erfahrung allgegenwärtiger Missachtung

Als wir uns näher mit den Tweets unter dem Hashtag #IchBinArmutsbetroffen beschäftigt haben, fiel uns ein Merkmal besonders auf: In den Tweets fanden sich kaum Forderungen, wie man sie vielleicht von Flugzetteln, Plakaten oder aus Talkshowformaten kennt. Sie enthielten vielmehr Beschreibungen, in denen die Twitter-Nutzer*innen aus der Position der Betroffenheit anhand von konkreten Situationen von alltäglichen Erfahrungen ihres eigenen Lebens in Armut berichten. Twitter wird zu einem Raum des öffentlichen und kollektiven Austauschs über Armutserfahrungen, in dem der individualisierte Erfahrungshorizont überschritten wird und alternative Deutungen möglich werden.

Auf der konkreten Ebene des Gesagten ist jedoch auffällig, dass dies nicht explizit erfolgt, sondern zunächst ganz unterschiedliche Alltagssituationen in den Tweets zur Sprache kommen. Erst durch die Wiederholung von ähnlichen Alltagserfahrungen in einem sich ähnelnden Stil unter dem gleichen Hash-tag zeigt sich eine kollektive Dimension von #IchBinArmutsbetroffen. Die Gemeinsamkeit dieser Darstellungen liegt darin, dass sie aufzeigen, wie sehr der Alltag von Armutsbetroffenheit durchdrungen ist. Sie verweisen auf die Allgegenwärtigkeit der Betroffenheit von Armut. So finden sich Beschreibungen, die das Thema Ernährung, Fragen der Gesundheit oder, wie im nachstehenden Tweet, Fragen des Wohnens thematisieren:

»#IchbinArmutsbetroffen Lebe zu zweit in 45m² 1ZKB und kann es mir oft nicht leisten, meinen Enkel am anderen Ende der Stadt zu besuchen.«

An diesem Tweet erscheinen uns zwei Dinge besonders relevant und charakteristisch: Erstens wird hier Armutsbetroffenheit im Kontext einer Beschränkung im Lebensbereich des Wohnens – im Sinne von eingeschränktem Wohnraum – zum Thema gemacht. Der eingeschränkte Wohnraum wird hier

nicht dramatisiert, sondern als Ausdruck des Lebens in Armut thematisiert. Zugleich wird durch die Beschreibung des Wohnraums der zweite Teil des Satzes kontextualisiert und erhält eine entsprechende Dramatik. In diesem werden die eingeschränkten materiellen Möglichkeiten als direkter Grund für die erschwerete Gestaltung von wichtigen sozialen Beziehungen thematisiert. Selbst vergleichsweise kleine Ausgaben, wie die Fahrt zum anderen Ende der Stadt, werden als nicht bewältigbar dargestellt. Der Tweet kann so gelesen werden, dass trotz weitreichender Einschränkung im Bereich des Wohnens, einem der zentralen Kostenfaktoren des alltäglichen Lebens, selbst relativ kleine und selbstverständliche Kosten nicht finanziert werden können. Dies wird als Mangel bzw. eingeschränkte Teilhabe thematisiert.

Gleichzeitig wird deutlich, dass mit der Armutsbetroffenheit einhergeht, dass internalisierte gesellschaftliche Erwartungen nicht erfüllt werden können. Die Beschreibungen von Alltagserfahrungen unter den Bedingungen von Armut lassen sich damit auch als explizite oder implizite Beschreibungen von Missachtungserfahrungen lesen. So ist für die Tweets unter dem Hashtag #IchBinArmutsbetroffen im Allgemeinen charakteristisch, dass sich in den Beschreibungen eingelagert normativ bewertende Stellungnahme finden. In diesen werden die alltäglichen Armutserfahrungen vor dem Hintergrund abstrakter Vorstellungen von (Un-)Gerechtigkeit als Erfahrungen von Missachtung identifiziert. Für den vorstehenden Tweet gilt dies in Bezug auf die Darstellung des eingeschränkten Wohnraums sowie der Unmöglichkeit, den eigenen Enkel zu besuchen. Auch wenn hier nicht explizit gesagt wird, dass dies ungerecht sei, lässt die Darstellungsform die immanente Erfahrung von Missachtung hervortreten. In ähnlicher Form geschieht dies auch im nachfolgenden Tweet:

»#IchBinArmutsbetroffen hieß für mich heute im Supermarkt zu stehen, die Preise zu sehen und fast zu weinen. Eigentlich wollte ich heute endlich meinen Kindern den Wunsch nach einer Wassermelone erfüllen, die sie seit Wochen haben wollen. Ich musste sie wieder enttäuschen.«

Auch hier wird beschrieben, dass die Erfahrung des finanziellen Mangels mit der Unmöglichkeit, internalisierten Rollenerwartungen zu entsprechen, einhergeht. Sie wird in diesem Tweet ebenfalls anhand einer konkreten Alltagserfahrung gezeigt – dem Einkaufen im Supermarkt. Die Einkaufssituation wird zum Ausgangspunkt genommen, um deutlich zu machen, was die Armutsbetroffenheit für diese Person konkret bedeutet. Genau wie im Tweet zuvor wird

die Betroffenheit von Armut als Erfahrung von Einschränkung und Mangel gerahmt. Hier drückt sie sich darin aus, dass die Person, als Mutter, den Wunsch ihrer Kinder nicht erfüllen kann. Durch die konkrete Schilderung des Wunsches der Kinder nach einer Wassermelone wird auch hier illustriert, dass von (Ernährungs-)Standards abgewichen werden muss.

Die erfahrene Einschränkung wird wieder nicht explizit als ungerecht gerahmt. Gleichwohl drückt sich in der Beschreibung des Weinens und der Enttäuschung die Erfahrung von Missachtung im Alltag aus. Diese Erfahrung scheint zudem kein singuläres, sondern ein wiederkehrendes Phänomen zu sein – die Mutter beschreibt, dass sie ihren Kindern zum wiederholten Mal den Wunsch nach der Melone verwehren musste. In der Darstellung dieser Regelmäßigkeit zeigt sich ebenfalls die Allgegenwärtigkeit der Armutsbetroffenheit im Alltag und damit einhergehend die Durchdringung des Alltags von Missachtungserfahrungen. Im nachfolgenden Tweet wird beschrieben, dass sich die Durchdringung des Alltags von Mangel und Einschränkung im Modus einer umfassenden und stetig präsenten Sorge zeigt:

»Die ständige Angst ist einfach präsent. Was ist wenn etwas leer oder kaputt geht, was man nicht Mal eben so ersetzen kann? Meistens hat man dann Pech gehabt. Muss sich was anderes einfallen lassen oder eben verzichten. #IchBinArmutsbetroffen«

Unterschiedliche Alltagssituationen werden hier als Auslöser für eine dauerhafte Angst bzw. Sorge angeführt. Auffällig ist erneut, dass die Anlässe – etwas geht leer oder kaputt – relativ alltägliche Momente darstellen, die hier jedoch Angst produzieren. Aus alltäglichen Kleinigkeiten werden, so die Darstellung, unter den Bedingungen von Armut existenzielle Fragen, die zu Mangel und Verzicht führen. In diesen Beschreibungen werden Alltagserfahrungen unter den Bedingungen von Armut als regelmäßiges Ausgesetzt-Sein gegenüber Missachtungserfahrungen gerahmt.

Ein anderer Aspekt des alltäglichen Lebens, der von den Twitter-Nutzer*innen innerhalb von #IchBinArmutsbetroffen immer wieder relevant gesetzt wird, ist der Kontakt mit öffentlichen Institutionen. So beschreibt der folgende Tweet eine Situation im Umgang mit der Krankenkasse:

»Überlegt warum ich so fertig war nach Arzttermin und dem Gespräch mit einem Mitarbeiter der AOK. Hab mich dann gefragt warum mich das alles

so trifft: Es ist dieses Gefühl betteln zu müssen um etwas was mir einfach zusteht. #IchBinArmutsbetroffen«

Auch dieser Tweet berichtet von einer konkreten Alltagserfahrung – einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der Krankenkasse. Die Interaktion wird als missachtend beschrieben. Anders als in den Tweets zuvor findet sich hier eine normative Stellungnahme, die explizit formuliert wird und genauer ausführt, worin die erfahrene Missachtung liegt. Es wird beklagt, unter den Bedingungen von #IchBinArmutsbetroffen den eigenen rechtlichen Anspruch verwehrt zu bekommen und stattdessen »betteln zu müssen«. Ausgehend von der beschriebenen individuellen Erfahrung lässt sich der Tweet im weiteren Verlauf als Abstraktion dieser Erfahrung lesen. Die Skandalisierung von entzogenen Rechtsansprüchen, deren Missachtung auf die eigene Armutsbetroffenheit zurückgeführt wird, kann als Kritik einer allgemeinen Statusungleichheit von Armutsbetroffenen interpretiert werden.

Die Erfahrung, nicht als gleichwertiger Mensch gesehen zu werden und leben zu können, wird innerhalb der Tweets immer wieder aufgegriffen. In charakteristischer Weise zeigt sie sich in Beschreibungen, in denen Nutzer*innen thematisieren, dass sie sich in ihrem Alltag unsichtbar fühlen. Diese erfahrene Unsichtbarkeit fassen sie als gesellschaftliche Ausgrenzung. Im folgenden Tweet zeigt sich dies in Verbindung mit der Ausgrenzung aus sozialen Nahbeziehungen:

»wissst ihr was für mich das schlimmste ist an #IchBinArmutsbetroffen ? das mich so viele gar nicht mehr sehen wollen...ich bin ihnen peinlich, unangenehm...😢 ich meine ich hatte mal ein Leben mit Kollegen, Bekannten etc. nun nicht mehr, jetzt bin ich unsichtbar.«

Hier wird die Erfahrung von sozialer Ausgrenzung ins Zentrum gerückt. Die Person begründet weiter den Verlust von sozialen Kontakten in Folge ihrer Armutsbetroffenheit. Sie beschreibt, dass sich das ehemalige soziale Umfeld für die Person schämt und sie nun meidet. Diese erfahrene Ausgrenzung wird als der schmerzlichste Aspekt von Armutsbetroffenheit markiert. Alltag wird hier als geprägt von Isolation und Beschämung dargestellt. Die Person folgert weiter, dass sie nun nicht mehr als Mensch wahrgenommen wird und beklagt, stattdessen unsichtbar zu bleiben. In anderen Darstellungen werden besondere Verschärfung von sozialer Ausgrenzung bis hin zur Entmenschlichung beschrieben:

»#IchBinArmutsbetroffen hartz4/grundsicherung ist finanzieller knast hab bald lebenslänglich abgesessen bei 18 Jahren 500€ im monat. ich bin kein mensch mehr ich bin minderwertig und wäre lieber tot.«

Die von der Person genutzte Metapher das Gefängnisses verweist an dieser Stelle darauf, dass Freiheiten, welche über die Existenz als solche hinausgehen, mit den beschränkten Mitteln, die Sozialleistungen bieten, nicht verwirklicht werden könnten. Hier spitzt sich die Beschreibung des Alltags unter den Bedingungen von Armut als Erfahrung allgegenwärtiger Missachtung zu: Es wird beschrieben, dass die materiellen Bedingungen dazu führen, dass sich die Person nicht mehr als Mensch und gleichwertiges Gesellschaftsmitglied erfahren kann. In der Darstellung wird damit thematisiert, dass das eigene Leben unter den Bedingungen von Armut auf die bloße Existenz reduziert bleibt und selbst der Sinn dieser durch die materielle Situation infrage gestellt wird. Die Darstellung gipfelt darin, dass der eigene Tod dem Alltag in Armut vorzuziehen wäre.

Fazit und Ausblick

Die vorstehend betrachteten Tweets stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus den hunderttausenden Beiträgen mit dem #IchBinArmutsbetroffen dar. Dennoch deuten diese Ausschnitte bereits an, welche besondere Qualität in den Stimmen der Betroffenen unter dem #IchBinArmutsbetroffen im Diskurs um Armut liegt. Die von uns vorgestellten Tweets zeigen vor dem Hintergrund der erfahrenen »Entsprachlichkeit« (Honneth 1981) ein Ringen darum, eine gemeinsame Sprache für das alltägliche Leben unter den Bedingungen von Armut zu finden. Es zeigt sich, dass Armut aus der Position von Betroffenheit vor allem als Erfahrung von Mangel und Einschränkung gerahmt wird, die mit Erfahrungen von Ausgrenzung und Entrechtung bis hin zur Entmenschlichung einhergehen (vgl. Kronauer 2009). Die Besonderheit liegt darin, dass diese Beschreibungen keine Verallgemeinerungen für alle von Armut betroffenen Personen darstellen, sondern in ihnen individuelle (Missachtungs-)Erfahrungen geschildert werden. Zudem enthalten sie sich konkreter politischer Forderung zumeist. Schon im Hashtag – #IchBinArmutsbetroffen – ist diese Form des Sprechens angelegt. In ihm wird vom Individuum ausgegangen. Dies spiegelt sich inhaltlich auch in den Tweets wider. Die Schilderungen selbst bleiben (weitgehend) bei den individuellen Alltagserfahrungen. Diese

können für sich Authentizität und Legitimität und damit eine bestimmte Form von politischer Wahrheit beanspruchen, gerade weil sie zunächst auf konkrete eigene Erfahrungen verweisen.

Erst durch die Ein- und Unterordnung von tausenden Tweets zum gleichen Hashtag, entsteht aus den individuellen Sprechakten eine Form von kollektivem politischen Sprechen. Die Wiederholung von ähnlichen Alltagserfahrungen führt zu einer Sicherung und Legitimierung von Form und Inhalt des Sprechens sowie der Sprechposition als solcher. Damit können die Stimmen der Betroffenen als Gegenrede und Verteidigung gegen den stigmatisierenden und moralisierenden öffentlichen Diskurs um Armut interpretiert werden.

Die Perspektive von Betroffenen, die im Rahmen dieses Beitrags im Zentrum steht, stellt innerhalb der forschenden Beschäftigung mit Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung weiterhin eine Forschungslücke dar. In unserem Projekt lesen wir die Tweets nicht nur als individuelle Auskünfte über die Lebenssituation von armutsbetroffenen Menschen, sondern fragen vor allem danach, wie die Betroffenen über ihre eigene Armutsbetroffenheit politisch sprechen (können). Während in den Wochen nach der ersten Verwendung des Hashtags #IchBinArmutsbetroffen am 12.05.2022 täglich mehrere tausend veröffentlichte Tweets pro Tag mit dem Hashtag folgten, ist die Zahl der Beiträge inzwischen stagniert. Aus den Tweets selbst ist nur bedingt ersichtlich, warum dies der Fall ist. Deshalb stellt sich die Frage, wie die Twitter-Nutzer*innen, die als armutsbetroffene Personen Beiträge unter dem Hashtag #IchBinArmutsbetroffen verfasst haben, ihre eigenen Veröffentlichungen, die Reaktionen darauf sowie den gesamten Diskurs um #IchBinArmutsbetroffen, erlebt haben. Offen bleibt zum jetzigen Zeitpunkt auch, welche Bedeutung die Veröffentlichungen unter dem #IchBinArmutsbetroffen und die damit vorgenommene Gegenrede aus der Position der Betroffenheit für den Diskurs um Armut insgesamt hat. Die Erkenntnisse aus unserem Projekt deuten an, dass für die Betroffenen die Veröffentlichung ihrer individuellen Erfahrungen enorm bedeutsam war. Vor allem scheint damit auch die Hoffnung verknüpft, dass durch die Tweets sowie deren mediale Repräsentation eine Öffnung des Diskurses über Armut einher geht.

Literatur

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hg.) (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin: Bundesdruckerei.
- Dambach, Helen/Schoneville, Holger (2024): »Prekäres politisches Sprechen. Zur (Un-)Möglichkeit der politischen Teilhabe von Armutsbetroffenen« [Posterpräsentation], Krisen und Transformationen. 29. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Halle (Saale).
- Honneth, Axel (1981): »Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft. Einige Schwierigkeiten in der Analyse normativer Handlungspotentiale«, in: Leviathan 9, 3/4, S. 556–570.
- Hussendörfer, Elisabeth (2022): »Auf die Planung kommt es an. Hartz-IV-Mutter: ›Wer am Monatsende nur noch Toastbrot isst, kann mit Geld nicht umgehen‹«, in: FOCUS-online. https://www.focus.de/finanzen/news/hartz-iv-mutter-mit-steiler-these-wer-mit-koepfchen-vorgeht-kann-trotz-gestiegener-preise-gut-leben_id_94004520.html vom 12.07.2022.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger (Hg.) (2007): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die »neue Unterschicht«, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kronauer, Martin (2009): »Inklusion – Exklusion: eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart«, in: Martin Kronauer (Hg.), Inklusion und Weiterbildung: Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart, Bielefeld: W. Bertelsmann. S. 24–58.

Fiktionale Belletristik und Autosozиographien als Gegendiskurse zu Narrativen über Armutsbetroffene

Klassenreisende erzählen vom Aufwachsen in Armut

Anja Kerle und Alban Knecht

Frank McCourt wurde mitten in die Weltwirtschaftskrise in eine in die USA ausgewanderte irische Emigrantenfamilie hineingeboren. Nach dem Tod seiner jüngeren Schwester entscheiden die Eltern dem von der Great Depression gezeichneten Land zu entfliehen, indem sie wieder nach Irland gehen. Auch dort bleibt das Leben der Familie von Armut geprägt, unter anderem weil sein Vater den schmalen Lohn vertrinkt und verprasst. Als Frank älter wird, schlägt er sich mit kleinen Jobs durch, um seine Familie zu unterstützen. So formuliert er für eine private Geldverleiherin Mahn- und Drohbriefe. Als er diese tot in ihrer Wohnung auffindet, nimmt er Geld von ihr an sich, um sich damit die Schiffsreise nach Amerika zu ermöglichen. Auf den Spuren seiner Eltern macht er einen neuen Anlauf in ein besseres Leben. Erst im Alter von 66 Jahren veröffentlicht er diese Geschichte in seinem autobiographischen Roman »Die Asche meiner Mutter« (McCourt 1996), der ihn berühmt macht. In seinen Darstellungen vermischt er Schilderungen aus der Kindperspektive mit teils ironischen Beobachtungen des erwachsenen Erzählers. Der Roman steht damit exemplarisch für Erzählungen über das Aufwachsen in Armut, in denen die eigene Lebenserfahrung als autobiographische Geschichte erzählt wird – hier besteht gewöhnlich eine weitgehende Identität zwischen Autor*in, Erzähler*in und Protagonist*in (vgl. Christ 1912, Ohde 2022, Matusko 2023¹; Toxische Pommes 2024) – oder als von der eigenen Lebenserfahrung informierter Hintergrund, welcher in die Geschichte fiktionaler Personen eingeht (vgl. Brunngraber 1933, Balci 2008, Hegemann 2018; Stuart 2020). So schreibt Felix Lobrecht,

¹ Danke an Stephanie Simon für diesen Literaturhinweis!

der selbst der Arbeiter*inneneklasse entstammt, zu seinem Roman »Sonne und Beton« (ebd. 2017), in dem es um den Alltag von armutserfahrenen und zumeist migrantisierten Jugendlichen in einem marginalisierten Bezirk in Berlin geht und in dem er in der Erzählweise, dem Sprachgebrauch und der Rhetorik nah an der Lebenswelt der beschriebenen Jugendlichen verbleibt: »Ich wünschte, ich hätte mir mehr ausdenken müssen« (ebd. 2017).

Autosoziobiographien als reflektierte und reflektierende Gegendiskurse zum Aufwachsen in Armut

Seit den 2010er Jahren etablierte sich ein neues Format, in denen die Armutserfahrung der Schreibenden zwar auch erzählt, aber zusätzlich stärker (quasi-)soziologisch reflektiert wird. Die (ehemals) Betroffenen thematisieren darin vermehrt, was es bedeutet als Kinder und Jugendliche in einer deprivilegierten sozialen Position aufzuwachsen, die gesellschaftlich stigmatisiert ist und berichten über die Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt waren (vgl. Zimmer 2013; Louis 2019). Sie schreiben über die teils subtile, teils offene Ausgrenzung und die fehlende Teilhabe an der Gesellschaft, die als schmerzlich erfahren wird, wenn auch auf andere Weise als die Entbehrung des Allernötigsten, wie sie in älteren Erzählungen über Armut vorkommen. Neben verletzenden Ausgrenzungserfahrungen aufgrund der Klassenzugehörigkeit reflektieren sie Gewaltdynamiken von verschiedenen Familienmitgliedern innerhalb der Familie, wie auch Momente der Geborgenheit und der liebevollen Zuwendung durch die Eltern: So beschreiben z.B. Eduard Louis in »Das Ende von Eddy« (Louis 2019) und Christian Baron in »Ein Mann seiner Klasse« (2020) die Gewalttätigkeit ihrer Väter und ihre Gefühle des Ausgeliefertsein und der Scham, während Udine Zimmer in »Nicht von schlechten Eltern« (2013) eindrücklich deren Versuchen nachzeichnet, kreativ die finanziellen Notlagen zu kompensieren und die Wünsche und Bedürfnisse der Kinder zu erfüllen.

Durch die biographischen Perspektiven können Lesende die Autor*innen als Kinder und Jugendliche in ihrer Vulnerabilität und ihrer Handlungsfähigkeit kennenlernen, denen es in ihrem biographischen Verlauf möglich war, die beschriebenen Verhältnisse zumindest teilweise zu überwinden, wodurch sie zu sogenannten Klassenreisenden bzw. transclass-Personen² (Jaquet 2021)

² Jaquet verwendet den »Transclass«-Begriff für Menschen, die qua Bildungsreise eine Klassentransformation unterzogen (häufig auch als sogenannte »Bildungsaufstei-

wurden. Häufig sind beide Erzählperspektiven zu finden: Berichte über die erinnerte Kindperspektive (im Vordergrund in Louis 2019 und Toxische Pommes 2024) ergänzen dann die Sichtweisen des erwachsenen Erzählenden auf sich selbst als Kind und Jugendliche*r (im Vordergrund in Eribon 2016 und Zimmer 2013). In der Autoethnographie »Erinnerungen eines Mädchens« spielt Annie Ernaux (2020) sogar mit diesen Perspektiven, indem die Ich-Erzählerin über sich selbst als Kind und Jugendliche in der dritten Person, also als »sie« schreibt – und die Frage aufwirft, ob sie eigentlich noch dieselbe Person sei.

In diesem populär gewordenen Genre der Autosozobiographien (vgl. Blome/Lammers/Seidel 2022, Spoerhase 2017) werden die Kindheiten und Jugendphasen von Klassenreisenden auch in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen verhandelt. Während in den vorherrschenden öffentlichen und medialen Debatten um Armut von Kinder ihre Eltern des Öfteren als Risiko konstruiert (vgl. den Beitrag von Klein/Ritter in diesem Band) und/oder Kinder beziehungsweise Jugendliche als Leidensträger der Familien viktimisiert werden (s. Beitrag von Kerle/Prigge/Simon in diesem Band), geben dieser Werke andere Einblicke in das Aufwachsen in Armutslagen. Mit ihrem vielschichtigen und intersektionalen Bild über die je besonderen Kindheit(en) und Jugenden und deren ›Bildungsreisen‹ und ›Klassenfahrten‹ (vgl. Macioszek/Knop 2022) stellen sie Gegennarrative zu ›gängigen‹ Diskursen über das Aufwachsen von Kindern in Armutslagen dar. Eigene Lebensgeschichten werden intensiver – teilweise mit soziologischen Theorien und Vokabular – vor ihrem gesellschaftlichen Hintergrund reflektiert (siehe z.B. Eribon 2016 und Ernaux 2021). Diese Beiträge werden wiederum selbst in aktuellen wissenschaftlichen Diskursen zum Klassismus aufgegriffen (z.B. Gamper/Kupfer 2024). Teilweise umfassen die Texte auch wissenschaftsnahe bzw. sachbuchartige, selbstreflexive Analysen (vgl. Baron/Barankow 2021; siehe auch verschiedene Beiträge im ›Dishwasher-Magazin³‹).

ger*innen« bezeichnet). Der Transclass-Begriff verweist besonders auf die Positionierung »zwischen« den Klassen und macht aufmerksam auf die mit sozialer Mobilität häufig einhergehenden Erfahrungen der fehlenden bzw. ausbleibenden Zugehörigkeit und des gespaltenen Habitus.

3 Das »Dishwasher-Magazin« ist ein Journal »von Arbeiter*innenkindern für alle« und stellt somit einen Raum für Gegendiskurse aus wissenschaftlicher bzw. wissenschaftsnaher Perspektive, aktuelle Entwicklungen zu studentischen Selbstorganisierungen (z.B. Klassismus-Referaten an Hochschulen), wie auch Erfahrungsberichte von Arbeiter*innenkindern über das Aufwachsen in Armut dar.

Das Aufwachsen in Armut in Graphic Novel, Poesie, Lyrik und anderen Formaten

Andere belletristische Thematisierungsweisen, die über das Aufwachsen von Kindern in Armut erzählen und somit Räume für Gegendiskurse eröffnen können, wählen Genres wie Graphic Novel oder Poesie/Lyrik und eröffnen damit neue Perspektiven auf das Aufwachsen in Armut. So erweitert Oljanna Haus in der Graphik Novel »Sonne und Beton« (Lobrecht/Haus 2021) die Darstellung des gleichnamigen Romans (Lobrecht 2017), indem sie die Lebenswelten Jugendlicher zwischen begrenzten Wohnungen und dem öffentlichen Raum in der Plattenbausiedlung der in Berlin Neukölln gelegenen Gropiusstadt graphisch darstellt. Über die vermittelten Bilder wird stärker als im Roman deutlich, dass der Sozialraum bzw. das Quartier eine zentrale Bezugsgröße im Aufwachsen der jungen Menschen darstellt und sich sowohl Freiräume erschließen (z.B. in Praktiken der Raumaneignung beim Abhängen in den Gropiuspassagen oder auf den Dächern der Wohnblocks), als auch multiple Problemlagen entlang sozialräumlicher Segregation aufschichten.

In der autobiographischen Graphic Novel »Scheiblettenkind« beschreibt Eva Müller (2022) ihr Aufwachsen als Arbeiter*innentochter, das geprägt ist von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen in der Schule und später im Studium, von der Erschöpfung der Eltern und Großeltern zwischen Lohn- und Carearbeit, deren Unverständnis für die Lebensentscheidungen der Tochter – wie auch von ihrer eigenen Klassenscham, die Eva Müller als Schlange symbolisiert. Der große Gewinn dieses Werkes ist, dass die gezeichneten Bilder Inhalte auf andere Weise vermitteln als über die textuelle Performanz in Romanen. Dies kann bei Geschichten über Klassenreisen und Klassenherkunft in ganz besonderer Weise von Bedeutung sein, da in den Zeichnungen zum Beispiel Kleidungsstücke und -stile, Einrichtungsgegenstände und Objekte (anhand denen unterschiedliche ökonomische, kulturelle und symbolische Kapitalien sichtbar werden können) deutlicher aufscheinen als in Texten. So werden unterschiedliche Habitus dem Lesenden auch über grafische Repräsentationen zugänglich gemacht, wobei die gezeichneten Darstellungen auch Räume für eigenen Deutungen und Resonanzen ermöglichen.

Auch poetische und lyrische Texte eröffnen weitere Diskursräume. In der ›poetischen Selbstbefragung‹ »Soll und Habitus«, die von Daniela Dröscher und Paula Fürstenberg (2021) herausgegeben wurde, in der es um das ambivalente Verhältnis von Klassenreisenden zu Geld geht, steht die Einsicht,

dass der gespaltene Habitus »einen scheinbar auch in Bezug auf die Frage ein[holt], was denn nun (zu) viel und was (zu) wenig ist«. So formuliert es die Autor*in Şeyda Kurt (2021) in einer abgedruckten Sequenz:

»Meine Mutter kauft Gemüse auf Vorrat. Es verschimmelt im Kühlschrank. Ich kaufe Klosteine. Sie stapeln sich im Badezimmerschrank. *Vorrat*, hat das mit *raten* zu tun? Meine Mutter und ich versuchen, die Zukunft zu erraten. Wir fürchten uns. Sie vor einer Zukunft, in der es wieder Hunger gibt. Ich vor einer Zukunft, in der Toiletten stinken, wenn Gäste kommen. Wenigstens schimmeln Klosteine nicht.«

Die Repräsentationen der Perspektiven von Klassenreisenden schaffen ein Verständnis dafür, dass ein Aufwachsen in Armutslagen über die vieler Entbehrungen hinaus bedeuten kann, dass das Verhältnis zu Geld und Konsum auch im Erwachsenenalter und »nach« einem Klassenwechsel, der teilweise prekär bleibt, ein herausforderndes und spannungsreiches Thema bleibt.

Kritische Reflexionen zur fiktionalen Belletristik und Autosoziobiographien über Armut und deren Rezeption

In der Fülle der mittlerweile erschienenen autoethnographischen bzw. autosoziobiographischen Skizzen (siehe z.B. auch den österreichischen Reader »Klassenreise«, (Aumair/Theißl 2023) und den deutschen Reader »Klasse und Kampf« (Baron/Barankow 2021)), zeigt sich jedoch auch eindrücklich, dass Diskriminierungen von den Erzählenden nicht allein entlang von Klassenherkunft bzw. eines klassenspezifischen Habitus erfahren werden, sondern sich beispielsweise auch aufgrund vorherrschender Geschlechterverhältnisse (vgl. Ernaux 2021; Berger 2022) und/oder Heteronormen (vgl. Eribon 2016; Louis 2019) und/oder Rassismen intersektional vollziehen (vgl. Ohde 2022; Matusko 2023; Toxische Pommes 2024). Diese intersektionale Verwobenheit wird darüber hinaus häufig in fiktionaler belletristischer Literatur zum Aufwachsen in Armut sichtbar.

Auch wenn die Erzählungen armutserfahrener Schreibender keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit haben – und diesen auch nicht erheben –, so stellen sie doch durch ihren Zugang über persönliche und biographische Perspektiven wichtige Stimmen in Gegendiskursen zum Aufwachsen in Armut dar. Die Vielzahl der Formate, in denen Geschichten über das Aufwachsen

von jungen Menschen in Armutslagen erzählt wird, haben das Potenzial, vielschichtige Bilder über Lebenslagen in Armut zu zeichnen und zu vermitteln. Über ihre je spezifischen Formate, Darstellungs- und Erzählweisen sprechen sie zudem verschiedene Zielgruppen an. Nicht zu vergessen ist hierbei, dass es in den genannten Werken stets Erwachsene sind, die sich an ihre Kindheiten erinnern, diese rekonstruieren und erzählen. Perspektiven auf das Aufwachsen in Armut und marginalisierten Kindheiten werden von Erwachsenen repräsentiert. Für die Gestaltung weiterer Gegendiskurse wäre es wünschenswert, in literarischen Werken auch Perspektiven von Kindern selbst zur Sprache zu bringen (z.B. Cool Kids/Trân 2020).

Ob es den genannten Darstellungen gelingt, über die Sichtbarmachung von Klassismuserfahrungen einen kollektiven Erfahrungsraum aufzuspannen und somit der Individualisierung struktureller Diskriminierung entgegenzuwirken und ihr emanzipatorisches Potenzial für Betroffene entfalten, hängt letztlich auch davon ab, ob sie armutserfahrenen Menschen zugänglich sind bzw. gemacht werden. Aufgrund ihres gesellschafts-reflektierenden Charakters können Autosobiographien dazu dienen, eine Dekonstruktion des gängigen neoliberalen bzw. meritokratischen Narrativs ›Aufstieg durch Leistung‹ liefern, indem die Bildungsreisen bzw. Klassentransformationen als teils langwierige, schmerz- und leidvolle Erfahrungen geframt werden. Diese gehen auch mit der Entfremdung von der ›sozialen Heimatkasse‹ und dem Gefühl des gespaltenen Habitus einher, wie es Didier Eribon in seinem prominenten Werk »Rückkehr nach Reims« (ebd. 2016) eindrucksvoll reflektiert hat und auch von Deniz Ohde in dem Roman »Streulicht« (ebd. 2022) beschrieben wird. Demgegenüber steht die gängige Kritik an Autoethnographien bzw. Autosobiographien, dass in ihnen Klassenauftsteiger*innen deren Erfahrungen erst nach der Klassenreise zu Papier bringen und deren Geschichten dann aus einer distanzierten Position und in teils ›akademisierter Sprache‹ artikuliert werden, die dann wiederum der Leser*innenschaft der Herkunftsklasse nicht vollumfänglich zugänglich ist. Über die Repräsentation von Geschichten sozialer Mobilität besteht zudem – auch wenn die Herausforderungen und Schwierigkeiten von Klassenreisen zur Sprache gebracht werden – die Gefahr, dass meritokratische Narrative reproduziert werden. In einer solchen Logik scheint ein sogenannter Bildungsaufstieg nicht ausgeschlossen und jenen möglich, die durch eigene Leistung in der Lage sind, ihre ungünstigen Startbedingungen zu kompensieren (ausführlicher: Kavermann/Eberle/Schäfer 2021). So könnte zum Beispiel der Reader »Vom Arbeiterkind zur Professur« (Reuter et al. 2020) – trotz der vielschichtigen Darstellungen

der Lebensgeschichten einiger Wissenschaftler*innen – als »Erfolgsgeschichten« von Arbeiter*innenkindern gelesen werden, denen ein sogenannter »Langstreckenaufstieg« in die Spitzenpositionen eines selektiven und ungerechten Bildungssystems gelungen ist. Kritisch einzuordnen ist dies insofern, als soziale Mobilität dann als individuelle Anstrengung Einzelner gerahmt wird, zumeist unter Ausblendung der vielfältigen Unterstützungsleistungen und Care-Arbeit der Eltern, des sozialen Umfelds und der Communities, wie es bell hooks (hooks 2022) formuliert⁴. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die genannten sozialen Mobilitätsverläufe als Referenz beziehungsweise Normalität verstanden werden, nicht als statistische Ausnahmen (siehe hierzu auch der Bildungstrichter, z.B. im Hochschulbildungsbildungsreport 2020).

Zu fragen bleibt abschließend, ob sich das aktuelle akademische Interesse an Autosobiographien zum Aufwachsen in Armut und somit auch am Gegenstand der Klassenreisen möglicherweise auch darüber begründen ließe, dass die soziologischen Referenzen und textuelle Performanz der Werke mehr den eigenen habituellen Präferenzen der akademisierten Rezipient*innen entsprechen? Inwiefern ist das Reflektieren von Ungleichheitsverhältnissen am Beispiel der Geschichten von Klassenreisenden wiederum ein Schauspiel exklusiver und exkludierender akademischer Diskurse, zu denen trans-class-Personen selbst erschweren Zugang haben? Hier wäre nicht nur für einen kritisch-reflexiven, sondern auch politischen Anspruch wissenschaftsstrebender Leser*innen zu plädieren, um ihre eigene Positioniertheit im sozialen Raum und damit einhergehender Privilegien ins Verhältnis zum Gelesenen zu setzen, und dieses Wissen nicht nur zur Reflexion, sondern auch zur Veränderung des Gegebenen zu nutzen.

Literatur

- Aumair, Betina/Theißl, Brigitte (2023): Klassenreise. Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt, 2. Aufl., Wien: ÖGB Verlag.
- Berger, Margarete (2022): »So eine selbstständige Frau wie du kriegt sowieso keinen Mann«, in: Betina Aumair/Brigitte Theißl (Hg.), Klassenreise. Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt, 2. Aufl., Wien: ÖGB Verlag, S. 123–132.

4 Zoe Clark weiß jedoch in ihrem Beitrag im genannten Reader (Reuter et al. 2020) explizit auf die Bedeutung der Solidarität für soziale Mobilität hin (vgl. Clark 2020).

- Balci, Güner Yasemin (2008): *Arabboy. Eine Jugend in Deutschland oder das kurze Leben des Rashid A.*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Baron (2020): *Ein Mann seiner Klasse*, Berlin: Claassen
- Baron, Christian/Barankow, Maria (2021): *Klasse und Kampf*, Berlin: Claassen.
- Blome, Eva/Lammers, Philipp/Seidel, Sarah (2022): »Zur Poetik und Politik der Autosozиobiographie. Eine Einführung«, in: Eva Blome/Philipp Lammers/Sarah Seide (Hg.), *Autosozиobiographie. Poetik und Politik*, Berlin: Metzler, S. 1–14.
- Brunngraber, Rudolf (1933): *Karl und das 20. Jahrhundert*. Roman, Frankfurt a.M.: Societät.
- Christ, Lena (1912): *Erinnerungen einer Überflüssigen*, München: Langen.
- Clark, Zoe (2020): »Solidarität als Bedingung von sozialer Mobilität«, in: Reuter, Julia Reuter et al. (Hg.), *Vom Arbeiterkind zur Professur. Sozialer Aufstieg in der Wissenschaft*, Bielefeld: transcript, S. 153–162.
- Cool Kids/Tràn, Hoa Mai (2020): *Wir Kinder aus dem FlüchtlingsHeim*, Berlin: VIEL & MEHR.
- Dröscher, Daniela/Fürstenberg, Paula (2021): *Soll und Habitus*, Berlin, Hamburg: Sukultur.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reimes*, Berlin: Suhrkamp.
- Ernaux, Annie (2020): *Erinnerungen eines Mädchens*, Berlin: Suhrkamp.
- Ernaux, Annie (2021): *Die Scham*, Berlin: Suhrkamp.
- Gamper, Markus/Kupfer, Annett (2024): *Klassismus*, Bielefeld: transcript.
- Hegemann, Helene (2018): *Bungalow*, Berlin: Hanser
- Hochschulbildungsreport (2020): Chancen für Nichtakademikerkinder. <https://www.hochschulbildungsreport2020.de/chancen-fuer-nichtakademiker-kinder>
- hooks, bell (2022): *Die Bedeutung von Klasse. Warum die Verhältnisse nicht auf Rassismus und Sexismus zu reduzieren sind*, Münster: Unrast Verlag.
- Jaquet, Chantal (2018): *Zwischen den Klassen. Über die Nicht-Reproduktion sozialer Macht*, Göttingen: Wallstein Verlag.
- Kavermann, Jana/Eberle, Hannah/Schäfer, Philipp (2021): »Vom hölzernen Weg zur obersten Sprosse. Zu den Parallelen der Aufstiegslogik in Sozialer Arbeit und Klassismusdebatte«, in: Forum Wissenschaft 4. <https://www.bdw.de/forum/archiv/archiv/11046461.html>
- Kurt, Şeyda (2021): Ohne Titel. (Vor-)Sorge(n). www.sollundhabitus.com
- Lobrecht, Felix (2017): *Sonne und Beton*, Berlin: Ullstein.
- Lobrecht, Felix/Haus, Oljanna (2021): *Sonne und Beton*, München: Hanser-blau.

- Louis, Édouard (2019): *Das Ende von Eddy*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Macioszek, Frede/Knop, Julian (Hg.) (2022): *Klassenfahrt: 63 persönliche Geschichten zu Klassismus und feinen Unterschieden*, Münster: edition assemblage.
- Matusko, Ilija (2023): *Verdunstung in der Randzone*, Berlin: Suhrkamp.
- McCourt, Frank (1996): *Die Asche meiner Mutter. Irische Erinnerungen*, Frankfurt a.M.: Büchergilde Gutenberg.
- Müller, Eva (2022): *Scheiblettenkind*, Berlin: Suhrkamp.
- Ohde, Deniz (2022): *Streulicht. Roman*, Berlin: Suhrkamp.
- Reuter, Julia/Gamper, Markus/Möller, Christina/Blome, Frerk (Hg.) (2020): *Vom Arbeiterkind zur Professur. Sozialer Aufstieg in der Wissenschaft*, Bielefeld: transcript.
- Spoerhase, Carlos (2017): *Politik der Form: Autosobiografie als Gesellschaftsanalyse*, Merkur 71, 818, S. 27–37.
- Stuart, Douglas (2020): *Shuggie Bain*, München: Hanser Verlag.
- Toxische Pommes (2024): *Ein schönes Ausländerkind*, Wien: Paul Zsolnay.
- Zimmer, Undine (2013): *Nicht von schlechten Eltern. Meine Hartz-IV-Familie*, Frankfurt a.M.: S. Fischer.

Textauszug aus dem Roman »Der Sandler«

Markus Ostermair

Der folgende Ausschnitt entstammt dem im Jahr 2020 im Osburg Verlag, Hamburg, erschienen Roman »Der Sandler« und steht exemplarisch für fiktionale Texte, die versuchen die Bedeutung von Armut für die Betroffenen, hier Obdachlosen, nachzuzeichnen. Der Autor ist selbst kein Betroffener, aber kennt die »Szene« u.a. durch seinen Zivildienst und ehrenamtliche Arbeit bei der Bahnhofsmission, und schreibt so aus einer gut informierten Beobachterperspektive, wie auch Betroffene bestätigt haben. Die Veröffentlichung der vorliegenden Textausschnitte ist dankenswerterweise von Autor und Verlag ermöglicht worden.

Karl ist immer noch ein aufrechter Mann

Das darf man eigentlich niemandem erzählen, denkt Karl. Seine Kollegen würden ihn auslachen, wenn er sagt, dass er als kleiner Junge doch tatsächlich mal davon geträumt hatte, in einer Bank zu arbeiten. Damals hatten das weiße Hemd, die Krawatte, die schwarze Hose und die Schuhe aus Leder Eindruck auf ihn gemacht. Der Filialleiter der Raiffeisen war groß gewachsen, gut ausschend und an jedem Tag besser angezogen als sein Vater an Sonntagen. Und er hatte ihm immer kleine Geschenke gemacht, weil der kleine Karl so gut im Rechnen war. Das hatte sich herumgesprochen im Dorf.

»Du kannst aber gut mit Zahlen!«, sagte der Mann zu ihm und strich ihm über das noch blonde Haar. »Aus dem wird mal was«, ging der Blick hoch zu seiner Mutter, die immer ein wenig rot dabei wurde.

Jetzt steht er da und muss lachen, weil er schon seit weiß Gott wie vielen Jahren nicht mehr daran gedacht hat. Seine Narbe im Gesicht spannt ein wenig und er steckt seine Karte in den Schlitz. Eine blickdichte Glaswand trennt den Vorraum mit den Automaten vom Empfangsraum für Kunden. Die schlafen

alle noch und können sich noch zwei-, dreimal in ihren blütenweißen Federbetten rumdrehen, bevor der Wecker klingelt.

Er wird seine Ruhe haben. Keiner wird hinter ihm warten und ihn nervös machen. Nur die beiden Kameras in den Ecken haben ein Auge auf ihn, aber das stört ihn nicht weiter. Sind sowieso überall. Der erste Automat ist falsch: nur für Münzeinzahlungen. Büroklammern, Knöpfe und Beilagscheiben zählen nicht. In den zweiten schiebt er seine Karte und hat einen Moment Geduld. Der Vorgang ist in Bearbeitung.

Heute muss es da sein, das Geld! Wenn es heut nicht da ist, dann –.

Was dann?

Dann sieht er sich schon in die Franziskanerstraße marschieren und sich beschweren, weil heute Freitag ist, und ...

Ihm wird ein Menü zur Auswahl angezeigt. Zur Sicherheit drückt er den Knopf neben Kontostandsabfrage. Er will die Zahl sehen, schwarz auf weiß in den Bildschirm eingemeißelt. Er gibt seine Geheimzahl ein, 2357, und bestätigt. Er kann gut mit dieser Zahl. Alle einstelligen Primzahlen in ihrer natürlichen Reihenfolge. Auf dem Tastenfeld malt man erst nach rechts und dann eine Treppe abwärts.

Der verfügbare Betrag erscheint: 382 Euro, Quersumme 13, und ein paar Zerquetschte. Na bitte! Damit lässt sich arbeiten. Zurück zum Hauptmenü, dann Auszahlung. Fünfzig Piepen will er und endlich raus hier, an die frische Luft. Und er hat auch schon eine genaue Vorstellung von dem, was ihm da gleich die Kehle hinablaufen wird. Er spürt die Dose Franziskaner, wie sie im Parka gegen seine Brust drückt. Sie ist sein Zaumzeug, das ihn so lange in der Spur halten wird, bis die Geschäfte aufmachen.

Der Automat spuckt zuerst die Karte wieder aus und dann den Schein, ein nagelneues Stück Papier, als wäre es gerade frisch gedruckt worden. In Karls Rücken sagt der Automat »Vielen Dank! Auf Wiedersehen« und die Tür erkennt von selbst, was Karl will. Sie macht ihm den Weg frei, als ob das ihre Bestimmung wäre. [...]

Lage, Lage, Lage

Karl hat sich zwar wieder gefangen, doch er hat am Bahnhof viel Zeit vertrödelt. Er hat einen Billigwodka erstanden und die Flasche gleich angebrochen, sich den Mund ausgewaschen, die Geschmacksknospen auf seiner Zunge umspült und desinfiziert, damit er gleich aus dem Eintopf jede einzelne Zutat her-

ausschmecken kann. Das hat länger gedauert, als es hätte dauern müssen, aber so spät ist es ja auch wieder nicht. Nur mit einem Sitzplatz könnte es eng werden.

Bei den Fußgängerampeln hat er die grüne Welle erwischt und nun sieht er schon das blaue Schild »Karlstraße« in der Sonne blitzen, bei dem er in einem längst vergangenen Delirium doch tatsächlich einmal gedacht hatte, man hätte sie nach ihm benannt, Karl Maurer, dem Drittbesten seines Jahrgangs, dessen Name in der Zeitung stand, samt kleinem Foto, auf dem man ihn zwar kaum erkennen konnte, das seine Mutter aber trotzdem ausschnitt und in das Familienalbum legte. Der Erste aus der näheren Verwandtschaft, der an die Universität gehen sollte. Sie glühte vor Stolz, wie Karl im Delirium glühte, aber das weiß er jetzt nicht mehr, weil sein Hirn nichts speicherte, sondern nur damit beschäftigt war, in der Vergangenheit zu wühlen.

Er geht vorbei am Maklerbüro Meier & Seitz, »Die Lenbachgärten: Wohnen in bester Gesellschaft und leben im Geiste der Könige. Investieren Sie in Ihre Zukunft, denn Land ist eine Währung, die jeder Krise trotzt«. Vorbei an den Buchsbäumen, die hier säuberlich alle zwei Wochen zu hüfthohen Würfeln gestutzt werden, vorbei an einer grünen Wand aus Sträuchern, wo eine Staude anscheinend krank ist und langsam vertrocknet. Wie ein fauler Zahn sticht sie aus der Reihe. Die Hausverwaltung wird bei der Gartenbaufirma anrufen und Garantieansprüche geltend machen. Es wird jemand kommen und das Bäumchen samt Wurzel herausreißen. Vielleicht wird sich auch entweder Meier oder Seitz höchstpersönlich drum kümmern, denkt Karl, dessen Magen knurrt, weil er bisher nur das feuchte Zeug aus Melasse bekommen hat, das ihm langsam aber sicher zu Kopf steigt und alles etwas leichter macht. Wie so oft vernachlässigt Karl die Nahrungsaufnahme. Wie so oft wird er aber gleich so viel essen, dass er danach in einen Verdauungsschlaf fällt, aus dem man ihn nur mit Gewalt wird wecken können. Er braucht diesen Schlaf, weil die Nächte meist viel zu kurz sind, ja er gönnt sich diesen Schlaf, weil er ein Vergessen bedeutet. An nichts denken müssen und trotzdem vergeht die Zeit. Und es ist ja nicht so, dass er etwas versäumen würde. Dieser Tag wird nichts Neues hervorbringen für Karl. Er wird den vielen Tagen davor gleichen wie eine Null der anderen. Trinken, essen, schlafen. Und hoffentlich ein Stuhlgang während der Öffnungszeiten. Den Rest des Tages verbringt er mit Warten. Auch seine Haare und Nägel werden wachsen. Womöglich drückt sich auch ein Zehennagel wieder langsam ins Fleisch, aber das wird er sehen, wenn es so weit ist. Falls noch ein Platz auf der Duschliste frei ist, dann wird er auch das heute tun, denkt er und schwankt durchs Haupttor der Abtei. [...]

Der Eintopf

Karl tritt über die Schwelle und schon gibt es was zu schlucken für ihn. Im Pförtnerhäuschen hockt Michael Urbaniak mit seinem Vorbiss und der dicken Brille mit Einschliff, die er andauernd auf seinem fettigen Zinken hochschieben muss.

Früher ein Kollege von Karl, jetzt anscheinend Hausmeister hier, wie seine grüne Latzhose anzeigen. Er hat nur ein paar Sommermonate lang Platte gemacht und dann jeden Tag in der Mission so laut geschnarcht, dass er in Nullkommanix den Hass der ganzen Belegschaft auf sich gezogen hat. Der Thekendienst musste ihm immer fast die Brille vom Schädel schütteln, um ihn wach zu kriegen. Und beim Schmatzen war es ähnlich, jeder einzelne Kauvorgang war quer durch den Raum zu hören. Er scheint Karl nicht mehr zu kennen, jedenfalls zeigt er keine Reaktion, sondern schaut nur stumpfsinnig durch ihn hindurch. Auch Karl macht kein Aufhebens um die alten Zeiten, die es eh nie gab.

Drinnen ist es fast bis auf den letzten Platz gefüllt, einige sitzen sogar im Gang, um etwas Frischluft zu erhaschen. Es ist, als liefe man trotz offener Fenster und Türen gegen eine Wand. Die Strahlen der Sonne, die Herdplatten, die dampfenden Kessel, die Industriespülmaschinen, die Kocher für Tee und Kaffee, die Ausdünstungen von Pi mal Daumen zweiundvierzig ungewaschenen Männern und einem Dutzend Frauen plus Personal. Karl kennt das zwar nicht anders, aber er hat trotzdem kurz Schnappatmung.

Der Saal erinnert ihn immer an Schullandheime. Die Plastiktablets, die Messer nicht zu scharf, eher zum Drücken als zum Schneiden, nicht dass sich noch einer wehtut oder den anderen absticht. Die Holztische mit weißer Folie beklebt, auf der die Flecken gar nicht so eintrocknen können, dass sie nicht abwischbar wären. Polsterlose Holzstühle mit fester Lehne, ideal für elastische Kinderkörper, gut stapelbar, auch umgedreht auf den Tischen, damit man dann die Sauerei auf dem blauen Linoleumboden zusammenkehren und aufwischen kann: Brotränder, Salz, zerkauter Holzstäbchen, Haare, abgebissene Nägel, hie und da Wundschorf oder Nasendreck. E-kel-haft. Wie immer sind die Leute bunt zusammen gewürfelt und oft haben die Sozialarbeiter alle Hände voll zu tun, das Geschehen im Griff zu behalten. Im Eskalationsfall können sie sich immer auf die Hausordnung berufen, die im Schaukasten aushängt. Diebstahl ist genauso tabu wie Randale, Schlägereien und die Androhungen von körperlicher sowie psychischer Gewalt. Außerdem ist hinter der Türschwelle rauch- und alkoholfreie Zone. Aber genau wie auf Klassenfahrt

hat jeder Schnaps mit hereingeschmuggelt, auch Karl, der Ex-Lehrer, den jetzt aber nur der Hunger umtreibt.

Es ist ruhiger, als er erwartet hat. Die Hitze hat die Leute lahmgelegt. Er bleibt stehen und schaut, neben wem er es aushalten kann und, so man ihn lässt, auch einschlafen will. Ganz vorne, direkt an der Wand sitzt die Glaubenskongregation. Vier Typen, die in einer Tour von Gott reden und dem Paradies, diesem letzten aller Notnägel, den sie mit einer solchen Gewissheit sehen können, als würde seine Spitze ins Diesseits ragen, weil Er drüben den Hammer einmal zu doll geschwungen hat. Sie jedenfalls werden für all das hier entschädigt werden, so viel ist sicher. Einer von ihnen trägt Hausschuhe, als wolle er es immer noch nicht wahrhaben. [...]

Die Wolke und das Geschwür

Während Karl und sein Freund Lenz schlafen – der eine im Bonifaz, das Gesicht in der Armbeuge vergraben, kaum hörbar schnarchend, der andere in sich zusammengesackt, das Gesicht bleich wie Knochenmehl, in einem unterirdischen Tunnel, wo aus grauen Lautsprechern der Sommer aus den Vier Jahreszeiten tönt –, brennt die Sonne wie in den Wochen zuvor auf den rissigen Boden herab.

Doch heute wird sich was tun.

Es ist so viel warme Feuchte in der Luft, dass sie aufsteigen will und sich wieder abkühlen, ausschwitzen. Wolken werden sich bilden, die aufquellen wie Teig. Immer höher wird sich darin die Luft nach oben peitschen, bis sie das Wasser zu festen Formen ausfriert. Das Eis wird wieder fallen, auftauen, in kleinen Tropfen doch unentrinnbar Wasser bleiben, egal wie hoch es steigt, egal wie tief es fällt. Es wird wieder Aufwind bekommen, einen neuen Kreislauf antreten, bis die Winde zu schwach werden, um es zu halten. Und es wird Reibung herrschen im Inneren der Wolke, die immer schwerer und mächtiger werden wird. Wie ein Amboss, bereit zum Einschlag, hängt sie bald da.

Noch merkt Karl davon nichts, denn obwohl die Nerven im Gewebe schon anschlagen, ist sein Hirn noch wie in Watte gepackt. Aber er hat Zeit. Der Himmel über der Stadt ist blau und es dauert noch, denn diese Wolke ist so beschaffen, dass sie keine Eile kennt. Doch irgendwann wird sie sich gesättigt haben und bereit sein zu brechen. [...]

Anhang

Autor*innen-Informationen

Atzmüller, Roland; Assoz. Prof. Dr.; Johannes-Kepler-Universität Linz (Österreich), Institut für Soziologie, Abteilung Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen; Arbeitsschwerpunkte: Transformationen von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat, kritischen Gesellschafts- und Kapitalismustheorien; Kontakt: roland.atzmueller@jku.at

Dambach, Helen; wissenschaftliche Mitarbeiterin; Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Arbeitsgruppe für Theorie und Methoden der Sozialen Arbeit; Arbeitsschwerpunkte: Sozialpädagogische Armutsforschung, Theorien der Sozialen Arbeit; Kontakt: helen.dambach@uni-due.de

Friedrich, Sebastian; Journalist und Autor aus Hamburg; Arbeitsschwerpunkte: Neue Rechte, Kapital/Arbeit, Diskursanalyse; Kontakt: sebastian.friedrich@email.de

Griesser, Markus; Dr.; Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung; Arbeitsschwerpunkte: Wohlfahrtsstaatstheorie, Arbeits- und Sozialpolitikforschung, Qualitative Forschungsmethoden; Kontakt: markus.griesser@wu.ac.at

Hirseland, Andreas; Dr.; ehemaliger stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs »Erwerbslosigkeit und Teilhabe« am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), jetzt im Ruhestand; Arbeitsschwerpunkte: qualitative Methoden, Sozialstaatsforschung, soziale Ungleichheit und Armut; Kontakt: andreas.hirseland@gmx.de

Hübenthal, Maksim; Dr.; wissenschaftlicher Mitarbeiter; Freie Universität Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Kindheits-, Wohlfahrtsstaats- sowie Kinder- und Jugendhilfeforschung; Kontakt: maksim.huebenthal@fu-berlin.de

Kavermann, Jana; Wissenschaftliche Mitarbeiterin; Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin; Arbeitsschwerpunkte: macht- und diskursanalytische Perspektiven, gesellschaftliche Verhältnisse der Ausschließung, Unterdrückung und Ausbeutung sowie klassenanalytisch-fundierte Zugängen Sozialer Arbeit; Kontakt: jana.kavermann@khsb-berlin.de

Kerle, Anja; Prof*in Dr.; Hochschule RheinMain, Fachbereich Sozialwesen; Arbeitsschwerpunkte: Armut, Klassismus, Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit; Kontakt: Anja.Kerle@hs-rm.de

Kessl, Fabian; Prof. Dr., Bergische Universität Wuppertal, Institut für Erziehungswissenschaft; Arbeitsschwerpunkte: wohlfahrtsstaatliche Transformation von Bildung und Erziehung, insbesondere Sozialraumforschung, neue Mitleidsökonomie und (De)Institutionalisierung; Kontakt: fabian.kessl@uni-wuppertal.de

Klein, Alexandra; Prof.in Dr.; Johannes Gutenberg Universität Mainz, Institut für Erziehungswissenschaft, AG Sozialpädagogik, Arbeitsbereich Heterogenität und Diversität; Arbeitsschwerpunkte: empirische Unterstützungsfor schung, Partizipation und Inklusion im Hilfesystem unter Bedingungen sozialer Ungleichheiten, Sexualität und Medien in der Sozialen Arbeit; Kontakt: alexandra.klein@uni-mainz.de

Knecht, Alban; PD Dr.; Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung; Arbeitsbereich Sozialpädagogik und Inklusionsforschung; Arbeitsschwerpunkte: Armutsforschung, Sozialpolitik und Soziale Arbeit, Beschäftigungsförderung benachteiligter Jugendlicher; Kontakt: ak@albanknecht.de

Ostermair, Markus; freier Schriftsteller, Autor des Romans »Der Sandler«; Kontakt: mail@markusostermair.de

Prigge, Jessica; Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Institut für Pädagogik; Arbeitsschwerpunkte: Armuts- und Ungleichheit in der Sozial- und

Kindheitspädagogik sowie Professionalisierung und Evaluation; Kontakt: prigge@paedagogik.uni-kiel.de

Ritter, Bettina; Prof. Dr.; Department Erziehungswissenschaft, Universität Siegen; Arbeitsschwerpunkte: Armut und Elternschaft, Sexualität und Jugend, Professionalität und Organisation Sozialer Dienste, Sozialpolitik und Soziale Arbeit; Kontakt: bettina.ritter@uni-siegen.de

Röhrer, Stefan; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB); Arbeitsschwerpunkt: reflexive Migrationsforschung, Sozialpolitikforschung, Diskurs- und Subjektivierungsforschung; Kontakt: stefan.roehrer@iab.de

Schäfer, Franka; Vertr.-Prof. Dr.; Universität Siegen, Seminar für Sozialwissenschaften sowie FernUniversität Hagen, Institut für Bildungswissenschaft und Medienforschung; Arbeitsschwerpunkte: Soziologische Theorie, insb. Diskurs- und Praxistheorien; performative Soziologie; Kontakt: franka.schaefer@uni-siegen.de

Schenk, Martin; Mitbegründer der Armutskonferenz, Sozialexperte der Diakonie, Lehrbeauftragter FH Wien; Arbeitsschwerpunkte: Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, Soziale Sicherung, Psychologe; Kontakt: martin.schenk@diakonie.at

Schoneville, Holger; Prof. Dr.; Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Arbeitsgruppe für Theorie und Methoden der Sozialen Arbeit; Arbeitsschwerpunkte: Sozialpädagogische Armutsforschung, Transformation wohlfahrtsstaatlicher Arrangements; Kontakt: holger.schoneville@uni-due.de

Simon, Stephanie; Dr.in; TU Dortmund, Institut für Sozialpädagogik, Erwachsenenbildung und Pädagogik der frühen Kindheit; Arbeitsschwerpunkte: Kindheitsforschung, Armut und Soziale Ungleichheiten, Rechte Dynamiken in Bildung und Erziehung; Kontakt: stephanie.simon@tu-dortmund.de

